



3 3433 08247382 2





Johann Georg und Oxenstierna.



Johann Georg und Oxenstierna.

Von dem Tode Gustav Adolfs (November 1632)
bis zum Schluß des ersten Frankfurter Konvents (Herbst 1633).



Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges

von

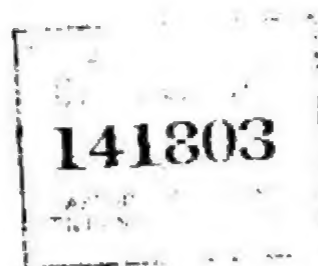
Dr. Walter Struck.



Stralsund.

Verlag der Königl. Regierungsbuchdruckerei.

1899.



Vormort.

— — —

Ueber Entstehung und Zweck der folgenden Arbeit seien hier einige Worte vorausgeschickt.

Es war ursprünglich meine Absicht, die Politik Wilhelms von Weimar in den Jahren 1633—35 in der gleichen Weise zu untersuchen, wie ich das für die Jahre 1631—32 gethan hatte.¹⁾ Es erwies sich das aber aus formalen Gründen als unausführbar. Hatte schon in jener Arbeit die Einheitlichkeit der Darstellung darunter zu leiden gehabt, daß sich eine ziemlich weit ausholende Nebenuntersuchung über die kursächsische Politik nöthig gemacht hatte, so wäre das noch in ganz anderer Weise hier der Fall gewesen.

Herzog Wilhelm hat sich ziemlich lange der Täuschung hingegeben, daß er berufen sei, eine ausschlaggebende Rolle unter den Protestanten zu spielen. In Wirklichkeit ist er auf die Entwicklung der Ereignisse von sehr bescheidenem Einflusse gewesen. Es reichten weder die Mittel seines kleinen Landes für eine Politik im großen Stile aus, noch war er selbst von jener strupelfreien Genialität, um wie andere als Condottiere in diesem Kriege zur Bedeutung zu gelangen. Die ansehnliche Stellung, die er einige Zeit als Gouverneur von Thüringen und als schwedischer Generalleutnant eingenommen hat, beruhte einzig und allein, (darüber ist er sich selbst erst zu spät klar geworden), auf der Rivalität zwischen Schweden und Sachsen

¹⁾ Vergl. das Bündniß Wilhelms von Weimar mit Gustav Adolf.

und war dahin, sobald diese Rivalität gleichviel in welcher Form zum Austrag gebracht wurde.

Eine Untersuchung über die weimarische Politik dieser Jahre würde also im Wesentlichen zu zeigen haben, wie sich der Herzog zu Schweden und Sachsen gestellt hat. Sie hat mithin zur Voraussetzung eine klare Kenntniß von dem Verhältniß dieser beiden Staaten zu einander.

Was diesen letzten Punkt anbetrifft, so haben mich meine Studien im Dresdener Archive zu einer Reihe von Anschauungen geführt, die theils die Ergebnisse der bisherigen Forschung ergänzten, theils von diesen beträchtlich abwichen. Eine begründende Darlegung meiner Ansicht beanspruchte zu viel Raum, um noch im Rahmen einer Arbeit über Wilhelm von Weimar Platz finden zu können. Ich habe es deswegen vorgezogen, sie hiermit als besondere Untersuchung zu veröffentlichen.

Unter den Jahren des dreißigjährigen Krieges haben die von 1630—35 bisher stets am meisten die Theilnahme auf sich gezogen und also auch am zahlreichsten Behandlung gefunden. Es ist daher sogar der Wunsch ausgesprochen worden,¹⁾ man möge nun einmal von der Behandlung dieses Zeitraumes absehen und seine Aufmerksamkeit anderen, vor Allem den späteren Jahren des Krieges zuwenden. Insofern dabei die Ansicht ausgedrückt worden ist, daß alle wichtigen Fragen der Jahre 1630—35 ihre Erledigung gefunden hätten und es sich nur noch um Quisquilien handeln könne, muß ich dem widersprechen. Auch über das den folgenden Blättern zu Grunde liegende Thema ist bereits eine ziemlich zahlreiche Litteratur vorhanden, und doch hoffe ich noch Einiges zur Kenntniß beizutragen.

Die meisten Berührungspunkte hat meine Arbeit mit der Irmerschen Publikation über die Verhandlungen Schwedens

¹⁾ Von Korenhen in der deutschen Litteraturzeitung, 17. Jahrgang 1896, p. 143.

und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser.¹⁾ Abgesehen von dem ersten Bande hat Irmer aber dem Titel nicht ganz entsprechend das Hauptgewicht auf die eigentliche Wallensteinfrage gelegt und darüber die Versuche Dänemarks und Hessens, zwischen beiden Parteien zu vermitteln, mit Absicht vernachlässigt.²⁾ Wenn nun auch eine Darstellung dieser Vermittelung nicht das gleiche Interesse wie die Wallensteinverhandlungen beanspruchen kann, so trägt sie doch indirekt zu deren Verständnisse bei. Durch sie treten die Tendenzen der Wiener und Dresdener wie auch der schwedischen Politik in ein helleres Licht, ohne sie, möchte ich sagen, ist eine völlig präzise Formulierung der damaligen politischen Probleme überhaupt nicht möglich.

Diese dänische Vermittelung hat allerdings auch schon ihre Bearbeitung gefunden in dem Buche *Fridericias* über Dänemarks äußere Politik.³⁾ Naturgemäß ist darin aber der Accent auf die dänischen Bestrebungen gelegt, während auf die Pläne der übrigen Mächte weniger eingegangen wird.

Die genannten zwei Werke streifen also nur das Thema, das ich mir gestellt habe. Gleichwohl verdanke ich ihnen vielfach Förderung. Nicht dasselbe kann ich von drei anderen Arbeiten sagen, obgleich sie in ihrer ganzen Ausdehnung mit Theilen meiner Untersuchung zusammenfallen. Es sind die Dissertationen von Günther und Küsel und ein Artikel Droysens.

Die Günthersche Darstellung hat bereits durch Droysen eine überaus herbe Kritik erfahren und ist in der That gänzlich unbrauchbar.⁴⁾

¹⁾ Publikationen aus den preussischen Staatsarchiven, Bd. 35 und 39. Ich zitiere in Zukunft nur mit Irmer und der Seitenzahl.

²⁾ Irmer II Einl., p. 7.

³⁾ *Fridericia*, Danmarks ydre politiske historie i tiden fra freden i Lybek til freden i Prag 1629—1635. Kjöbenhavn 1876.

⁴⁾ Günther, die Politik der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg nach dem Tode Gustav Adolfs und der Heilbronner Konvent. Theil I, Dresden 1877. Vgl. dazu die Rezension Droysens in der Jenaer Literaturzeitung 1879. Die Arbeit ist danach ein „wüßtes Konglomerat“

Dem günstigen Urtheile Droyens über die Küfelsche Arbeit kann ich mich dagegen nicht anschließen.¹⁾

Küfel stützt sich ganz überwiegend auf längst bekanntes und auch bereits verwerthetes Material oder genauer gesagt auf das Geschichtswerk von Chemnitz, die Urkundendrucke bei Londorp und die Gesandtschaftsakten von Feuquières.²⁾ Was er sonst noch an älteren und jüngeren Veröffentlichungen citirt, ist zu geringfügig, um ins Gewicht zu fallen. Neu ist nur die übrigens nicht unanfechtbare Verwerthung eines bei Londorp undatirten Aktenstücks und die Mittheilung eines dem Dresdener Archive entnommenen Fundes. Dagegen hat er eine der wichtigsten Publikationen völlig übersehen: ich meine den Briefwechsel des schwedischen Reichskanzlers mit seiner Regierung.³⁾

Zu Grunde gelegt hat Küfel nun die Erzählung von Chemnitz, der er sich selbst in der Disposition genau anschließt. Wo er dann bei Londorp Aktenstücke im vollständigen Druck angetroffen hat, von denen sich bei Chemnitz nur Inhaltsangaben von Aktenexcerpten und Raisonnements über sie, erstere angefertigt ohne die Fähigkeit, zwischen Haupt- und Nebendingen zu unterscheiden, letztere mit einer geradezu unglaublichen Loquacität, ganz nach eigenem Belieben vom Verfasser ange stellt, einfach leichtes Geschwätz“, der verbindende Faden „ein Mischmasch mit wenig Witz und viel Behagen vorgetragener Phrasen“, „ein Schwall von Phrasen in hochtrabender Hohlheit und Widerwärtigkeit“. Dem Verfasser selbst wirft Droyen vor „Gedankenlosigkeit, größte Kenntnißlosigkeit und Ungründlichkeit, Flüchtigkeit, Unfähigkeit, Ueueise, Leichtfertigkeit“. Und das Alles in einer Rezension von zwei Seiten!

¹⁾ Küfel, der Heilbronner Konvent, Halle 1878. Das Urtheil Droyens in seinem weiter unten zu besprechenden Artikel.

²⁾ Chemnitz, Königlich Schwedischer in Deutschland geführter Krieg. Bd. II. Stockholm 1653, Londorp, Acta publica IV, Frankfurt a. M. 1659, Lettres et négociations de Feuquières, Amsterdam 1753. Aubert, Mémoires pour l'histoire du cardinal duc de Richelieu, Paris 1660.

³⁾ Briefväxling mellan rikskansleren Axel Oxenstierna och Svenska riksrådet in Handlingar förande Skandnariens historia Bd. 24 ff Stockholm 1840 II.

finden, hat er diese letzteren durch ausführliche Auszüge eigener Arbeit ersetzt. In ähnlicher Weise hat er für Alles, was die Thätigkeit der französischen Diplomatie anbetrifft, an mehr oder weniger passenden Stellen Auszüge aus Feuquières eingeschoben. Das ist Alles rein äußerlich und mechanisch gemacht ohne jede Kritik. So ist ihm z. B. der tendenziöse Charakter des Chémnig'schen Werkes völlig entgangen und anstandslos hat er von ihm die Entstellungen und Verdrehungen des wahren Sachverhalts übernommen.

Für die gesammten Vorgänge in der schwedischen und sächsischen Politik ist Küßels Arbeit nichts anderes als eine Paraphrase von Chémnig, im Uebrigen eine dürftige Compilation. Von den oben erwähnten zwei Ausnahmen abgesehen, erhalten wir durch sie nichts, was wir nicht schon lange wüßten.

Ueberhaupt war das Thema seiner Dissertation ohne weitgehende Altstudien nicht mit Erfolg zu bearbeiten. In erster Linie wäre er auf die süddeutschen Archive angewiesen gewesen, denn für das Verständniß des Konvents ist wenig damit gewonnen, daß man die Gesamtabstimmungen der Stände kennt. Stellt doch jede von ihnen schon eine Vereinigung zwischen verschiedenen Ansichten dar, wenn man nicht annehmen will, daß die vielköpfige Versammlung stets von vornherein eines Sinnes gewesen sei. Hier hätte es also gegolten, die Parteilstellung der einzelnen Stände und die Wandlung ihrer Entschlüsse darzulegen. Es ist dazu nicht einmal der Versuch gemacht, und Spätere finden daher in den Akten der Heilbronner Stände noch ein reiches Arbeitsfeld. Für die sächsische Politik würde Küßel dann in dem Dresdener Archive eine Fülle der Aufklärung gefunden haben, wenn er nur etwas eingehender gesucht und sich nicht mit dem einen Bande begnügt hätte, der zufällig den Titel Heilbronner Konvent trug.

Diesem letzten Mangel hat nun Droysen abzuhelpen gesucht durch seinen Artikel über Orenstierna und die Kurfürsten von

Sachsen und Brandenburg.¹⁾ Er stützt sich darin durchweg auf Akten, aber abschließend möchte ich seine Arbeit nicht nennen. Von der unzureichenden Kenntniß der Litteratur, mißverstandenen Quellenausdrücken, Fehlern im Einzelnen, ungerechten schiefen Urtheilen will ich hier ganz absehen. Aber das was er giebt, ist überhaupt nicht eine Verarbeitung der Akten, sondern nur eine Reihe lose aneinandergefügter Exzerpte, die er durch kurze Uebergänge und Resumés rein äußerlich mit einander verbindet. Es scheint auf ein völliges Verkennen dessen zurückzugehen, was eine Detailuntersuchung zu leisten hat. Rühmt er doch auch an Küssels Arbeit, daß dieser gut zusammengestellt habe. So kompilirt er denn Akten, wie jener gedrucktes Material. Da ist bei ihm nirgends von einer Beherrschung und Durchdringung des Stoffs, von einem kurzen präzisen Herausarbeiten der Resultate die Rede. Was die eine Partei gesagt, die andere erwidert, die erste abermals entgegnet hat, das erfahren wir in ermüdender Ausführlichkeit, aber was sie nun eigentlich gewollt, warum sie so und nicht anders gesprochen und gehandelt haben, diese Fragen werden kaum einmal aufgeworfen, geschweige denn klar und knapp beantwortet.

Nach alledem glaube ich gerechtfertigt zu sein, wenn ich es im folgenden unternehme, diese Dinge noch einmal zu behandeln. Ich will versuchen, für den Zeitraum vom Tode Gustav Adolfs bis zum Schlusse des ersten Frankfurter Convents im September 1633 das Verhältniß zwischen Schweden und Sachsen darzustellen oder besser den Gegensatz zwischen ihnen, denn ich werde die Vorgänge nicht berücksichtigen, bei denen

¹⁾ Die evangelischen Kurfürsten und der Reichskanzler Orensterna nach Gustav Adolfs Tod im 16. Bd. der Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde, Berlin 1879, p. 607 — 673. Danach zum größten Theil in wörtlicher Wiederholung die entsprechenden Abschnitte in der Biographie Bernhards Bd. I. Vgl. vor Allem p. 77 — 85. Ich wende mich also keineswegs gegen eine veraltete, von ihrem Urheber nicht mehr vertretene Arbeit.

sich beide Staaten wie etwa bei dem zweiten schlesischen Stillstande im Einklang befunden haben. Auch so erhebe ich noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich würde zufrieden sein, wenn es mir gelungen wäre, die Hauptzüge der damaligen Politik richtig erfasst und wiedergegeben zu haben.

Nur auf gedrucktes Material stütze ich mich dabei vor Allem auf die Akten des Dresdener, daneben auf solche des Weimarer Archivs. Ich gebe die Fundorte stets genau an, um spätere Kontrolle und Anknüpfung zu erleichtern. Aus dem gleichen Grunde drucke ich im Anhange eine Reihe von Aktenstücken ab. Es sind theils Gutachten, die es mir auch wegen ihrer Bedeutung und des Charakteristischen für ihre Verfasser zu verdienen schienen, theils Entwürfe für den Frieden, deren vollständige Zusammenstellung Ranke gelegentlich als wünschenswerth bezeichnet hat.¹⁾ Die Daten gebe ich stets nach dem neuen Kalender, nur im Anhange nach beiden.

Zum Schlusse erlaube ich mir, an dieser Stelle den Herren der Archive und Bibliotheken in Dresden und Weimar für ihre stets bereite Hülfe nochmals meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

W. St.



¹⁾ Ranke, Geschichte Wallensteins (Ges. Werke Bd. 23) p. 353.

Inhalt.

	Seite
I. Oxenstierna nach dem Tode Gustav Adolfs. Haltung der schwedischen Generale, insbesondere Bernhards von Weimar. Bernhard in Dresden. Der sächsische Feldzugsplan und seine Behandlung durch Schweden. Bernhard und die Ansprüche Sachsens. Oxenstierna in Dresden. Die Frage von dem Rücktritte Schwedens. Oxenstiernas Ansicht über die Kriegsorganisation und sein Vorschlag der „drei media“	17—37
II. Urtheil Sachsens über die schwedischen Vorschläge, ausweichende Erklärung und Gegenantrag. Gegensatz zwischen Schweden und Sachsen. Ablehnung Oxenstiernas. Möglichkeit eines sächsischen Separatfriedens. Drohungen Oxenstiernas. Bedeutung der Friedensverhandlungen für Sachsen. Ergebniß der Dresdener Konferenzen	38—50
III. Novembergutachten Arnims. Der Plan des allgemeinen Konvents und Möglichkeit seiner Ausführung. Verhältniß Sachsens zu den anderen Ländern. Selbständiges Vorgehen Braunschweigs. Haltung der Anhaltiner und der Weimarer Herzoge. Bedenklichkeit Johann Georgs. Weiteres Gutachten Arnims. Gegensatz zwischen Schweden und Dänemark. Dänisches Vermittlungsangebot und seine Aufnahme bei Sachsen. Vergebliche Einwirkung auf Kurbrandenburg	51—72
IV. Oxenstiernas Stimmung gegen Sachsen. Neuberoberung des Ulmer Konvents. Gründe für einen Partikularkonvent. Oxenstierna in Berlin. Schwedische Urtheile über Dänemark. Oxenstierna und die dänische Vermittlung. Ergebniß der Berliner Konferenzen. Territorialer	

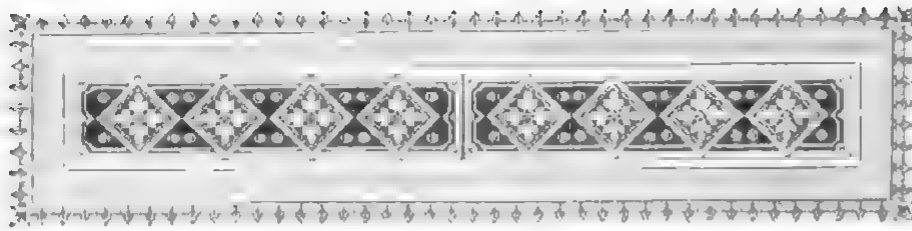
Charakter der brandenburgischen Politik. Das schwedisch-brandenburgische Heirathsprojekt. Grund für Brandenburgs Anschluß an Schweden. Hinterhältigkeit Oxenstiernas.	73—91
V. Georg Wilhelm nach Dresden. Gegensatz beider Kurfürsten. Die Dresdener Punkte. Ergebniß der Konferenz. Verzicht Sachsens auf den Konvent. Charakter der sächsischen Friedenspolitik. Stellung Georgs von Hessen, sein Gutachten vom Januar 1633 und sein Einfluß auf die sächsische Politik. Rundschreiben Sachsens an die andern Stände. Geplante Politik für den Friedenslangreiß.	92—110
VI. Ursprung der Leitmeritzer Konferenz. Stellung Kurbrandenburgs und Kursachsens zu ihr. Friedensvorschläge des Landgrafen. Verlauf und Ergebniß der Leitmeritzer Konferenz. Angebot des Separatfriedens durch den Kaiser und Ablehnung durch den Landgrafen. Aussichten der sächsischen Politik.	111—125
VII. Heilbronner Konvent. Dauer, Organisation und Direktorium des Bundes. Beiträge Schwedens. Garantie der schwedischen Satisfaktion. Stellung Schwedens im Bunde. Umfang der schwedischen Satisfaktionswünsche. Gründe für Oxenstiernas Erfolge. Europäische Stellung Schwedens. Bedeutung der Heilbronner Abmachungen für Sachsen. Behandlung der dänischen Interposition durch Oxenstierna.	126—149
VIII. Politik Richelieus. Instruktion Feuquières. Verhalten von la Grange. Unterredung Oxenstiernas und Feuquières in Würzburg. Feuquières nach Heilbronn. Haltung Oxenstiernas gegenüber Frankreich. Erneuerung des schwedisch-französischen Bündnisses. Frage der Neutralität Baierns. Ergebnisse von Feuquières Bemühungen. Die Heilbronner Stände und Frankreich. Verabredung Oxenstiernas und Feuquières gegen Sachsen.	150—167
IX. Verhältnis Landgraf Georgs zu Schweden. Zusammentreffen Feuquières mit Landgraf Georg. Urtheil des Landgrafen über die Renovatio und seine Rathschläge an Johann Georg. Bedrängniß Landgraf Georgs und Verbrohung durch Oxenstierna. Zweideutiges Benehmen von la Grange. Verhandlungen Oxenstiernas mit Landgraf Georg und Unterwerfung des Landgrafen.	168—185

	Seite
X. Entfremdung zwischen Kursachsen und Kurbrandenburg. Aufnahme des sächsischen Rundschreibens bei den Ständen. Eindruck der Heilbronner Vorgänge in Dresden. Ankunft Feuquières in Dresden. Anträge Feuquières bei Johann Georg und Ablehnung Johann Georgs. Gegenseitige Täuschungsversuche. Anträge Anstruthers und ihre Ablehnung. Charakter der sächsischen Politik	186—199
XI. Zur Wallensteinfrage. Strehlemer Verhandlungen. Bericht der Sachsen an Nikolai. Verhalten Arnims bei den Verhandlungen. Aufzeichnung Arnims. Auffassung der sächsischen Räte und Arnims. Inhalt der Wallenstein'schen Vorschläge. Differenz zwischen Arnim und den Räten. Unterliegen Arnims. Konferenz Arnims und Georg Wilhelms	200—219
XII. Thurn als schwedischer General in Schlefien. Schwedische Intriguen im sächsischen Heere. Zweideutigkeit Herzog Franz Albrechts. Eingreifen Arnims. Abreise Feuquières aus Dresden, Ankunft in Berlin und Anträge bei Georg Wilhelm. Verständigung zwischen Frankreich und Brandenburg. Rückkehr Feuquières nach Dresden. Anträge Leuchtmar bei Johann Georg. Gespräch zwischen Johann Georg und Leuchtmar. Scheitern von Leuchtmars Mission. Eintritt Georg Wilhelms in die Renovatio	220—235
XIII. Die dänische Vermittlung. Zeit und Ort des Friedenskongresses. Zögern Johann Georgs. Reise der dänischen Gesandten. Fassung der kaiserlichen Geleitsbriefe. Taktik Ogenstiernas. Verspätete Einladung an Schweden. Frankfurter Konvent. Proposition Ogenstiernas. Friedensprogramm der Stände. Zurückweisung der kaiserlichen Geleitsbriefe. Ende der dänischen Vermittlung. Ausblick	236—254

Anhang.

	Seite
1. Gutachten Georgs, Landgrafen von Hessen-Darmstadt über die Bedingungen eines Universalfriedens. 1633. 18. [28.] Januar. Dresden	257
2. Gutachten Hans Georgs von Arnim an den Kurfürsten Johann Georg. 1633. 19. Februar [1. März]. Dresden	267
3. Relation der Herren hessischen Räthe, als ihre kürstl. Gn. von Leutmarth zurückkommen. 1633. 17. [27.] März. Dresden.	276
4. Gutachten Landgraf Georgs über das schwedisch-französische Bündniß 1633. 30. April [10. Mai]. Weissenfee	296
5. Gutachten Landgraf Georgs über den Heilbronner Schluß. 1633. 24. Mai [3. Juni]. Marburg	299
6. Gutachten der vier oberen Kreise über die Friedensbedingungen. 1633. August. Frankfurt a. M.	294
Namen-Verzeichniß	301





I.

Als Gustav Adolf auf dem Schlachtfelde von Lützen das Ziel seiner glorreichen Laufbahn fand, meiste Orenstierna nicht in seiner Nähe. Der Reichskanzler befand sich auf dem Wege nach Ulm, um dort seinem Auftrage gemäß die evangelischen Stände der vier obern Kreise in einem festen Bunde unter sich und mit Schweden zu einigen.¹⁾ Die Kunde von dem Tode seines Königs erreichte ihn am 21. November bei Hanau.²⁾

Den Eindruck dieser Unglücksbotschaft hat Orenstierna später nur mit der Erschütterung vergleichen können, die die Nachricht von der Nördlinger Niederlage in ihm hervorrief. Ihm, der alle andern Wechselfälle des deutschen Krieges mit Fassung

¹⁾ Vgl. Gustav Adolf an die fränkische Ritterschaft d. d. Arnstadt, 3. Nov. 1632 (Artib I, Nr. 486), ebenso an Württemberg (Loc. 8108 J. B. Friedenskraft, p. 493 f.), Straßburg (Straßburg A. a. 997 p. 19 f.), Nürnberg (Soden, Gustav Adolf und sein Heer I p. 461), an Landgraf Georg d. d. 7. Nov. (Irmer I Nr. 100) — Instruction und Vollmacht Gustav Adolfs für Orenstierna [eod. dato] (Artib I, Nr. 487 und Chemnitz I p. 435). Orenstierna an die Stände der vier obern Kreise d. d. Würzburg, 11. Nov. 1632. (Söfel, Religionskrieg in Deutschland III p. 297—298 Chemnitz I p. 436, Straßburg A. a. 497 p. 12—15).

²⁾ Vgl. Chemnitz II p. 8 und Axel Orenstierna an Bengt Orenstierna [d. d. Frankfurt a. M., 22. Nov.] in Hist. Tidskr. Bd. I p. 127.

aufgenommen hat, raubte die Sorge den Schlaf. So sehr schlenen beide Male alle bisherigen Errungenschaften in Frage gestellt.¹⁾

Unter diesen Umständen konnte er nicht daran denken, die Ulmer Versammlung, wie ursprünglich geplant war, abzuhalten, sondern sah sich genöthigt, sie vorläufig zu suspendiren, und theilte das wenige Tage später den einzelnen Ständen mit.²⁾ Seine Anwesenheit war jetzt an anderer Stelle weit nöthiger. Das Gefüge der Royalarmee mußte durch den Verlust ihres königlichen Führers schwer erschüttert sein, und da sich bei ihr kein General schwedischer Nationalität befand, ergab sich für den Reichskanzler als nächste und unmittelbarste Aufgabe, bei dem Heere die Maßnahmen zu treffen, die seinen Bestand und seine Treue gegen Schweden sicherten.³⁾ Sodann wollte er es versuchen, mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zu einer Verständigung über die fernere Politik zu gelangen.⁴⁾

Die Besorgniß wegen des Heeres war nicht grundlos. Als der Kurfürst von Sachsen, Johann Georg, die Nachricht von der Lützener Schlacht erhielt, beschloß er sogleich, sich das

¹⁾ Ueber die Stimmung Oxenstiernas vgl. seine Briefe an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M., 24. Nov. 1632 (Händl. Bb. 24 p. 231 ff.) und an Salvius eod. dato (Arkiv II, Nr. 865).

²⁾ Vgl. Oxenstierna an Straßburg d. d. Würzburg, 1. Dez. 1632. (Straßburg A. A. 997 p. 10 f.), ähnlich an Württemberg d. d. 2. Dez. 1632. (Loc. 8108. 8. B. Friedenstrakt. p. 490, 495–496.)

³⁾ Vgl. Oxenstierna an Graf Hohenlohe d. d. Würzburg, 2. Dez. 1632: „... so will mir vornehmlich obgelegen sein, mich ungesäumt zur königl. hauptarmee in Meissen zu erheben und der orten ein und andere hochnothwendige anstalt zu machen.“ (Scharold, Zwischenregierung in Würzburg. Beil. 321, an Horn d. d. 1. Dez. (Arkiv II p. 669). Ueber seine Besorgniß wegen des Heeres vgl. sein Memorial für Grubbe an den Reichsrath d. d. Erfurt, 15. Dez. 1632: „Da wir an velt und officieren nicht liber die erforderliche anzahl unserer nationalität verfügen, sind festungen und plätze mitsamt der regierung und auch das heer mit fremden, besonders deutschen besetzt und kommandirt. Wir halten daher alles nur mit den fingerstipen.“ (Händl. Bb. 24 p. 265/266) und Chemnitz II p. 9.

⁴⁾ Ueber die Art der Verständigung mit Kursachsen hat sich Oxenstierna damals nur ganz allgemein geäußert, vgl. seine bereits citirten Briefe an

Kommando über die verwaisten Truppen anzueignen. War es in seinem Bündnisse mit Schweden vorsehn gewesen, daß für den Fall einer Vereinigung der schwedischen und sächsischen Armee dem Könige der Oberbefehl zustehen sollte, so mochte er daraus für sich das Recht ableiten, nunmehr nach des Königs Tode seinerseits die Führung zu übernehmen.¹⁾ In diesem Sinne schrieb er an die beiden deutschen Herzoge, die das Heer befehligten, an Bernhard von Weimar und Georg von Saxeburg.²⁾

Diese haben sich anscheinend über ihre Antwort verständigt. Herzog Georg schrieb zurück, daß er sich über die bevorstehende Ankunft des Kurfürsten freue und hoffe, daß dessen Rath (also nicht dessen Befehl) von Nutzen sein werde,³⁾ und Bernhard theilte mit, daß er mit den andern königlichen Generalen vorläufig die Verfolgung des Feindes beschlossen habe, bis das schwedische Direktorium eine endgültige Anordnung treffe.⁴⁾

Vengt Ogenstierna, Horn, Salvius, Hohenlohe und das Memorial für Grubbe (p. 267). Wie er sie sich im Einzelnen dachte, ergeben seine Verhandlungen in Dresden und Berlin. Ueber Rüfels Behauptung (p. 12—13), er habe die zwei Kurfürsten bestimmen wollen, am Konvent der vier obern Kreise theilzunehmen, s. meine Ausführungen weiter unten.

¹⁾ Ueber die Befugniß Johann Georgs auch über schwedische Truppen zu kommandiren, vgl. das Gutachten der sächsischen Räte d. d. 8. April 1632 Abschnitt 3. (Loc. 8108. 3. B. Friedenstrakt. p. 103—126.)

²⁾ Johann Georg an Herzog Bernhard d. d. Dresden, 21. Nov. 1632. „Wir sind entschlossen, sobalden wir sehen, wo wir sicher zusammen stoßen können, uns in der person zu der armee zu begeben und die nothdurft ferner zu bedenken und anzustellen.“ (Arkiv II, Nr. 864). Ähnlich an Herzog Georg. (Loc. 9232, 6. B. schwed. Kriegsexpedition p. 210).

³⁾ Herzog Georg an Johann Georg d. d. Grimma, 25. Nov. 1632. (Ebda. p. 246).

⁴⁾ Herzog Bernhard an Johann Georg d. d. Grimma, 25. Nov. 1632: Will den Kurfürsten unterstützen und bei dem evangelischen Wesen sein Bestes thun, „gestalt zu dem ende neben den andern alhier anwesenden königl. generalen, bis zu völliger disposition der cron Schweden unter dero continuirenden directorio, wir uns in beharlicher verfassung gestellt und in vertraulicher einmüthiger zusammensetzung verwandt sein, mittelst G. gnd. zugeschieden succurs den feind pado stricta zu verfolgen.“ (Ebda. p. 236—237.)

Die Ablehnung von Johann Georgs Ansprüchen war deutlich genug, und er suchte seine Niederlage so gut wie möglich zu verdecken, indem er in seinem nächsten Briefe nur davon sprach, daß er behufs einer Konferenz zur Armee habe reisen wollen, aber vorläufig daran verhindert sei.¹⁾

Was die Beweggründe der beiden Herzoge anbetrifft, so kann man wenigstens hinsichtlich Bernhards nicht im Zweifel sein. Er hat gerade in dieser Zeit einmal behauptet, daß er von jeder Verpflichtung gegen Schweden frei sei, weil er in einem Wortwechsel mit Gustav Adolf seine Generalwürde niedergelegt habe.²⁾ Das entspricht nicht der Wahrheit.³⁾ Er war

¹⁾ Johann Georg an Herzog Bernhard d. d. Dresden, 30. Nov. 1632. (Ebda. p. 248.)

²⁾ Vgl. Heußner an Herzog Wilhelm d. d. Chemnitz, 5. Dez. 1632 „... und hetten se. fr. gn. [Bernhard] freie handt, weil sie kein diener, denn sie zu Arnstadt gegen ihr königl. may. albereit dero charge resigniret und sich anizo als ein alkürter und reichsfürst comportiren könnten.“ (Weimar A 306. Corr. Wilh. IV. p. 11 ff.)

³⁾ Die Behauptung dieses Briefes ist bisher fast allgemein als wahr angenommen worden. (Möse, I p. 176, Droysen, Bernhard I p. 63, Diemar, Untersuchung über die Schlacht p. 15 Anm.) Angezweifelt ist sie nur in einer Recension des Droysenschen Bernhard. (Hist. Tidsskr. Bd. 5 p. 79/80.) Es wird dort mit Recht als auffällig hervorgehoben, daß G. A. den Herzog noch mit wichtigen militärischen Commandos betraut hat, trotzdem ihm dieser gewissermaßen seinen Degen vor die Füße geworfen habe. In der That ist ein Unterschied in der Stellung Bernhards vor und nach dem Arnstädter Auftritt nicht zu konstatiren. Eine Quelle weiß sogar zu berichten, daß Gustav Adolf vor der Lützener Schlacht im Vorgefühl seines Todes den Herzog zu seinem Nachfolger im Oberbefehl designirt habe. (Möse, I p. 183.) Auffällig ist es ferner, daß außer dem Heußnerschen Briefe keine Nachricht von dem Zwiste zwischen Gustav Adolf und Bernhard und dem Abschiede des letztern vorliegt. Es wäre doch gewiß ein Vorgang gewesen, geeignet in den weitesten Kreisen Aufsehen hervorzurufen. Dagegen steht eine Anzahl Quellen direkt mit Heußners Behauptung im Widerspruch. Zunächst, wie auch schon die genannte Recension betont, das Memorial, das Rittmeister von Bodenhausen am 21. Nov. bei Johann Georg einreichte. (Glassey, dissertation de gladio quo cum Gustavus Adolphus occubuit p. 11. Vgl. Diemar p. 59 ff.) Es heißt darin: „Darum denn i. f. g. [Bernhard] als einer in diensten von i. f. m. zu Schweden wollen gebeten haben.“ Diemar

schwedischer Officier, aber trotzdem ist es nicht die Treue gegen Schweden gewesen, die seine Haltung bestimmt hat, sondern sein Ehrgeiz: er hat schon damals gehofft, als Generalissimus die

fertigt diese Notiz mit der Bemerkung ab, daß Bernhard damals gerade keine Veranlassung gehabt hätte, sich gegen Bodenhausen und den Kurfürsten über seine eigenthümliche Stellung klar auszusprechen. Das zugegeben, hätte also Bodenhausen seltsamer Weise auch nichts von dem Abschiede Bernhards gemerkt. Auf die gleiche Bemängelung wird dann auch der Brief Bernhards an Johann Georg vom 25. Nov. stoßen (vgl. oben p. 19 Anm. 4), worin er sich selbst als königlichen General bezeichnet. Auch Graf Brandenstein nennt ihn so. Er berichtet dem Kurfürsten am 16. Nov., daß der König gefallen, „aber doch hernacher durch ihre fürstl. gn. herzog Bernharden als generalen über die infanteria, den generalmajor über die königl. armeen den von Kniphausen, fürsten von Anhalt und andere hohe und niedrige officierer und soldatesca vermaßen dem feinde zugesetzt worden, daß er endlich das selb quittiren müssen“ (Glasen. a. a. O. p. 9/10. cf. auch Sattlers Brief vom 18. Nov. Archiv II p. 648) und Hohenlohe schreibt an Bernhard d. d. Würzburg, 5. Dez. als an „der königl. majst. zu Schweden bestellten generalen“. (Weimar A. 306. Corr. Wilh. IV p. 19.) Der vertraute Kammerer Gustav Adolfs Lönnes Langmann endlich berichtet dem Reichsrath d. d. Altenburg, 22. Dez. 1632 (Hist. Tidsskr. Bd. 12 p. 160) und zwar in einem Zusammenhange, der es entschieden nahe gelegt hätte, den Abschied Bernhards zu erwähnen, daß der König vor der Lützener Schlacht die Generale seines Heeres: Bernhard, Kniphausen, Graf Brahe zu sich berufen habe. Nach alle diesem wird man Heußners Behauptung nicht mehr so ohne jedes Bedenken hinnehmen können. Untersuchen wir nun, was bisher versäumt worden ist, in welchem Zusammenhange sie sich findet, so ergibt sich zunächst, daß sie von Bernhard selbst inspirirt worden ist, sodann, daß sie ein Glied seiner Bestrebungen bilde, die Würde eines Generalissimus zu erlangen. Diesen Bestrebungen stand Herzog Wilhelm mit seinem Besitz der schwedischen Generalleutenantscharge im Wege. Heußner sollte ihn nun bewegen, zu Gunsten Bernhards auf die Ausübung seiner Charge zu verzichten, indem er ihm auseinandersetzte, wie er durch seine Stellung als schwedischer Offizier Schweden gegenüber gebunden sei, während Bernhard durch seinen Rücktritt völlige Aktionsfreiheit erhalten habe. Man wird zugeben, daß damit und den andern Quellen gegenüber Heußners Behauptung die Glaubwürdigkeit verliert: Bernhard ist auch nach Arnstadt in schwedischen Diensten geblieben. Doch möchte ich nicht so weit gehen, nun ganz zu leugnen, daß in Arnstadt von Abschiednehmen die Rede gewesen ist. Man mag sich den Vorgang so vorstellen, daß Bernhard wegen seiner Eigenmächtigkeit getadelt entgegnet hat, unter diesen

maßgebende Stelle unter den Protestanten einnehmen zu können.¹⁾ Dadurch verbot sich ihm jede Unterordnung unter Kurfürsten.

Ein ganz ähnlicher, wenn auch in der Form für Johann Georg nicht so petulischer Vorgang war es dann, als in der ersten Dezemberwoche Arnim nach Chemnitz an Bernhard den Wunsch des Kurfürsten überbrachte, daß die schwedische Armee dem geschlagenen Feinde nach Böhmen folgen möge. Bernhard erklärte, vor Oxenstiernas Ankunft keinen Bescheid geben zu können, und Arnim nahm den Eindruck mit, daß jener nicht gewillt sei, seine Interessen von denen Schwedens zu trennen.²⁾

So fand denn Oxenstierna, als er am 20. Dezember in Altenburg eintraf, Generale und Heer in einer seinen Wünschen entsprechenden Verfassung. Er gewann die Sicherheit zurück, daß seine Anordnungen respektirt werden würden.³⁾ Ein unter seiner Theilnahme abgehaltener Kriegsrath beschloß dann, daß vorläufig Zwickau, der einzige noch vom Feinde besetzte Platz in Sachsen, belagert werden sollte. Alles Weitere wurde bis zum Ausgange der Verhandlungen verschoben, zu denen eben

Umständen und da der König so wenig von seinen Diensten halte, sei es wohl das Beste, aus dem schwedischen Heeresverbande auszutreten, worauf Gustav Adolf nicht weiter geantwortet hat, weil es ihm in diesen Momente aus mehreren Gründen nicht rathsam sein mußte, mit dem Herzoge zu brechen.

¹⁾ Vgl. den erwähnten Brief Heusners, dazu die späteren Verhandlungen Wilhelms und Bernhards, namentlich das Protokoll über die Berathung der vier Weimarer Brüder und ihrer Räthe d. d. 8. Febr. 1633. (Weimar Kr. u. Fr. A.)

²⁾ Vgl. das Memorial, Arnim mit nach Chemnitz gegeben d. d. Dresden, 1. Dez. 1632. (Loc. 9232. 6. Bb. Des Königs in Schweden Kriegsexpedition betr. p. 250.) Irmer, Arnim p. 203. Die Mission war von Arnim selbst veranlaßt, vgl. sein Gutachten vom 30. Nov.

³⁾ Oxenstierna erklärte in Dresden am 27. Dez.: „Wenn sie [d. i. ihre Excellenz, Oxenstierna] aber nein spräche, so müßte die schwedische armee nicht hingehen“, d. h. nach Böhmen, wie der Kurfürst wünschte. Vgl. das Protokoll über die Dresdener Verhandlungen.

jetzt Arnim persönlich dem Reichskanzler eine Einladung Johann Georgs überbrachte.¹⁾

Noch vor Ogenstierna ist Herzog Bernhard in Dresden eingetroffen, in der Hauptsache wohl nur, um mit seinem Besuche dem Gebote der Höflichkeit Genüge zu thun.²⁾ Zwar hat er des Kurfürsten Meinung über einige militärische Fragen erbeten. Aber der spätere Verlauf hat hinreichend gezeigt, daß die schwedischen Heeresführer, Bernhard in erster Linie, nicht geneigt waren, irgend welchen Wünschen Kurfürstens zu willfahren, soweit das nicht in ihrem eigenen Interesse lag. Doch hat der Aufenthalt des Herzogs weit über die Grenzen eines bloßen Anstandsbesuchs hinausreichende Bedeutung gewonnen. Der Kurfürst erhob nochmals die Forderung, die er schon durch

¹⁾ Ueber die Ankunft Ogenstiernas in Altenburg und den Kriegsrath, vgl. Drohsen a. a. O. p. 308. — Ogenstierna hatte bereits von Erfurt aus Johann Georg um eine Zusammenkunft gebeten und dazu selbst Dresden vorgeschlagen. Seine Reise dahin wurde aber infolge übler Nachrichten vom westlichen Kriegsschauplatz wieder fraglich. Arnim suchte ihn daher persönlich in Altenburg auf und lud ihn nach Dresden ein, vgl. den Paßbrief Ogenstiernas für Christ Schenk d. d. Erfurt, 11. Dez., zwei Briefe Arnims an Johann Georg d. d. 16. Dez., Johann Georg an Arnim d. d. 17. Dez. (Loc. 9232. 6. Bd. Des Königs in Schweden Kriegsexpedition betr. p. 308, 293 f., 300, 301), Ogenstierna an Arnim d. d. Altenburg, 22. Dez. (Loc. 9232. 7. Bd. Des Königs in Schweden Kriegsexpedition betr. p. 32) und die Einleitung zu dem Protokoll über die Dresdener Verhandlungen, dazu Chemnitz II p. 13 und Irmer, Arnim p. 204. — Daß Arnim auch in Altenburg um die Verfolgung des Fehdes nach Böhmen gebeten hat, ist nach seiner citirten Correspondenz mit Johann Georg wahrscheinlich. Ganz sicher hat er aber dort schon begonnen, den Reichskanzler wegen seiner politischen Absichten zu sondiren, s. u. p. 45. Anm. 1, vgl. Drohsen, Bernhard I. p. 78, Irmer, Arnim p. 204.

²⁾ Vgl. zu dem Folgenden Herzog Bernhard an Johann Georg d. d. Altenburg, 22. Dez. (Loc. 9232. 7. B. Des König zc. p. 33) und die Registratur über Bernhards Berrichtung in Dresden. (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 2—5, ausführlicher Auszug bei Drohsen a. a. O. p. 611—612.) Bernhard kam am 23. Dez. in Dresden an. Das Datum seiner Abreise steht nicht fest; sie scheint unmittelbar nach Ogenstiernas Ankunft erfolgt zu sein. Vgl. Drohsen, Bernhard I. p. 85.

Arnim hatte stellen lassen, nämlich daß die schwedische Armee in Böhmen einrücken solle. Er war bereit, das durch einen Vorstoß seiner eigenen Armee aus Schlesien zu unterstützen.

Man hat der früheren Friedenspolitik Kurfürstens gegenüber solche Kriegslust höchst auffallend gefunden und ihre Erklärung in politischen Hintergedanken gesucht: in dem abenteuerlichen Plane, dem Kurprinzen die böhmische Königskrone zu verschaffen und in der Hoffnung Arnims, auf diese Weise die Leitung des führerlosen schwedischen Heeres in die Hände zu bekommen.¹⁾

Beide Gedanken, sowohl daß der Feind durch die Koyalarmee zu verfolgen sei, als auch daß man für den Fall eines unausgleichbaren politischen Gegensatzes zu Orenstierna diese Armee in eigene Hand bringen müsse, sind allerdings gleichzeitig in dem weiter unten zu erwähnenden Novembergutachten Arnims ausgesprochen,²⁾ stehen aber deswegen doch noch nicht in einem unlöslichen innern Zusammenhange. Das eine wurde von ihm für wünschenswerth auf alle Fälle bezeichnet, das andere von einer Bedingung abhängig gemacht, über die erst die Zukunft entscheiden sollte. Dem entspricht es, daß Kurfürst an seinem strategischen Plane festgehalten hat, auch nachdem die Erfahrung die Unzugänglichkeit der schwedischen Heerführer gelehrt hatte.³⁾ Es ist auch nicht einzusehn, wie es durch das Zusammenwirken auf demselben Kriegsschauplatze erleichtert werden sollte, einen

¹⁾ Vgl. Trummer, Bd. II, Einl. p. 3.

²⁾ Gutachten Arnims für Johann Georg d. d. 30. Nov. 1632. (Doc. 8108. J. B. Friedenstrakt, p. 352—361. Auszüge bei Droysen a. a. O. p. 609—611 und Kirchner, Schloß Voigdenburg p. 265—267.) In seinem Buche über Bernhard von Weimar hat Droysen (p. 77) aus dem Vorstoße der sächsischen Armee nach Mähren einen Rückmarsch nach Meissen gemacht.

³⁾ Die Bemühungen Sachsens, den Reichskanzler für die Verfolgung Wallensteins nach Böhmen zu gewinnen, reichen bis in die zweite Hälfte des Januar. Vgl. darüber Kap. IV.

der Krone Schweden treu ergebenen General zum Abfall zu verleiten.

Der Vorschlag, dem geschlagenen Feinde zu folgen, ihm keine Gelegenheit zum Sammeln zu lassen, lag sicher nahe genug und ist auch von andern gemacht, die ehrgeizigen Plänen des Dresdener Hofes völlig fern standen.¹⁾ So ist auch für Arnim nur der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, Sachsen vor der Gefahr einer abermaligen Invasion zu schützen.²⁾ Auch darf man dabei in seinem Offensivplan keine besondere Kriegslust sehen, ebenso wie in seinen spätern wiederholten Rathschlägen, die sächsische Armee zu verstärken. Ihn leitete dabei einzig der gewiß richtige Gedanke, daß man den Frieden um so leichter erlangen würde, je achtungsgebietender und fürchtbarer man dem Feinde im Felde gegenüber träte.³⁾

¹⁾ Die Erwartung, daß man dem geschlagenen Feinde nicht erst Zeit lassen werde, sich wieder zu sammeln, findet sich ausgesprochen in dem Gutachten Johana Philipps von Altenburg und Christians von Brandenburg d. d. Dresden, 22. Nov. (Loc. 9232. 7. B. des Königs zc. p. 5—8) und den Briefen Friedrich Ulrichs von Braunschweig d. d. Braunschweig 4. Dez. (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 444 ff.) und Georg Wilhelms d. d. Königsberg, 9. Dez. (Weimar Nr. u. Fr. A. 1632. III).

²⁾ „Den wan sie [Ogensterna und Bernhardt] mit der armee anders wohin als in Böhmen gingen, stunde das land offen.“ Arnim an Johann Georg d. d. 16. Dez. 1632. (Loc. 9232. 6. B. Des Königs zc. p. 293 f).

³⁾ Arnim befürwortet in allen seinen Gutachten den Frieden. Dabei finden sich folgende Ausprüche: „So lange man kriegen muß, geschehe es mit ernst.“ (d. d. 30. Nov.) „... den das gewisse davor zu halten, je besser die verfassung des krieges, je neher man dem frieden und je eher man dazzu gelangen wird.“ (d. d. 7. Jan.) „In meinem jungsten bedenken habe ich dazzu [zum Frieden] zwei mittel, die waffen und die interposition hoher christlicher potentaten gesetzt. Außer deme sehe ich auch izo noch kein anderes. Eines wird aber ohne das ander etwas nütliches nicht wirken können, den vernünftige rationes können wol einen guten weg weisen, aber die furcht der waffen muß die partien darauf leiten.“ (d. d. 10. Jan.) „So lieb nun aber E. churf. durchl. ist, den frieden zu befördern, so hoch müssen Sie sich angelegen sein lassen, Ihre kriegsverfassungen nicht alleine zu continuiren, sondern sich auch noch in einer sterkeren zu ehen. Das habe ich lange und zwar von anfangs gerathen. (d. d. 1. Mär.)

Nun wäre es aber nicht undenkbar, daß der ursprünglich rein strategische Vorschlag von Andersn aufgegriffen sei, um damit Annexionspläne zu verknüpfen. Arnim wäre dann aber merkwürdiger Weise nicht davon unterrichtet worden. Er äußert sich in seinen Gutachten über alle möglichen Fragen: von der böhmischen Krone sagt er kein Wort. Dagegen spricht er sich einmal über die Verwerflichkeit aller Eroberungskriege aus und in einem verartig scharfen Tone, daß man nicht annehmen kann, er habe sich damit indirekt an die Adresse des Kurfürsten wenden wollen.¹⁾

Die Quelle, die für die genannte Vermuthung angeführt ist, scheint auch nicht ausreichend, sondern eher in das Gebiet des Hofklatiches zu gehören.²⁾ Ebenso wenig trifft die Analogie zu, die aus dem Jahre 1631 herangezogen wird, daß schon für den ersten Einmarsch der kurfürstlichen Armee in Böhmen die Erwerbung der böhmischen Krone ein entscheidendes Moment mit gewesen sei.³⁾ Denn damals hatte es Sachsen gerade verhindert, daß sich ein von Schweden abhängiges Corps in Böhmen festsetzte, während es jetzt den Einmarsch der schwedischen Hauptarmee begehrte. — So lange nicht weitere Beweise

¹⁾ „Darumb muß der Anis und endursache aller rechtmäßigen Kriege sein, daß man mehr umb den Frieden als Land und Leute krieget: . . . unrechtmäßig aber wurde unser Krieg dadurch werden, wan wir etwas anderes als denselben durch die Waffen sucheten, und wer ohne diesen seligen zwegl zum Kriege reth, darf sich nicht rühmen, daß er die Wohlfart der Kirchen und des heil. röm. Reichs, sondern wird mit großem fuge beschuldiget, daß er dessen verderb und untergang suchet.“ Gutachten vom 1. März.

²⁾ Vgl. Nikolai an Ogensterna d. d. 8. Jan. (Armer II. p. 10.)

³⁾ Vgl. Armer II. Einl. p. 13. Uebrigens ist auch damals der Einmarsch nicht durch den Wunsch nach der Krone hervorgerufen, sondern dieser erst im Verlaufe jenes und wie es scheint nur bei der Kurfürstin entstanden. Vgl. Gädde, die Eroberung Nordböhmens im Jahre 1631. (Neues Archiv für sächs. Gesch., Bd. 9, namentlich p. 238/39 und die Aktenstücke Nr. 6, 13, 32 und 34.)

aufgefunden werden, muß man daran festhalten, daß der kurfürstliche Feldzugsplan nur durch strategische Gründe veranlaßt worden ist.

Herzog Bernhard hat ihn abgelehnt, ebenso, um vorzugreifen, wenige Tage später Drenstierna. Ihnen hat sich dann Anfang Januar der Kriegsrath der schwedischen Generale einstimmig angeschlossen. Die Gründe, die von ihnen Allen dafür angeführt worden sind, sind lediglich militärischer Natur gewesen.¹⁾

Arnim, der schon in Chemnitz mit Bernhard persönlich darüber verhandelt hatte und während der späteren Conferenzen in Dresden auch zugegen war, hat den Eindruck gewonnen, daß die angegebenen Gründe nur ein Vorwand gewesen seien. Nach seinen eigenen Leistungen im Felde — man braucht nur an seine Siege auf der Stuhmer Halde und bei Steinau zu erinnern — wird man ihn gewiß ein competentes Urtheil über die Chancen eines Einfalls in Böhmen nicht abstreiten können. Und er hielt einen solchen nicht nur für möglich, sondern für dringend nothwendig, wenn anders Sachsen nicht durch den kommenden Feldzug in die äußerste Gefahr gerathen sollte. Er war der festen Ueberzeugung, der Reichskanzler habe diese Zwangslage benutzen wollen, um auf den Kurfürsten zu drücken: durch politische Concessionen würde Johann Georg den Angriff der schwedischen Armee auf Wallenstein haben erkaufen können.²⁾

¹⁾ Vgl. die Registratur über Bernhards Verrichtung, ferner Taubes Relation d. d. 14. Jan. 1633 (Loc. 9232. Des Königs x. p. 57—61) auch das Berliner Conferenzprotocoll (Irmer II p. 28 und 29.).

²⁾ „... auch können E. hurf. durchl. sich noch zur zeit darauf [auf Succurs] geringe vertröstunge machen, weil der herr reichskanzler eine neue alliance und zwar mit hochbedenklichen conditionen vorschleget, und ehe das zu seiner richtigkeit, wird er gewaltig zurückhalten. [Darum müssen Friedensverhandlungen angeknüpft werden.] Geschieht es nicht schleunigst und E. hurf. durchl. sollten in extremitäten gerathen, daß Sie widerumb assistenz und hülfe suchen und bitten, so gedenken E. hurf. durchl. gnedigst, mit was unerträglichem conditionen Sie solliches würden erheben müssen.“ (Gutachten vom 1. März.)

Dasselbe hat wenigstens als Vermuthung auch der dänische Gesandte ausgesprochen, als er von den sächsischen Räthen über ihre Verhandlungen mit Oxenstierna unterrichtet war.¹⁾

Auffällig ist immerhin, daß Bernhard ursprünglich ganz von selbst auf den Gedanken gekommen ist, den Feind nach Böhmen zu verfolgen,²⁾ nach Oxenstiernas Ankunft aber mit einem Male über alle dieselben Gründe dagegen verfügte wie dieser.³⁾ Auch der Reichskanzler hat auf der Dresdener Conferenz Anfangs den Vorschlag des Kurfürsten nicht unbedingt abgelehnt. Er „wollte noch nicht sagen, daß es rathjamb oder nicht.“ Man müsse sich nur erst über die politischen Fragen verständigen. Ähnlich äußerte er sich noch in der dritten Conferenz: ein Angriff auf Böhmen sei zwar nicht unbedenklich, auch habe die Armee selbst wenig Lust dazu, „doch were hterinnen noch nichts geschlossen. Die Armee were noch beisammen, man könnte sie allezeit führen, wohin man sich noch vergleichen würde.“ Erst als er erkannte, daß er mit seinen eigenen politischen Forderungen keinesfalls durchdringen würde, hat er den sächsischen Feldzugsplan endgültig abgelehnt. Daß er den Kriegsrath noch ein Mal befragen wollte, war ohne Bedeutung: hatte er doch in Dresden selbst erklärt, daß die

¹⁾ „Die retirada möchte vielleicht darum geschehen, ihre churf. durchl. in solche gefahr zu stürzen, daß sie gezwungen würden, sich in alliance zu begeben.“ Aeußerung Heventlows am 19. Jan 1633. (Protocoll eod. dato. Doc. 8108. 4. B. Friedenstract. p. 91 ff.)

²⁾ Vgl. Herzog Bernhard an Johann Georg d. d. 28. Nov.: „Solte aber der feind nader Böhmen, welches ich nicht eigentlich erfahren kann, werde ich ihn vleleicht suchen zu folgen, welches die Zeit geben wird und nicht, ohne ich herrn feldmarschall Arnheim meinung vernomen habe, resolviren.“ (Doc. 9232. 6. B. des Königs x. p. 247.) Noch am 5. Dec. begründet er seinen Entschluß, Zwickau zu belagern, damit, daß er durch Eroberung dieser Stadt den Weg nach Böhmen öffne. (Ebenda p. 272 f.)

³⁾ Vgl. Registratur über Bernhards Verriichtung in Dresden.

Operationen der schwedischen Armee einzig von seiner Entscheidung abhingen.¹⁾

Ermägt man dies und nimmt dazu, mit welchem Scharfblick Arnim die Organisationspläne des Reichstanzlers erkannte,²⁾ wie richtig er es voraussagte, daß sich Wallenstein im bevorstehenden Feldzuge nicht wieder gegen die Schweden, sondern gegen die Sachsen wenden werde,³⁾ so wird man nicht umhin können, ihm auch in diesem Falle beizupflichten.

Abgesehen von dem Kriegsplan ist mit Bernhard während seiner Anwesenheit in Dresden auch direkt über Politik verhandelt worden. Johann Georg hat ihm, wie es scheint in einem Privatgespräche, erklärt, daß er die Führung der protestantischen Stände nicht an Schweden abtreten könne, und hat das ungefähr ebenso begründet, wie später Georg Wilhelm gegenüber. Ueber die ablehnende Antwort Bernhards kann man nicht zweifelhaft sein. Hat er sich doch, als er seinen Brüdern hiervon Mittheilung machte, überaus scharf für die Isolirung Sachsens ausgesprochen, auch auf die Gefahr hin, daß man den Kurfürsten dadurch auf die Seite der Gegenpartei treibe.⁴⁾

¹⁾ Vgl. die Äußerungen Oxenstiernas in der 1., 3. und 5. Konferenz am 26., 27. und 30. December.

²⁾ Siehe darüber Cap. II.

³⁾ „Denn nun nichts anderes zu vermuthen, als daß der Herzog von Friedland sich höchlichen bemühen wird, wie er eine separation zu wege bringe und wird anizo eben das mittel, so er vormalen gegen E. Churf. durchl., gegen den Schwedischen gebrauchen, daß er sie in ruhe lassen und nicht irritiren, aber E. Churf. Durchl. desto härter zusezen wird, beides, auf dieser seiten in Ihrem lande als auch nichts minders in Schlessien und Lausnig.“ (Gutachten Arnims vom 7. Januar.) Ähnlich im Gutachten vom 1. März.

⁴⁾ „Von Kur. S. nicht weichen wolte [von seinem Ansprüche an das Directorium], hette es nicht so gar viel auf sich, do er auch gleich uf jene seite trete, doch were es besser, wen er bei uns bleibe.“ Äußerung Bernhards am 8. Febr. (Protocoll Weimar Kr. u. Fr. A.)

Bernhard hat sich selbst gerne als den Soldaten hingestellt, dem Politik ferne läge und der sich ausschließlich um militärische Dinge bekümmere. Diese Fiktion ist bei aller Anerkennung von des Herzogs Scharfblick doch vielfach von der Geschichtsschreibung acceptirt worden. Die eben gegebenen Thatsachen sind geeignet, des Herzogs Persönlichkeit in etwas anderem Lichte erscheinen zu lassen. Er ordnet hier politischen Gesichtspunkten das militärisch Zweckmäßige unter und sein Verhalten gegen Johann Georg ist nicht eben loyal und keineswegs frei von Selbstsucht.

Zwei Tage nach Herzog Bernhard langte dann Orenstierna in Dresden an mit fürstlichem Gefolge, das seiner Stellung als Repräsentanten der Krone Schweden auch äußerlichen Ausdruck gab.¹⁾ Vom kurfürstlichen Hofe wurde ihm ein feierlicher Empfang zu Theil, wie er ihn nicht anders wünschen konnte.²⁾ Aber die Aufnahme, die seine Vorschläge dann fanden, kennzeichneten doch hinreichend, wie sehr man in Dresden die Lage durch den Tod Gustav Adolfs zum Nachtheile Schwedens verschoben glaubte.³⁾

Orenstierna hat später in Berlin genau denselben Standpunkt vertreten, wie jetzt in Dresden. Es ist daher gerechtfertigt,

¹⁾ Vgl. Helbig, Gustav Adolf und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg. Beil. VI.

²⁾ Vgl. Orenstierna an den Reichsrath d. d. Leipzig 13. Jan. 1633 (Abtlersparre, Hist. Samml. V p. 3 ff.)

³⁾ Zu dem Folgenden vgl. Protocollum, was bei Anwesenheit des königlichen schwedischen Reichscanzlers Herrn Axel Orenstiernas in unterschiedlichen mit ihrer Excellenz gehaltenen Conferenzen vorgelaufen. (Loc. 8108, 4. B., Friedenstract. p. 10—44. Auszüge bei Droysen a. a. O. p. 614—620) und Registratur in puncto der von dem Herrn Reichscanzler geforderten Zahlung für die königl. schwedische Armee. (Ebenda p. 6—9. Auszug bei Droysen p. 621—623.) — Orenstierna kam danach am 25. Dec. an und reiste am 6. Jan. wieder ab. Conferenzen fanden statt 1) am 26., 2) und 3) am 27., 4) am 29., 5) am 30. December.

seine Aeußerungen dort zur Ergänzung seiner Dresdener Erklärungen heranzuziehen.¹⁾

In erster Linie handelte es sich für Oxenstierna um die künftige Organisation des evangelischen Kriegswesens, oder wie man auch sagen kann, um die Abgrenzung der schwedischen und der sächsischen Einflußsphäre innerhalb der protestantischen Partei. Von der Lösung dieser Frage machte er seine weiteren Maßnahmen und insbesondere seine Haltung gegen Kurfürsten abhängig.

Am ausführlichsten hat er sich in Berlin über dies Problem geäußert.

Die eine Lösung, die er als möglich hinstellte, war die, daß Schweden überhaupt vom Kriegsschauplatz abtrat, der kurfürstlichen Politik das Feld räumte. Allerdings hat er selbst diesen Ausweg sofort bekämpft.²⁾

Wenn man von dem Heere, das Gustav Adolf nach Deutschland gebracht hatte, dem sächsischen Corps und den wenigen brandenburgischen Regimentern abzieht, war es schwer zu entscheiden, welche Truppen Schweden, welche den Ständen gehörten: mit Absicht hatte der König hier die Verhältnisse und Verpflichtungen durch einander verschlungen und vermischt. Und doch mußten die Offiziere, wenn Schweden aus dem Kriege auswich, darüber Klarheit verlangen, um zu wissen, an wen sie sich wegen ihrer Soldrückstände zu halten hätten. Eine solche Auseinandersetzung war ohne Reibungen garnicht möglich und jetzt nach dem Wegfalle von Gustav Adolfs Autorität bei

¹⁾ Vgl. Conferenzprotocoll über die Berathungen des Reichscanzlers mit der kurbrandenburgischen Regierung d. d. Berlin 9 und 10. Febr. 1633. (Armer II p. 24 ff.)

²⁾ Ebenda p. 27, 30, 33 und 43.

einem ohnehin schwierigen Heere doppelt bedenklich und konnte leicht unliebsame Zufälle herbeiführen.¹⁾

Aber bis zu solchen Erwägungen ist Oxenstierna gar nicht einmal gekommen. Für ihn ergab es sich schon aus den Gesichtspunkten der großen Politik, daß Schweden den Krieg nicht verlassen dürfe.²⁾ Sein Rückzug wäre von ganz Europa mit Recht als ein Eingeständniß aufgefaßt worden, daß seine Stärke nur in der Persönlichkeit Gustav Adolfs bestanden hätte. Zudem wäre für Schweden in diesem Momente nur ein einseitiges Abkommen mit seinen Verbündeten, nicht aber ein Friede mit dem Kaiser möglich gewesen. Die Bedingung, die Oxenstierna an sein Ausscheiden knüpfte, eine Kompens an Land, hätte daher nur von den Protestanten mit eigenem Gebiet erfüllt oder von ihnen für die Zukunft garantiert werden können. Im ersten Falle hätte Oxenstierna seine Forderung offen nennen müssen, was er bei der Unsicherheit seiner Position zu vermeiden wünschte, im anderen Falle wäre er von dem guten Willen seiner Verbündeten abhängig gewesen, dem er doch gründlich mißtraute.³⁾

¹⁾ Wie sehr im schwedischen Heere Mißstimmung zu befürchten war wenn es für seine Soldansprüche keine hinreichende Gewähr fand, darüber vgl. Arnims Gutachten vom 30. Nov. (. . . daraus „daß den officierern und soldaten bei der königlichen armee noch kein gewisses haubt, wer sie nach abtreiben ihrer manfft. zahlen oder commandiren soll, angezeigt, allerhand unheil zu besorgen“) und vom 7. Jan. (Hallwich, Wallensteins Ende II p. 248.)

²⁾ Vgl. zu dem Folgenden Oxenstiernas Äußerungen gegenüber dem schwedischen Reichsrath d. d. Erfurt 15. Dec. 1632 (Handl. Bd. 24 p. 266–267 und 270), Berlin 13. und 14., Halle 22. Febr. (Ebenda p. 340, 352–354, 374) und Heilbronn 22. März 1633. (Ebenda Bd. 25, p. 206.)

³⁾ „Es ist auf die Dauer kein Verlaß auf die Deutschen und die mit ihnen geschlossenen Bündnisse. Ich habe es gründlich erfahren, daß sie uns nur so lange bei sich dulden wollen, als sie unsere Hülfe ihrer eigenen Gefahr wegen nöthig haben. Ist die Gefahr abgewandt, wird sich nicht einer finden, der uns für alle unsere Mühe und Unkosten auch nur im Geringsten Dank wüßte.“ Oxenstierna an den Reichsrath d. d. Berlin, 14. Febr. 1633. (Handl. Bd. 24 p. 354.)

Und endlich durfte Schweden nicht die Protestanten sich selbst überlassen und damit auch seine eigene Vertheidigung gegen das Haus Habsburg in ihre Hände legen. Nach all den übeln Erfahrungen hinsichtlich der Zersahrenheit ihrer Politik und Kriegsführung war zu befürchten, daß sie auch jetzt noch ihren Gegnern nicht Stand halten könnten. Dann wälzte sich die Woge des Krieges wieder zurück, und Schweden hätte noch ein Mal eingzugreifen gehabt und ziemlich ebenda von vorne wieder anfangen müssen, wo Gustav Adolf begonnen hatte. Zum Wenigsten hätte es also nicht früher abrücken dürfen, als der Kampf zwischen den evangelischen Ständen und dem Kaiser entschieden gewesen wäre. Dieser Last war es aber zumal nach den Anstrengungen der letzten Jahre finanziell nicht gewachsen. Wenn es dagegen den Krieg gleich fortsetzte, konnte es mit gutem Grunde hoffen, auf Kosten der Deutschen sein Heer in der bisherigen Stärke zu erhalten und sich damit zugleich auf der Höhe seiner Großmachstellung zu behaupten.¹⁾

Den beiden Kurfürsten gegenüber stellte nun allerdings Oxenstierna die Sache so dar, als wenn eigentlich Schweden kein Interesse mehr daran hätte, sich am Kriege ferner zu betheiligen und dies ausschließlich den Protestanten zu Liebe thue. Der ganze Vorschlag war eben nur ein tactisches Manöver, um ihnen noch einmal so recht klar vor Augen zu rücken, welchen Werth für sie der Beistand Schwedens hatte, und daraus die Berechtigungen seiner Forderungen abzuleiten. Beide Kurfürsten mußten auch zugeben, daß sie die Hülfe Schwedens vorläufig noch für unentbehrlich hielten. Das Maß ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den schwedischen Ansprüchen blieb aber trotzdem verschieden.

¹⁾ Vgl. Erdmannsdörfer, deutsche Gesch., Bb. p. 212: „Schweden war darauf angewiesen, immer neue Kriege zu suchen, um seine Militärmacht außer Landes zu beschäftigen und zu ernähren“ und den dort citirten Ausdruck von Salvius: „Andere Staaten fangen Krieg an, weil sie reich sind, Schweden, weil es arm ist.“ Das gilt auch schon für diesen Zeitpunkt.

Schwedens weitere Theilnahme am Kriege war also nicht zu entbehren. Aus dieser Nothwendigkeit ergab sich die Folgerung, daß sich Schweden und Sachsen im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung über das Directorium verständigen mußten.

Vom rein militärischen Standpunkt aus erschien natürlich Einheit der Leitung dringend nothwendig, und darauf konnte sich Oxenstierna stützen, wenn er als das für Alle Wünschenswerthe das Directorium Schwedens hinstellte, dem sich dann Kur-sachsen unterzuordnen gehabt hätte.¹⁾

Das Umgekehrte lag außer dem Bereiche der Möglichkeit und ist auch von keiner Seite in Betracht gezogen.

Aber so unzweifelhaft das alleinige Directorium Schwedens in Hinsicht auf die militärischen Erfolge die beste und einfachste Lösung war, ebenso unzweifelhaft war es auch, daß sich Kur-sachsen nie dazu verstehen würde. Das ist von vornherein Oxenstiernas Ansicht gewesen,²⁾ und wenn er trotzdem diesen Vorschlag machte, so geschah es nur, um seine eigentliche Absicht als ein Zugeständniß erscheinen zu lassen.

Gegen einen Wechsel im Directorium führte Oxenstierna mit Recht an, daß ein solcher die Stetigkeit der Operationen erschüttern und einen gedehlichen Fortgang überhaupt in Frage stellen würde.³⁾

Wenigstens den Schein der Einheit zu wahren, ließ sich endlich noch die Einrichtung denken, daß das Directorium gemeinschaftlich verwaltet würde. Es hätte dann noch Kur-brandenburg hinzugezogen werden müssen. Aber bei der offenen

¹⁾ Vgl. Irmer II p. 30 und 35. Ähnlich äußerte sich Oxenstierna in Dresden: „Dieses wäre wohl der beste und sicherste weg.“ (4. Conf. v. 29. Dec.)

²⁾ Als Oxenstierna in Dresden diese Lösung vorschlug, fügte er selbst gleich hinzu: „es möchten aber kurf. durchl. hierbei eine und die andere consideration haben.“ (4. Conf. vom 29. Dec.) Droysen läßt diesen Zusatz weg (a. a. O. p. 617). Dadurch wird der Satz, mit dem er den zweiten Absatz beginnt: „Damit gleichwohl dieser difficultäten halber . . .“ unverständlich.

³⁾ Irmer II p. 36 und 37.

Abneigung Kur Sachsens, dem latenten Gegensatz zu Kur Brandenburg in der pommerschen Frage wäre Schweden mit seiner einen Stimme gegenüber den zwei deutschen steter Majorisirung ausgesetzt gewesen. Ogenstierna verwarf also auch dieses Mittel.¹⁾

So blieb als einziger Ausweg übrig, das Direktorium zwischen Schweden und Sachsen nach Territorien zu theilen.

Johann Georgs Wunsch ging dahin, wieder sämtliche evangelische Stände unter seiner Führung zu vereinigen, d. h. die Stellung aufs Neue einzunehmen, die er sich durch den Leipziger Schluß verschafft, aber nur kurze Zeit zu behaupten verstanden hatte. Als ein in sich geschlossenes Ganze sollten die Stände dann Schweden zur Seite treten.²⁾

Ogenstierna erklärte dies für durchaus unannehmbar. Wenn man vom Leipziger Konvent aus mit Schweden in Unterhandlungen getreten wäre, meinte er, hätte sich etwas dergartiges erreichen lassen. Jetzt sei es dafür zu spät.³⁾ Schweden habe mit allen Ständen der vier obern, mit den meisten der zwei sächsischen Kreise Bündnisse geschlossen, nach denen ihm das Direktorium zustehe. Man könne nicht von ihm verlangen, daß es auf seine Position verzichte. Und so lehnte er überhaupt jede größere Konzession an Johann Georg, wie die Ueberlassung

¹⁾ Ebenda.

²⁾ Droysen nennt (a. a. O. p. 608) Johann Georg „das seit dem Leipziger Konvent anerkannte Haupt der Protestanten“. Es ist der Kernpunkt der ganzen Politik der hier mißverstanden ist. Johann Georg war schon allgemein als Haupt der Protestanten betrachtet worden, seit der Sturz des Winterkönigs diesen Rivalen beseitigt hatte. An ihn wendeten sie sich in allen ihren Angelegenheiten um Rath, Fürbitte u. dgl. Der Leipziger Schluß hat insofern darin eine Aenderung gebracht, als er ihm vertragsmäßig Befugnisse über die Stände eingeräumt hat. Nach Droysen müßte man nun annehmen, daß dies Verhältniß auch noch bei Gustav Adolfs Tode zu Recht bestanden hätte. Das ist aber nicht richtig. Im Gegentheil, gerade daß das nicht der Fall war, daß Sachsen seine führende Stellung an Schweden verloren hatte, ist der Schlüssel zu dem Mißverhältniß zwischen beiden Staaten.

³⁾ Vgl. Irmer II p. 36 und 41.

der zwei sächsischen oder auch nur des obersächsischen Kreises ab.¹⁾ Das einzige, wozu er sich verstehen wollte, war, daß es den mit Schweden bisher nicht verbündeten Ständen offen stehen sollte, ob sie sich dem schwedischen oder dem sächsischen Direktorium anschließen wollten. Als solche Stände nannte er Altenburg und Holstein.²⁾ Auch Kurbrandenburg stellte er die Wahl anheim, äußerte aber in nicht mißzuverstehender Weise, daß es seiner Ansicht nach durch seine Interessen auf den Anschluß an Schweden hingewiesen sei.³⁾

So seine Berliner Erörterungen. Faßt man ihr Resultat kurz zusammen, so gab es für Schweden nur drei Möglichkeiten hinsichtlich der zukünftigen Organisation des Krieges. Entweder es schied selbst aus unter gleichzeitiger Befriedigung seiner Satisfaktionsansprüche oder es übernahm das Direktorium über alle Stände einschließlich Sachsens oder endlich es wurde das Direktorium zwischen ihm und Sachsen derart getheilt, daß dieses für sich allein stand, alle übrigen Stände aber der schwedischen Führung unterstellt wurden. Das erste verbot sich durch die Schwäche der Protestanten, das andere mußte an dem Widerspruch Johann Georgs scheitern. So blieb nur das Letzte, und in ihm haben wir das eigentliche Ziel Ogenstiernas zu erblicken.⁴⁾

Es sind dieselben „drei media“, die er in Dresden vorgeschlagen hat.⁵⁾

¹⁾ Ebenba p. 37 und 38.

²⁾ Ebenba p. 31 und 38.

³⁾ Ebenba.

⁴⁾ Thennig II p. giebt an, Ogenstierna habe sich bereit erklärt, den Ständen frei zu stellen, ob sie sich an Schweden oder an Sachsen anschließen wollten. Das ist also in dieser Allgemeinheit durchaus unrichtig und der Tendenz entsprungen, dem Kurfürsten die Verantwortung dafür anzuschieben, daß es zwischen ihm und dem Reichskanzler zu keiner Verständigung gekommen ist. Häfel a. a. O. p. 15 hat dies übernommen und urtheilt dementsprechend: „Es waren gewiß anerkenntswerthe Zugeständnisse für die deutschen Stände und besonders Sachsen.“

⁵⁾ In der 4. Konferenz am 29. Dec.

Er wollte also den bisherigen Zustand aufrechterhalten, ja noch mehr, Sachsen sollte ihn durch seine Zustimmung sanktioniren und auf seine Ansprüche, die es bisher noch stets im Prinzip behauptet hatte, ausdrücklich verzichten.

Daß er damit bei Johann Georg auf Widerstand stoßen würde, wird dem Reichskanzler von vorneherein klar gewesen sein. Es muß auch wohl bezweifelt werden, ob er sich von der Conzession viel versprochen hat, daß die bisher mit Schweden nicht verbündeten Stände von nun an unbestritten zu des Kurfürsten Verfügung stehen sollten.¹⁾ Ein weit besseres Mittel bot sich ihm in dessen Wunsche, daß die schwedische Armee Sachsen durch einen Einfall in Böhmen vor einer abermaligen Invasion schützen solle. Ogenstierna machte die Erfüllung dieses Wunsches von der Annahme seiner Forderungen abhängig.

Trotzdem hat Sachsen nicht nachgegeben.

¹⁾ Er hat diese Conzession in Dresden garnicht erwähnt.

— ♦ —

II.

Ueber die Gründe zu der Haltung Johann Georgs geben die Konferenzprotokolle natürlich keinen Aufschluß, wohl aber zwei allerdings um einige Wochen spätere Gutachten, deren Anschauung man unbedenklich auf diese Zeit übertragen darf.¹⁾

Ob der Beistand Schwedens in Zukunft entbehrlich sei, darüber war natürlich das Urtheil des militärischen Sachverständigen, Arnims, maßgebend. Er verneinte das entschieden. Die Räthe betonten mehr die politische Seite, die Schwierigkeiten, die sich einer sofortigen Abfindung Schwedens in den Weg stellten.

Das alleinige Direktorium Schwedens verwarfen sie schlecht-
hin und ohne weitere Begründung. Der dritten Forderung gegen-
über hoben sie hervor, daß mit ihrer Annahme der Kurfürst den
Standpunkt aufgebe, den er bisher im Prinzip stets festgehalten
habe, nämlich, daß der Leipziger Schluß noch zu Recht bestehe.
Indem er den Zustand, wie er sich thatsächlich herausgebildet
habe, als rechtlich anerkenne, verzichte er nicht nur auf die ihm
vertragsmäßig zustehende Unterstützung von Seiten der Stände,
werde er nicht nur auch in Zukunft die Last des Krieges aus
eigenen Mitteln bestreiten müssen, sondern was noch mehr, er
begebe sich auch in aller Form jeder politischen Einwirkung auf

¹⁾ Gutachten der Rätze Büttchen, Längel, Schottenborn, Böser, Bonitzau, Einsiedel d. d. Dresden 27. Febr. 1633 (Loc. 8108 3. B. Friedenstraß. p. 594—609.) Gutachten Arnims d. d. Dresden 1. März 1633. Abgang Nr. 2.

die Stände. Bei scheinbarer Gleichstellung werde er thatsächlich von Schweden abhängig sein.¹⁾

Weit eindringender noch ist das Gutachten Arnims. Es ist daran die Weitsehigkeit und der an biblischen Citaten und erbaulichen Phrasen reiche Stil getadelt.²⁾ Aber das sind nicht spezielle Eigenthümlichkeiten Arnims, sondern weit verbreitete Eigenschaften der Zeit. Präzise Kürze wird man nur bei wenig Schriftstücken finden, vollends nicht bei höfischen, und die Verquickung politischer Beweisführung mit religiösen und moralischen Erwägungen ist allgemein üblich. Und um beim Aeußerlichen zu bleiben, man wird bei Arnim dafür durch die Eleganz seiner Diction und die Wärme seiner Sprache entschädigt. Dem Inhalte aber nach gehört dieses Gutachten zu dem Bedeutendsten, was in dieser Epoche überhaupt geschrieben ist, und stellt seinen Verfasser, was politischen Scharfblick anbetrifft, den hervorragendsten Staatsmännern der Zeit durchaus ebenbürtig zur Seite. Bei Vergleichen zwischen schwedischer und sächsischer Politik ist es sehr beliebt, die Befähigung der Vertreter Sachsens herabzusetzen.³⁾ Man sollte doch nie aus der Acht lassen, daß Oxenstierna nur nach seinem Kopfe handelte, während sich im Dresdener Cabinet die verschiedenen Tendenzen kreuzten und gegenseitig hemmten.

¹⁾ Es würde Johann Georg dadurch die Unterstützung der Stände verlieren, „auch in effectu der Leipziger schlusß gänzlich cassirt und evacuirt, zu geschweigen wie beschwerlich es sein wolte, dem mitangehangten postulato nach ihrer Churf. durchl. in puncto der friedenstractaten die hende so gänzlich zu binden und hieselben das arbitrium pacis et belli den exoticis anheim zu stellen, wie denn auch ihre Churf. durchl. uf ein solch pactum und wann die andern sempitlichen stende also von ihrer Churf. durchl. gleichsam abgetrennt und an das schwedische directorium verwiesen würden, keines convents mehr bemächtigt weren. Es würde ihre erinnerung wenig geachtet werden und ihre autorität sinken und fallen.“ (Gutachten der Räte.)

²⁾ Droysen a. a. O. p. 657.

³⁾ Bei Droysen ist es beinahe Axiom, die Handlungen der sächsischen Politik nicht aus den Bedingungen ihrer gegebenen Stellung, sondern aus der Unfähigkeit ihrer Leiter zu erklären.

In seinem ersten Gutachten vom 30. November hatte Arnim den kritischen Grundsatz aufgestellt, daß man aus den Wünschen Orenstiernas hinsichtlich der Kriegsverfassung auf die letzten Ziele Schwedens schließen müsse.¹⁾ Dies ist nun der Gedanke, der seinem Gutachten vom 1. März zu Grunde liegt.

Arnim ging davon aus, daß Orenstierna mit dem Direktorium die wichtigsten Verwaltungsbefugnisse in die Hände zu bekommen suche, wie das Recht, die Offiziere zu ernennen, Quartiere und Musterplätze auszuthellen, Werbepatente zu verleihen. Dadurch sei es gegeben, daß die Armee in Abhängigkeit von ihm gerathe, zumal wenn er noch die maßgebenden Persönlichkeiten durch Vergünstigungen und Belohnungen an das schwedische Interesse zu fetten verstände. So werde das Heer, wenngleich aus ständischen Mitteln geschaffen und unterhalten, doch in Wirklichkeit das gefügige Werkzeug, die Stände selbst in Schach zu halten und jede selbständige Regung von ihnen zu unterdrücken. Nach völlig freiem Ermessen werde Schweden über Krieg und Frieden, Bündnisse und Neutralität entscheiden. Nun könne man ja allerdings Kautelen dagegen in der Bundesverfassung schaffen. Aber wer bürge dafür, daß sich nicht der Reichskanzler später einfach darüber hinwegsetze. Mittel, ihn daran zu hindern, habe man dann jedenfalls nicht. Auf alle Fälle werde der glückliche Ausgang des Krieges von Schweden in seinem ausschließlichen Interesse ausgebeutet werden, und da Orenstierna das Direktorium in der oben geschilderten Ausdehnung anstrebe, müsse man befürchten, daß es ihm nicht nur um eine Satisfaktion an Land zu thun sei, sondern daß noch weitere und gefährlichere Pläne dahinter verborgen seien. An Macht, die Reichsverfassung umzustürzen und mit den Ständen nach Belieben zu verfahren, werde es Schweden dann keinesfalls fehlen.²⁾

¹⁾ Arnim an Johann Georg d. d. 30. Nov. (Loc. 8108. 3 Bb. Friedenstrakt p. 352—361.)

²⁾ Vgl. Anhang Nr. 2. Der größere Theil seiner hierher gehörigen Ausführungen ist schon von Drossen gedruckt. (a. a. O. p. 658.)

In den Hauptzügen hat Arnim die Absichten Ogenstjernas thatsächlich erkannt und es ist durchaus begründet, wenn Schweden in ihm seinen gefährlichsten Gegner erblickte und verfolgte.

Ein weiterer Beweis von Arnims staatsmännischer Weisheit ist es, daß er Schweden nun keineswegs aus seinem Einflusse in Deutschland völlig verdrängen wollte, sondern nur zur Herstellung eines Gleichgewichts innerhalb der Protestanten rieth. Nach seiner Meinung sollte Schweden das Direktorium der vier oberen, Johann Georg das der zwei sächsischen Kreise führen.¹⁾ Ueber diesen Gedanken ist dann später auf dem Frankfurter Konvent längere Zeit verhandelt worden.

Die drei Vorschläge Ogenstiernas waren mithin alle unannehmbar. Darüber herrschte in Dresden völlige Einigkeit. Aber sie offen abzulehnen und mit Gegenforderungen hervortreten, wagte man nun auch wieder nicht. Drohte doch Ogenstierna für diesen Fall, sich auf die Vertheidigung der schwedischen Interessen zu beschränken, dafür aber Frankreich die Einmischung in den deutschen Krieg zu gestatten. Man ergriff also in Dresden den Ausweg, vorläufig gar keine Antwort zu geben, sondern seine

achtenswerth ist noch der dort weggelassene Schlusssatz: „Ich verwundere mich, daß der herr reichsconsulder Ihr kurf. durchl. solliches anstellen darf und besürchte fehre, weil er so hoch darin bringet, daß etwas großes darunter verborgen.“ Droyßen hat den Kern mißverstanden. Arnim sagt seinen Gedanken, daß Ogenstierna mit den aus ständischen Mitteln aufgebraachten Heere die Stände in Schach halten werde, in dem bildlichen Ausdruck zusammen: „mit ihren eigenen rathen würde man sie in zucht halten.“ Statt dessen bei Droyßen das unverständliche: „mit ihren eigenen rathen. . . .“

1) Das Beste „daß zwei corpora gemacht, die von gleiches forre und stärke, dazu E. kurf. durchl. der ober- und niedersächsischer kreis, der kronen armer aber der reinische, schwäbische und fränkische kreis zugeordnet, habet er dann die katholischen örter, derrer er sich bemächtiget, E. kurf. durchl. aber dagegen die Schlessen und was derrer orte man sich ferner nach Mähren und Böhmen impatroniren könnte, bis zu erlangunge eines beständigen friedenß behalten thete.“

In seinem ersten Gutachten vom 30. November hatte Arnim den kritischen Grundsatz aufgestellt, daß man aus den Wünschen Ogensternas hinsichtlich der Kriegsverfassung auf die letzten Ziele Schwedens schließen müsse.¹⁾ Dies ist nun der Gedanke, der seinem Gutachten vom 1. März zu Grunde liegt.

Arnim ging davon aus, daß Ogensterna mit dem Direktorium die wichtigsten Verwaltungsbefugnisse in die Hände zu bekommen suche, wie das Recht, die Offiziere zu ernennen, Quartiere und Musterplätze auszutheilen, Werbepatente zu verleihen. Dadurch sei es gegeben, daß die Armee in Abhängigkeit von ihm gerathe, zumal wenn er noch die maßgebenden Persönlichkeiten durch Vergünstigungen und Belohnungen an das schwedische Interesse zu ketten verstände. So werde das Heer, wenngleich aus ländlichen Mitteln geschaffen und unterhalten, doch in Wirklichkeit das gefügige Werkzeug, die Stände selbst in Schach zu halten und jede selbständige Regung von ihnen zu unterdrücken. Nach völlig freiem Ermessen werde Schweden über Krieg und Frieden, Bündnisse und Neutralität entscheiden. Nun könne man ja allerdings Kautelen dagegen in der Bundesverfassung schaffen. Aber wer bürge dafür, daß sich nicht der Reichskanzler später einfach darüber hinwegsetze. Mittel, ihn daran zu hindern, habe man dann jedenfalls nicht. Auf alle Fälle werde der glückliche Ausgang des Krieges von Schweden in seinem ausschließlichen Interesse ausgebeutet werden, und da Ogensterna das Direktorium in der oben geschilderten Ausdehnung anstrebe, müsse man befürchten, daß es ihm nicht nur um eine Sattelaktion an Land zu thun sei, sondern daß noch weitere und gefährlichere Pläne dahinter verborgen seien. An Macht, die Reichsverfassung umzustürzen und mit den Ständen nach Belieben zu verfahren, werde es Schweden dann keinesfalls fehlen.²⁾

¹⁾ Arnim an Johann Georg d. d. 30. Nov. (Loc. 8108. 3 Bd. Friedenstrakt. p. 352—361.)

²⁾ Vgl. Anhang Nr. 2. Der größere Theil seiner hierher gehörigen Ausführungen ist schon von Drohsen gedruckt. (a. a. O. p. 658.) Be-

In den Hauptzügen hat Arnim die Absichten Ogenstiernas thatsächlich erkannt und es ist durchaus begründet, wenn Schweden in ihm seinen gefährlichsten Gegner erblickte und verfolgte.

Ein weiterer Beweis von Arnims staatsmännischer Weisheit ist es, daß er Schweden nun keineswegs aus seinem Einflusse in Deutschland völlig verdrängen wollte, sondern nur zur Herstellung eines Gleichgewichts innerhalb der Protestanten rieth. Nach seiner Meinung sollte Schweden das Direktorium der vier oberen, Johann Georg das der zwei sächsischen Kreise führen.¹⁾ Ueber diesen Gedanken ist dann später auf dem Frankfurter Konvent längere Zeit verhandelt worden.

Die drei Vorschläge Ogenstiernas waren mithin alle unannehmbar. Darüber herrschte in Dresden völlige Einigkeit. Aber sie offen abzulehnen und mit Gegenforderungen hervorzutreten, wagte man nun auch wieder nicht. Drohte doch Ogenstierna für diesen Fall, sich auf die Vertheidigung der schwedischen Interessen zu beschränken, dafür aber Frankreich die Einmischung in den deutschen Krieg zu gestatten. Man ergriff also in Dresden den Ausweg, vorläufig gar keine Antwort zu geben, sondern seine

achtenswerth ist noch der dort weggelassene Schlusssatz: „Ich verwundere mich, daß der herr reichsangler Ihr durs. durchl. solliches anstellen darf und befürchte lehre, weil er so hoch darin bringet, daß etwas großes darunter verborgen.“ Droysen hat den Kern mißverstanden. Arnim faßt seinen Gedanken, daß Ogenstierna mit den aus ständischen Mitteln aufgedachten Heere die Stände in Schach halten werde, in dem bildlichen Ausdruck zusammen: „mit ihren eigenen rüthen würde man sie in zucht halten.“ Statt dessen bei Droysen das unverständliche: „mit ihren eigenen rüthen. . . .“

¹⁾ Das Beste „daß zwei corpora gemacht, die von gleiches kores und stärke, dazu E. durs. durchl. der ober- und niedersächsische kreis, der kronen armee aber der reiniſche, schwäbische und fränkische kreis zugeordnet, dabet er dann die katholischen örter, derer er sich bemächtiget, E. durs. durchl. aber dagegen die Schlessen und was derrer örter man sich ferner nach Mähren und Böhmen impatroniren könnte, bis zu erlangunge eines beständigen friedenß behalten ihete.“

Erklärung von einer Konferenz mit Kurbrandenburg abhängig zu machen.¹⁾ Ein Vorwand so durchsichtig wie möglich und von Ogenstierna auch offen als solcher bezeichnet.²⁾

In Dresden muß man übrigens derartige Ansprüche befürchtet haben und hat gesucht, ihnen zuvorzukommen. Gleich beim Beginn der Konferenzen stellten die kursächsischen Räte den Antrag, daß man sofort die einleitenden Schritte thue, die zur Verhandlung eines Universalfriedens nöthig seien.³⁾

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob dieser Antrag und jene Prätensionen des Reichskanzlers nicht mit einander in Widerspruch ständen. Und doch liegt der ganze Gegensatz Schwedens und Sachsens in der Frage ausgesprochen, ob man sofort einen Versuch zum Frieden machen solle oder ob dem der Abschluß der evangelischen Kriegsorganisation vorausgehen müsse.⁴⁾

Als Kurachsen in die Opposition gegen den Kaiser eingetreten war, hatte es keineswegs den Krieg noch den Anschluß an Schweden gewollt, aber durch die Ereignisse war es weiter getrieben und schließlich direkt zu Weidern provoziert worden. Sobald daher die katholische Partei ihre letzten Schritte zurücknahm, waren auch die ersten Voraussetzungen zur Wiederherstellung des bisherigen freundschaftlichen Verhältnisses gegeben. Allerdings hatte Kurachsen nun Rücksichten auf das verbündete

¹⁾ Sachsen sei mit Brandenburg „in einer gar engen eiblich beschworenen Verein begriffen, kraft welcher ein theil mit den andern für allen dingen in solchen fällen communiciren mühte.“ Erklärung der sächsischen Räte in der 5. Konferenz am 30. Dez.

²⁾ Er wisse wohl, daß compactata die beiden herren Churfürsten stark verbinden. Daß aber einer ohne des andern vortwiffen sich nicht dürfte einlassen, wäre ihm verborgen, hielte dafür, es würden wohl exempel vorhanden sein, daß dieses nicht in acht genommen.“ Aeußerung Ogenstiernas ebenda.

³⁾ In der ersten Konferenz am 26. Dec.

⁴⁾ Das hat z. B. Drohsen nicht erkannt; vgl. seine Resumés über die Dresdener Konferenzen a. a. O. p. 620 und 624.

Schweden zu nehmen gehabt, aber die Art und Weise, wie sich sein Verhältniß zu diesem gestaltet hatte, waren mehr und mehr dazu geeignet gewesen, es von einer Verbindlichkeit nach dieser Seite hin zu befreien. Die eine Seite der Leipziger Konventionspolitik war gewesen, dem Fortschritte und wachsenden Einflusse Schwedens ein Ziel zu setzen. Es ist nicht zu verwundern, daß Schweden auch nach der Sprengung des Leipziger Bundes und dem Anschlusse Sachsens dahin getrachtet hat, einer Wiederaufnahme dieser Politik vorzubeugen. Es stellte seine Erfolge erst sicher, indem es nun seinerseits den Kurfürsten innerhalb der Protestanten isolirte. Herzensache ist dem Kurfürsten das Bündniß nie gewesen. Begreiflich, daß er ihm durch dieses Vorgehen noch mehr entfremdet worden ist, zumal es Schweden auch an jeder äußeren Rücksicht hat fehlen lassen. Das hat nun wieder für Schweden die Folge gehabt, an seiner Taktik um so mehr fest zu halten. So ist das in steter Wechselwirkung weiter gegangen unter Gustav Adolf ebenso wie später unter Oxenstierna.

Zum guten Theil hing dieses Mißverhältniß beider Staaten mit ihrem Gegensatz in der Friedensfrage zusammen. Johann Georg wünschte, sobald wie möglich zur Wiederherstellung des Friedens zu gelangen, und beschränkte daher seine Forderungen an die Katholiken auf das für die Existenz des Protestantismus unumgänglich Nothwendige.¹⁾ Er hatte aber bald erkennen müssen, daß die Hauptschwierigkeit für einen raschen Friedensschluß in der Erledigung der schwedischen Forderungen lag. Anfänglich war er einer Abtretung Pommerns nicht abgeneigt gewesen, aber der Widerspruch Kurbrandenburgs, noch mehr der stetig wachsende Einfluß Gustav Adolfs hatten ihm diesen Gedanken unsympathisch gemacht. Jede Gebietserwerbung Schwedens

¹⁾ Von der Aeußerung Johann Georgs gegen Graf Solms, in der er sich für eine Umgestaltung des Reiches und weitgehende Säkularisationen ausbrach (Irmer I p 160—161), scheint es mir mehr als zweifelhaft, ob sie aufrichtig gemeint war. Vgl. dazu Irmer, Einleitung p. 55 und 86.

mußte, wie es schien, seine Rivalität mit Sachsen verewigen. Die von dem Könige geforderte neue Union unter schwedischem Präsidium war nun vollends für den Kurfürsten unannehmbar.¹⁾ Indem Johann Georg immer entschiedener gegen die schwedischen Ansprüche Stellung genommen hat, kann man in ihm den Träger einer nationalen Politik erblicken. Natürlich nicht, daß ihm das zum Bewußtsein gekommen wäre, was wir heute unter dieser Bezeichnung verstehen, sondern er verteidigte die Integrität des Reichsbodens nur, weil er damit zugleich seine führende Stellung unter den protestantischen Ständen wahren wollte. Kurfürstliche und Reichsinteressen fielen insofern zusammen. Aber zur Beurtheilung des Patriotismus der meisten andern Protestanten kann uns das einen Maßstab geben, in wie weit sie sich an Kurfachsen angeschlossen oder auf ausländischer Seite ihre Fortune zu machen gesucht haben.

Gustav Adolf hat sogleich die Möglichkeit einer kurfürstlichen Gegnerschaft in Betracht gezogen. Dieser Erwägung ist, wie gesagt, sein Bestreben entsprungen, ein Wiederaufleben des Leipziger Bundes zu verhindern, im Gegentheil sich die Stände dienstbar zu machen, um eventuell auch gegen den Willen und den Einfluß Johann Georgs seine Pläne durchsetzen zu können. Was er in dieser Hinsicht erreicht hatte, schien durch seinen Tod wieder in Frage gestellt. Wenn sich der Kaiser jetzt zu einem für die Protestanten einiger Maßen annehmbaren Frieden verstand, war Schweden auf das Aeußerste gefährdet, denn sich für die spezifisch schwedischen Forderungen zu engagiren, konnten die Protestanten natürlich keine Neigung haben.²⁾

Diese Schwäche der schwedischen Position ist den kurfürstlichen Staatsmännern nicht verborgen geblieben. Dadurch

¹⁾ Vgl. hierüber Irmer I, Einl., Kap. 2. namentlich p. 60 und 74 ff.

²⁾ Vgl. Hagmiez (Revue hist., Bd. 36, 1888 p. 64), der ebenfalls meint, daß der Kaiser in diesem Moment, die Protestanten mit einiger Nachgiebigkeit, namentlich hinsichtlich des Restitutionsedikts leicht habe gewinnen können.

erklärt sich ihr Eifer, mit dem sie sogleich bei Beginn ihrer Konferenzen mit Ogenstierna auf die sofortige Anbahnung von Universalfriedenstraktaten drangen. Der Reichskanzler erkannte die gegen ihn gerichtete Spitze wohl und mit sonst unerklärlicher Gereiztheit wies er alle dahin zielende Vorschläge zurück. Ihm mußte Alles darauf ankommen, zuvor Schwedens politische Stellung in Deutschland neu zu festigen.¹⁾

Aber indem er sofortige Friedensverhandlungen unter Vorwänden als vor der Hand inopportun ablehnte, erschien er trotz aller Behauptungen seiner Friedensliebe als das eigentliche Hinderniß einer allgemeinen Pazifikation und beschwor damit aufs Neue eine andere Gefahr herauf, die eines kurländischen Separatfriedens oder wenigstens separater Verhandlungen. Wie würde aber der Eindruck davon die Bündnißverhandlungen Schwedens mit den andern Ständen erschwert haben.

Kurland hatte schon ein Mal, im Frühjahr 1632, wegen eines Separatfriedens mit dem Kaiser verhandelt, und nur dem Eingreifen des Königs war es zuzuschreiben gewesen, daß es nicht zum Abschlusse gekommen war.²⁾ Aber der Mann, der damals die

¹⁾ Vgl. seine Aeußerungen in der 2. Konferenz am 27. Dez. Als ihm die sächsischen Räte nahe legten seine Bedingungen für den Frieden zu nennen, damit man sich über das Ziel des Krieges verständige, entgegnete er: „Mußte sonst bekennen, daß es ihr allhier, wie auch unlängsten zu Albenburg, als der herr generalleutenant auch etwas darvon gebacht. fremb vorkommen, daß man nunmehr, so man schon ein jar gekrieget, erstlich den scopum wissen wolte. Seines Königs scopus wäre unterborgen, die causae belli weren publizirt. Ihre Königl. majt hätten anders nicht dann die restitution rerum ecclesiasticarum und politicarum gesucht.“ Wenn sich wirkliche Gelegenheit geboten hätte, würde ihre Majestät bewiesen haben, „daß sie nicht um erweiterung ihrer grenzen, guter tage, ihrer eigenen, sondern umb Gottes ehr und einen ehrlichen namen zu verlassen gekrieget. . . . Wenn die verfassung zum kriege gemacht, wie man mit einander heben und legen wolte, könnte man hernach leute niedersetzen, die sich wegen der friedenstraktaten auf der Evangelischen seiten verglichen und die conditiones wohl behaltirten.“ In diesem letzten Satz ist Ogenstiernas Programm für die folgenden Jahre ausgesprochen.

²⁾ Vgl. Irmer I Einleitung Kap. 2.

treibende Kraft dieser Verhandlungen gewesen war, der General v. Arnim genoß auch jetzt noch das Vertrauen seines Fürsten und hatte dafür soeben in der Ernennung zum Generallieutenant einen neuen sichtbaren Beweis erhalten. Der Gedanke lag also ohnehin nahe, daß jetzt nach dem Tode Gustav Adolfs die Verhandlungen wieder aufgenommen werden würden.

Diese Befürchtung hegte z. B. Georg Wilhelm, der natürlich von einem schwedisch-sächsischen Konflikt in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen wäre. Er befand sich gerade in Preußen, als die Lützener Schlacht erfolgte. Auf die Nachricht davon beschloß er sofort, nach der Mark zurückzukehren. In dem Schreiben, in dem er Johann Georg seine bevorstehende Ankunft mittheilte, betonte er nur in ziemlich allgemeinen Redewendungen, wie nothwendig gerade jetzt ein festes Zusammenhalten sei, und schlug eine Konferenz von ihnen beiden mit Orenstierna vor, um sich dort über eine fernere gemeinsame Politik zu verständigen.¹⁾ In den beiden gleichzeitigen Briefen aber an die Markgrafen Sigismund und Christian sprach er offen seine Besorgniß aus, daß Sachsen jetzt wieder mit dem Gegner anknüpfe, und wies sie an, bis zu seiner Heimkehr den Kurfürsten von allen einseitigen Schritten zurückzuhalten.²⁾

Orenstierna hat die Frage des kursächsischen Separatfriedens in Dresden wie in Berlin berührt. In Berlin erklärte er, daß für ihn ein solcher keinen Kriegsfall schaffe, wenn nur Johann Georg dann seine Neutralität strikte durchführe. Das Mindeste, was Schweden in dieser Hinsicht fordern müsse, sei, daß Sachsen feindlichen Truppen keinen Durchmarsch gestatte und daß die sächsische Armee bei ihrer Abbankung nicht die gegnerischen Streitkräfte verstärke. Doch verhehlte er keineswegs, daß ihm solch

¹⁾ Vgl. Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Königsberg 9. Dez. 1632. Weimar Kr. u. Fr. A. 1632 III.)

²⁾ Vgl. Georg Wilhelm an Markgraf Sigismund d. d. Königsberg 3. Dez. (Loc. 8108. 3. B. Friedenstrakt. p. 387.), an Markgraf Christian d. d. Königsberg 9. Dez. (Weimar Kr. u. Fr. Alt. 1632 III.)

Sonderfriede nicht lieb sein würde und daß man sich bemühen müsse, den Kurfürsten davon zurückzuhalten.¹⁾

Ganz anders äußerte er sich in Dresden. Zu einer Verständigung zwischen Schweden hat er, wie erwähnt, drei Mittel in Vorschlag gebracht: der Separatfriede Sachsens befand sich nicht darunter. Vielmehr sprach er sich auf das Entschiedenste gegen einen solchen mit mehr oder minder offenen Drohungen aus: „Wenn sich auch zwei oder drei Stände separirten, sich Kurfachsen auch mit dem Kaiser conjugire, so wolle er ihnen doch ein solch Spiel noch anfangen, daß sie genug daran zu thun haben sollten,“ und „wenn Kurfachsen auch Frieden mit dem Kaiser schloße, so würde es die erhoffte Ruhe dadurch doch nicht erlangen, sondern nur bewirken, daß die einander zerfleischten, die von Natur auf gegenseitige Unterstützung angewiesen seien.“²⁾ Die Verschiedenheit seines Verfahrens liegt klar vor Augen. In Berlin athmete seine ganze Haltung Loyalität. Für Schweden hielt er allerdings an allen vertragsmäßig erworbenen Ansprüchen fest. Aber darüber hinaus gedachte er, Niemanden in seinen Freiheiten zu beeinträchtigen. So mochte auch Sachsen immerhin selbständig handeln. Er wäre der Letzte, ihm dieses Recht zu beschränken.

¹⁾ Bgl. Irmer II p. 32/33 und 43.

²⁾ Bgl. Die Aeußerungen Ogenstiernas in der 3. und 4. Konferenz am 27. und 29. Dez.; zu der ersten bemerkt Droghen in seiner Rezension der Güntherschen Arbeit (Jenaer Literaturzeitung 1879 p. 319). „In dieser erregten Konferenz ließ sich Ogenstierna zu Worten hinreißen, die Herr Günther in ergöglichster Weise mißverstanden hat: ‚er wolle, wenn sich auch zwei oder drei von der gemeinschaftlichen Sache abtrennten . . . ein Spiel noch anfangen, daß es dem Kurfürsten, auch wenn er sich mit Oesterreich verbinde, schwer genug fallen solle.‘ Welche Gedankenlosigkeit! Was sollte dem Kurfürsten schwer genug fallen? Der Passus lautet: . . . „wollte Sie (d. i. ihre Excellenz, also Ogenstierna) doch ein solch Spiel noch anfangen, wenngleich ihre kurfürstl. Durchl. sich mit Oesterreich conjugieren thete, daß es ihnen (d. h. ihrer Excellenz) schwer genug fallen sollte“. Der Sinn ist: „dem Reichskanzler würde das Spiel schwer genug fallen, wenn Kurfachsen statt auf schwedischer, auf kaiserlicher Seite stünde.“ Nach Droghens Auffassung hätte also Ogenstierna in direkter Rede gesagt:

Auf diese Weise meinte er, Kurbrandenburg für sein System zu gewinnen.

Bei Kursachsen hegte er diese Hoffnung nicht und ließ daher solche Rücksichtnahme fallen. Hier galt es, einfach einzuschüchtern. Daher sein, wie es scheint, gemachtes Aufbrausen.

Trotzdem stieß nun seine Forderung, daß sich Johann Georg verpflichte, ohne Schwedens Einwilligung keinen Frieden zu schließen, auf den hartnäckigsten Widerstand. Zwar wollte Oxenstierna für Schweden die gleiche Zusage geben, aber in Wahrheit wäre doch die kursächsische Politik, weil die konservative im Gegensatz zu den radikalen Tendenzen Schwedens, der verklerende Theil bei diesem Abkommen gewesen.

Die kursächsische Kritik von dieser Forderung Oxenstiernas ist wieder in den beiden bereits genannten Gutachten enthalten.

Nach der Vertheilung der Kriegsschauplätze lag der unmittelbare Schutz der andern Protestanten bei Schweden. Je länger es erfolgreich focht, um so festern Fuß mußte seine Autorität bei ihnen fassen. Nun konnte Kursachsen ohnehin nicht mit den kriegerischen Erfolgen Schwedens konkurriren. Der einzige Weg, dem schwedischen Einfluß die Wage zu halten, war, sich auf andere Weise ein Verdienst zu erwerben. Kursachsen mußte versuchen, den Protestanten den Frieden zu verschaffen.

„Wenn sich auch zwei oder drei Stände von uns Schweden trennen, Ihr Kursachsen Euch sogar mit dem Kaiser konjungirt, so will ich doch ein solch Spiel noch anfangen, daß es mir schwer fallen soll.“ Ich muß gestehn, daß ich mich (ebenso wie Irmer, Arnim p. 205.) auf die Seite der Gäntherischen „ergößlichen Gedankenlosigkeit“ stelle. Schwer bedeutet hier natürlich nicht schwierig, sondern beschwerlich. In seiner eigenen Arbeit (p. 616) hat Droyßen den letzten Konsekutivsatz weggelassen, wodurch das Zitat überhaupt den Sinn verliert. Ueberhaupt hat Oxenstierna an anderer Stelle selbst gesagt, daß er gedroht habe, vgl. seinen Brief an den Reichsrath dd. Leipzig, 13. Jan. 1633: „Ich stellte ihnen die Gefahr vor, die ihnen von Spanien, Frankreich, Niederland, England, Dänemark, von uns selbst und Polen drohe“. (Adlersparre. Hist. saml. V p. 3 ff. Stockholm 1822.) Bei Geijer (Gesch. Schwedens Bd. III p. 276 ff.) steht statt der letzten Worte irthümlich: „und selbst von Polen“.

Das wird in beiden Gutachten klar und deutlich ausgesprochen. Die Räte erklärten, der Kurfürst werde den letzten Rest seiner Autorität verlieren, wenn er sich in diesem Punkte die Hände binde,¹⁾ und noch schärfer bezeichnete Arnim sofortige Friedensverhandlungen direkt als das Mittel, die Stände von übereilten Verpflichtungen gegen Schweden zurückzuhalten und allmählich wieder zu sich herüber zu ziehen.²⁾ Dem entsprechend hat er unmittelbar nachdem die Verhandlungen mit Orenstierna als gescheitert angesehen werden konnten, darauf gedrungen, Dänemark um Vermittelung zur Abahnung von Friedensverhandlungen anzufragen.³⁾

Unmöglich konnte also Sachsen der Forderung Orenstiernas willfahren. Es hätte damit seine einzige Waffe gegen Schweden aus der Hand gegeben. Direkt abzulehnen wagte es allerdings seinen Drohungen gegenüber wieder nicht. Aber die Zusage, die es gab, Schweden von allen Verhandlungen in Kenntniß zu setzen, war belanglos. Sie konnten ohnehin nicht verborgen bleiben.⁴⁾

So ergaben also die Dresdener Besprechungen die volle Gegensätzlichkeit Sachsens und Schwedens. Johann Georg verlangte die sofortige Abahnung von Universalfriedenstraktaten,

¹⁾ Vgl. oben S. 39 Anm. 1.

²⁾ „Werden es auch die reichsfürsten und stände innen, daß es sich zu keinem frieden ansetzet, so stehe ich in den sorgen, daß sich theils mit Frankreich, theils mit Schweden in den tractaten übereilen möchten. Dagegen wan die handelungen angefangen, wiew meniglich sich hüten, weiter zu vertiefen, weil sie alle des friedens begierig, und derselbe mit E. kurf. durchl. tractiret, so wird sich einer nach dem andern wieder bei E. kurf. durchl. angeben.“ (Gutachten Arnims vom 1. März.)

³⁾ Vgl. Arnims Gutachten vom 7. Jan. 1633 bei Hallwich II p. 252.

⁴⁾ Der schwedische Resident am Dresdener Hofe Nikolai hat durch seine ausgedehnten Verbindungen thatsächlich von den meisten Schritten der sächsischen Politik erfahren, wie geheim man sie auch zu halten suchte (vgl. sein Tagebuch und seine Korrespondenz bei Zrner II). Die sächsischen Staatsmänner machten ihm daher schließlich lieber selbst und scheinbar freiwillig Mittheilung, natürlich in tendenziöser Weise.

Oxenstierna lehnte das entschieden ab, weil er zuvor Schwedens politische Position in Deutschland neu festigen wollte. Johann Georg gedachte die Stellung wieder einzunehmen, die ihm der Leipziger Schluß verhieß, Oxenstierna verhehlte nicht, daß er Sachsen ebenso zu isoliren gedachte, wie dies Gustav Adolf gethan hatte. Dafür verweigerte denn Johann Georg wieder die unter Drohungen verlangte Zusage, ohne Schwedens Einwilligung keinen Frieden zu schließen, Oxenstierna den gewünschten Einmarsch in Böhmen, ohne die politischen Konzessionen überhaupt zu erwähnen.

Beide schieden als bewußte unverföhnliche Gegner.¹⁾

¹⁾ Droysen a. a. O. p. 624/625 und 640 läßt es unentschieden, ob Oxenstierna noch auf eine Zustimmung Sachsens durch Brandenburg gehofft hat. Ich halte es nach Oxenstiernas weiterem Vorgehn für ausgeschlossen, vgl. die Anfänge von Kap. IV. und V.

III.

Wenige Tage nach der Schlacht bei Lüben hatte Arnim dem Kurfürsten ein kurzes Programm vorgelegt.¹⁾ Der erste Theil enthielt die bereits erwähnte militärische Forderung, daß die schwedische Armee den Feind nach Böhmen verfolge, der zweite beschäftigte sich mit der politischen Lage. Er rieth, den Reichskanzler über seine Absichten zu sondiren: ergäbe sich Uebereinstimmung mit ihm in den letzten Zielen, so müsse man auch ferner mit Schweden Hand in Hand gehen, andernfalls müsse man dem Reichskanzler die Verfügung über das schwedische Heer zu entwinden suchen und gleichzeitig die Stände zu einem Konvente zusammentufen, um sie dort unter der Führerschaft Kurfürstens zu einigen.²⁾

Damit ist zuerst der Plan des allgemeinen evangelischen Konvents ausgesprochen, der nun für die nächsten Monate im Mittelpunkt der Erwägungen des Dresdener Kabinetts steht.

Es war der von Arnim vorausgesehene Fall eingetreten. Man war sich darüber klar, daß man in Orensterna den Gegner zu sehen hatte. Trotzdem nun sind die von dem General in Vorschlag gebrachten Maßnahmen nicht ausgeführt worden. Es ist die Frage, woran das gelegen hat.³⁾

¹⁾ Der Kurfürst hatte auf die Nachricht von Gustav Adolfs Tod sofort Arnim zu sich berufen, um seine Meinung zu hören. Vgl. Johann Georg an Arnim d. d. Dresden 21. November 1632 (Archiv II No. 864)

²⁾ Gutachten Arnims d. d. Dresden 30. November 1632.

³⁾ Droysen a. a. O. p. 611 bezeichnet ebenfalls das Gutachten Arnims als das Programm der sächsischen Politik. Er erzählt dann weiter, wie der Zwiespalt zwischen Sachsen und Schweden klar wurde und damit die Voraussetzung eintrat, von der Arnim die Ausführung des zweiten

Ein allgemeiner evangelischer Konvent konnte entweder der Berathung eines Universalfriedens oder der Vereinigung aller evangelischen Stände unter einem Direktorium dienen. Da Schweden vorläufig Universalfriedenstraktaten abgelehnt hatte, auch die Wiederaufrichtung des Leipziger Bundes verweigerte, so folgt daraus, daß jede Berufung eines Konvents von Seiten Sachsens von Schweden als direkte Feindseligkeit aufgefaßt werden mußte, als einer jener Schritte, vor denen Orenstierna unter Drohungen gewarnt hatte.

In Voraussicht dessen war eben Arnims Meinung gewesen, daß man die ehemalige Armee Gustav Adolfs für das sächsische Interesse gewinnen müsse. Denn sicher war ein offener Schritt gegen Schweden gefährlich, so lange noch ein der Krone ergebener Heer in der Nähe stand.

Der Plan war an und für sich nicht aussichtslos gewesen. Von den Soldaten war die überwiegende Mehrzahl deutsch, von den Regimentskommandeuren gut die Hälfte, die höheren Befehlshaber fast Alle, wie Bernhard von Weimar, Georg von Lüneburg, Rynphausen, Lohausen, Bulach, Uslar.¹⁾ Speziell auf die

Theils seines Programms abhängig gemacht hatte. Da drängt sich einem doch förmlich die Frage auf: wie war es nun mit diesem zweiten Theil? Ist er ausgeführt oder sonst warum nicht? Ob und wie sich das beantworten läßt, ist eine andere Sache. Aber gestellt müssen diese Fragen werden. Droyßen hat es nicht gethan.

¹⁾ Ueber das deutsche Element im schwedischen Heere vgl. außer dem p. 18 Anm. 3 citirten Briefe Orenstiernas und der wohl darauf fußenden Bemerkung von Chemnitz Lorenzen, die schwedische Armee im 30 jährigen Kriege. Ich habe Gelegenheit gehabt, auf Grund Weimarer Akten zu sehen, wie es selbst in die alten Regimenter Gustav Adolfs als Monro, Mitschefall einbrang und bei den neuen Werbungen natürlich vollkommen überwog. — Ueber die Zusammenfügung des Lühener Heeres insbesondere vgl. die Riste Arkiv III. Nr. 945, jetzt in verbessertem Abdruck Hist. Tidokr. Bd. XII p. 162. — Der einzige Offizier schwedischer Nationalität mit Generalrang, Graf Nils Brahe wurde bei Lützen schwer verwundet und starb bald darauf. Vgl. Verzeichniß aller der in jüngst bei Lützen gehaltenen Schlacht beschädigter Offiziere Arkiv III Nr. 946.), dazu Hofmarschall von Greilsheim an Hofmeister Bengt d. d. Weiskensels 18. Nov.

Haltung der beiden Herzoge und Ruyphausens hatte es ankommen müssen. Wenn es gelungen wäre, diese zu gewinnen, und beide waren doch schon Mitglieder des Leipziger Bundes gewesen, so wäre man auch des Heeres ziemlich sicher gewesen.

Nun ist über dahin zielende Versuche nichts Sicheres bekannt. Auf geheime Verhandlungen könnte man vielleicht aus dem Umstande schließen, das Arnim selbst von dem der Plan ausgegangen war, den Unterhändler machte, als es sich um den Angriff auf Böhmen handelte.¹⁾ Es wäre nicht undenkbar, daß er bei dieser Gelegenheit schon die beiden Herzoge auf alle Fälle sondirt hätte, wie sie sich bei einem etwaigen Bruche Sachsens mit Schweden stellen würden. Man könnte ferner hier das große Geldgeschenk Johann Georgs an Ruyphausen anführen.²⁾ Solche Freigebigkeit lag nicht gerade im Charakter des Kurfürsten und scheint hier auch durch die militärischen Verdienste des Generals um Sachsen nicht hinreichend begründet. Man muß hier aber vorläufig auf Klarheit verzichten.

Die ablehnende Haltung der schwedischen Heerführer gegenüber den sonstigen Wünschen Johann Georgs, vor allem ihre Weigerung gegenüber seinem Kriegsplan, bei der wenigstens Bernhard um die politische Bedeutung gewußt hat, zeigten auch so hinreichend, daß auf sie für eine sächsische Politik nicht zu rechnen war.³⁾

Nun rückte aber die schwedische Armee Mitte Januar nach Niedersachsen und durch Thüringen nach Franken ab. Damit gewann die kurfürstliche Regierung wenigsten im be-

(Artib 11 Nr. 862), Oxenstierna an den Reichsrath d. d. Erfurt 15. Dez. (Handl. Bd. 24 p. 273) und Rämmerer Langmann an den Reichsrath d. d. Altenburg 22. Dez. 1632 (Hist. Tidskr. Bd. 12 p. 159 f.)

¹⁾ Vgl. oben p. 22.

²⁾ Vgl. Sattler, Ruyphausen p. 325.

³⁾ Ueber die Aeußerung Ruyphausens bei dieser Gelegenheit vgl. Sattler a. a. O. p. 326.

beschränktem Maße ihre Aktionsfreiheit wieder, und dem entsprechend wurde auch der Konventsplan weiter erörtert.

Es ist dem Kurfürsten verschiedentlich zum Vorwurf gemacht worden, daß er die Stände nicht zusammenberufen hat. Er ist behauptet worden, er habe von einer ganzen Reihe evangelischer Stände Briefe erhalten, „deren Inhalt ihn nicht im Zweifel darüber lassen konnte, daß nicht der schwedische Reichskanzler, sondern er nunmehr als das Haupt des evangelischen Deutschlands angesehen würde, von dem man erwartete, daß er die politische Initiative ergreifen würde“. ¹⁾ Das trifft nun allerdings nicht den Kern der Sache, denn nicht darauf kommt es an, was die Stände von Johann Georg erwarteten, sondern ob sie bereit waren, sich ihm auch gegen ein Verbot Orensternas anzuschließen, ob sie im Stande wären, ihm im Falle eines Bruches mit Schweden materielle Unterstützung zu leisten, wie weit sich Johann Georg auf sie verlassen konnte.

Diese Fragen sind nun von anderer Seite auf Grund derselben Briefe präzise beantwortet. Die Stände hätten dem Kurfürsten im Voraus ihre Zustimmung zu allen seinen Schritten erklärt, sich ihm mit allen ihren Mitteln völlig zur Verfügung gestellt. Diese Voraussetzung zugegeben, wird dann allerdings der Kurfürst mit Recht dafür verantwortlich gemacht, daß wieder ein vorteilhafter Moment versäumt worden sei, die auswärtige Einmischung in Schranken zu halten. ²⁾

Aber die Voraussetzung ist irrig und beruht auf einer mißverständlichen Auffassung der in Betracht kommenden Briefe. Wenn Landgraf Wilhelm den Kurfürsten um seine politische Ansicht bittet und seinem Rathe nach Möglichkeit nachzukommen verspricht, so kann man doch unmöglich daraus folgern, daß er bereit gewesen wäre, eine gegen Schweden gerichtete Aktion zu

¹⁾ Droysen a. a. O. p. 641.

²⁾ Günther p. 46 Anm. p. 47 u. p. 48, der die einzelnen Stände aufzählt. Ähnlich Helwig a. a. O. p. 92/93 und 95/96. und Häfel a. a. O. p. 7.

unterstützen. War er doch der entschiedenste Anhänger Schwedens und stand dem Kurfürsten innerlich am fernsten. Johann Georg hat auch keineswegs aus dem Schreiben optimistische Schlüsse gezogen, sondern es in den allgemeinsten Wendungen beantwortet.¹⁾ Und wenn Friedrich von Baden auf des Kurfürsten Anzeige von seinem Konventsplan seine Freude ausspricht und gedeihlichen Fortgang wünscht, so ist doch darin keinesfalls mehr zu sehen als die Erfüllung des unmittelbarsten Höflichkeitsgebots, zumal der Markgraf über die Mahnung Johann Georgs, keine Verpflichtung nach anderer Seite hin zu übernehmen, in seiner Antwort einfach mit Stillschweigen hinweggeht.²⁾ Und desselben Charakters sind die meisten der citirten Briefe. Pfalzgraf Ludwig Philipp zeigt an, daß er den Ulmer Konvent beschiden wird, und schlägt zwischen den beiderseitigen Gesandten Meinungsaustausch vor.³⁾ Die vier ausschreibenden Städte machen die gleiche Anzeige, empfehlen sich auf alle Begebenheiten der kurfürstlichen Huld und Fürsorge und bitten um Berücksichtigung ihrer Interessen bei etwaigen Friedensverhandlungen.⁴⁾ Und so fort.⁵⁾

¹⁾ Wilhelm von Hessen an Johann Georg d. d. Friedenthal 28. Nov. 1632 (Loc. 8108 3. B. Friedensstraktaten p. 398) und Johann Georgs Antwort d. d. Dresden 7. Jan. 1633. (ebda. p. 399–400.)

²⁾ Johann Georg an Friedrich von Baden d. d. Dresden 28. Jan. 1633 (ebda. p. 502–504.) Antwort Friedrichs d. d. Carlsburg 16. Febr. 1633 (Loc. 8108 4. B. Friedensstraktaten p. 160–161.)

³⁾ Vgl. Pfalzgraf Ludwig Philipp an Johann Georg d. d. Lautern 11. Febr. 1633. (ebenda p. 164.)

⁴⁾ Nürnberg an Johann Georg d. d. 24. Dez. 1632. (Loc. 8108 3. B. Friedensstrakt. p. 435), die vier ausschreibenden Städte an dens. d. d. 5. Febr. (Loc. 8108 4. Bb. Friedensstrakt. p. 180 ff.) Augsburg an dens. d. d. 20. Febr. (ebenda p. 158 f.) Nürnberg an dens. d. d. 26. Febr. 1633 (ebenda p. 157.)

⁵⁾ Vgl. Johann Ernst von Eisenach an Johann Georg d. d. Eisenach 28. Nov. 1632 (Loc. 92 32. 6. B. des Königs x. p. 286 f.) Christian von Braunschweig an Johann Georg d. d. Celle 23. Dez. 1632 (Loc. 8108 3. B. Friedensstrakt. p. 451.)

Eine Reihe von Ständen hat allerdings dem Kurfürsten den Gedanken eines Konvents nahe gelegt, aber dabei betonen sie zugleich, daß das bisherige Einvernehmen mit Schweden aufrechterhalten werden müsse. So theilten z. B. die Mecklenburger Herzoge dem Kurfürsten die Instruktionen mit, die sie ihren Gesandten zum niederländischen Kreistage geben wollten und in beiden stand fast gleichlautend zu lesen, daß der Gesandte an keinem Beschlusse Theil zu nehmen habe, der zur Trennung von Schweden oder auch nur zu Argwohn und Verstimmung bei diesem Anlaß geben könne.¹⁾ Daraus konnte Johann Georg schwerlich für sich eine Aufforderung entnehmen, eine Aktion gegen Schweden einzuleiten.²⁾

¹⁾ So in der Instruktion Herzog Adolf Friedrichs d. d. Schwerin, 1. Febr. 1633. (Loc. 8108. 4. Bd. Friedenstrakt. p. 98—102). In der Instruktion Hans Albrechts d. d. Güstrow, 3. Febr. heißt es dagegen: die niederländischen Stände müßten ihr Augenmerk allein darauf richten, „wie sie sich mit der cron Schweden und derselben armer gebolmchtigten directore und den semplichen evangelischen stenden ein wolgefaßtes consilium formiren und conjunctis viribus die victorien bis zu erlangung eines friedenß prosequiren und das gemeine evangelische wesen in eine verfassung und corpus bringen mugen. . . . Sollten aber fürsten und stände uber zuversicht zu solthaner unübersalvereinigung sich zu verstehen bedenken tragen und wie in particulari wegen einer verfassung anstalt zu machen ihre gemuthsmeinung heraußlassen, konnten oder wollten wir derselben nicht zustimmen, besondern weren (in erinnerung der sowohl von hochstgebachter kön. wd. empfangenen hohen meriten als daß es ratione nostri status uns nicht anders zu rathen und aller erbarkeit gemess) ob der mit kön. wd. getroffenen alliance, darin sich auch die ubrigen evangelische teutsche churfürsten und stände mehren theils begeben, zu halten resolvirt.“ (Ebenda p. 106—108.) Dabei nennen beide Herzoge Johann Georg ausdrücklich das Haupt der evangelischen Stände, vgl. ihren gemeinsamen Brief an ihn d. d. 10. Dez. (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 403—404.) Vgl. auch Adolf Friedrich an Johann Georg d. d. 17. Febr. 1633. (Loc. 8108. 4. Bd. Friedenstrakt. p. 162.)

²⁾ Vgl. die Gutachten Johann Philipps von Altenburg und Christians von Brandenburg d. d. Dresden, 22. Nov. 1632 (Loc. 8232. 7. B. des Königs x. p. 5—8) und 26. Jan. 1633 (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 577—590.); Bogislaw von Pommern an Johann Georg d. d. Stettin, 10. Dez. (ebenda p. 378—381), Julius Friedrich von Württemberg

Der Mehrzahl dieser kleinern Stände war es im Prinzip recht gleichgültig, ob Ogenstierna, ob Johann Georg das Direktorium führe. Zu weit von den Mittelpunkten der großen Politik, um diese zu überschauen, zu machtlos, um in sie entscheidend einzugreifen, strebten sie dahin, sich, so gut es ging, zwischen den Gegensätzen Schwedens und Sachsens hindurchzuwinden, nicht deutlich Partei zu nehmen, um sich nicht zu kompromittiren, kurz, es mit keinem von beiden zu verderben.¹⁾ Daher auch ihr Bestreben, einen Bruch zwischen beiden zu verhindern, der sie selbst vor eine höchst mißliche Aufgabe gestellt hätte. Die Grundstimmung ihres Fühlens war die Sehnsucht nach Frieden, und die Erfüllung dieses Wunsches schien ihnen allerdings durch Kurfachsen eher gewährleistet als durch Ogenstierna. So suchten sie dann auch noch nach ihrem Anschlusse an Schweden die Fühlung mit dem Kurfürsten nicht gänzlich zu verlieren, um nicht ausgeschlossen zu werden, wenn er seinen Frieden mit dem Kaiser mache. Noch auf dem Heilsbronner Konvent hatten sie alle „ein Auge auf Sachsen“. ²⁾ Ihre Sympathien standen sonst, das darf man getrost behaupten, in diesem Zeitpunkt noch

an dens. d. d. Stuttgart, 21. Dez. (ebenda p. 491 f.), Johann Friedrich von Bremen an dens. d. d. Würbe, 31. Dez. 1632 (Loc. 8108. 4. Bb. Friedenstrakt. p. 120–123). — Ich vermuthete, daß sich die Stände gutes Theils in ähnlicher Weise auch an Ogenstierna gewandt haben, vgl. dessen Aeußerungen in der Berliner Konferenz. (Irmer II p. 27, 34 und 36.) und Bogislaw von Pommern an Ogenstierna d. d. Stettin 8. Dez. 1632 (Bär, Politik Pommerns p. 293). Die Mecklenburger sandten an ihn einen Gesandten nach Dresden, durch den sie sich ihm empfahlen und die Fortsetzung des Bündnisses anboten, vgl. Ogenstierna an den Reichsrath d. d. Leipzig, 13. Jan. 1633 (Ablerparre V p. 11).

¹⁾ Ganz naiv hat dies Württemberg ausgesprochen in seinem Briefe an Johann Georg d. d. Stuttgart, 24. Jan. 1633: Wir sind „bisher mit wenig angestanden und betroffen gewesen, wie und welcher gestalt die consilla und actiones anzustellen und zu führen, damit solliche zu allen theilen gleichstimmig sein und zusammentreffen.“ (Loc. 8108. 4. Bb. Friedenstrakt. p. 173 f.)

²⁾ Vgl. Cronholm.

durchweg auf Seite Schwedens, dem sie ihre Rettung verdankten, als sie von Johann Georg schmachlich im Stich gelassen waren.

Nur zwei Fürsten äußerten wirkliche Abneigung gegen Schweden: Friedrich Ulrich von Braunschweig und Christian von Anhalt. Der Welfenherzog war schon längere Zeit mit der Art der schwedischen Kriegsführung in seinen Landen unzufrieden gewesen¹⁾ und nahm jetzt den Tod Gustav Adolfs zum Anlaß, eine selbständigere Stellung als bisher zu erstreben.²⁾ Die Absicht fand natürlich Johann Georgs Billigung, wenngleich er den Schritt, den der Herzog unternahm, die Berufung des Lüneburger Kreistages, ausdrücklich für verfrüht erklärte; solch vereinzelttes Vorgehen hatte wenig Aussicht auf Erfolg, und das Mißlingen konnte nur dazu dienen, Ogensternas Autorität zu festigen.³⁾

¹⁾ Vgl. die Briefe Friedrichs Ulrichs an Johann Georg d. d. Braunschweig, 4. Okt., 24. Okt. und 4. Dez. 1632. (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 328, 332 und 444 ff.)

²⁾ Am 23. Dez. 1632 schrieb er einen Kreistag nach Lüneburg auf den 3. Febr. aus (vgl. seinen Brief an Friedrich von Schleswig-Holstein d. d. Braunschweig, 23. Dez. Loc. 8108. 4. Bd. Friedenstrakt. p. 186 ff.), als dessen Zweck er bezeichnete, „daß man sich in unitate consillorum et animorum wohl fasse und vermittelst darstreckung des euffersten dahin bedacht sei, wie dieser nothleidender craiß einmahl zu seiner libertät würklich gelangen und dadurch dem ganzen evangelischen corpori die hand geboten werden müge“ (Friedrich Ulrich an Johann Georg d. d. Braunschweig, 13. Jan. 1633. Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 473—482.) Wenn Chemnitz durch seine Darstellung (p. 6 und 7) den Eindruck erwecken will, als habe der Herzog Neutralität erstrebt, so ist das also wieder tendenziöse Entstellung, um das schroffe Einschreiten Ogensternas als durch die allgemeinen Interessen geboten erscheinen zu lassen. Rüssel a. a. O. p. 5/6 hat Chemnitz Darstellung übernommen und noch verschärft.

³⁾ Johann Georg an Friedrich Ulrich d. d. Dresden 27. Jan. 1633 (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 474—480) „obwohl wir die von E. I. beschickene zusammenbeschreibung für gut und nützlich halten, . . . so hetten wir doch gerne sehen mögen, daß noch zu vorn E. I. zu uns dero geheimer rath und canzler vertraulicher unterrede halben abgeschicket, sowohl die zwischen uns und des herrn churfürsten zu Brandenburg I. angestellte zusammenkunft und deliberation noch vorhergangen Diweil aber

Weit schärfer noch als Friedrich Ulrich sprach sich Fürst Christian gegen Schweden aus,¹⁾ aber praktische Folgen konnte das nicht haben, da sowohl der Senior der Familie, Fürst August wie der Statthalter der Magdeburger Lande, Fürst Ludwig

leider nunmehr die noth und gefahr dermaßen gewachsen und das werth dahin gerathen, daß einen creis solches allein zu erheben unmöglich fallen werde, so bergen wir E. I. vertraulichen nicht, daß wir albereit von unterschiedenen evangelischen und protestirenden ständen beweglich angelanget, einen allgemeinen convent der evangelischen und protestirenden stände ehestens auszuscheiden, auch dahero uns mit Churbrandenburgs I. dieses weiter zu berathschlagen und eines gewissen hierinnen zu entschließen be-
dacht. Derowegen seind wir umb so viel mehr zu E. I. des freundlichen vertrauens, dieselbe werde nicht allein für sich bei so gestalten sachen ein hohe nothdurft befinden, sondern auch bei den andern ständen es dahin richten, daß man allerseits eine ganz freie hand behalte und die sachen nicht schwerer gemacht.“ Im Folgenden verweist Johann Georg auf den Leipziger Schluß und auf seine Verdienste um die evangelische Sache und spricht die Zuversicht aus, daß ihm Friedrich Ulrich und die andern Stände des Kreises getreulich beistehn und den Frieden befördern helfen werden. — Droysens Angaben a. a. O. p. 625: „Kurachsen zeigte wenig verhöhlen, daß es solches vorgehn approbire“ und 651 „Nicht zum Wenigsten, um Ogenstierna entgegenzuarbeiten, hatte Johann Georg den Braunschweiger in seiner Absicht bestärkt“ sind darnach zu corrigiren. — Dieselben Mahnungen wie an Friedrich Ulrich erließ Johann Georg übrigens gleichzeitig noch an Friedrich von Schleswig-Holstein, Christian von Celle und an Lübeck. (ebenba p. 467—472, 482—484, 486—489.)

¹⁾ Vgl. Christian von Anhalt an Johann Georg d. d. Harzgerode 18. Dez. 1632: Bietet sich als Unterhändler bei Friedensverträgen an; wäre persönlich gekommen, wenn nicht „die umstände dieses wichtigen werkes erfordert, daß i. f. gn. ermessen noch E. churf. durchl. belieben in höchster geheim, bis zu den tractaten geschritten, gehalten und gleichsam auch fur denen, so durch den krieg in truben wassern zu fischen gedenken, bis sie es nicht mehr verhindern können, verborgen bleibe.“ Muß ferner mittheilen „wie daß von den Schwedischen in i. f. g. stark gebrungen wird, den vergleich, welchen i. f. g. furm jahre zu Halle mit der ruhmehr in Gott verbliebenen königl. may. zu Schweden aufrichten müssen und von ihnen eine alliance genennet wird, mit der cron Schweden zu continuiren.“ Ihm ist fraglich, ob das der Pazifikation zuträglich, vor dem Kaiser verantwortlich, dem Kurfürsten als Kreisobersten gefällig sein, „zu erhaltung der deutschen freiheit, nicht vielmehr aber zu einföhrung gleichsam einer ausländischen servitut dienen möchte.“ (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstract. p. 366—370.)

entschlossen waren, auf der Seite Schwedens zu verharren.¹⁾ Daß sie sich nach der Lützener Schlacht mit keinem Worte an den Kurfürsten gewandt haben, konnte für diesen Anzeichen genug sein. Ebenso wenig ist es dem Herzoge Wilhelm von Weimar eingefallen, sich dem Kurfürsten wieder zu nähern, da seine einflußreiche Stellung und seine Aussicht auf Landwerb auf der Verbindung mit Schweden beruhten.²⁾ Aus ähnlichen Motiven waren überhaupt alle die thatkräftigen, ehrgeizigen Elemente, die einflußreichen Persönlichkeiten im schwedischen Kriegstaat Anhänger Schwedens.

So war es also durchaus begründet, wenn man in Dresden stark mit der Möglichkeit rechnete, daß die Stände dem Ausschreiben nicht Folge leisten würden.

Nun hat sich allerdings eine ganze Reihe von Stimmen am Dresdener Hofe dahin ausgesprochen, daß der Konvent auf jeden Fall berufen werden müsse. Wenn die Stände nicht erscheinen würden, habe der Kurfürst jedenfalls das Seine gethan, und Niemand könne ihm einen Vorwurf machen, wenn er von da ab seine eignen Wege gehe.³⁾ Dem hat die Meinung entgegen

¹⁾ Vgl. die Correspondenz der Anhaltiner unter sich bei Krause, Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der anhaltinischen Lande Bd. II p. 504 ff. Nr. 134, 135, 138—140, dazu die Briefe und Memorialie Ludwigs von Anhalt an Wilhelm von Weimar d. d. Rötzen, 24. Nov. 1632. (Weimar, Nr. u. Fr. N. 1632. VI.)

²⁾ Vgl. seine Aeußerung in der Konferenz mit seinen Brüdern am 8. Febr. 1633: „daß auch sonderlich das haus Sachsen Weimar billich darbei verbleibe und es manutenire [sc. das schwedische Bündniß], were ursach, daß man bis ortz keinen bessern ruck haben und die praetensiones [sc. auf Erfurt und das Eichsfeld] auch von keinem andern ort gewertig sein könne, in betrachtung, wen es mit l. f. g. charge in eine gute form gesetzt wurde, künfftig mit Gott alles zu guten stände leichter zu bringen, von andern aber, die etwa offenbirt worden sein möchten, schlechte hoffnung zu schöpfen und wenig dank zu gewarten.“ (Protokoll, Weimar Nr. u. Fr. N.)

³⁾ „Ob und was vor stände aber uf das ausschreiben erscheinen oder was sie belegen praetendiren möchten, müßten ihre hurf. durchl. dahin stellen. [Jedenfalls hätte Johann Georg das Seine gethan] und befohlen hernach desto liberiores manus.“ (Gutachten der Räte vom 27. Febr.)

gestanden, daß es äußerst gewagt sei, einen solchen Schritt gegen Schweden zu thun, ohne vorher des Erfolges bei den Ständen vergewissert zu sein.¹⁾ Wenn sich diese einem Verbote Orenstiernas mehr gehorchend etwa nicht einstellten oder wenigstens keine Beschlüsse zu fassen wagten, mußte eine derartige diplomatische Niederlage dem Kurfürsten den letzten Rest seiner Autorität kosten und den Reichskanzler vollends von jeder Rücksichtnahme entbinden.

Und auf dieser Autorität beruhte nun doch zum guten Theil auch die Bedeutung, die Kurfachsen für die Politik der Katholiken hatte. Durch und mit ihm gedachten diese zugleich die Mehrzahl der anderen protestantischen Stände für den Abfall von Schweden zu gewinnen. Ein Friede mit ihm allein mußte für sie von weit geringerem Werthe sein.

Johann Georg sah also unzweifelhaft wieder einmal weiter als die Mehrzahl seiner Ratgeber, als er sich dafür entschied, nicht eher zur Berufung des Konvents zu schreiten, bevor er nicht der Unterstützung der Stände sicher wäre. Es entsprach ohnehin seinem Naturell, nichts auf einen Wurf zu setzen. Die

„Die ausschreibung eines allgemeinen conventus befinde ich gleicher gestalt hochnörthig, und E. churf. durchl. dürfen sich nichts, auch das nicht, was mit Braunschweig vorgegangen, irren lassen. Were auch gleich zu besorgen, die evangelischen wurden sich nicht stellen, so wolte ich doch dafür halten, wan ihnen die interposition ihrer königl. may. in Dännemarken und daß es des friedenß halber geschehe, dabei notificiret, es wurden gar wenig sich ausschließen. Geschehe es gleich, so theten doch E. churf. durchl., was Ihr hohes amt und die liebe zum vaterlande erfordert, benehmen ihnen alle entschuldigungen. . . . Wen sie ja von Ihr aussetzen wollten, wer wurde sein, der E. churf. durchl. solliches verargen kundte, wen alsdann Sie auch Ihr privatam commodum und Ihres hauses wohlfahrt in acht nehmen.“
(Gutachten Arnims vom 1. März.)

¹⁾ Direkt ausgesprochen habe ich sie allerdings nirgenß gefunden; daß sie aber bestand, zeigt der Verlauf. Sie kann nur von dem Kurfürsten, den geheimen Rätthen v. Werthern und Dr. Limäus vertreten sein. Der Ausschlag bei der Meinungsverschiedenheit innerhalb des sächsischen Cabinets ist also jedenfalls auf Rechnung Johann Georgs zu setzen.

moralische Berechtigung zu Separatverhandlungen mit dem Feinde konnte er sich auch auf andere Weise und ohne Risiko verschaffen.

So war die Lage für Sachsen überaus schwierig. Man befand sich in den politischen Hauptfragen zu Schweden im Gegensatz und konnte doch vor der Hand seinen Beistand noch nicht entbehren, mußte wenigstens äußerlich zu ihm die guten Beziehungen aufrecht erhalten.¹⁾ Man konnte Orenstiernas Ansprüche nur eindämmen, wenn man alle evangelischen Stände dabei hinter sich hatte, und mußte doch stark im Zweifel sein, ob man der anderen Stände so weit mächtig wäre.²⁾

Es war Arnim, der den Ausweg wies. Zwar gehörte er selbst zu denen, die dafür waren, die Verufung des Konvents auf alle Fälle zu wagen, wollte aber doch Alles thun, den Erfolg nach Möglichkeit zu sichern. So rieth er denn, daß man zunächst Kurbrandenburg für die sächsischen Anschauungen zu gewinnen suche.³⁾ Denn, wie er später äußerte, ein gemeinsames Vorgehen beider Kurfürsten werde den schwedischen Einfluß bei den andern Ständen paralysiren, dem Reichskanzler selbst Achtung und Zurückhaltung abnöthigen.⁴⁾ Und weil er wohl fühlte,

¹⁾ Bis die Friedensverhandlungen in Gang gebracht sind, „ist noch nöthig, daß E. kurf. durchl. allwege vertraulich mit dem schwedischen reichskanzler correspondiren, den noch zur zeit E. kurf. durchl. an die conservation der armee so hoch als an Ihre eigene gelegen.“ Gutachten Arnims vom 7. Jan. 1633. Aehnlich auch noch im Gutachten vom 1. März.

²⁾ Vgl. Orenstierna Urtheil über die Lage Johann Georgs gegenüber der Verufung des Heilbronner Konvents: „Direkt durfte er den Ständen nicht das Unsinnen stellen, dem Heilbronner Konvent fern zu bleiben: er mußte befürchten, daß ich das als Feindseligkeit auffassen und Schritte thun würde, die ihm mindestens noch ebenso unangenehm sein würden wie dieser außerdem konnte er nicht sicher sein, ob die Stände auch seinem Begehre Folge leisten würden.“ Orenstierna an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633. (Handl. Bd. 26 p. 46/47.)

³⁾ Vgl. Das Gutachten vom 10. Jan. 1633.

⁴⁾ „Wolte der vielgütige Gott glück geben, daß E. kurf. durchl. sich mit Churbrandenburg einer gleichen meinunge vereinigen, es wäre

daß die Erneuerung des Leipziger Bundes allein als Programm keine werbende Kraft besäße, so wollte er, daß daneben noch die Verathung des Friedens als Aufgabe des Konvents verkündet werde¹⁾ und drang daher jetzt nach Oxenstiernas Abreise darauf, daß unverzüglich ein Gesandter nach Dänemark gesandt werde, der dem Könige nahe lege, den kriegenden Parteien seine Vermittlung anzubieten.²⁾ Begründete Aussicht auf nahen Frieden mußte Oxenstiernas Absicht den Boden entziehen, die Protestanten in einem festen Bunde unter seinem Direktorium zu vereinigen.³⁾

Arnims Wünsche gingen dabei nicht auf einen Separatfrieden mit dem Kaiser, denn damit würde Sachsen wenig gewonnen haben.⁴⁾ Es wäre kein Ende des Krieges, sondern nur ein Frontwechsel gewesen und gegen die Abhängigkeit von Schweden hätte es die kaiserliche Klientel eingetauscht. Er wollte daher auch den Reichskanzler zur Theilnahme an den Friedensverhandlungen auffordern, aber sich dann durch dessen voraussiehende Verschleppungspolitik nicht aufhalten lassen:

schon ein guter anfang. Die reichsfürsten und stände würden darauf ein großes ansehn schlagen, der herr reichskanzler selbst würde wohl etwas gelinder gehen, aber so lange er hoffnung, bei einem noch etwas mehr als den anderen zur erhalten, so beharrt er gewiß auf seine meinung.“ (Gutachten vom 1. März.)

¹⁾ Vgl. Das Gutachten vom 30. Nov. 1632.

²⁾ Vgl. Das Gutachten Arnims vom 7. Januar 1633.

³⁾ Ueber die Bedeutung von Friedensverhandlungen für den Einfluß auf die Stände vgl. p. 39 Anm. 1 und p. 49 Anm. 2.

⁴⁾ „Darum thun Sie (Johann Georg) löblichen, daß Sie darin (in den Waffen) so lange continuiren, bis daß nicht alleine an einem orte sondern überall die ganze glut gelöscht, denn wo es nur noch ein wenig glümmet muß man sich des feuers allezeit wieder befürchten. Dahero muß es ein allgemeiner friede sein.“ Gutachten vom 30. Nov. 1632. Ähnlich in den Gutachten vom 7. und dem aus der 2. Hälfte des Jan. 1633.

wenn Schweden nur Ernst sähe, würde es sich schon besinnen, ob es sich von den Friedensverhandlungen ausschließen sollte.¹⁾

Dahß gerade König Christian zum Vermittler ausersehen wurde, geschah nicht ohne Absicht. Seine nahen persönlichen Beziehungen zum kurfürstlichen Hofe, sein lutherischer Glaube, seine Eigenschaft als deutscher Reichsfürst ließen ihn zu dieser Rolle besonders geeignet erscheinen.²⁾ Vor Allem aber: auch er stand zu Schweden in ausgesprochener Rivalität.³⁾

Der Gegensatz zwischen den beiden nördlichen Nachbarreichen war schon alt, hatte aber grade in den letzten Jahrzehnten seine größte Schärfe erreicht. Es handelte sich in der Hauptsache um die Frage, wem von ihnen das *dominium maris Baltici* gebühre. Christian hatte hier Ansprüche geltend gemacht, wie vor ihm kein dänischer König. Damit hatte er aber nicht nur bei Schweden, sondern bei allen am Ostseehandel Theilhabenden Anstoß erregt, und in den Jahren 1613 und 1614 war es zwischen den am meisten Betroffenen, Holland, Lübed und Schweden, zu einer Allianz gekommen, die es sich zur

¹⁾ Der Kurfürst gebe dem Reichskanzler zu verstehen, dahß er zu Friedensverhandlungen auf Grund der dänischen Vermittelung fest entschlossen sei. „Wann er solliche resolution, in sonderheit da eñtlich andere reichs- chur- und fürsten mit G. churf. durchl. einerlei meinunge weren dabeneben ihrer köniogl. maj. zu Dannemarken eifer hterin sehen würde, wolte ich hoffen, es sollte ihm großes nachdenken geben. das werl vor sich zu speeren. Auf seine erklärunge wurde aber der herr gesandter [Reventlow] nicht aufzuhalten sein, den je größere resolution er spüren wird, je eher wird er sich in die sache schiden . . . Wurde aber der herr reichskanzler sich auf der cron consens berufen, wolte deswegen das werl nicht zu differiren sein, sondern man führe einen weg wie den andern fort und tractire einen allgemeinen frieden. Wolte er sich nun mit der kron selbstn davon excludiren, so stünde es zu seiner verantwortunge und auf seine gefahr. Er hette auch keine ursache, sich dessen über G. churf. durchl. noch einigen anderen stand zu beschweren, aber ich lebe der guten zuversicht, er wird sich bald prüfen. Unbatirtes Gutachten Arnims aus der 2. Hälfte des Jan. 1633. (Zwischen den 18. und dem 21.)

²⁾ Vgl. Arnims Gutachten vom 7. Jan. 1633 bei Hallwisch II. p. 251

³⁾ Zu dem Folgenden vgl. das im Vortwort genannte Werk Fredericias.

Aufgabe setzte, die Freiheit der Ostsee zu schützen. Dadurch war Dänemark in eine höchst unbehagliche Lage gerathen, und es ist mit einer der Gründe für König Christians Eingreifen in den deutschen Krieg gewesen, daß er dadurch die genannte Coalition zu sprengen gedachte und von einem glücklichen Ausgang eine günstige Rückwirkung auf seine Stellung Schweden gegenüber erhofft hat. Der Versuch ist fehlgeschlagen und hat für Dänemark eine schwere Einbuße an Einfluß und materieller Macht zur Folge gehabt. Und um das Mißgeschick voll zu machen, hatte sich dann Schweden angeschickt, das zu unternehmen, was Dänemark mißlungen war, die europäische Stellung einzunehmen, die Christian vergeblich erstrebt hatte. Doch hat sich noch ein Mal für Dänemark Gelegenheit eröffnet, sich nicht völlig bei Seite drängen zu lassen. Gustav Adolf selbst hat ihm ein gemeinsames Vorgehen gegen den Kaiser angeboten. Es ist ein Moment gewesen, ganz ähnlich dem, da Schweden zwei Jahre später unter den günstigsten Bedingungen Sachsen zum Bündnisse aufforderte.¹⁾ Beide Male ist der Verlauf der gleiche gewesen. Wie dort Johann Georg, so hat hier Christian aus Eifersucht die dargereichte Hand zurückgewiesen und dafür sehen müssen, wie sich sein Rivale eines deutschen Hofes nach dem andern bemächtigt und den niedersächsischen Kreis, die eigentliche Domäne dänischen Einflusses in seine Abhängigkeit gebracht hat.

Mit Gewalt den bedrohlichen Fortschritten Schwedens eine Schranke zu setzen, war Dänemark zu schwach. Christian selbst hat allerdings zuweilen dazu Reigung gespürt, ist aber jedesmal durch das Aburtheilen seiner Reichsräthe davon zurückgehalten. Der einzig mögliche Weg war, Schweden die Berechtigung zu weiterem Vordringen zu nehmen, indem man zwischen ihm und

¹⁾ Der Vergleich zwischen der Situation auf der Ulfsbäcker Zusammenkunft und der zur Zeit des Leipziger Konvents läßt sich fast in allen Punkten durchführen. Er ist sonst meines Wissens noch nicht gemacht.

dem Kaiser einen Frieden vermittelte. Das hat denn Christian auch schon unmittelbar nach dem Lübecker Frieden versucht, dann wieder in dem folgenden Jahre in den Danziger Verhandlungen, zuletzt noch im Frühjahr 1632, aber jedesmal ohne Erfolg.

Nach dem Tode Gustav Adolfs schien es dann einen Augenblick, als ob Dänemark von der bisher inne gehaltenen Linie abweichen würde. Der König glaubte den Moment gekommen, gegen Schweden direkt vorzugehen, selbst auf die Gefahr eines offenen Krieges hin. Er wollte eine Flotte in die Ostsee schicken, die alten dänischen Ansprüche aufrecht zu erhalten,¹⁾ und erbot sich brieflich gegen den Kaiser und Wallenstein, den Frieden mit den protestantischen Ständen zu vermitteln, ohne Schweden dabei mit einem Worte zu erwähnen.²⁾

Aber wiederum erhob der Reichsrath Einspruch, und der König gab abermals nach.³⁾

So war denn das Bestreben der dänischen Politik von nun ab, in Deutschland Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, noch bevor Schweden dort seine durch den Tod Gustav Adolfs erschütterte politische Stellung neu gefestigt hatte. Es war dabei nicht die Absicht, Schweden von diesen Friedensverhandlungen auszuschließen, wohl aber seine weitgehenden Pläne zum Scheitern zu bringen, indem man den Kaiser zur Nachgiebigkeit gegen die protestantischen Stände brachte und dadurch Schweden isolirte.⁴⁾

¹⁾ Vgl. Fridericia p. 241/42.

²⁾ Vgl. König Christian an den Kaiser und an Wallenstein d. d. 11. Dez. 1632. (Donbory IV p. 291 f., Chemnitz II p. 28, Fridericia p. 244.)

³⁾ Eingabe des Dänischen Reichsraths vom 18. Dez. 1632. Vgl. Fridericia p. 242. Die schwedische Regierung erhielt von diesen Vorgängen sehr bald Kenntniß, vgl. die Briefe des Reichsraths an Orensterna d. d. Stockholm 17. Febr. und 14. Mai 1633. (Handl. XXV p. 120 f. und 254 f.)

⁴⁾ Vgl. Fridericia p. 243. Was er hier von der dänischen Politik sagt, läßt sich *mutatis mutandis* Alles auch auf die sächsische Politik anwenden.

Während nun die Reichsräthe an Oxenstierna schreiben, um sich mit ihm über die Einleitung einer allgemeinen Pacifikation zu verständigen,¹⁾ fertigte Christian zwei Gesandte ab, von denen Wartensleben dem Kaiser und Wallenstein, Reventlow den beiden evangelischen Kurfürsten das Angebot der dänischen Vermittlung überbringen sollte.

Am 15. Januar traf Reventlow in Dresden ein und hatte sogleich am folgenden Tage Audienz beim Kurfürsten, wo er den Auftrag seines Königs übermittelte.²⁾

¹⁾ Vgl. Die Dänischen Reichsräthe an Oxenstierna d. d. 8. Jan. 1633 (Widerlegung und wohlbegründete Antwort auf das dänische Manifest Stockholm 1644 Urk. Beil. Lit. A n.) Vgl. Chemnitz II p. 20 und Irmer II p. 34.

²⁾ Vgl. Reventlows Eingabe d. d. Dresden 16. Jan. (Doc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 84 f. Auszug bei Droysen a. a. O. p. 643.) Ueber das Datum seiner Ankunft, vgl. Irmer II p. 12. Im Dresdener Archiv (ebenda p. 83) befindet sich ein Creditiv für ihn d. d. 27. Okt. Friderica p. 244 giebt an, daß Reventlow zu der jetzigen Gesandtschaft erst im Dezember abgereist ist, und gesteht, p. 245 Anm., daß er den Zusammenhang mit jenem Creditiv nicht wisse. Droysen a. a. O. p. 642 nimmt dagegen ohne Weiteres an, daß das Oktober-Creditiv zu der Januar-Gesandtschaft gehöre. Er läßt daher Reventlow schon einige Zeit vor seinem officiellen Auftreten in Dresden weilen und sich während dieser Zeit mit Arnim in Verbindung setzen. Als Beweis für das Letzte scheint ihm zu gelten, daß Arnim am 7. Jan. rath, einen Gesandten nach Kopenhagen zu schicken und die dänische Vermittlung zu erbitten. Jedensfalls wäre das eine seltsame Folge von der Kenntniß, daß ein dänischer Gesandter mit dem Angebot dieser Vermittlung schon in Dresden eingetroffen sei. Die ganze Hypothese erledigt sich durch das Datum von Reventlows Ankunft. Von dessen Eingabe mit dem Datum des 16. Januar meint Droysen, sie sei vor Gustav Adolfs Tod verfaßt, weil dieser darin nicht erwähnt werde. — Friderica p. 244/245 stellt diese Gesandtschaft auf dieselbe Stufe mit Christians Briefen an den Kaiser und an Wallenstein d. h. er rechnet sie zu den Bestrebungen des Königs, einen Frieden unter Ausschluß Schwedens zu bewirken, erst im Frühjahr 1633 hätte er sich die Anschauungen seiner Reichsräthe völlig zu eigen gemacht. (p. 260.) Die Aeußerungen Christians an Lebzelter aus der Mitte des Januars 1633 (p. 245. Anm. 3) vermag ich nun nicht als Beweis dafür gelten zu lassen, da sich der König darin nur für die Vereinigung der protestantischen Stände unter Zurückdrängung des schwedischen Einflusses ausdrückt. Dagegen ist zu betonen, daß Reventlow

Seine Ankunft in diesem Moment, nur wenige Tage nach Arnims erwähntem Gutachten mußte gradezu als Fügung erscheinen, und ist auch von Arnim als solche bezeichnet worden.¹⁾

Es bestand von vorneherein kein Zweifel darüber, daß das Anerbieten anzunehmen sei. Die Conferenz zwischen dem Gesandten und den sächsischen Räten ergab vollends die Uebereinstimmung der Dresdener und Kopenhagener Politik. Nur in einem Punkte wünschten die Sachsen Aufklärung: ob Dänemark

in der Conferenz mit den kurfürstlichen Räten am 19. Januar seine Mission ausdrücklich als im Sinne eines Universalfriedens gedacht bezeichnet. Seine Abfertigung aus Dänemark wäre danach hinter die durch den Widerspruch der Reichsräthe veranlaßte Sinnesänderung des Königs, also den 18. Dez. zu setzen. Als terminus ante quem ergiebt sich der Brief der Reichsräthe vom 3. Jan., vor dem Reventlow am 19. Jan. noch keine Kenntniß hatte, denn er äußerte da, daß Christian nach den vielen Zurückweisungen seitens Gustav Adolfs „nichts ferner igo an die Kron schicken“ wolle. (Vgl. Droysen a. a. O. p. 645). — Für die Friedensbestrebungen Sachsens und Dänemarks ist zu beachten, was Fredericia entgangen ist, daß es zwischen den beiden Möglichkeiten: allgemeine Verhandlungen, allgemeiner Friede und Separatverhandlungen Separatfriede noch eine Dritte gab: Separatverhandlungen allgemeiner Friede. Ich verweise dafür auf ein Gespräch Fouquières mit Militz (Zerner II p. 218). Militz versicherte, Johann Georg würde nur einen Universaltraktat eingehen. Fouquières fragte zurück, wie der Kurfürst denn das Wort Universal verstehe, ob so, daß er alle Interessenten zusammenrufe und mit ihrer einhelligen Zustimmung verhandle, oder so, daß er mit einigen wenigen einseitig beschließe, was ihm zum Besten des gemeinen Wesens dienlich erscheine, und dieses dann den andern zur nachträglichen Annahme zuschicke. Der hier skizzierte Gedanke ist, wie wir sehn werden, thatsächlich von Sachsen und auch wohl von Dänemark planmäßig verfolgt worden; um die voraussichtliche Obstruktion Schwedens auf den allgemeinen Friedenskongresse unschädlich zu machen, wollte man die Friedensbedingungen unter Berücksichtigung seiner Ansprüche, aber hinter seinem Rücken feststellen und es dann durch moralischen und diplomatischen Druck zur Zustimmung nöthigen. Daß damit die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Schweden und Sachsen und also der Separatfriede des Letzteren nahe rückte, hat schon Fouquières in dem erwähnten Gespräche bemerkt, aber festzuhalten ist, daß Separatverhandlungen nicht alle Mal die Absicht des Separatfriedens bedeuten.

¹⁾ Vgl. das Gutachten Arnims aus der 2. Hälfte des Januar.

Kenntniß habe, wie man auf der Seite des Gegners über den Frieden denke. Reventlow meinte deren Bereitwilligkeit versichern zu können, versprach aber binnen Kurzem bestimmtere Nachricht.¹⁾

Das mag mitgewirkt haben, daß Johann Georg noch keine endgültige Erklärung abgab, sondern den König vorläufig nur in allgemeinen Wendungen seiner Zustimmung versicherte.²⁾ Das Ausschlaggebende war jedenfalls, daß man auch über Kurbrandenburgs Ansicht in Unkenntniß war. Denn auch in dieser Frage bedurfte Johann Georg Schweden und den andern Ständen gegenüber des Rückhalts an Georg Wilhelm.

Arnim hatte schon sofort nach Oxenstiernas Abreise dem Kurfürsten gerathen, sich Brandenburgs zu versichern.³⁾ Jetzt drang er von Neuem darauf: in Reventlows Instruktion sei auch als Bedingung gestellt, daß Christians Vermittlung von beiden Kurfürsten angenommen werde. Oxenstierna werde sicher eilen, Georg Wilhelm wiederum zu verpflichten. Gelingte ihm dies, sei jede Zusammenkunft beider Kurfürsten von vorneherein zur Ergebnislosigkeit verurtheilt, der ganze Plan von Konvent und Friedensverhandlungen aussichtslos. Darum müsse schleunigst ein Vertrauensmann nach Berlin geschickt werden, der vorläufig wenigstens verhindere, daß sich Brandenburg über Sachsen hinweg mit Schweden verständige. Endgültige Abmachungen könnten der persönlichen Besprechung beider Kurfürsten vorbehalten bleiben.⁴⁾

¹⁾ Vgl. das Protokoll der Konferenz d. d. Dresden 19. Jan. (Loc. 8108 4. B. Friedenstrakt. p. 91—93. Auszug bei Droyen a. a. O. p. 644—645) und das Gutachten der Räte vom 27. Febr., das Arnims vom 1. März.

²⁾ Vgl. Johann Georg an König Christian d. d. Dresden 24. Jan. 1633. Fribericia p. 250/251.

³⁾ Vgl. Arnims Gutachten vom 10. Jan. 1633.

⁴⁾ „Demnach ich auch erwege, daß des Königl. gesandten instruction auf die einmuthigkeit und einheißig erklerunge beider: E. Churf. durchl. und Brandenburg gerichtet, so wolte vor allen andern hochnützlich sein, daß

Bis zur Ankunft Georg Wilhelms hat man in Dresden ebenso wie die endgültige Antwort an Dänemark, so auch die Entscheidung in der Konventsfrage verziehen.¹⁾ Der Kurfürst und seine Räte haben also gleichfalls nicht verkannt, wie ausschlaggebend für ihre Pläne Kurbrandenburgs Haltung sein mußte. So hatte denn auch Johann Georg das Resultat seiner Konferenz mit Oxenstierna sofort nach Berlin in der Form

Sie darin verglichen. Da leicht ist es zu erachten, biweil E. Churf. durchl. sich neulichst legen den herrn reichsanzler auf die unterredunge mit Churbrandenburg gezogen, so wird er hierin keine zeit verlieren, sondern sich eukerst bemühen, wie er ihr durchl. auf seine meinunge bringe, und wird so viel mehr eilen, wan er von diesen gesandten etwas vernommen hat. Sollten nun I. Churf. durchl. sich zu einer beständigen meinunge genzlichen resolviren und deren legen dem herrn reichsanzler vernehmen lassen, so weren sie so weit schon verbunden und wurden alsdan gar schwer davon wieder abzubringen sein. Da nun der herr gesandte einige tiscerepanj darin verspurete, so wurde er ohne zweifel aus seiner instruktion nicht schreiten, sondern es zuorderst ihrer königl. may referiren und weiter befehllich erwarten wollen, welches dan nicht alleine den friedenstraktaten, sondern auch den waffen, so die lenger mußtten gebrauchet werden, hochnachtheilig und schädlichen sein wurde. Dahero lasse ich mich beduncken, je mehr E. Churf. durchl. mit abschickunge einer vertrauten person an I. Churf. durchl. zu Brandenburg eilen, je besser und zuträglicher es dem ganzen werke sein wurde. Wan nun I. Churf. durchl. hierin ein wenig disponiret, were die persönliche zusammentunft. auch dah der herr gesandter so lange alhier mit allerhand wichtigen konferenz aufgehalten hochnützig." Gutachten Arnims aus der 2. Hälfte des Jan.

¹⁾ Vgl. die Briefe Johann Georgs an Bogislaw von Pommern d. d. 6. Jan. (Loc. 8108. 3. B. Friedenstrakt. p. 383 ff.), Wilhelm von Hessen und Friedrich Ulrich von Braunschweig d. d. 7. Jan. (p. 399 f., 448 ff.), die Meßener Herzoge d. d. 10. Jan. (p. 423—428), Christian von Celle und Nürnberg d. d. 12. Jan. (p. 453 ff., 437—440), Friedrich von Schleswig-Holstein, Friedrich Ulrich von Braunschweig, Christian von Celle, Lübeck d. d. 27. Jan. (p. 467—469), Julius Friedrich von Württemberg und Friedrich von Baden d. d. 28. Jan. (p. 497—504) Administrator von Bremen d. d. 4. Febr. (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 112—116), Julius Friedrich von Württemberg d. d. 15. Febr. 1633 (p. 172). In allen verschiebt er seine Entscheidung bis nach der Besprechung mit Georg Wilhelm. Seinen Plan eines allgemeinen Konvents erwähnt er zuerst am 10. Jan., dann vom 27. Jan. an regelmäßig.

mitgetheilt, daß er selbst jedes Entgegenkommen gezeigt, jener aber trotzdem die auch von Kurbrandenburg gewünschte Verfolgung des geschlagenen Feindes abgelehnt habe. Die Darstellung entsprach der Wahrheit wenig und war einzig darauf berechnet gewesen, bei Georg Wilhelm Verstimmung gegen Schweden zu erwecken. Den Schluß hatte der kurze Vorschlag einer Konferenz gemacht.¹⁾ Jetzt wurde auf Arnims Drängen bestimmt, daß dieser selbst, wohl seinen eigenen Wünschen entsprechend nach Berlin reisen sollte, aber gleich darauf wurde das wieder umgestoßen.²⁾ Der General ging zur Armee nach Schlesien, und es geschah weiter nichts, um auf Georg Wilhelm einzuwirken. Wahrscheinlich fühlte man sich seiner Anhänglichkeit zu sicher, und doch hätte der Umstand, daß er seine Reise nach Dresden verschob, weil er zuvor mit Oxenstierna konferiren wollte,³⁾ deutlich zeigen können, daß man in Berlin mehr Werth auf eine Verständigung mit Schweden als mit Sachsen legte. Erst die Nachricht, daß Oxenstierna den Konvent der vier obern Kreise aufs Neue und noch dazu auf einen ganz nahen Termin ausgeschrieben habe, schreckte aus dieser Unthätigkeit auf.⁴⁾ Markgraf Christian und Landgraf Georg mußten es versuchen, von Oxenstierna eine Hinausschiebung des Konvents zu erlangen, natürlich umsonst,⁵⁾ da es dem Reichskanzler grade darauf ankam, die sächsische Politik zu überholen. Johann Georg aber wandte sich noch ein Mal brieflich an Georg Wilhelm. Er

¹⁾ Johann Georg an Georg Wilhelm d. d. Dresden 7. Jan. 1633. (Doc. 8108 3. B. Friedensstraktaten p. 394—397.)

²⁾ Vgl. Johann Georg an seine Räte d. d. Dresden 21. Jan. 1633 (ebda. p. 460.)

³⁾ Vgl. Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Köln a. d. Spree 5. Febr. und 16. Febr. 1633. (Doc. 10735 Kurbr. Reise nach Dresden betr.)

⁴⁾ Sie scheint erst am 10. Febr. nach Dresden gekommen zu sein. Vgl. Christian von Brandenburg an Oxenstierna d. d. Dresden 15. Febr. 1633. (Doc. 8108. 4. B. Friedensstraktaten p. 146—147.)

⁵⁾ Vgl. den vorigen Brief, ferner Georg Wilhelm an Georg von Hessen d. d. Köln a. d. Spree 15. Febr. 1633. (Ebenda p. 149 und 156.)

wies darauf hin, wie es dessen Bitte gewesen sei, die ihn bestimmt habe, dem Reichskanzler gegenüber jeder endgültigen Erklärung auszuweichen, und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß Georg Wilhelm in seiner Konferenz mit jenem das gleiche Verfahren beobachte. Er bat ihn noch einmal, schleunigst nach Dresden zu kommen, da er mit dem Ausschreiben eines allgemeinen Konvents nicht länger warten könne.¹⁾

Es war zu spät. Brandenburg hatte bereits seine Stellung auf Seite Schwedens gewählt. Daran haben nun alle Bemühungen Johann Georgs und seiner Räte nichts mehr ändern können.

Denn in ganz anderer Weise hatte Orensterna seine Zeit benutzt.

¹⁾ Johann Georg an Georg Wilhelm d. d. Dresden 10. Febr. 1633. (Pac. 9271. Kopien in unterschiedlichen Sachen.)

IV.

Als Oxenstierna aus Dresden abreiste, war er auf das Höchste über die Zähigkeit erbittert, mit der die Sachsen seinen Vorschlägen begegnet waren.¹⁾ Unter diesen Umständen war natürlich keine Rede davon, daß die schwedische Armee nach Böhmen rückte. Der Kriegsrath, der darüber am 11. Januar in Altenburg noch einmal berieth und vor dem der kursächsische Obrist Taube die Wünsche Johann Georgs vertrat, verwarf, wie nicht anders zu erwarten war, den Feldzugsplan Arnims einstimmig.²⁾ Daß sich Johann Georg deswegen noch ein Mal persönlich an Oxenstierna wandte, hat an dieser Entscheidung nichts geändert.³⁾

Der Reichskanzler war entschlossen, keine Rücksicht mehr auf die Empfindlichkeit des Kurfürsten zu nehmen: Wenige Tage später führte er den ersten Schlag gegen Kursachsen. Obwohl in Dresden von einem allgemeinen Konvent nicht ausdrücklich die Rede gewesen war, so vermuthete er doch, daß

¹⁾ Ueber seine Stimmung vgl. vor Allem seinen Brief an den schwedischen Reichsrath d. d. Leipzig 13. Jan. 1633 (Adlonsparre hist. samlingar V. p. 33 ff.) Seine Urtheile in der Berliner Konferenz über Johann Georg und Arnim (Irmser II. p. 32, 40, 43) sind auffallend milde: es erklärt sich aus diplomatischen Rücksichten.

²⁾ Vgl. Ordinanç Johann Georgs auf Dietrich v. Taube d. d. Dresden 7. Jan., die Briefe Taubes an Johann Georg d. d. Zelle 8. Jan., Neukirchen 9. Jan., Altenburg 12. Jan. und Registratur über Taubes mündlichen Bericht d. d. 14. Jan. 1633. (Loc. 9232. 7. B. Schwedischer Kriegsexpedition p. 50—61.)

³⁾ Vgl. Johann Georg an Oxenstierna d. d. Dresden 18. Jan., Taube an Johann Georg d. d. Leipzig 22. und 24. Jan., Oxenstierna an Johann Georg d. d. Halle 23. Jan. 1633 (Ebba. p. 61, 71, 69, 66.)

Johann Georg mit dem Plane umginge, einen solchen zu berufen.¹⁾ Er mußte ferner, daß sich Landgraf Georg, der ebenfalls in Dresden gewesen war, wieder um Friedensverhandlungen bemühe.²⁾ Beiden galt es zuvorzukommen. Deswegen berief er jetzt aufs Neue den Konvent der 4 obern Kreise und bestimmte als Versammlungsort wieder Ulm, als Termin den 7. März.³⁾ Es war der erste Schritt, Johann Georgs Ansprüche auf die Führerschaft aller protestantischen Stände zu vereiteln.

Es ist die Frage gestreift worden, ob Ogenstierna bis zu den Dresdener Konferenzen an die Berufung eines allgemeinen Konvents gedacht hat.⁴⁾ Das fällt mit der anderen zusammen, ob er erwartet hat, daß sich Kurfürsten dem schwedischen Direktorium unterwerfen werde. Man wird Beides getrost verneinen können.

¹⁾ Vgl. Ogenstierna Relation an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633. (Handl. XXVI. p. 45 und 46.)

²⁾ Vgl. Ogenstierna an den Reichsrath d. d. Leipzig 13. Jan. 1633 bei Adlersparre.

³⁾ Vgl. Ogenstierna an Pfalzgraf Ludwig Philipp d. d. Halle 18. Jan. 1633. (Loc. 8 108. 4. B. Friedenstrakt. p. 168.) Später (d. d. Würzburg 2. März) verlegte er den Konvent nach Heilsbrunn auf den 11. März, weil Horn durch Albringer zurückgedrängt und dadurch die Gegend um Ulm unsicher geworden war. Vgl. Chemnitz II p. 33–34, Ogenstierna an den Reichsrath d. d. Würzburg 5. März 1633. (Handl. Bd. 25 p. 152.)

⁴⁾ Bei Küfel a. a. O. p. 12 und Anm. 18. Er bezieht sich auf die Behauptung von Chemnitz II p. 10 und 11, nach der sich Ogenstierna gegen Stände der vier obern Kreise erboten habe, auch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zur Theilnahme am Ulmer Konvent aufzufordern. Ob Ogenstierna diese Aeußerung gethan hat, vermag ich nicht zu kontrolliren. Seiner wahren Absicht hätte sie jedenfalls nicht entsprochen. Sein Brief an Horn (d. d. Würzburg 1. Dez. Archiv II Nr. 871, den Küfel übersehen hat) „er wolle versuchen mit Sachsen für die energische Fortsetzung des Krieges zu einer Abkunft zu gelangen, speziell daß eine Zusammenkunft zwischen den evangelischen Ständen ausgeschlossen werden möge“ scheint mir nicht als Belag gelten zu können. Der Ausdruck ist hier so dehnbar, daß man aus ihm allein nicht entscheiden kann, ob der Reichskanzler allgemeinen Konvent, Konvent ohne Sachsen oder Konvent nur der vier obern Kreise gemeint hat. Denn auch für die beiden letzten

Dagegen mag er auf die Annahme seines dritten Vorschlags, der Theilung des Direktoriums wohl gerechnet haben, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß er dann sogleich alle andern Stände außer Kurachsen hätte berufen wollen. Die Weigerung Johann Georgs würde hiernach die Ursache gewesen sein, diesen Plan fallen zu lassen.¹⁾

Indessen scheint die größere Wahrscheinlichkeit dafür zu sprechen, daß Orenstiernas Absicht vorläufig überhaupt nur auf einen Konvent der rheinischen, fränkischen und schwäbischen Stände gegangen ist. Mit ihnen mußte sich eine Einigung noch verhältnißmäßig leicht erreichen lassen. Bei der Durch-

Wege war natürlich Johann Georgs Haltung nicht ohne Wichtigkeit. Präziser ist sein Memorial für Grubbe d. d. Erfurt 15. Dez.: „er wolle soweit möglich Gustav Adolfs Disposition folgen, . . . wolle Alles dahin dirigiren (doch nicht anders als nach seiner vorigen Komission und provisionaliter), daß der Krieg gegen den Kaiser von den Ständen fortgesetzt werden möge.“ (Höndl. Bd. 24 p. 267.) Seine vorige Komission war der Auftrag, den Konvent der vier oberen Kreise abzuhalten. (Aehnlich noch am 5. April: „er werde sich soweit möglich nach Gustav Adolfs Intention und Taktik richten“ Höndl. Bd. 25. p. 265.) Wenn sich Küfel für seine Ansicht darauf beruft, daß Orenstierna bis zu den Dresdener Konferenzen gehofft habe, Sachsen werde mit ihm Hand in Hand gehen, so ist das ebenso unklar wie seine ganze Kenntniß jener Verhandlungen. Wie wir oben sehen, wollte der Reichskanzler die Stände mit Ausschluß Sachsens unter seinem Direktorium vereinigen. Was sollte also Sachsen bei einer Verathung dieser Vereinigung. Mir scheint die Angabe von Chemnitz, ob sie nun erfunden ist oder nicht, gleich seinem Referat über die Dresdener Verhandlungen aus der Tendenz entsprungen, den guten Willen des Reichskanzlers zu dokumentiren, der doch in Wahrheit nicht vorhanden war, mit Sachsen zu einer beide Theile befriedigenden Verständigung zu gelangen. Droysen hat diese wichtigen Fragen mit keinem Worte berührt. Mich blüht eine Detailuntersuchung über die Vorgänge dieser Wintermonate wäre wohl der Ort dazu gewesen.

¹⁾ Daß sie, ebenso wie das Vorgehn Friedrich Ulrichs von Braunschweig, auf Orenstierna von Einfluß gewesen ist, leugne ich nicht. Nur betrachte ich diesen Einfluß gegenüber den anderen Erwägungen Orenstiernas als sekundär. Sein Entschluß, der Anordnung Gustav Adolfs zu folgen, und vorerst den Konvent der vier oberen Kreise zu berufen, wurde dadurch bekräftigt.

setzung der vier obern Kreise mit katholischem Gebiet war hier die Kriegsgefahr besonders drohend und schien einen engern Zusammenschluß zu gebieten, als er sich rein nach Maßgabe der Kreisverfassung hätte herstellen lassen. Hatten sich doch auch schon im Leipziger Bund der schwäbische und fränkische Kreis über eine gemeinsame Organisation geeinigt und Hessen-Kassel damals den Anschluß an den obersächsischen Kreis erstrebt. Sodann war hier unter den Ständen keiner, der dem Reichsfürst die gewünschte Führung streitig machen konnte.¹⁾ Von den beiden einzigen, die in Betracht kamen, mußte sich Kurpfalz wohl durch die bisher noch verzögerte Restitution seiner Lande für das schwedische System gewinnen lassen,²⁾ war von dem Landgrafen Wilhelm, dem besten Freunde Schwedens, wie ihn Ogenstierna selbst nannte,³⁾ wohl selbstlose Hingabe an die

¹⁾ Vgl. Ogenstiernas Relation an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M., 16. Mai 1633: „Ich habe den Partikularkonvent wieder aufgenommen und zwar in Oberdeutschland begonnen, weil die Stände hier niemals Differenzen mit Schweden gehabt haben und darum keiner Eifersucht unterworfen gewesen sind und weniger Bedenken in einem und dem andern gehabt haben. (Handl. Bd. 26 p. 46.)

²⁾ Vgl. dazu den oben zitierten Brief Ogenstiernas an den Pfalzgrafen Ludwig Philipp. Es heißt darin, der Pfalzgraf werde ermessen, wie sehr ihm und den Rüdern des Winterkönigs an der Erhaltung des gemeinen Wesens gelegen sei, und werde sich daher als Vormund und Administrator um so mehr angelegen sein lassen, „wie Sie die gesambte stände zu der höchstnötigen verfassung und also volliger rettung und versicherung der Churpfalz und Ihrer laude pouffiren mögen.“ Ogenstierna war schon von Gustav Adolf beauftragt worden, mit Ludwig Philipp wegen Restitution der Pfalz zu verhandeln und hatte damit auch noch zu des Königs Lebzeiten begonnen. Die Verhandlungen wurden dann in der Zwischenzeit von des Königs Tode bis zum Heilbronner Konvent fortgesetzt und auf diesem zum Abschluß gebracht. (Vgl. Ogenstierna an den Reichsrath d. d. Würzburg, 5. März, und Frankfurt a. M., 16. Mai 1633. Handl. Bd. 25 p. 156 und 26 p. 60—62.) Der Schluß liegt nahe, daß die Restitution der Preis für die Annahme und Unterstützung von Ogenstiernas Forderungen war.

³⁾ In dem Memorial an den Reichsrath d. d. Egelu, 12. Febr. 1634 (Handl. Bd. 28 p. 61.)

gemeine Sache zu erwarten. Und endlich trat hier Schweden nicht durch seine Annexionspläne in direkten Gegensatz. Von den Eroberungen im Oberlande gedachte Oxenstierna für sein Vaterland selbst nichts zu behalten. Im Gegentheil wollte er sie dazu benutzen, durch Vergabungen die einzelnen Stände noch fester an das schwedische Interesse zu fetten.¹⁾

Ganz anders lag die Sache in den zwei sächsischen Kreisen. Hier war geschlossen protestantisches Gebiet und daher Rüstung nach der Kreisverfassung nicht aussichtslos,²⁾ dazu eine Reihe eigenwilliger Fürsten, nicht gemeint, sich dem Gutdünken Schwedens einfach zu unterwerfen. So konnte z. B. Wilhelm von Weimar mit Recht die militärische Leitung für sich fordern, ein Anspruch, der durchaus nicht in Oxenstiernas System paßte.³⁾ Das Entscheidende aber war, daß gerade in diesen beiden Kreisen

¹⁾ Von der Abtretung des eroberten geistlichen Besitzes sprach Oxenstierna schon gelegentlich am 15. Dez. 1632. (Handl. Bd. 24 p. 268.) Als Bernhard von Weimar dann auf die Ueberlassung des Herzogthums Franken drang, schrieb er dem Reichsrath: „Die oberdeutschen Lande liegen für Schweden nicht so, daß wir uns in ihnen halten könnten; wir werden sie bei den Traktaten doch wohl abtreten müssen. Darum dürfen wir nicht zu sehr auf sie sehen und darüber unsere Hoffnung und Absicht verlieren, die Seelande zu behalten. In dem Maße, als ein solches Land wie Sachsen-Weimar hier engagirt wird, können wir für unsere eigenen Postulata große Unterstützung erwarten, da es sich nicht anders als mit unserem Beistand in seiner Erwerbung behaupten kann.“ (Relation d. d. Frankfurt a. M., 16. Mai. Handl. Bd. 26 p. 65.) Nach dem Aufstand des Donauheeres schrieb er: „Mein Plan ist, die vornehmsten Stände zu befriedigen, indem ich sie exemplo et more defuncti nostri regis ad partem praedae zulasse und einen Theil von ihnen, speziell die, die das Kriegsvolk kennen oder bei ihm etwas gelten, zu Genossen unserer Hoffnung wie unserer Sorgen mache.“ (Memorial vom 23. Mai. Ebenda p. 82—83.)

²⁾ So gab sich der niedersächsische Kreis im folgenden Jahre seine eigene Organisation und setzte dann dem Reichskanzler, der ihn mit dem Heilbronner Bunde verschmelzen wollte, auf dem 2. Frankfurter Konvent hartnäckigen Widerstand entgegen.

³⁾ Wilhelm von Weimar als schwedischen Generalleutnant gedente ich noch in einem besondern Aufsatze zu behandeln.

Schweden seine Satisfaktion suchte. Wenn es die diplomatische Geschicklichkeit des Reichskanzlers auch vorerst verstand, über solche gefährlichen Punkte hinweg zu gleiten: bei Bundesverhandlungen mußten sie unfehlbar zur Sprache kommen und die entschleiene Opposition der Betroffenen hervorrufen. Dadurch wären dann weiter andere an und für sich Willige gegen die Absichten des Reichskanzlers bedenklich gemacht.¹⁾

Nach alledem durfte es für Oxenstierna gerathen sein, sich zunächst im Heilbronner Bund den Kern für die künftige weitere Organisation zu schaffen und dann von dieser absolut sichern Position aus die sächsischen Stände zum Beitritt aufzufordern.

Das Einzige, was ihm während der Verhandlungen mit den obern Kreisen lästig fallen konnte, war, wie Arnim richtig erkannt hat, eine gemeinsame Opposition beider Kurfürsten. Deswegen war es sein Bemühen, Kurbrendenburg für sich zu gewinnen.²⁾ Zu diesem Zwecke hatte er unmittelbar nach den Dresdener Konferenzen den Feldmarschall Lott nach Berlin gesandt, dem wenige Tage später der Oberst und Kriegs Rath von der Heide gefolgt war. Auf die dann von Georg Wilhelm

¹⁾ Ich verweise hierfür auf den Verlauf des zweiten Frankfurter Konvents.

²⁾ Welchen Werth Schweden auf ein gutes Verhältniß zu Kurbrendenburg legte, darüber vgl. den Brief Oxenstiernas an den Reichsrath d. d. Berlin, 14. Febr. 1633: „Da es gelänge, Kurbrendenburg auf unsere Seite zu bringen, wäre nicht allein unsere schwerste Controverse aus dem Wege geräumt, sondern auch unserer status merklich befestigt und für unsere consilia ein sicheres Fundament geschaffen.“ (*Tidningar utifvna i Upsala* 1775 Nr. 40 p. 311—317.) Ferner sein Memorial vom 23. Mai: „Man darf sich den Kurfürsten von Brandenburg keinesfalls entfremden, da er dann leicht mit Dänemark gemeinsame Sache machen könnte und auch mit dem König in Polen, das ihn nicht wenig caressirt. Dadurch würden sich unsere Difficultäten gewaltig vermehren können und würde uns in diesem Fall hier von ihm, dem Kurfürsten von Sachsen und von Dänemark entgegengearbeitet, so daß wir solchen Beschwerlichkeiten, da Alle gegen uns conspiriren wollen, kaum Stand halten können.“ (*Handl. Bd.* 26 p. 87/88.)

vorgeschlagene persönliche Besprechung ging er natürlich bereitwilligst ein. Anfänglich wurde dazu der 25. Januar in Aussicht genommen, doch sah sich Oxenstierna durch seine Thätigkeit bei der Armee genöthigt, den Termin zweimal um einen Tag zu verschieben und wurde schließlich noch durch die Unmöglichkeit über die ausgetretene Elbe zu kommen, 14 Tage lang zurückgehalten. Erst am 9. Februar traf er in Berlin ein.¹⁾

Seine Haltung hier hat sich von seinem Auftreten in Dresden äußerlich durch den berechneten Schein von Offenheit unterschieden, mit der er sich über eine Reihe von Dingen ausgesprochen hat, sodann durch die loyale Art und Weise, in der er seine Ansprüche begründet hat: es ist von ihm Alles vermieden, was die brandenburgischen Staatsmänner irgendwie hätte stutzig machen können. Sachlich hat er denselben politischen Standpunkt vertreten wie in Dresden. Er hat Friedensverhandlungen unter dem Vorgeben als augenblicklich inopportun vorläufig abgelehnt, dafür mit um so größerem Nachdruck Kriegsbereitschaft und Zusammenschluß aller evangelischen Stände außer Sachsen unter schwedischem Direktorium gefordert. In etwas sind die Berliner Verhandlungen über die Dresdener hinausgegangen, als hier nämlich schon die dänische Vermittelung zur Sprache gekommen ist. Oxenstierna hat das erwähnte Schreiben der dänischen Reichsräthe in Berlin erhalten und sofort beantwortet.²⁾

Ueber die feindselige Stimmung König Christians ist man sich auf schwedischer Seite stets klar gewesen. Gustav Adolf

¹⁾ Ueber die Sendung Totis und Heides, die Einladung Georg Wilhelms, die Verzögerung der Reise vgl. Droysen a. a. O. p. 627—631, der hier Berliner Akten benutzt und um die Nachricht von der Elb-überschwemmung gegen jeden Widerspruch zu sichern, auch Weimarer Material herangezogen hat.

²⁾ Vgl. das Protokoll der Berliner Konferenz bei Trummer II p. 24—44, ferner Oxenstierna an die Reichsräthe d. d. Köln a. d. Spree, 14. Febr. 1638, in Widerlegung und wohlbegründete Antwort Urk. Beil. Lit. Cc.

hat sogar, bevor er nach Deutschland übersehte, von ihm ein ausdrückliches Neutralitätsversprechen fordern und es im Falle einer Weigerung durch Krieg erzwingen wollen. Das ist nun allerdings auf den Rath Oxenstiernas nicht geschehn,¹⁾ aber das Verhältniß beider Kelche blieb fortdauernd äußerst gespannt. Gustav Adolf verfolgte alle Schritte Dänemarks mit größtem Mißtrauen und lehnte daher auch die ihm von König Christian angebotene Vermittelung ohne Weiteres ab.²⁾

Wenn Oxenstierna damals auch dem Angriffe auf Dänemark widersprochen hatte, so war es deswegen doch nicht weniger von dessen Feindschaft überzeugt, wie er denn Dänemark in dieser Hinsicht stets mit Polen auf eine Linie gestellt hat.³⁾

Bei diesem dänischen Vermittelungsangebot erkannte er sofort die wahre Absicht. Er zog es aber vor, nicht einfach abzulehnen, weil er damit bei der Friedenssehn sucht der protestantischen Stände Anstoß zu erregen fürchtete,⁴⁾ sondern

¹⁾ Vgl. Memorial Gustav Adolfs für Oxenstierna d. d. Stockholm, 18. April 1630. (Arkiv I Nr. 30 p. 110.) Gutachten Oxenstiernas d. d. Fischhausen, 10. Mai 1630, § 10. (Handl. Bd. 24 p. 170—183.)

²⁾ Vgl. Fribergs a. a. O. p. 233.

³⁾ Vgl. seine Briefe und Gutachten d. d. Fischhausen, 10. Mai 1630 (Handl. 24 p. 179—181), Elbing, 18. Jan. 1631 (ebenda p. 200—205 ff.), Frankfurt a. M., 24. Nov. 1632 (ebenda p. 240), Berlin, 14. Febr. 1633 (ebenda p. 258), Halle, 22. Febr. 1633 (ebenda p. 378 f.), Heilbronn 12. und 18. März, 5. April 1633 (Handl. 25 p. 171, 183, 186, 257 f.), Frankfurt a. M., 16. Mai 1633 (Handl. 26 p. 54).

⁴⁾ Vgl. darüber seine Aeußerungen an den Reichsrath d. d. Heilbronn, 5. April, und Frankfurt a. M., 16. Mai 1633 (Handl. 25 p. 261 und 26 p. 68): „daß der König von Dänemark mit dem Kaiser im Einverständnisse ist, daran ist nicht zu zweifeln. Unter dem Schein von Friedensverhandlungen zwischen dem Kaiser und den Ständen geht er darauf aus, uns aus Deutschland und von der Seefante zu entfernen.“ „Daran ist nicht zu zweifeln, daß seine Interposition dahin angeht, uns von der Seefante zu entfernen und wenn möglich den Traktat so zu verhandeln, daß wir für unsere Mühe und Kosten mit Unbath gelohnt werden mögen, er hingegen mit Bremen und andern Bisthümern davon zieht. Darin wird vielleicht der Kurfürst von Sachsen gerne mit ihm übereinstimmen und auch Brandenburg Pommerns wegen leicht auf ihre Seite

antwortete ausweichend. Er sei im Prinzip mit der Absicht Dänemarks völlig einverstanden, könne aber im Augenblick keinen Beisehd geben, da er darin seinen Verbündeten nicht vorgreifen dürfe, sondern erst deren Meinung einholen müsse. Er wolle dies aber baldigst thun und dann an Dänemark weitere Mittheilung machen. Vor Allem aber sei es wünschenswerth, daß man genau über des Feindes Stellung zu Friedensverhandlungen orientirt werde, denn dieser sei der Angreifer und habe bisher noch keine Neigung zur Nachgiebigkeit spüren lassen.¹⁾

Diese Antwort theilte er aller Wahrscheinlichkeit nach sogleich den brandenburgischen Räthen mit.²⁾

Es ist nicht direkt überliefert, was diese ihm erwidert haben³⁾: über das Ergebniß der Konferenz kann aber kein Zweifel bestehen. Brandenburg hat sich völlig auf die Seite Schwedens gestellt. Georg Wilhelm hat später in Dresden

gebracht werden können. . . . Gleichwohl können wir nicht mit Grund ihre Kommunikation und Interposition ablehnen." Nur in wenig andern Zusammenhänge, nämlich in Bezug auf die endliche Auseinandersetzung mit Dänemark wegen des *dominium maris baltici* und der niedersächsischen Bisthümer äußerte er am 23. Mai: „Ich finde, daß uns nichts dienlicher ist als so lange Zeit zu gewinnen, daß wir unsere Sachen in der Heimath und hier stärken und stabiliren können.“ (Handl. 26 p. 104.) Auch Anstrather gab dem Reichskanzler zu, daß die Vermittlung Dänemarks hauptsächlich wegen seines Gegensatzes zu Schweden vom Kaiser angenommen worden sei. (Ebenda p. 100 f.) Zur Analogie vgl. Oxenstiernas Stellung zu etwaigen Friedensverhandlungen mit Polen: Um der Welt keine Gelegenheit zur Verläumdung zu geben, rieth er, sich im Prinzip mit Friedensverhandlungen einverstanden zu erklären, sie dann aber unter Vorwänden zu verschleppen bis man sähe, wie sich die Dinge in Deutschland entwickelten. (Oxenstierna an den Reichsrath d. d. 20. Juli 1633. Handl. 26 p. 125.)

¹⁾ Oxenstierna an die dänischen Reichsräthe d. d. Köln an der Spree 4. Febr. 1633.

²⁾ Vgl. Irmer II p. 44. Die spätere Antwort Brandenburgs an Revenstow ist völlig im Sinne Oxenstiernas.

³⁾ Eine Zusage Brandenburgs ergibt sich aus den Bemerkungen Oxenstiernas bei Irmer II p. 35 und 36.

Oxenstiernas Ansprüche mit dessen eigenen Argumenten verfochten und jetzt schon dessen Vorgehn durch ein Schreiben an die vier obern Kreise unterstützt, indem er sie zur Willfährigkeit gegen den Reichskanzler ermahnte.¹⁾

Es ist die Frage, wie der Kurfürst zu dieser Stellungnahme gekommen ist. Eine rechtliche Verpflichtung dazu hat für ihn nicht bestanden. Das hat Oxenstierna selbst ausdrücklich zugegeben.²⁾ Man hat den Grund u. A. in einer persönlichen Verstimmung gegen Kursachsen finden wollen: Georg Wilhelm habe die anmaßende Art, in der er von Johann Georg behandelt worden sei, übel empfunden und daher jenem den Vorrang des Direktoriums nicht gegönnt.³⁾ Es ist dabei wohl jener Bericht Nikolais über die Dresdener Konferenz der beiden Kurfürsten gemelnt: Johann Georg habe sich auf den Leipziger Schluß berufen, nach dem er das Haupt der Protestanten sei, und Georg Wilhelm habe entgegnet, er wisse von keinem Haupt, sondern stehe Kursachsen völlig gleich.⁴⁾ Aber man wird in dieser Aeußerung nicht eine Begründung seiner Parteinahme für Schweden erblicken können, sondern nur die Rechtfertigung für die Selbstständigkeit seines Entschlusses.

¹⁾ Vgl. Georg Wilhelm an die vier obern Kreise d. d. Köln an der Spree 14. Febr. 1633. (Londorp IV p. 299 f.). Auch von Wilhelm von Weimar erlangte Oxenstierna ein ähnliches, in der Form sogar noch dringlicheres Schreiben, vgl. Herzog Wilhelm an die zu Ulm versammelten Fürsten und Stände der vier obern Kreise d. d. Erfurt 26. Febr. 1633. (Weimar, Kr. u. Fr. A. 1632–33. IV.)

²⁾ Vgl. das Berliner Protokoll (Irmer II p. 31 und 38) und Oxenstierna an den Reichsrath d. d. Erfurt 15. Dez. 1632: „Der König hat sich und die Krone mit fast allen evangelischen Chur-, Fürsten, Ständen und Städten in Deutschland allirt (doch nicht nach einer Manier), so daß ich keinen weiß, mit dem nicht verhandelt und abgeschlossen ist, ausgenommen den Churfürsten von Brandenburg, die Herzoge von Holstein, die Grafen von Oldenburg und Ostfriesland.“ (Handl. Bd. 24, p. 264/65)

³⁾ Cronholm. Trettioåriga kriget I. 1 p. 57.

⁴⁾ Vgl. Nikolai an Oxenstierna d. d. Dresden 26. März 1633 (Irmer II p. 86).

Das Ausschlaggebende für die brandenburgische Politik ist in dieser ganzen Zeit immer die pommerische Frage gewesen.¹⁾

Georg Wilhelm war nicht im Stande, seine Ansprüche auf das Herzogthum aus eigener Kraft gegen Schweden durchzusetzen. Pommern war völlig in der Macht Schwedens. In der Mark selbst lagen noch schwedische Garnisonen in der Werbener Elbschanze, in Brandenburg und in Landsberg. Von Südwesten her drohte Magdeburg und sperrte zusammen mit den mecklenburgischen Festungen und der Werbener Schanze die Verbindung mit dem deutschen Süden und Westen.²⁾ Wie

¹⁾ Droysen äußert p. 640 über die Haltung Georg Wilhelms: „er war schwedenfreundlicher gesinnt und dachte an eine Vermählung seines Sohnes mit der schwedischen Thronfolgerin.“ Als Begründung für seinen Anschluß an Schweden wird man das kaum gelten lassen können. Ogenfierna hat sich einmal in einem konkreten Falle über das Wesen politischer Freundschaft geäußert. Als er von dem französischen Gesandten la Grange mit Freundschafts-Bersicherungen überschüttet wurde, schrieb er seiner Regierung: Ich glaube an diese Freundschaft: nicht, daß sie in sich selbst begründet wäre, sondern weil sie durch das französische Staatsinteresse bedingt ist. (d. d. Würzburg 5. März 1633. Handl. Bd. 25 p. 154.) Genau so steht es mit der „Schwedenfreundlichkeit“ Georg Wilhelms. Sie hat ihn nicht abgehalten, 1634 den Eintritt in den Heilbronner Bund zu verweigern und sich 1635 dem Prager Frieden anzuschließen, als dies seine Interessen so zu erfordern schienen. Was dann das genannte Heirathsprojekt betrifft, so ist es allerdings von Einfluß auf die brandenburgische Politik gewesen, aber doch nur insofern, als es mit der pommerischen Frage im Zusammenhange gestanden hat. Erst durch diese Beziehung gewinnt es seine wahre Bedeutung. Denn das Ausschlaggebende für die brandenburgische Politik ist in dieser Zeit stets die pommerische Frage gewesen. Davon aber ist bei Droysen mit keinem Worte die Rede.

²⁾ Als Arnim seinen Kurfürsten rieth, die dänische Vermittlung ohne Rücksicht auf Schweden anzunehmen, fügte er betreffs Georg Wilhelms hinzu: „Auf seiten ihrer kurf. durchl. zu Brandenburg, die von der Fron Schweden härter gefasset, möchte es ein wenig mehrs nachdenken haben.“ (Gutachten aus der zweiten Hälfte des Jan. 1633) Ueber schwedische Belagungen in der Mark vgl. die zweite Antwort Georg Wilhelms in Dresden d. d. 5. März 1633; über die schwedischen Garnisonen im Allgemeinen vgl. die Liste im Archiv III Nr. 945 sammt den darauf bezüglichen Bemerkungen Manfells in der Einleitung ebenda p. 33–35.

hätte es da Brandenburg wagen sollen, mit seinem kleinen Corps der gewaltigen schwedischen Armee gegenüber zu treten, so lange noch nicht alle Aussicht auf eine gütliche Einigung geschwunden war. Auf eine Unterstützung in einem Konflikt mit Schweden konnte es sich nur wenig Hoffnung machen. Den meisten protestantischen Ständen lag die pommerische Streitfrage zu fern, um ihre wegen die Waffen gegen den bisherigen Verbündeten zu kehren, und der Staat, auf dessen Hilfe Brandenburg in erster Linie angewiesen war, Kurfachsen, hatte seine Selbstsucht zu oft und deutlich gezeigt, als daß er noch Vertrauen genossen hätte. Der brandenburgische Kanzler Göhe hat es selbst ausdrücklich erklärt, daß sein Kurfürst durch die Unzuverlässigkeit Johann Georgs Schweden in die Arme getrieben sei.¹⁾ Indem sich Georg Wilhelm aufs Neue an

¹⁾ Vgl. Dr. Braun an Wilhelm von Weimar d. d. Frankfurt a. M. 30. Mai 1634: „In der conversation hat er [Göhe] mir vertrauet, daß s. gnst. herr mit der Dresdenschen direction und consiliis garnicht friedlich, auch nicht dazu sinne, daß dorthin einiges directorium getellet werden soll, es werde gleich mit einem formato consilio verknüpft, wie man könne und wolle, dan ein gebrauch sind furchte des feuers. Bisher hette man erfahren, daß dafelbst wieder die maiora und saniora vota procedirt worden und das sie nicht consilia geben helfen, sondern als dictatores decreta geben und allzeit die allertreuesten sein wolten, iha auch bißweilen ohne raht, wissen und willen der creißtende wüder herkommen und abrede verfahren. Das hette Pommern, Meckelburg, iha der ganze nieders. und oberf. creiß mit schaden empfunden“, und d. d. 10. Juni 1634: „Kurbrandenb. herrn abgesante wie auch die pommerische fuhren unter andern auch biß an, das die kurf. durchl. zu S. von ihren gnsten kur- und fürsten oft bitlich umb hülff angeruffen worden, sie hetten es aber abgeschlagen und sich entschuldigt, daß sie es zu thun nicht vermöchten, dahero sie andern schuz suchen und ahnnemen und izo dahin mit dank nochmals die augen schlagen müßten. Es dörfte ihnen sonst ubel gehu, wan sie davon absezen und an anderen schuz und direction sich wenden wolten. Spure auch soviel, daß man zu der kurfachs. armee und direction gar kein vertrauen sezet. Sie weren gewiziget und hetten erfahren, wie unbestendig oder auch eigenfinnig man an selbem ohrt zu sein pflege. Alle wort sollen gleichjam decreta sein. Man verfaße und verbinde es, so stark man könne und wolle, werde es hernach nicht erfüllet noch ge-

Schweden angeschlossen, konnte er hoffen, daß dieses Scheitern tragen werde, seinen Verbündeten zu berauben. Doch unterließ er gleichzeitig nicht, sich bei ihm um wirkliche Garantien für den Besitz Pommerns zu bemühen.

Es ist die Ansicht ausgesprochen, daß der Gegensatz in dieser Angelegenheit zwischen Schweden und Sachsen durch das Projekt überbrückt worden sei, den Kurprinzen mit der Königin Christine zu vermählen.¹⁾

Der Plan dieser Heirath ist von Gustav Adolf selbst ausgegangen, der auf diese Weise den sonst zu besorgenden Konflikt mit Brandenburg hatte vermeiden wollen. Erst in zweiter Linie hatte für ihn die Erwägung gestanden, daß die Vereinigung der schwedischen und brandenburgischen Länder eine Macht schaffen würde, der keines der Nachbarreiche gewachsen wäre. Die Heirath war für ihn also nicht Selbstzweck, sondern ein taktisches Mittel wie andere mehr. Er erkannte die Schwierigkeiten wohl, die sich seinem Plane in den Weg stellten und die hauptsächlich in dem Calvinismus des Kurprinzen lagen, wollte aber auf jeden Fall die Verhandlungen darüber einleiten, um während ihrer Dauer wenigstens den Kurfürsten in freundschaftlicher Gesinnung zu erhalten. Oxenstierna, der der Haltung Brandenburgs sehr große Bedeutung für die Stellung Schwedens in Deutschland beilegte, hat diese Anschauungen Gustav Adolfs in jeder Beziehung getheilt.

Auf des Königs Befehl hatte er im Frühjahr 1632 den gerade in Frankfurt am Main anwesenden brandenburgischen Gesandten von diesem Projekte Mittheilung gemacht und die

achtet und ursach zur entschuldigung vom zaune gebrochen und andern creißtenden leges furgeschreiben.“ (Weimar, Acta die zwischen den Evangelischen zu Heilbronn, Halberstadt und Frankfurt a. M. gehaltene Convente betr.)

¹⁾ Irmer II Einl. p. 4/5. Vgl. auch Hanke, Preuß. Gesch. Bd. I (S. 23. Bd. 25) p. 208 und 232.

Bedingungen genannt, die damit verknüpft waren. Danach sollte für den Fall, daß dem König noch ein männlicher Erbe geboren würde, diesem die Nachfolge in Schweden, Västland und den preussischen Eroberungen zustehen, dem Kurprinzen dagegen die Herrschaft über Gustav Adolfs deutsche Eroberungen. Beide Reiche sollten durch ein festes Bündniß zu gegenseitiger Hülfe verpflichtet werden. Falls dagegen der König ohne männliche Erben bliebe, würden Schweden und Brandenburg für ewige Zeiten durch Personalunion verbunden, doch unbeschadet der besonderen Regierungsform jedes Landes. Der Kurprinz endlich müsse zum Luthertum zurücktreten und auch in Schweden erzogen werden, um sich an schwedische Sprache und Sitte zu gewöhnen.

Zu weiteten Verhandlungen ist es damals nicht gekommen, da die Kriegsergebnisse keine hinreichende Muße dazu ließen. Jedensfalls aber hatte die Mittheilung insoweit ihren Zweck erfüllt, als sich der Kurfürst in der Folgezeit zu Schweden freundlich gestellt hatte.

In Berlin kam jetzt diese Angelegenheit aufs Neue zur Sprache, aber nicht in offizieller Verhandlung. Oxenstierna wollte jede Verpflichtung vermeiden und äußerte nur gesprächsweise, daß er sich nach des Reichsraths Meinung über diese Heirath erkundigen und für den Fall von dessen Einwilligung versuchen wolle, ob sich Bedingungen finden ließen, die Schweden und Brandenburg in gleicher Weise zufrieden stellten.¹⁾

¹⁾ Vgl. hierüber den Brief Oxenstiernas an den Reichsrath d. d. Köln a. d. Spree 14. Febr. 1633 in *Tidningar utgifvna i Upsala* 1775 Nr. 40 p. 311—317. Durch die Liebenswürdigkeit der Verwaltung der Königlichen Bibliothek in Upsala wurde mir eine Abschrift vermittelt, und ich erlaube mir, ihr an dieser Stelle noch ein Mal meinen verbindlichsten Dank dafür auszusprechen. Von einem Wiederabdruck habe ich abgesehen, da ein solcher voraussichtlich in nicht zu langer Zeit von der Sammlung der Oxenstiernas skrifter zu erwarten ist.

Die Sache lag also noch in weiter ungewisser Ferne.¹⁾ Zudem: Der Kurfürst war erst 13, die Königin gar erst 6 Jahre alt. Sollten die Brandenburger garnicht in Betracht gezogen haben, wie dies doch Oxenstierna gethan hat,²⁾ daß ein Todesfall das ganze Project unmöglich machen konnte? Es scheint nicht glaublich, daß sich Georg Wilhelm auf eine so ausweichende Erklärung hin beruhigt habe. Man bedenke, was sein Anschluß an Schweden in diesem Momente zu bedeuten hatte: er verhalf Schweden zum Siege über Sachsen, sicherte ihm die dominirende Stellung, von der aus es ihm leicht sein mußte, den Besitz Pommerns mit Gewalt zu behaupten, falls ein Ausgleich scheiterte.

Wenn Kurbrandenburg jetzt in einer so unsicheren Aussicht eine hinreichende Gewähr für seine Succession in Pommern gefunden hätte, wäre es jedenfalls eine seltsame Inconsequenz von ihm gewesen, daß es einige Monate später von den schwedischen Reichsräthen eine ausdrückliche Anerkennung seines Erbrechts forderte.³⁾ Die Chancen des Vermählungsplans hatten sich inzwischen nicht verschlechtert.⁴⁾

¹⁾ Vgl. Anstreuthers Urtheil: „Chur-Brandenburg sei gut schwedisch *spe matrimonii*; es werde aber derselbe heurath zwischen Brandenburg und der küniglichen erbpriincessin in Schweden niemals fortgehn“. Excerpta aus das königlich engelländischen Herrn Gesandten geführten discursen d. d. Marburg 23. Mai 1633. (Loc. 8109, 6. B. Friedenstrakt. p. 214—219.)

²⁾ In dem eben citirten Briefe. Ebenso hat es der schwedische Reichsrath gethan, vgl. sein Memorial vom 8. April 1633. (Handl. Bd. 25 p. 151.)

³⁾ Vgl. die Briefe Oxenstiernas an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M. 20. Juli, 14. August und 15. September 1633 (Handl. Bd. 28 p. 121 ff., 206 ff., Bd. 27 p. 156—160) und die Berichte des Reichsraths d. d. Stockholm 22. October, 3. und 29. December 1633. (Handl. Bd. 26 p. 221 Bd. 27 p. 183 f. und 191—193), dazu die Protokolle des schwedischen Reichsraths zum 3., 8. und 30. Nov. (Bd. III p. 211, 215 und 246.)

⁴⁾ Oxenstierna war inzwischen von seiner Regierung ermächtigt worden, die Verhandlungen über die Heirath auf der von ihm selbst an-

Es könnte hier ferner noch angeführt werden, daß es die brandenburgische Politik auf dem westphälischen Friedenscongreß zu vermeiden gewünscht hat, daß das Heirathsprojekt und die pommerische Frage mit einander verquilt würden. Beides sollte unabhängig von einander erledigt werden.¹⁾ Man wollte die Meinung gar nicht aufkommen lassen, als hielte man selbst des Kurfürsten Ansprüche auf das Herzogthum durch die Erbverträge allein nicht für hinreichend begründet.

Nach allem diesen ist es wahrscheinlicher, daß Ogenstierna die Brandenburger auf andere Weise beruhigt, daß er ihnen angedeutet hat, er werde auch mit einer anderen Satisfaktion als grade Pommern einverstanden sein. Daraus deutet wenigstens eine Aeußerung hin, die die brandenburgischen Räthe in den Dresdener Verhandlungen gemacht haben: Man dürfe Schweden jetzt nicht aus dem Kriege ausscheiden lassen, weil man jetzt die Satisfaktion nur aus protestantischem Gebiet beschaffen könne.²⁾ Nach ihrer Meinung sollte also der weitere Krieg mit seinen Eroberungen die Mittel geben, Schweden anderweitig zu befriedigen.

gegebenen Grundlage fortzusehen. Vgl. die Vollmacht d. d. Stockholm 7. April und das Memorial des Reichsraths d. d. 8. April 1633. (Santl Bd. 25 p. 138—139 und 148—151.)

¹⁾ Vgl. Hanke, Preuß. Gesch. Bd. I. (S. W. 25) p. 230—231.

²⁾ Vgl. die kurbrandenburgische Erklärung vom 25. Februar (bei Dronsen a. a. O. p. 655) und auch die vom 5. und 12. März. (Ebenda p. 664 und 670.) In der letzten erscheint nur noch der von Dronsen nicht wiedergegebene Satz bemerkenswerth: „Es vermuthen zwar seine kurf. durchl. wohl, daß von der cron Schweden die recompens an geld oder wohl an landen, leuten und an einer gegenversicherung, wessen sich die crone, auf den fall derselben feindlich zugesetzt werden möchte, zu den ständen zu verstehen haben sollte, gesucht werden möchte.“ Auch in seiner Hanbmerkung zu § 22 der Dresdener Punkte (Wernische und Pragische Friedenspacten p. 301) betonte Georg Wilhelm, die Protestanten müßten darauf bestehen, daß die Katholiken die Satisfaktion beschaffen „und daß nicht solch onus von den catholischen auf die evangel. gewelzet werden möge“.

Die Aufzeichnungen über die Berliner Konferenz enthalten allerdings von einer solchen Zusage Oxenstiernas nichts, aber ebenso wenig findet sich ja auch in ihnen der Heirathsplan erwähnt. Sie sind überhaupt kein Protokoll im eigentlichen Sinne, sondern sie geben nur die Aeußerungen des Reichskanzlers, nicht aber auch die Entgegnungen der kurfürstlichen Räte wieder. Die Vermuthung liegt nahe, daß es eine Zusammenstellung auf Grund protokollarischer leider verloren gegangener Notizen ist, gemacht, um bei der Besprechung mit Kurfachsen benutzt zu werden. Dafür spricht die äußere Form (Konzept wie Reinschrift), dafür auch der Umstand, daß in der Dresdener Konferenz die brandenburgischen Räte häufig wörtlich daraus zitiren. Es ist daher Alles weggelassen, was Kurfachsen nicht zu wissen brauchte. Und grade ihm gegenüber auf die Satisfaktion einzugehen, war mißlich, denn mit Allem, was als Ersatz für Pommern in Frage kommen konnte, Magdeburg-Salberstadt, Böhmen, Kur-Mainz wäre Johann Georg noch weniger einverstanden gewesen.

Daß die vermuthete Aeußerung in dem Aktenstück fehlt, kann also nicht als Beweis dafür gelten, daß sie überhaupt nicht gefallen wäre. Ihre Wahrscheinlichkeit beruht auf einem Vorgang in einer ganz analogen Situation. Auf dem Frankfurter Convent 1634 handelte es sich um den Eintritt der sächsischen Kreise in den Heilbronner Bund, und da findet es sich, daß Brandenburg im Gegensatz zu sämmtlichen anderen Ständen die Organisationspläne Oxenstiernas in der weitgehendsten Weise unterstützt hat, mit einem Male aber völlig umgesprungen ist, sobald der Reichskanzler Pommern direkt als seine Forderung bezeichnet hatte. Das Auffallende erklärt sich hier dadurch, daß Oxenstierna vor dem Convent an Brandenburg beruhigende Zusicherungen betreffs Pommerns gegeben hat.¹⁾ Es ist nicht einzusehn, warum er es nicht im Februar

¹⁾ Vgl. die Relation der Weimariſchen Geſandten d. d. Frankfurt a. M. 10. Juni 1634: Die Brandenburger haben gegen die Ueber-

1633 ebenso gemacht haben sollte. Zu eine klare unbedingte Zusage von ihm darf man dabei wohl in beiden Fällen nicht denken, aber seine Aeußerungen müssen doch derart gewesen sein, daß die Brandenburger hinterher mit Recht über Täuschung klagen konnten.¹⁾

Das widerspricht nun allerdings der Auffassung, die für den Reichsfanzler eine Offenheit in Anspruch nimmt, die mit dem Intriguanten, verlogenen Charakter der damaligen Diplomatie in wohlthuendem Gegensatz stände.²⁾ Dagegen ist aber zu bemerken, daß Orenstierna in einem andern Punkte die Brandenburger ganz sicher hintergangen hat. Um ihnen das schwedische Direktorium annehmlich zu machen, hat er ihnen versprochen, daß neben dem Direktor ein *Consilium formatum* mit weitreichenden Befugnissen stehen solle:³⁾ auf dem Beil-

tragung des Direktoriums an Johann Georg gestimmt. „weil die sache nicht allein bei dem niederländischen creire, als desselben creirestände ihrer excell. das directorium albereit zu Halberstadt ufgetragen, sondern auch bei Churbrandenburg, welche zu Stendal dergleichen versprochen nicht mehr res integra were“ (Weimar Acta betr. Frankfurter Konvent p. 116 f.) und d. d. 12. August 1634: „und haben wir die gewisse nachricht erlangt daß Churbrandenburg aus keinem andern fundament sich von Churfagen gesondert und zu Stendal albereit zu der hiesigen conjunction zu treten, auch ihr excell. das directorium ufzutragen sich anerbotten, als daß ihr churf. d. versprechung geschehen, daß man alhier uf diesem convent den punct wegen der pommerischen anwartung annehmlich resolviren wolle. Geschieht es nun nicht, wie es den solcher gestalt nicht geschehen kan, so wird Churbrandenburg eine andere resolution fassen müssen.“ (ebenda p. 272 f.)

¹⁾ Vgl. Georg Wilhelm an Arnim d. d. 10. Sept. 1634 bei Drohsen, Preuß. Politik Bd. 3, 1 p. 12.

²⁾ Truer II Einl. p. 5.

³⁾ Vgl. das Berliner Protokoll bei Truer II p. 30 und 35, und die Resolution Georg Wilhelm's an la Grange d. d. Dresden 8. März 1633 in der er es als etwas Selbstverständliches ausspricht, daß das Direktorium durch einen Runderath beschränkt werde und nur die Stellung des *primus inter pares* erhalte. (Voc 8108. 5 B. Friedenstrakt. p. 90—103.)

bronner Konvent hat er dagegen anfangs die Einziehung eines Bundesraths entschieden bekämpft.¹⁾ Aus der Persönlichkeit Orensternas kann man also kein Argument gegen die oben geäußerte Vermuthung nehmen.

Indem sich Kurbrandenburg an Schweden anschloß, war der Sieg Schwedens über Sachsen im Grunde entschieden.

¹⁾ Vgl. die Erklärung Orensternas in Heilbronn am 28. März 1633 unter § 5. (Londorp IV p. 323.)

V.

Im Einverständniß mit Ogenstierna reiste Georg Wilhelm jetzt noch nach Dresden.¹⁾ Er wird sich dabei schwerlich der Illusion hingegeben haben, daß es ihm gelingen werde, Johann Georg auf seinen Standpunkt herüberzuziehen; daß man diesen nicht so leicht von einmal gefaßten Präensionen abbringen könne, mußte ihm bei ihrem langjährigen persönlichen Verkehr hinreichend bekannt sein.²⁾ Es wird ihn nur die Absicht geleitet haben, den Albertiner überhaupt auf der Seite der protestantischen Partei festzuhalten³⁾ und sich ihn nicht persönlich durch Ablehnung seiner Einladung zu verfeinden.

Am 22. Februar traf er in Dresden ein.⁴⁾ Dort war man schon ob seines langen Ausbleibens in Unruhe gewesen.⁵⁾

¹⁾ Vgl. das Berliner Protokoll (Irmer II p. 35).

²⁾ Ein Weimarer Gutachten aus der Wende des Jahres 1634 charakterisirt Johann Georg folgendermaßen: „Es selub die humores und zum theil die suspiciones zum theil die ambitiones wohl bestand und daß man gleich einem edeln unbeweglich ist, uf einmal gefasster meynung constanter und pertinaciter verharret, seine consilia fur die besten hält, davon nicht weicht und wofern das placet nicht gesungen wird, einen argwohn einer ludification, exploration und contravention oder machination schöpfen dürfte.“ (Weimar Kr. u. Fr. A. 1634 II.)

³⁾ Vgl. Ogenstiernes Aeußerung gegen den Nürnberger Agenten Straßburger: Electorem Saxoniac esse adorandum, non quod promitt sed ne noceat. (Soben II p. 6.) Ruesched bezeichnet später als das Ergebnis der brandenburgisch-sächsischen Konferenz, man habe bei Johann Georg wenigstens soviel erreicht, ne noceat. Vgl. Nikolai an Ogenstierna d. d. 22. März 1633. (Irmer II p. 82.)

⁴⁾ Vergl. Nikolai an Tschirnhaus d. d. 20. März (Irmer II p. 77). Die Abreise erfolgte am 24. März. Vergl. Nikolai an Ogenstierna d. d. 26. März. (Ebenda p. 86.)

⁵⁾ Vgl. Nikolai an Ogenstierna d. d. 18. Febr. (Ebenda p. 50.)

Daß er nun doch noch kam, belebte die Hoffnung wieder, an ihm eine Stütze gegen Orenstierna zu finden. Man brachte sogleich Alles das zur Sprache, worin man zu Schweden im Gegensatz war, und war arg enttäuscht, als Georg Wilhelm völlig auf dessen Seite stand.¹⁾

Sichtlich der Kriegsorganisation verwarfen jetzt die sächsischen Räte ganz offen alle drei Vorschläge Orenstiernas und beriefen sich auf den Leipziger Schluß, nach dem Johann Georg über die Streitkräfte der protestantischen Stände zu verfügen hatte. Die Vertreter Brandenburgs nahmen dem gegenüber eine anscheinend unparteiische Haltung ein. Nur gelegentlich bemerkten sie, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn der Leipziger Bund nicht mehr bestehe. Sonst beobachteten sie in ihren Äußerungen große Zurückhaltung. Sie bekämpften Johann Georgs Ansprüche nicht, vermieden aber auch Alles, was als Zustimmung aufgefaßt werden konnte. Sie replizierten einfach, was Orenstierna in Berlin für seine Forderungen angeführt hatte, und rathen, daß sich Johann Georg mit ihm zu verständigen suche. Als ob sie nicht ebenso gut wie die Sachsen gewußt hätten, daß ein solcher Versuch aussichtslos

¹⁾ Ich folge hier wieder nicht streng dem chronologischen Verlauf, den man bei Droysen nachsehen möge, sondern fasse die Erörterungen über die Hauptpunkte kurz zusammen. Der Schriftwechsel zwischen beiden Kurfürsten, denn auf diese Weise und nicht mündlich wurde verhandelt, befindet sich Loc. 8108. 3. B. Friedenstrakt. p. 617—707, 737—739 (Auszüge bei Droysen a. a. O. p. 654—655, 659—672) und besteht aus folgenden Stücken: 1. sächs. Proposition d. d. 23. II. 2. 1. Kurbr. Erklärung d. d. 25. II. 3. 1. Kurf. Erklärung d. d. 1. III. 4. 2. Kurbr. Erklärung d. d. 5. III. 5. 2. Kurf. Erklärung d. d. 8. III. 6. 3. Kurbr. Erklärung d. d. 12. III. 7. 3. Kurf. Erklärung d. d. 15. III. 8. 4. Kurbr. Erklärung d. d. 22. III. Von Berlin aus erfolgten dann ausführliche Mittheilungen an Orenstierna vgl. Droysen a. a. O. p. 653 Anm. 6. Auf ihnen beruht die Chemnitzer Erzählung. Im Uebrigen vgl. noch die Berichte Nikoia's an Orenstierna vom 1. bis 26. März bei Irmer II Nr. 120—125, 127 und 128.

sei.¹⁾ Nur darin zeigle Brandenburg Entgegenkommen, daß es seine eigenen Truppen in Schlesien unter den Befehl Arnims zu stellen versprach.²⁾

Weit schärfer trat die Meinungsverschiedenheit in der Frage des Konvents hervor. Die brandenburgischen Räte gaben zu, daß eine allgemeine Zusammenkunft nützlich und nothwendig sei, aber da Orensterna das Ausschreiben und den Vorsitz für sich fordere, werde ein einseitiges Vorgehn Sachsens nur Spaltung unter den evangelischen Ständen hervorrufen. Sie verweigerten daher jede Theilnahme an solchem Schritte und verwiesen wieder auf den Weg der Verständigung mit Schweden. Sachsen entgegnete mit einer ausführlichen staatsrechtlichen Begründung seiner Ansprüche. Was die Brandenburger darauf zu erwidern mußten, klang allerdings über die Maßen lahm und geschraubt, aber in der Sache selbst blieben sie fest. Sie erklärten, die wenigsten Stände würden einer Verusung Johann Georgs Folge leisten. Daß sie sich nicht ausdrücklich von dieser Behauptung ausnahmen, redete deutlich genug.

Zuletzt handelte es sich noch um die Friedenstraktaten. Ganz im Sinne jenes Briefes Orensternas an die dänischen Reichsräthe erklärten die brandenburgischen Staatsmänner, daß sie jeden Augenblick zu einem Universalfrieden bereit seten, aber daran zweifeln müßten, ob bei dem Gegner die gleiche Neigung vor-

¹⁾ Droysen a. a. O. p. 66 resumirt, in diesem Punkte hätte „im weissenlichen Uebereinstimmung der brandenburgischen Ansicht mit der sächsischen“ geherrscht. Gerade das Gegentheil ist der Fall. Zwar wollten beide die Bildung zweier corpora, aber Droysen übersieht, daß hinsichtlich der Abgrenzung dieser die größte Meinungsverschiedenheit bestand: Sachsen wollte Schweden isoliren, Schweden umgekehrt Sachsen, und Brandenburg hatte sich mit seinem Schreiben an die vier obern Kreise bereits auf die Seite Schwedens gestellt und gab dies auch an Sachsen deutlich zu erkennen, vgl. Nikolai an Orensterna d. d. 4. März (Zmer II. p. 56.)

²⁾ In seiner letzten Erklärung vom 22. März. Vgl. auch Zmer II (inf. p. 9 und die dort citirten Briefe.

handen sei. Ehe man Gewißheit darüber habe, könne man jedenfalls über Dänemarks Angebot keine Entscheidung treffen. Wenn sie auch am liebsten ohne alle Vermittler verhandeln würden, so hätten sie doch gegen Dänemark selbst nichts einzuwenden und würden sich dem anschließen, was Kurachsen und die andern Verbündeten für gut fänden.

Es war ein glücklicher Zufall für die sächsische Politik, daß eben in diesen Tagen der andere dänische Gesandte, Wartensteden, von Wien zurückkam und man durch ihn erfuhr, wie die Vermittlung von den Gegnern aufgenommen war. Nach seinem Bericht hatte sich Wallenstein, den er auf der Hin- und Rückreise in Prag aufgesucht hatte, voll Anerkennung über des Königs Anerbieten ausgesprochen und sich durchaus zum Frieden bereit erklärt. Er sei ein alter schwacher verlebter Mann, hatte er gesagt, und könne auf dieser Welt keinen größeren Ruhm mehr erwerben, als wenn er dem Reiche wieder zu Frieden und Wohlstand verhülfe. In gleicher Weise friedliebend hatten sich dann der Kaiser und seine Minister geäußert, aber nach ihren Reden schien es doch fast, als ob ihre Absicht allein auf einen Frieden mit den Ständen ginge; Schwedens war jedenfalls nicht Erwähnung geschehn.¹⁾

Johann Georg nahm diese Auskunft zum Anlaß, jetzt an Neventlow seinen endgültigen Bescheid zu ertheilen. Er erklärte sich einverstanden, daß unter dänischer Vermittlung Verhandlungen über einen Universalfrieden eingeleitet würden und gab

¹⁾ Wartensteden reiste aus Wien ab am 14. Febr. (Extract. Schreibens aus Wien d. d. 15. Febr. *Dresd. Bibl. Hist. Gem. U.* 559. 6), kam am 23. Febr. in Dresden an (Droysen a. a. O. p. 649), erkrankte aber alsbald und starb am 4. März (Zinner II 57). An seiner Stelle erstattete Neventlow am 26. Febr. den sächsischen Räten Bericht. Vgl. die Registratur darüber (Loc. 8108 I. B. *Friedenstrakt.* p. 126), Nikolai an Orenstierna d. d. 4. März (Zinner II p. 57–58). Georg Wilhelm an Orenstierna d. d. Köln a. d. Spree 31. März (Droysen a. a. O. p. 649 bis 650.) Vgl. auch *Friedericia* p. 247–249.

der Zuversicht Ausdruck, daß ihm Schweden und die anderen Stände hierin beipflichten würden.¹⁾

Diese Antwort theilte er dann an Brandenburg mit und fügte hinzu, da Georg Wilhelm ja ebenfalls die Annahme der dänischen Interposition zugesagt habe, halte er diesen Punkt hiermit für erledigt. Er ignorirte also, daß die brandenburgischen Räte noch vor der Zustimmung der andern Verbündeten gesprochen hatten, in einer Form, daß sie damit indirekt die beiden Kurfürsten als allein gar nicht kompetent in dieser Angelegenheit hatten bezeichnen wollen.

Brandenburg sah von einer nutzlosen Polemik ab und wahrte seinen Standpunkt in anderer Weise. Es nahm jetzt zwar ebenfalls die Vermittlung an, aber unter der Voraussetzung, daß König Christian auch die Zustimmung der andern Stände einhole.²⁾ Diese Antwort theilte er nun seinerseits an Sachsen mit und erhob gleichzeitig die Forderung, daß keiner der Verbündeten ohne Zustimmung der andern Frieden schließen dürfe.³⁾ Sachsen hat darauf geschwiegen.

¹⁾ Vgl. Resolution Johann Georgs d. d. 28. Febr. 1633 (Londorp IV p. 296—298).

²⁾ Vgl. die Resolution Georg Wilhelms an Reventlow d. d. 2. März 1633 (Fribérica p. 252). Die an das unrichtige Datum des 22. Febr. bei Chemnitz von Trohsen a. a. O. 666 geknüpften Vermuthungen finden dadurch ihre Erledigung. Trohsen a. a. O. p. 665 findet auch in diesem Punkte Uebereinstimmung zwischen Sachsen und Brandenburg. Das Gegentheil ist wieder richtig und war auch schon von Fribérica (p. 251—252) festgestellt. Zu Georg Wilhelms ablehnender Haltung gegenüber der dänischen Vermittlung vgl. jetzt noch Nikolskis Briefe an Oxenstierna vom 4. März und 14. Juni 1633 (Armer II p. 57 und 192). Hinsichtlich des Unterschiedes in der ganzen Haltung der beiden Kurfürsten vgl. noch ihre Resolutionen d. d. Dresden 8. März auf die Eingabe des französischen Gesandten La Grange d. d. 28. Febr. 1633 (Voc. 8108 5. B. Friedenstraktaten p. 52—62, und Dumont Corps diplomatique Bd. IV Pars. I p. 44—48).

³⁾ Vgl. die 2. furbr. Erklärung vom 6. März.

Daß Johann Georg auch noch einen Meinungsaustrausch über die Friedensbedingungen veranlaßte, konnte unter diesen Umständen natürlich keine praktische Bedeutung gewinnen. Er überreichte einen ausführlichen Entwurf. Danach sollten den Protestanten alle geistlichen Güter verbleiben — die unmittelbaren unter ausdrücklicher Anerkennung ihrer Reichsständschaft —, die sie am 1. Januar 1612 und später im wirklichen Besitze gehabt oder auf die sie durch Wahl und Postulation berechtigten Anspruch erlangt hätten. Wo evangelische Religionsübung in katholischen Ländern im Schwange gewesen wäre, sollte sie auch ferner erlaubt sein. Aller Besitz, den geistliche katholische Stände an liegenden Gütern oder Gerechtsamen innerhalb protestantischer Territorien hätten, sollte von ihnen an diese abgetreten, die katholische geistliche Gerichtsbarkeit über Protestanten überhaupt aufgehoben werden. Gegen Bewilligung dieser Forderungen, war Johann Georg der Meinung, könne man den Katholiken den geistlichen Vorbehalt zugestehn, den Fall allein ausgenommen, daß der Prälat, sein Kapitel und seine Stände in dem Entschlusse zu reformiren einig seien.

Auf rein politischem Gebiete erkannte Johann Georg die Restitution Pfalzgraf Ludwig Philipps und der Mecklenburger Herzoge unumwunden an und sprach sich darüber hinaus noch für die Rückgabe aller von den Katholiken gemachten Eroberungen aus. Auch die Forderung der schwedischen Satisfaktion gab er als berechtigt zu, äußerte aber hinsichtlich ihrer Befriedigung nur, daß sie von Seiten der Katholiken geschehen müsse. Ebenso verschob er die Regelung der Pfälzer Frage bis zu den eigentlichen Friedensverhandlungen.

Zum Schlusse verlangte er die partielle Besetzung vom Reichskammergericht und Reichshofrath und eine Reihe anderer Maßnahmen zur Sicherung des Rechtsganges, ferner Vorkehrungen gegen sonstige Uebergrieffe des Kaisers, das Verbot aller Ligen und Unionen, als Gewährleistung des Ganzen endlich die Auf-

nahme des Friedensinstrumentes unter die Reichsgesetze und in die kaiserlichen Kapitulationen.¹⁾

¹⁾ Ranke bespricht in den *Annales zur Geschichte Wallensteins* (S. B. 23, p. 350–353) zwei Entwürfe zu den Friedensbedingungen, die sogenannten Torgauer Punkte vom Mai 1632, die er im Wortlaut mittheilt, und den in dem Buche *Wirtliche und Pragische Friedensspalten* (ohne Druckort 1636) p. 291–307 enthaltenen „Abdruck eines vor dieser Zeit von den churfürstlichen Räten entworfenen und der churf. Durchl. von Brandenburg zugesfertigten Projekts“, das ich unter der Bezeichnung *Dresdener Punkte* zitiren werde. Die Torgauer Punkte tragen bei Ranke die Ueberschrift: „Puncta, so Churbrandenburg bei der Konferenz zu Torgau übergeben worden,“ also von Sachsen an Brandenburg. Die Folgerungen, die er denn aus ihrem Inhalt zieht, sind zunächst, daß sich Sachsen in Torgau dem brandenburgischen Standpunkte bedeutend genähert habe (p. 189), sodann daß die Dresdener Punkte in eine frühere Zeit zu legen seien. In Wahrheit verhält es sich umgekehrt. In dem Exemplar, das ich in Dresden (Loc. 8109 7. B. Friedenstrakt, p. 406–409) von den Torgauer Punkten fand, fehlt zum Schlusse der Ueberschrift das Wort: „worden“, so daß es danach unklar bliebe, ob Brandenburg der Empfänger oder der Geber gewesen sei. Unten am Rande ist aber die Zahl 18 hinzugefügt und unter dem Verzeichniß der Akten, die die kurfürstlichen Gesandten zum Frankfurter Konvent 1634 mitbekommen haben (etenda p. 333), findet sich als Nr. 18 angegeben: „Puncta, so Churbrandenburg zu Torgau . . . übergeben lassen.“ Auf Brandenburg als Autor weist auch der § 8 des 2. Abschnitts hin. Damit werden Rankes Folgerungen hinfällig. Die Zeit der Dresdener Punkte läßt sich nun aber auf andere Weise genau bestimmen. Sie gehen zurück auf ein Gutachten des Landgrafen Georg von Hessen, das dieser unter dem Datum des 28. Jan. 1633 seinem Schwiegervater überreichte (Von mir abgedruckt im Anhang unter Nr. 1). Das Verhältniß dieses Gutachtens (H) in 42 Paragraphen und einem Aufsatze die Entschädigung Sachsens betreffend zu der Uebersetzung (U) der Dresdener Punkte in 30 Paragraphen ist folgender. Es sind wörtlich oder doch nur mit ganz geringen Abweichungen übernommen: H § 1–8 = U § 1–8, H § 10–13 = U § 10–13, H § 15–17 = U § 14, 16, H § 25 = U § 17, H § 32 = U § 13, H § 34 = U § 24, H § 35 = U § 19, H § 36 = U 21, H § 37 = U § 28, H § 38 = U § 25, H § 39 = U § 27. Es sind das im Wesentlichen die allgemeinen Bestimmungen über das Verhältniß der beiden Konfessionen im Reich. (Ausnahmen sind H § 32 = U § 18 und H § 34 = U § 24.) Die detaillirten Vorschläge in H für die Satisfaction Schwedens (§ 18–24) und die Regelung der Pfälzer Frage (§ 27 bis 31) sind in U je in einem Paragraphen (22 und 23) allgemeiner Faßung

zusammengezogen. Ganz weggelassen sind in U die Vorschläge, die der Landgraf zu seiner eigenen Sicherheit (H § 40—42) und zur Entschädigung seines Schwiegervaters (H Zusatz) machte und die §§ H 9, 14, 26, 88. Neu sind dagegen in U § 9 (Anerkennung des geistlichen Vorbehalts unter gewissen Beschränkungen und Voraussetzungen), § 20 und 26 (Verbot aller Kriegsverfassungen unter gewissen Ausnahmen), § 29 (Eingeengte Amnestie), § 30 (Affekuration des Friedens.) Der Landgraf hat in der letztmöglicher Verhandlung einen Entwurf zu Grunde gelegt, aber nicht den Seinigen vom 28. Jan. (H), sondern wie aus dem Berichte seiner Räte vom 27. März (Anh. Nr. 3) hervorgeht, die Dresdener Punkte unter Berücksichtigung der dazu von Kurbrandenburg gemachten Bemerkungen. Daraus ergibt sich als Zeit für die Dresdener Punkte die Konferenz beider Kurfürsten zu Dresden im Spätwinter 1633. Die Dresdener Punkte sind also identisch mit den von Nikolai (Trmer II p. 82) erwähnten „sächsischen Pacifications-media“. Nach seiner Angabe (p. 76) wären sie von Sachsen an Brandenburg am 18. März überreicht; er selbst hatte schon am 20. März (p. 82) von ihnen Abschrift erhalten. — Ob das erste Datum richtig ist, wage ich nicht zu entscheiden. Mir scheint schon die kurbrandenburgische Erklärung vom 12. März wie eine Bezugnahme auf den sächsischen Entwurf. Chemnitz hat die Dresdener Punkte genannt und kritisiert sie als „ziemlich und vor die protestirende Kur-, Fürsten und Stände nicht uneben gestellt“. Sie mitzutheilen hat er vermieden, weil es dann völlig klar geworden wäre, daß die sächsischen Bestrebungen ihren Ablen Ruf nicht verdienten. Günther, Rüssel, Droysen haben dagegen den Abdruck in den Pirnischen und Pragischen Friedenspacten übersehen, obwohl ihnen die Hanfschen Analecten den Hinweis darauf gaben.

70

So war es auch Johann Georgs Absicht. Auf die schwedische Satisfaction nicht näher einzugehen, hatte nun, wie bemerkt, Georg Wilhelm ebenfalls seine Gründe. In der Pfälzer Frage aber drang er darauf, schon jetzt die völlige Restitution der Kurlinie in Land und Würde zu proklamiren und damit nicht erst bis zu den Friedensverhandlungen zu warten. Johann Georg lehnte das ab. Mit Recht bezeichnete er solches Vorgehen als taktisch höchst ungeschickt. Daneben wird er auch noch in diesem Momente keine Reigung gespürt haben, sich für die Pfälzer Ansprüche mit aller Kraft einzusetzen. Noch unannehbarer war für ihn die andere Forderung Georg Wilhelms, nicht nur die Wiederherstellung der religiösen, sondern auch der politischen Freiheiten Böhmens als nothwendige Bedingung in das Friedensprogramm aufzunehmen. Das hätte geheißen, den Frieden bis zur völligen Ueberwerfung des Kaisers zu verschieben. So kam es also auch hier zu keiner Einigung.

Uebersieht man das Ergebniß dieser Verhandlungen, so war es durchaus negativ. Es war nach den Tendenzen beider Staaten nicht anders zu erwarten. Um so ungerechter ist es, daraus einen persönlichen Tadel für die beiden Kurfürsten abzuleiten, wie dies geschehen ist. An die Bemerkung eines ungenannten Nürnberger Agenten: „Scheinet, daß sie [sc. die Kurfürsten] eher in poculis als in consiliis laborirt haben“ ist das Urtheil geknüpft: „Es war eben die beliebte Art, sich cavallierement unliebame Differenzen aus dem Sinn zu schlagen. Die freundschaftlichen Beziehungen ihrer Liebden waren über dergleichen Lappalien erhaben: die waren für ihre allerunterthänigsten Rätthe, für sie die Lumpen.“¹⁾ Daß bei derartigen politischen Verhandlungen die Hauptarbeit den Ministern zufällt, versteht sich von selbst, und es ist noch heute grade so. Der äußerliche Hauptunterschied besteht darin, daß die neben den Verhandlungen herlaufenden Festlichkeiten jetzt etwas weniger

¹⁾ Vgl. Droysen a. a. C. p. 672

materieller Natur sind als damals. Und wie man heute aus dem äußerlich freundschaftlichen Verkehr der Fürsten nicht schließen darf, daß sie von den Gegensätzen der Politik unberührt seien, so wenig darf man es für die damalige Zeit. Die sächsischen und brandenburgischen Räte haben sich für die Verhandlungen jedesmal die Direktiven von ihren Kurfürsten geholt.¹⁾ Johann Georg und Georg Wilhelm sind dann selbst sogar einmal über ihre Stellung mit recht deutlichen Worten aneinander gerathen.²⁾ Wenn sie sonst ihren politischen Gegensatz nicht auch auf ihr persönliches Verhältniß übertrugen, so folgten sie doch damit als nahe Verwandte, als Wirth und Gast nur dem Gebot des gesellschaftlichen Anstandes. Zudem war jeder von ihnen aus politischen Gründen darauf angewiesen, es nicht mit dem andern zum Bruch kommen zu lassen. Sachsen hat stets gehofft, in seiner Friedenspolitik Brandenburg endlich doch noch mit sich fortzuziehen, und Brandenburg es nie aufgegeben, so lange die pommerische Frage nicht definitiv entschieden war, neben dem schwedischen auch noch das sächsische Eisen im Feuer zu haben. So haben denn auch ihre Räte bei aller sachlichen Differenz in der Form doch überaus zuvorkommend mit einander verkehrt.

Das erwähnte Urtheil entspricht der sandläufigen Anschauung von der gänzlichen Unfähigkeit beider Kurfürsten. Hinsichtlich Johann Georgs gilt dann gerade in dieser Zeit wieder die Nichtberufung des allgemeinen Konvents als Beweis dafür. Aus dem, was weiter oben auseinander gesetzt ist, dürfte hervorgehen, daß er jetzt nicht anders handeln konnte. Zwei Jahre früher, auf dem Leipziger Konvent, da hatte er freie Hand gehabt, aber durch seine gewissenlose Politik das allgemeine Vertrauen verscherzt und selbst die Stände Schweden in die Arme getrieben. Jetzt erntete er nur, was er damals gesäet

¹⁾ Das giebt sogar Drohsen selbst an a. a. O. p. 653.

²⁾ Vgl. oben p. 82 Anm. 4.

hatte. Da sich Brandenburg versagte, war es ihm nicht mög-
lich, die Stände zusammenzurufen, wollte er sich nicht einer so
diplomatischen Niederlage, vielleicht noch Schlimmerem aussetzen.
Von nun an konzentrierte sich seine ganze Politik ausschließlich in
den Bemühungen um den Universalfrieden.

Aber auf wie unsicherer Grundlage beruhten hier bis zu
den Ausfichten: eine zweideutige Erklärung von Seiten der
Gegner, eine nur mit Vorbehalt gegebene Zustimmung von
Seiten Brandenburgs. Es hätten wohl Gründe sein können,
an dem Erfolge zu verzweifeln. Gleichwohl ließ Johann Georg
den Muth nicht sinken. Er wollte dem Gegner zeigen, daß er
für einen Separatfrieden nicht zu haben sei, und meinte, daß
dieser dann auch mit Aufrichtigkeit auf den Gedanken eines
allgemeinen Friedens eingehen werde. Der Eindruck davon, hoffte
er weiter, werde auch die Kriegspartei unter den verbündeten
Protestanten zum Einlenken nöthigen. Denn wenn Schweden
wie bisher seine ablehnende Haltung behaupte, müsse es be-
fürchten, als Störenfried von Deutschlands Ruhe zu erscheinen
und dadurch seine Stellung bei den Ständen zu erschüttern.
So werde es denn seinen Widerspruch gegen sofortige Friedens-
verhandlungen aufgeben müssen. In diesen aber sollte die
Führung alsdann an Sachsen fallen. Begünstigt durch seine nie
ganz abgerissenen Beziehungen zum Kaiser und durch sein nahes Ver-
hältniß zu Dänemark war Johann Georg nicht gewillt, seinen
Verbündeten in den Verhandlungen eine gleichberechtigte Stellung
zuzugestehn; er wollte vielmehr die Bedingungen in den Haupt-
zügen ohne sie feststellen und ihnen einfach zur Annahme oder
Ablehnung vorlegen. Der Fügsamkeit der Stände war man
für solchen Fall in Dresden völlig sicher. Betreff Orenstiernas
herrschten allerdings Zweifel, da man vermuthete, daß seine
Ansprüche weit über das hinausgingen, was man bewilligen wollte,
aber, meinte man, er werde es sich doch überlegen, ob er es gegenüber
einer derartigen Konstellation auf Widerstand ankommen lassen solle.

Dies Programm ist nicht in dieser Form mit einem Male entworfen, sondern allmählich, in Anpassung an die Entwicklung der Ereignisse entstanden. Unmittelbar überliefert ist es in Äußerungen Georgs von Hessen, aber der Verlauf läßt keinen Zweifel darüber, daß es in den wesentlichsten Punkten von dem Kurfürsten angenommen worden ist.

Landgraf Georg fand sich in ähnlicher Weise wie sein Schwiegervater durch Schwedens Vordringen eingeengt. In der Zeit der katholischen Siege hatte Darmstadt über seine glaubensverwandten Nachbarn durch die Gunst des Kaisers und mit keineswegs unanfechtbarem Rechtstitel eine Anzahl materieller Vortheile erlangt, die es nunmehr wieder zu verlieren fürchtete. Schloß es sich, wie schon Gustav Adolf gefordert hatte, an Schweden an, so verlor es damit den Rückhalt am Kaiser und gewann doch keine Sicherheit gegen die Ansprüche der von ihm Geschädigten. Lehnte es dagegen das schwedische Bündniß ab, so setzte es sich erst recht feindseliger Behandlung aus. Diesem Dilemma entsprangen des Landgrafen Bemühungen um einen Universalfrieden.¹⁾

Schon im Herbst 1631 hatte er damit begonnen und, indem er sich zum Vermittler zwischen beiden Religionsparteien aufwarf, wenigstens einen Aufschub für seine Entscheidung erhalten: Gustav Adolf hatte ihm für die Dauer dieser Friedensverhandlungen Neutralität bewilligt²⁾ und ihn in dieser Ausnahmestellung auch dann noch belassen, als er sich genöthigt gesehen, ihm alle weiteren Verhandlungen zu verbieten.³⁾ Erst gegen das Ende des Jahres 1632 hatte er die Neutralität wenn auch nur indirekt dadurch aufgekündigt, daß er

¹⁾ Vgl. hierüber die Einleitung bei Irmer I. p. 46—50.

²⁾ Vgl. die Höchster Kapitulation d. d. 29. Nov. 1631. (König Reichsarchiv Bd. 9, p. 852.)

³⁾ Vgl. Einsiedel an Johann Georg d. d. 5. April 1632 (Irmer I. p. 141.)

ihm ebenfalls eine Aufforderung zum Besuch des Ulmer Konvents hatte zugehen lassen.¹⁾

Mit dem Tode Gustav Adolf glaubte der Landgraf die Zeit gekommen, seine Vermittlungsversuche wieder aufzunehmen. In diesem Sinne stellte er sich sofort auf die Nachricht von der Lützener Schlacht dem Kaiser zur Verfügung²⁾ und reiste dann mit Wissen Orensternas, wie er selbst behauptete auf dessen Wunsch³⁾ nach Dresden, wo die Häden der Friedenspolitik zusammenlaufen mußten. Er traf dort am 2. Januar ein,⁴⁾ also zu einer Zeit, da Orenstierna noch anwesend war. Daß er vor dessen Abreise nicht mit irgend welchen Vorschlägen hervorgetreten ist, hat man mit Furcht vor jenem erklären wollen.⁵⁾ Diese Vermuthung trifft schwerlich zu, denn der Landgraf mußte sich sagen, daß es doch nicht verborgen bleiben konnte, wenn er mit dem Kaiser verhandelte.⁶⁾ Das Richtige wird sein, daß es vor dem Ende der sächsisch-schwedischen Konferenz überhaupt an der Basis für die weitere Politik mangelte und

¹⁾ Vgl. Gustav Adolf an Landgraf Georg d. d. Arnstadt 30. Okt. 1632 (Jrmer I. Nr. 100) und die Relation der Darmstädter Gesandten über ihre Audienz bei Orenstierna d. d. 1. Nov. 1632. (ebenda Nr. 101.) Ueber das Verhältniß Hessens zu Schweden vgl. dann noch die Relation der Darmstädter Gesandten v. Zucke und v. Pleß über ihre Verrichtung bei Orenstierna d. d. Frankfurt a. M. 23. Mai 1633. (Loc. 8109. 6. Bd. Friedenstraft. p. 231—246.)

²⁾ Vgl. Landgraf Georg an den Kaiser d. d. Marburg 27. Nov. 1632. (Metapitnlirt in seinem Briefe d. d. Dresden 25. Febr. 1633. Loc. 8109 6. Bd. Friedenstraft. p. 13 f.)

³⁾ Vgl. den unbatirten und auch nicht abgesandten Brief Georgs an Orenstierna [d. d. Dresden 1633] (Loc. 8109. 6. Bd. Friedenstraft. p. 52—70.)

⁴⁾ Vgl. den Brief Georgs an den Kaiser vom 25. Febr. 1633.

⁵⁾ Vgl. Dronien a. a. O. p. 647.

⁶⁾ Bereits am 13. Januar schrieb Orenstierna dem Reichsrath, daß während seiner Anwesenheit in Dresden auch Landgraf Georg dahin gekommen sei, der sich bestreibe, Frieden zu traktiren (Adlersparre a. a. O. p. 11), und ähnlich am 22. März, also bevor er Nachricht von der kaiserlicher Reise haben konnte. „Landgraf Georg liegt in Dresden und

daß der Landgraf außerdem erst des Kaisers Antwort auf sein Schreiben abwarten wollte. Sobald diese angelangt war, hat er sich mit einem höchst eingehenden Gutachten an seinen Schwiegervater gewandt.¹⁾

Auch dieses Gutachten hat man, rein nach Aeußerlichkeiten urtheilend, höchst absprechend kritisiert. Ohne daß auf Inhalt und Bedeutung irgendwie näher eingegangen wäre, wird dem Landgrafen Vermorrenheit und Unredlichkeit zum Vorwurf gemacht.²⁾

Ueber die intellektuelle Begabung Georgs von Hessen besitzen wir die Bemerkung eines Zeitgenossen, der wohl als kompetent gelten darf und der dem Landgrafen auch alles andere als günstig gesinnt war. Es ist Feuquieres, der sich mit Anerkennung über Georgs Fähigkeiten ausspricht.³⁾ Und in der That zeugen die Schriftstücke Georgs von klarem, treffenden

brütet über Friedenstraktaten mit dem Kaiser" (Haudl. Bd. 26. p. 195) Ebenso erfährt Nikolai von dem Briefwechsel des Landgrafen mit dem Wiener Hofe. Daß man den Inhalt so geheim hielt, machte ihn begreiflicher Weise erst recht argwöhnisch. Vgl. Nikolai an Orenstierna d. d. 18. Febr. und 11. März (Jrmer II. p. 49/50 und 70).

¹⁾ Vgl. Georg von Hessen an Johann Georg d. d. Dresden 28. Jan. 1633 (Loc. 8108. 3. Bd. Friedenstrakt. p. 505—570.) Der Brief des Kaisers d. d. 24. Dec. 1632 traf, wie Georg in seiner Antwort vom 25. Febr. behauptet, erst 5 Wochen nach seinem Datum ein: das wäre der 27. Jan. gewesen.

²⁾ Dronien a. a. O. p. 647/648. „Ein Gutachten, das durchzusehen selbst einem so nahen Verwandten gegenüber eine Zumuthung war. Es umfaßt mit seinen Beilagen etwa 70 enggeschriebene Folioseiten und enthält ein ungeheuerliches Konglomerat von Anpreisungen des Friedens, Begründungen seiner Nothwendigkeit, Vorschlägen wie er zu fassen u. s. w.“ In der Anmerkung werden dann die Titel der einzelnen Theile genannt, dabei die Vorschläge zu den Friedensbedingungen und zur Entschädigung Sachsens übergangen. Sie stehen auf den letzten der 70 Seiten.

³⁾ Bei Aubery I. p. 397. Wie weit im Uebrigen der Landgraf von seinen Räten, namentlich von Dr. Wolf abhängig gewesen ist, untersuche ich hier nicht. Die Frage würde sich nur durch Darmstädter Akten lösen lassen.

Urtheil; so ist auch der Plan, der in diesem Gutachten entwickelt wird, durchaus verständig und sachgemäß. Was dann die moralische Verrechtfügung seines Vorgehens anbetrifft, so war er allerdings hier wie stets von egoistischen Motiven geleitet, aber war es denn etwa Schweden mit seinen Satisfaktionsforderungen weniger? Man kann es doch unmöglich als „sauberes Spiel“¹⁾ bezeichnen, daß Georg einem Uebermaß in Oxenstiernas Ansprüchen entgegenarbeitete. Er wollte ihm keineswegs Land-erwerb verweigern, vielmehr seinen Wünschen soweit irgend möglich entgegenkommen.

In dem Gutachten ist von der Kriegsorganisation nicht die Rede. Der Landgraf mochte diese Frage für erledigt halten, seitdem der Kaiser auf seinen Brief zustimmend und friedlich geantwortet hatte. Er wandte seine Aufmerksamkeit ausschließlich dem Universalfrieden zu und empfahl hier ebenfalls Verständigung mit Kurbrandenburg, Berufung des allgemeinen Konvents, Annahme der dänischen Interposition. Seine Rathschläge deckten sich also in ihrer Tendenz mit denjenigen Arnims, wenngleich sie natürlich von ihnen in Einzelheiten mehrfach abwichen. Ueber Arnim ging er hinaus mit einem detaillirten Entwurf zu den Friedensbedingungen, ferner mit einem ausführlichen Plan für die Behandlung des Konvents. In Beidem haben seine Vorschläge die sächsische Politik stark beeinflusst.²⁾

¹⁾ Droysen a. a. O. p. 647.

²⁾ Vgl. folgende Stellen aus Georgs Gutachten: „ . . . und rathen wir nicht, daß bei dergleichen communicationstag unterschiedene senatus gemacht, sondern daß der chur-, fürsten, grafen und stätt deliberationes in einem conclavi und consessu (wie anno 1631 zu Frankfurt) gehalten würden. Denn Euerer Id. oder doch dero vornehmer rätthe persönliche präsenz könnte viel harte vota brechen, weitschweifigkeit verhüten und einmüthigkeit befördern. . . . Euer Id. haben wir dieser tagen mündlich angedeutet, welcher gestalt hochnötig sein würde, daß zuvor E. I. selbst ein eigenbliches conclusum bei Sich ergreifen, darin ein festes ziel, wie weit Sie in einer und der andern säch gehen oder nicht gehn wolten, erschen und nicht so sehr den schluß aus den vorstehenden deliberationibus nehmen,

Der Konvent sollte auch nach seiner Ansicht von Sachsen ohne Mitwirkung Schwedens berufen und geleitet werden und sollte dazu dienen, innerhalb der Protestanten eine Verständigung über die Friedensbedingungen herbeizuführen. Der Kurfürst selbst hatte geäußert, daß er es für nöthig halte, den Ständen von Anfang an ein festes Programm vorlegen zu können. Diesen Gedanken führte der Landgraf weiter aus. Wenn Sachsen, meinte er, dem Konvent mit allgemein gehaltenen Vorschlägen gegenüber träte, würden sicher langwierige Berathungen die Folge sein, ja vielleicht gar kein einmüthiger Beschluß zu Stande kommen. Darum müsse der Kurfürst sofort

als in dieselbe bringen wolten. Dan wen E. I. nur generales quaestiones proponiren und also die materiam deliberandam bloß in die senatus kommen lassen, so möchte besorglich nach gelegenheit dieser zeit schwerer leufte und sehr differirenber intentionen ein stand da, der andere horthinauß wolten und neben verlorung der in hoc negotio sonders werthen und edlen zeit mehr zweifelserweck- und irrmachung als einigkeit und erbauung geschafft werden. Were also nöthig, daß E. I. Ihre meinung, wie und welcher gestalt E. I. eigenlich und beständig zu verfahren gemeint seien, bald eingangs oder doch in den nächstfolgenden sessionen den ständen entdecken thäten, mit runder erinnerung, weil E. I. den fast schwersten last, die wichtigste verantwortung, auch da der krieg umschlagen solte, den nächsten verlust vor der thür, sodan unterschiedene königliche, chur- und fürstliche gutachten und monita gehört und aus denen allen keinen andren als denjenigen weg, den E. I. Ihren religionsverwandten und allen andern protestirenden ständen vortragen ließen, gefunden hetten, es wolten die erscheinenden stände sich darüber erklären. Soll aber nun von E. I. dergleichen tages eröffnungs mit statlichem und solchem nachdruck beschehen, so werden E. I. Ihro billig lassen anliegen, schon jezo womöglich umb eventualerkundig- und versicherung Sich zu bewerben, wie weit die röm. kai. mayt. und die deroelben assistierende stände in der pacification zu gehen gemaint und entschlossen seien, darmit, man sich auch etwa etliche wenige über alle bessere vermuthung unterwinden wolten, E. I. heilsamen friedens-consiliis zu widerstreben und mit des vatterlands eußerstes ruin unnothiglich und wider E. I. und anderer friedliebender stände willen krige fortzusetzen, E. I. den frieden von Ihrer gegenpart so viel als gewiß in händen haben und durch diese gefastsetzung einen und den anderen ad aequiora consilia bringen könten.“

verhandlungen ansehen würde, an der Maalstatt eintreffen, damit man sich über die dem Gegner zu stellenden Bedingungen einige.¹⁾

Kurbrandenburg hob in seiner Antwort sogleich auf das Nachdrücklichste hervor, daß für eine derartige Aufgabe 8—10 Tage eine viel zu kurz bemessene Frist seien.²⁾ Man wird ihm Recht geben müssen, wenn man erwägt, welche Unsumme von Fragen ihrer Erledigung harreten, wie viele einander widerstreitende Interessen zu versöhnen waren, welche Zeit andere Versammlungen zur Lösung dieser Aufgabe gebraucht haben. Zu dem von Landgraf Georg angegebenen Verfahren reichten dagegen 8—10 Tage mehr als genug aus.

Diese Betrachtung würde selbstverständlich allein nicht zum Beweise genügen, daß Sachsen in der beschriebenen Art mit den andern Ständen habe umgehen wollen. Es kommen aber noch einige andere Momente hinzu. Zunächst, daß an Erenstierna zwar ebenfalls eine Anzeige von der dänischen Interposition erging, aber nicht auch die Aufforderung, sich schon vor dem Beginn der Verhandlungen mit dem Gegner einzufinden.³⁾ Der Rival im Einflusse bei den Ständen sollte also ganz nach des Landgrafen Sinne von der doch eigentlich maßgebenden Vorbesprechung ausgeschlossen sein. Und ferner: wie es der Landgraf gerathen, hat sich Sachsen durch die Leitmeritzer Verhandlungen Kenntniß zu verschaffen gesucht, auf welche Bedingungen die Gegner zum Frieden bereit sein würden, hat es dann sogar

¹⁾ Vgl. Johann Georg an die protestantischen Stände d. d. Dresden, 5. April 1633. (Loc. 8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 195—200.)

²⁾ Vgl. Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Köln a. d. Spree 28. April 1633. (Ebenda p. 239—242.)

³⁾ Vgl. Johann Georg an Erenstierna d. d. Dresden 14. März 1633 (Weimar, Acta die zwischen den Evangelischen gehaltenen Convente betr.)

durch den Landgrafen dem Kaiser ausdrücklich erklären lassen, wenn auch unter strikter Ablehnung jedes Separatfriedens, daß die entscheidenden Abmachungen nicht in den öffentlichen Sitzungen des Friedenskongresses zu erfolgen brauchten, sondern in einer nebenher laufenden geheimen, auf wenige Theilnehmer beschränkten Conferenz getroffen werden könnten.¹⁾

¹⁾ Vgl. Landgraf Georg an den Kaiser d. d. Dresden 20. April 1633.

VI.

Die Leitmeritzer Verhandlungen sind durch Georg von Hessen veranstaltet: Er schrieb an den Kaiser, daß er einiges mit ihm zu besprechen wünsche, aber eine Reise nach Wien nicht wagen dürfe, weil seine Widersacher das zum Anlaß nehmen würden, sein Land zu verwüsten. Er bäte daher, einen vertrauten Rath an die Grenze zu schicken. In einem Begleitschreiben an den Vicekanzler Stralendorf nannte er als den geeignetsten Ort für diese Besprechung Leitmeritz und als Termin den 20. März. Der Kaiser erklärte sich ungehend einverstanden.¹⁾ Soweit steht der Sachverhalt fest, wenn auch der Landgraf später den Schweden gegenüber aus erklärlichen Gründen behauptet hat, daß die Anregung zu der Zusammenkunft von Wien ausgegangen sei.²⁾

Nicht ganz so einfach ist die Frage zu beantworten, welches die Stellung der beiden Kurfürsten zu diesem Vorgehen des Landgrafen gewesen ist. Die brandenburgischen Räte theilten an Nikolai mit, daß ihr Herr davon überhaupt erst kurz vor Georgs Abreise erfahren habe und keineswegs damit einverstanden sei,³⁾ und Ogenstierna berief sich später auf einen Brief ähnlichen

¹⁾ Vgl. Landgraf Georg an den Kaiser und an Stralendorf d. d. Dresden 25. Febr., Antwort des Kaisers d. d. Wien 6. März 1633. (Voc. 8108. 6 Bb. Friedenstrakt. p. 12—16.)

²⁾ Vgl. Nikolais Briefe an Ogenstierna d. d. 22. März und 1. April 1633 (Jermer II p. 81 und 91/92) und die Relation der Darmstädtischen Gesandten vom 23. Mai.

³⁾ Vgl. Nicoloi an Ogenstierna d. d. 22. März und 1. April (Jermer II p. 81, 83, 95).

Inhalts von Georg Wilhelm selbst und zieh die heftigen Gesandten, die das Gegentheil behaupteten, der Unwahrheit.¹⁾ Die Gesandten haben es vorgezogen, mit ihm nicht zu streiten, aber als ihr Bericht in Abschrift an Johann Georg überandt wurde, hat die hessische Regierung in einer Randbemerkung diesen Vorwurf mit durchaus aufrichtig klingender Entrüstung zurückgewiesen und der Reihe nach aufgezählt, wie Georg Wilhelm zu dieser Reise mehrfach gerathen und Glück gewünscht habe.²⁾ So hat auch der Landgraf stets behauptet, daß sein Vorhaben von Georg Wilhelm gebilligt sei.³⁾ Die Quellennachrichten stehen also mit einander in schroffem Widerspruch. Ausschlaggebend erscheint der Umstand, daß Kurbrandenburg die Rückkehr des Landgrafen nicht erwartet hat, sondern vorher aus Dresden abgereist ist, trotzdem es sich doch nur um einen Verzug von

¹⁾ „Es wolle aber der churfürst von Brandenburg zumal nicht geschehen, (hätte es auch expresse an ihre excell. geschrieben), daß seine churf. dhlt. zu der Deutmerischen reis rath oder willen gegeben, man hätte ihr auch kein wort davon gesagt als etwa eine halbe stund zuvor, ehe unser gnediger fürst und herr von Dresden abgereist.“ Relation der darmstädtischen Gesandten.

²⁾ „Montags am 11. Martii seind herren lantgraf Georgens fr. gn. von Dresden gen Deutmerik abgereist. Schon Freitags am 8. Martii zuvor vormittags seind die churf. dhlt. zu Brandenburg persönlich zu seiner fr. gn. ins gemach kommen, haben gerathen und gebeten, daß se. fr. gn. die reise ja nicht einstellen, sonderu antreten wollten, mit erbietung, daß ihre churf. dhlt. zu Brandenburg an den herrn reichscanzler Ochsenstirn selbst schreiben und diese ihre einrathung bezeugen wolten. Zur fortsetzung dieser reise haben sie auch rathen lassen durch den von Arnheim. Sonnabends am 9. Martii haben die churf. dhlt. zu Brandenburg ultro die churf. dhlt. zu Sachsen umb miteinrathung zu dieser reise angesprochen, Sonntags am 10. Martii sonderlich beim fürstlichen holsteinischen panquet viel gluck darzu gewünscht. Wie rechnet sich dan dieser des herrn reichscanzlers vortwurf mit dem rechten verlauf?“ (Ebenda.)

³⁾ Vgl. die oben genannten Briefe Nicolais (Ermer II p. 81 und 92), Landgraf Georg an Georg Wilhelm d. d. Dresden 20. April 1633 (Ermer II p. 397) und die Behauptung von Pleß in der zitierten Relation.

wenig Tagen handeln konnte.¹⁾ Die Vermuthung ist nicht abzuweisen, daß Georg Wilhelm persönlich keinen Anstoß an dem Unternehmen Georgs genommen hat, erst später durch seine Räthe auf das Bedenkliche aufmerksam gemacht ist und dann in wenig loyaler Weise den Rückzug angetreten hat.²⁾

Auch Johann Georg soll nach Nicolais Angabe in ähnlicher Weise jede Verantwortung für das Unternehmen seines Schwiegersohns abgelehnt haben.³⁾ Die Nachricht ist schon von Ogenstierna bezweifelt,⁴⁾ und wenn der Kurfürst auch eine derartige Aeußerung gethan haben mag, aufrichtig ist sie jedenfalls nicht gemeint gewesen.

In Allem, was der Landgraf von Dresden aus unternahm, mußte er als nur von Sachsen vorgeschoben erscheinen. Wie hätte er da irgend einen Schritt thun können, der den Absichten seines Schwiegervaters widersprach, ohne diesen zu dem Wiener Hofe in eine schiefe Stellung zu bringen. So hat er denn auch, bevor er die in Marburg selbständig begonnene Correspondenz mit dem Kaiser von Dresden aus fortsetzte, erst mit Johann Georg Rücksprache genommen,⁵⁾ d. h. doch sich im Prinzip seiner Zustimmung versichert, so hat er bei den Zeitmeriger Verhandlungen nicht sein Friedensprogramm in der ursprünglichen

¹⁾ Georg Wilhelm reiste aus Dresden ab am 24. März: am 26. März traf der Landgraf dort wieder von Zeitmerig ein.

²⁾ Vgl. Irmer II Einl. p. 11/12.

³⁾ Vgl. die Briefe Nicolais vom 22. März und 1. April (Irmer II p. 81 und 95).

⁴⁾ „Was anlangte, daß beide Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sollten in die reis nach Leutmarig getwilliget und darzu gerathen haben, darauf ist von ihrer excell. soviel den herren Kurfürsten von Sachsen betrifft, zwar nichts sonderlich geantwortet, jedoch soviel zu verstehen geben worden, der Kurfürst von Sachsen mögte noch wohl mehr gerathen haben.“ Relation der darmstädtischen Gesandten vom 23. Mai 1633.

⁵⁾ Vgl. den Eingang des landgräflichen Gutachtens vom 28. Januar und den Brief Georgs an den Kaiser vom 25. Februar.

Fassung zu Grunde gelegt, sondern die von der sächsischen Regierung vorgenommene Uebersetzung, sammt den von Brandenburg daran geknüpften Bemerkungen,¹⁾ so hat er später seinen ganzen Briefwechsel mit den Gegnern in Abschrift seinem Schwiegervater mitgetheilt, während nach Berlin nur gefärbte oder unvollständige Berichte ergingen.²⁾ Man nehme hinzu, wie er sich sonst in dieser Zeit stets bemüht hat, seine Politik in Uebereinstimmung mit der Dresdener zu halten,³⁾ und wird zu dem Schlusse kommen, daß er auch hier mit Wissen und Willen Johann Georgs gehandelt hat. Daß sich dieser im Hintergrunde hielt, findet seine Erklärung darin, daß er sich nicht von seinen Verbündeten den Vorwurf illoyaler Eigenmächtigkeit zuziehen wollte. Der Landgraf war als Neutraler ebenso wie Dänemark zu Verhandlungen mit den Katholiken berechtigt.

Was der Landgraf in seinem Gutachten an allgemeinen Bestimmungen für den Frieden forderte, ist im Wesentlichen das, was wir bereits als Vorschläge Sachsens an Brandenburg kennen gelernt haben, also Rückgabe aller von beiden Seiten gemachten Eroberungen, Aufhebung des Restitutionsedikts und Anerkennung des Jahrs 1612 als Normaljahrs, Reichsstandschaft für die protestantischen Inhaber von Reichsstiftern, Gültigkeit der Ferdinandeischen Deklaration, Entschädigung der protestantischen Fürsten durch Abtretung der in ihren Territorien liegenden Güter katholischer geistlicher Stände, paritätische Besetzung von Reichskammergericht und Reichshofrath. Von dieser allgemeinen

¹⁾ Vgl. oben p. 99 Anm. Daß der Landgraf Beides mitgetheilt erhielt, geschah doch sicher zu seiner Orientirung in Hinsicht auf die zeitweiligen Verhandlungen.

²⁾ Vgl. hierzu den Brief des Landgrafen an Kurfürst Brandenburg vom 20. April 1633 (Irmer II p. 397 f.) mit dem wahren Sachverhalt, wie er sich aus dem Berichte der hessischen Räte an Sachsen d. d. 27. März (Anh. Nr. 3) und dem ebenfalls an Sachsen mitgetheilten Briefe des Kaisers an Georg d. d. 10. April (siehe weiter unten) ergibt.

³⁾ Vgl. im Dresdener Archive die Correspondenz des Landgrafen mit seinem Schwiegervater, die sich über alle politischen Fragen erstreckt.

Norm wich er in drei Punkten ab. Die Kur sollte erst nach dem Tode Maximilians an die Pfalz zurückfallen, die Oberpfalz überhaupt bei Baiern bleiben. Schweden sollte einen noch näher zu bestimmenden Theil Pommerns als Reichslehen erhalten, Pommern resp. Kurbrandenburg dafür durch erbliche Ueberweisung protestantischer Stifter entschädigt, endlich Sachsen durch kaiserliche Lande und ebenfalls Säkularisationen vergrößert werden.¹⁾

Der Landgraf gestand selbst, daß seine Vorschläge nicht alle protestantischen Wünsche befriedigen würden, setzte aber auseinander, daß Forderungen wie Rückgabe auch der Oberpfalz, Ausdehnung der Bekenntnisfreiheit auf katholisch-weltliches Gebiet geeignet seien, das ganze Friedenswerk scheitern zu lassen. Man wird zugeben, daß, abgesehen von den in dieser Ausdehnung nicht gerechtfertigten Erwerbungen Sachsens, sein Entwurf dem Machtverhältniß, wie es sich zwischen beiden Confessionen herausgebildet hatte, in begründeter Weise Rechnung trug und auch den Ansprüchen Schwedens so weit wie möglich entgegen kam. Aus freier Neigung ist seine Haltung allerdings kaum entsprungen.²⁾ Das Bestimmende für ihn war, daß nur so die andern Stände wieder für Sachsen gewonnen werden konnten. Deswegen hatte er auch seinem Entwurfe den Aufsatß zu Grunde gelegt, den Kurbrandenburg vorm Jahr in Torgau übergeben lassen,³⁾ und aus dem gleichen Grunde ist er auch

¹⁾ Vgl. Anhang Nr. 1.

²⁾ Vgl. den Abschnitt *Praeliminaria articulorum pacis* in des Landgrafs Gutachten: „Und erachten wir nöthig . . . daß man 5) der cron Schweden zu verhütung mehrer weiterung und heftigeren blutstürzens mit erbarer möglicher und thunlicher satisfaktion begegne und sich zeitlich mit ihr vergleiche.“ Eine Verzeihung Schwedens erkaunte er also nicht an. In gleicher Weise begründete er seine Ansicht, daß man die Amnestie nicht zu eng fassen dürfe und die Calvinisten in den Frieden einschließen müsse. (Unter 9 und 11 ebenba.)

³⁾ Der Landgraf bezieht sich in seinen Gutachten mehrfach darauf, daß ihn Johann Georg von den Torgauer Punkten in Kenntniß gesetzt habe.

in Leitmeritz für Restitution der böhmischen Freiheiten und der Oberpfalz und für Befriedigung Schwedens aus katholischen Mitteln eingetreten, Forderungen, die er selbst in Hinsicht auf die Gegner für unzumuthbar hielt, die aber Georg Wilhelm jetzt in Dresden erhoben hatte. Im Uebrigen hat er sich dort auf der von ihm selbst vorgezeichneten Linie gehalten und nur die sächsischen Forderungen genauer bestimmt: die beiden Lausitzen, den Egerer Kreis, das Erzbisthum Magdeburg. Auch dies wird als Beweis für einen Auftrag Johann Georgs gelten müssen.¹⁾

Die Berathungen in Leitmeritz fanden am 23. und 24. März statt. Mit dem Landgrafen waren noch sein Kanzler Wolf und sein Hofmarschall Schüz gekommen. Von kaiserlicher Seite waren der Bischof Anton von Wien und Quasten-berg erschienen.

Der Landgraf begann damit, daß sich Johann Georg bewußt sei, dem Kaiser stets treu gedient zu haben, und daher um so schmerzlicher die Art und Weise empfinde, in der er zum Kriege provoziert und sein Land dann verwüstet worden sei. Daher habe es Mühe gekostet, ihn überhaupt zur Annahme der

¹⁾ Vgl. Relation der Herrn hessischen Rätthe, als ihre fürstliche Gn. von Leitmeritz zurückkommen. Die unzulängliche Bearbeitung Günthers ausgenommen, hat, wie es scheint, bisher nur Ranke (Geschichte Wallensteins p. 191 ff.) dieses Altentwurf eingesehen. Da ich in meiner Auffassung von ihm abweiche, habe ich die Relation im Anhang unter Nr. 3 abgedruckt. Ein Bericht der kaiserlichen Rätthe ist bisher nicht bekannt geworden. — Aus der Relation und den Briefen Georgs an Georg Wilhelm d. d. 20. April (Irmer II p. 397 f.), Wallensteins an Georg d. d. 28. März (Hallwich I Nr. 263), Nikolaïs an Ogenstierna d. d. 22. März und 1. April (Irmer II p. 80 und 91) ergibt sich, daß der Landgraf Dresden am 21. März verließ, am 22. in Leitmeritz ankam, während des 23. und 24. dort conferirte, am 25. von da wieder abreiste und in Dresden am 26. März wieder anlangte. — Ueber die Verhandlungen vgl. Ranke a. a. O. und Irmer II Einl. p. 11 ff. — Irmer giebt dort (p. 13) an, daß Georg in Leitmeritz ein Programm schriftlich übergeben habe. Es ergiebt sich das als irrig aus der Bemerkung der hessischen Rätthe: der Landgraf habe einige Punkte ausgelassen, „damit inskünftig nicht das ansehen gewinnen möge, als hätten sie [die kaiserlichen Gesandten] die puncten allbreit gesehn.“

dänischen Vermittlung zu bewegen, zumal ihm auswärtige Mächte für die Fortsetzung des Krieges namhafte Unterstützung in sichere Aussicht gestellt hätten. Wenn er schließlich doch dem Anerbieten König Christians zugestimmt habe, so sei für ihn ausschließlich die Rücksicht auf das allgemeine Wohl maßgebend gewesen. Ihm habe sich darin Georg Wilhelm, wenngleich mit einiger Modifikation angeschlossen. Die Absicht Kurfürstens ginge auf einen Universalfrieden: er, der Landgraf müsse daher betonen, daß diese von ihm erbetene Conferenz nicht etwa als eine Umgehung der dänischen Interposition aufgefaßt werden dürfe, daß sie vielmehr bestimmt sei, jener die Wege zu ebnen. Uebrigens wüßten die beiden Kurfürsten nicht anders, als daß die Anregung zu dieser Zusammenkunft vom Kaiser ausgegangen sei. Er bitte daher, alle seine Vorschläge als rein persönliche, für Sachsen unverbindliche zu betrachten.

Die Absicht des Landgrafen hierbei ist klar. Um dem Kaiser Entgegenkommen abzunöthigen, wollte er den Eindruck gar nicht aufkommen lassen, als ob Sachsen des Friedens um jeden Preis bedürftig sei, und zugleich suchte er jede Hoffnung auf einen Separatfrieden zu benehmen. Deswegen stellte er auch nachher bei den Friedensbedingungen die schwedische Satisfaction an die Spitze.

Die kaiserlichen Räthe antworteten äußerst zuvorkommend. Sie schoben die Schuld für jenen Einfall des Jahres 1631 auf die Eigenmächtigkeit Tillys und widersprachen auf das Nachdrücklichste dem Gerücht, daß der Kaiser Sachsen an Wallenstein, Brandenburg an den Herzog von Lothringen habe vergeben wollen. Vielmehr sei Ferdinand jetzt wie damals von den freundschaftlichsten Gefühlen gegen Johann Georg beseelt und zu einem Frieden auf billiger Grundlage bereit, wie er das schon durch Annahme der dänischen Vermittlung gezeigt habe. — Das Wort Universalfriede ist dabei von ihrer Seite nicht gefallen.

Auf ihr Drängen nannte dann Georg der Reihe nach seine Bedingungen. Die kaiserlichen Minister befanden sich dabei ihm gegenüber im Vortheil. Da er in seinem Briefe an den Kaiser nicht den Gegenstand der Konferenz bezeichnet hatte, waren sie im Einzelnen nicht instruiert oder konnten dies wenigstens vorgeben. Nur auf wenige seiner Vorschläge gaben sie bestimmte Antworten, bei andern äußerten sie nur ihre persönliche Meinung, die Mehrzahl nahmen sie einfach zur Berichterstattung entgegen. Aber auch so ist das Ergebniß der Konferenz bedeutend genug.

Bezüglich der Aufhebung des Restitutionsedikts haben sie nicht geantwortet. Es spricht aber nicht grade für ihre Neigung zum Nachgeben, daß sie gegen eine erbliche Ueberlassung Magdeburgs an Sachsen Bedenken hatten. Denn, wie schon von dem Landgrafen in seinem Gutachten auseinandergelegt war, konnte es den Katholiken gleichgültig sein, sobald sie überhaupt einmal auf das Edikt verzichteten, in welcher Weise dann die Protestanten über die säkularisirten Stifter verfügten. Einer Ausdehnung der Ferdinandeischen Deklaration auf des Kaisers Erblande widersprachen sie, wie es der Landgraf vorausgesehen hatte, ebenso entschieden wie der Rückgabe der Oberpfalz. Was die Entschädigung der protestantischen Fürsten durch die in ihren Territorien liegenden geistlichen Güter anbetraf, so baten sie anfangs um nähere Erläuterung, so daß es schien, als wenn sie diesen Anspruch in bedingter Weise zugestehn wollten; gleich darauf lehnten sie ihn aber doch wieder ab, ebenso den Erlass völliger Amnestie. An der paritätischen Besetzung des Reichskammergerichts hatten sie nichts besonderes auszusagen.

Von den spezifisch sächsischen Wünschen erkannten sie eine alte Schuldforderung bereitwilligst an, meinten ferner, daß es mit der Abtretung der Lausitzen und des Egerer Kreises keine Schwierigkeiten haben werde. Gegen die Ueberlassung Magdeburgs erhoben sie allerdings Einwände, doch war

auch hier ihre Haltung nicht derart, daß ernstlicher Widerstand zu besorgen war.

Am auffallendsten war ihr Benehmen, als der Landgraf auf die schwedische Satisfaktion zu sprechen kam. Sie entgegneten, Gustav Adolf sei von Regensburg aus für einen Reichsfeind erklärt worden. Wer denn Schwedens Ansprüche eigentlich befriedigen solle. Georg erwiderte, die Katholiken. Darauf die kaiserlichen Rätke: Der Kaiser werde sich lieber zu einer Abtretung an Frankreich als an Schweden verstehen. Mit Frankreich wolle er sich schon vergleichen. Was dann Schweden überhaupt machen wolle, wenn der Kaiser die protestantischen Stände zufrieden stelle?

Diese letzte Frage ist der Höhepunkt der Leitmeritzer Besprechung. Etwas anders formulirt würde sie lauten: Werden die protestantischen Stände nach Bewilligung ihrer eigenen Forderungen auch noch ferner für Schweden eintreten, so daß dieses hoffen kann, seine Ziele durchzusetzen?

Im Ganzen, gewinnt man den Eindruck, sind die kaiserlichen Rätke überrascht gewesen, des Landgrafen Vorschläge so weit gehend zu finden. Sie hielten es für nöthig, am Schlusse den Eindruck ihrer friedlichen Erklärungen wieder abzuschwächen: auch in Wien gäbe es eine starke Kriegspartei, die ebenfalls an auswärtigen Mächten kräftigen Rückhalt finde.

Das Ergebnis der Konferenz, so weit es die Haltung der kaiserlichen Minister angeht, war weitestehes Entgegenkommen gegenüber Johann Georgs besonderen Wünschen, bedeutende Einschränkung der allgemeinen protestantischen Forderungen, Ablehnung der schwedischen Ansprüche: es war das ziemlich unverhüllte Angebot eines Separatfriedens. Daran wird dadurch nichts geändert, daß sie als ihre persönliche Ansicht aussprachen, der Kaiser werde vielleicht, um dem Jammer des Krieges ein Ende zu machen, eine Entschädigung Schwedens stillschweigend gestatten, daß sie die endgültige Erledigung der Pfälzer

Frage bis zu den eigentlichen Friedensverhandlungen verwiesen: es waren die nothwendigsten Vorsichtsmaßregeln, um die Verhandlungen mit Sachsen nicht beim Beginn scheitern zu lassen, falls dieses nicht sogleich zu einem Separatfrieden bereit sein sollte.

Das Resultat war natürlich nicht geeignet, zur Kenntniß weiterer Kreise gebracht zu werden. Wie sehr würde es allen denen Recht gegeben haben, die an der Aufrichtigkeit von des Kaisers Friedensliebe zweifelten. An ein Zustandekommen des von Dänemark vorgeschlagenen Friedenskongresses wäre nicht mehr zu denken gewesen. Der Landgraf verabredete daher zum Schlusse mit den kaiserlichen Räthen eine Fassung, in der man kurz und ganz allgemein an Fernstehende von der Konferenz Mittheilung machen konnte. So hat er es denn auch Schweden, Frankreich und ähnlich auch Kurbrendenburg gegenüber gethan.¹⁾ Seinem Schwiegervater hat er dagegen selbstverständlich sogleich nach seiner Rückkehr nach Dresden ausführlichen Bericht erstattet.

Es war im Wesentlichen eine Bestätigung dessen, was man schon nach Wartenslebens Mittheilungen über die Stimmung am Wiener Hofe besorgen mußte. Aber wie man sich das damals nicht hatte irren lassen, sondern jenen vom Landgrafen entworfenen Plan übernommen hatte, so blieb man auch jetzt auf der einmal eingeschlagenen Bahn. Zwar liegt eine direkte Aeußerung Johann Georgs auf seines Schwiegersohnes Bericht nicht vor, aber seine Meinung ergibt sich mit völliger Sicherheit aus einem spätern Schreiben des letztern an den Kaiser.

¹⁾ Vgl. für die Mittheilungen an Schweden: Nikolai an Ogenstierna d. d. 1. April 1633 (Irmer II p. 91—93) und Feuquieres an König Ludwig d. d. 25. April 1633 (Lettres I p. 149), an Brandenburg: Landgraf Georg an Georg Wilhelm d. d. 20. April 1633 (Irmer II p. 397—398.) an Frankreich: Feuquieres an Bouthilliers d. d. 14. Mai 1633 (Lettres I p. 169—170), an England: „Excerpta aus des königlich engelländischen Herrn Gesandten geführten Diskursen (Loc. 8109 G. B. Friedenstrakt. p. 214—219).

Als Ferdinand durch seine Minister von dem Verlauf der Reitmeriger Konferenz verständigt war, schrieb er an den Landgrafen, sprach ihm seine Anerkennung aus und versicherte ihn nochmals seiner eigenen Bereitwilligkeit zum Frieden. Er müsse aber zu seinem Bedauern vernehmen, fuhr er fort, daß auswärtige Mächte, die an der Fortdauer des Krieges ein Interesse hätten, den Friedensbestrebungen entgegen arbeiteten und in diesem Sinne den Abschluß neuer Bündnisse betrieben. Er forderte den Landgrafen auf, solchen Machenschaften überall nach Kräften entgegenzutreten und sie durch Hinweis auf die bereits angenommene dänische Vermittlung zu entkräften. Was Georgs Vorschläge zur Lösung der allgemeinen Fragen anbelange, so könne er sich zur Zeit noch nicht darüber äußern, da er zuvor wenigstens mit den katholischen Kurfürsten berathen müsse, aber Johann Georgs besondere Wünsche könnten schon jetzt als bewilligt angesehen werden, und er ermächtige den Landgrafen, dies seinem Schwiegervater mitzutheilen. Als den geeignetsten Ort für die Friedensverhandlungen bezeichnete er dann Prag, als Termin das Ende des Mai, denn die Frist bis zu dem 8. Mai, den der Landgraf in Aussicht genommen hatte, sei für die entfernter wohnenden Theilnehmer zu kurz.

Hieran schloß sich noch ein weiterer überraschender Vorschlag. Es sei zu vermuthen, führte der Kaiser aus, daß sich nach dem Borgange Dänemarks noch andere auswärtige Mächte zur Vermittlung anerbieten würden. Das würde den Abschluß des Friedens nur verzögern und erschweren. Ueberhaupt handele es sich doch eigentlich um eine interne deutsche Angelegenheit, die Kaiser und Stände unter sich, ohne weitläufige Vermittlung ausmachen sollten. Er sage dies nicht, um seine Annahme der dänischen Interposition wieder rückgängig zu machen, sondern nur in der Absicht, den Frieden zu beschleunigen. Er stelle diese Erwägungen dem Urtheile des Landgrafen anheim, der ihnen

hoffentlich beipflichten und dann das Nöthige zu thun wissen werde, damit man einander etwas näher komme.¹⁾

Hier fand sich also abermals die sorgfältige Unterscheidung zwischen den kursächsischen und den allgemeinen protestantischen Forderungen, dazu jezt noch der Versuch, den Kurfürsten zu einem schärferen Auftreten gegen Orenstierna zu veranlassen, ihn womöglich in einen Konflikt mit Schweden hineinzutreiben, und endlich ganz unverhohlen das Angebot eines Friedens unter dem Ausschlusse Schwedens. Nur zum Scheine wurde noch an

¹⁾ Vgl. Die beiden Briefe des Kaisers an Landgraf Georg d. d. Wien 10. April 1633 (Hallwich I Nr. 299 und Doc. 8109. 6. B. Friedenstrakt. p. 21—23.) Aus dem letzten sind folgende Stellen erwähnenswerth: Der Kaiser vernimmt, „daß nochmals ausländische potentaten und communen, welche ihres interesse halben das im heiligen römischen reich angezündete feuer mehr in der aschen zu erhalten als zu löschen suchen, sich einmischen und diejenigen, so etwa zu befriedigung des reichs incliniren möchten, von dergleichen frieblichen intention abhalten und zu neuen bündnissen, blutstürzungen und kriegerischen handlungen bewegen wollen.“ Er ersucht daher den Landgrafen, „Sie wolte aller orten auf der andern seiten, wo Sie es zu thun vermag, durch gute vorstellungen es dahin richten, daß sie sich durch solche ausländische consilia und machinationes nicht verführen noch zu weitem unglückseligen das reich nur mehr und mehr zertrennenden und in ein ewigen krieg und verderben sehenden verbündnissen und handlungen einlassen, sondern der angefangenen inländischen von des königs zu Dennemark I. anderweit fürgeschlagenen von uns auch alsobald beliebten interposition vertragen wolten. . . . Und weisen es doch allein das reich betrifft, so wäre wohl billich, auch der sachen sehr fürträglich und dem reich deutscher nation reputirlich, wan die glieder mit dem haupt dasselbe für sich selbst ohne weiltäufigkeit tractiren ließen. Zuborsichtiglich würde Gott desto mehr gedeihen geben, daß die handlung um soviel desto daß von statten ginge, wie dann unterschiedliche exempel könnten angezogen werden, daß bergleichen engere tractaten viel besser, als wan erst weiltäufige interpositiones mit drein kommen, abgelaufen. Welches wir aber doch nit in der meinung gegen D. I. gebenten, daß wir von der beliebten dennemarkischen interposition einen absprung suchten, sondern nur den frieden wo es sein könnte gerne auf den allerfürberlichsten weg promovirt sehn möchten. Derowegen stellen wir es zu Deiner I. Ihrer discretion, ob Sie es vermeint, daß es eine solche consideration, die gleichwohl in acht zu nehmen, auf welchen fall Sie der sachen schon recht zu thun und es also zu disponiren wissen würde, daß wir etwas näher gehen könnten.“

der dänischen Vermittlung festgehalten. Um sie einer vollendeten Thatfache gegenüberstellen zu können, sollte der Zusammentritt des Friedenskongresses eigens um 3 Wochen hinausgeschoben werden, wurde zum Ueberflusse die Maalstatt noch so gewählt, daß es nach allen bisherigen Erfahrungen als sicher zu erwarten stand, daß Schweden keine Vertreter schicken würde.

Der Landgraf beantwortete dieses Schreiben sofort nach Empfang. Er lehnte jedes diplomatische Vorgehn gegen Orenstierna als zu gefährlich ab und wies auch alle die Vorschläge zurück, die auf eine Umgehung der dänischen Interposition und die Ausschließung Schwedens zielten. Er beschwor den Kaiser, von Prag als Kongreßort abzusehn, da sonst die Kriegspartei ihre Theilnahme an den Verhandlungen überhaupt verweigern würde, und ersuchte ihn, der Wahl von Breslau zuzustimmen, für das sich seiner Ansicht nach auch Dänemark entscheiden werde. Mit einer Verschiebung des Termins erklärte er sich dagegen sogar über das vom Kaiser angegebene Maß einverstanden, aber nur damit es allen Betheiligten möglich sein sollte, rechtzeitig einzutreffen. Er bat, im Namen der katholischen Partei für Alle, die den Kongreß besuchen oder beschicken würden, speziell für die schwedischen Delegirten Geleitsbriefe auszustellen und sie an Dänemark zur Vertheilung unter die Protestanten zu senden. Es werde dann Dänemarks Sache sein, von diesen in gleicher Weise Geleitsbriefe für die Katholiken auszuwirken. Falls sich noch andere Mächte zur Vermittlung anbieten würden, so könne der Kaiser das ebenso, wie es bereits Johann Georg gethan, mit dem Pluvets auf die angenommene dänische Vermittlung ablehnen. Und wenn dann der Kongreß nur überhaupt erst zusammengetreten und man über die formalen Schwierigkeiten am Beginn hinweg sei, werde sich alles Weitere schon von selber ergeben. Auch könnten alsdann neben den öffentlichen Sitzungen geheime auf wenige Theilnehmer beschränkte Konferenzen stattfinden. Auf den Inhalt des zu treffenden Vergleichs eingehend

wiederholte er, daß er mit seinen Zeitmerker'schen Vorschlägen, soweit sie die allgemeinen Fragen beträfen, selbstständig ohne irgend welche Autorisation gehandelt habe, aber fügte er hinzu, er sei der Ueberzeugung, daß die andern Protestanten dieselben Forderungen erheben und dabei von Dänemark unterstützt werden würden, und müsse daher rathen, daß sich die Katholiken schon jetzt über ihre Stellung zu diesen Forderungen verständigten. Des Kaisers Ausage wegen Johann Georgs besonderer Wünsche habe er diesem mitgetheilt und soviel verspürt, daß dieser großen Werth darauf lege, daß diese Angelegenheit nicht bis zum Schlusse des Kongresses verschoben, vielmehr gleich bei seinem Beginn erledigt würde.¹⁾

Der Brief wies also des Kaisers Zumuthen zurück, verrieth aber doch deutlich des Kurfürsten Wunsch, sich nicht mit seinen Verbündeten völlig zu identifiziren: Johann Georg wollte nicht nur in den Friedensbedingungen eine besondere Begünstigung, sondern, was dazu allerdings unerlässlich war, auch während der Verhandlungen selbst eine exceptionelle Stellung einnehmen. Dies, sowie die vorsichtige Form von des Landgrafen Ablehnung hat offenbar am Wiener Hofe die Hoffnung rege erhalten, daß es doch noch möglich sein werde, Sachsen von Schweden zu trennen. Der Vorschlag von den geheimen Nebenverhandlungen hat sicherlich auf die Fassung der kaiserlichen Geleitsbriefe eingewirkt und so indirekt für Schweden den Vorwand geschaffen, mit dem es in den Augen der Welt gerechtfertigt die Breslauer Verhandlungen verwerfen konnte.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich Georg bei

¹⁾ Vgl. Landgraf Georg an den Kaiser d. d. Dresden 20. April 1633. (Loc. 8109, 6. B. Friedenstrakt. p. 25—31.) Die Stelle über geheime Nebenverhandlungen lautet: wenn man nur erst in Breslau zusammengekommen wäre und die Präliminar-Difficultäten überwunden hätte, würde ein Erfolg nicht ausbleiben und „alsdann auch neben dem publico tractatu zur gewinnung der zeit engere und geheimere conferenz und ermittlung wohl ins werck zu richten sein.“

dieser Antwort nach Weisungen seines Schwiegervaters gerichtet hat, und dementsprechend ist jenes bereits erwähnte Rundschreiben zu beurtheilen, in dem Johann Georg nach des Landgrafen Rückkehr von Leitmeritz die andern Stände von der dänischen Vermittelung benachrichtigte und sie ersuchte, bereits einige Tage vor dem Beginn der Verhandlungen mit den Katholiken einzutreffen: es sollten die Friedensbedingungen ohne Theilnahme Schwedens, wenngleich unter thunlichster Berücksichtigung seiner berechtigten Wünsche festgestellt werden. Sicherlich war dies Verfahren mit dem Ansehn Schwedens unvereinbar, und es mußte doch mehr als fraglich erscheinen, ob sich ihm Oxenstierna ohne Weiteres fügen werde. Dann wäre Sachsen doch vor die Entscheidung gestellt worden, ob Fortsetzung des Krieges gegen den Kaiser, ob Separatfriede.

Inzwischen hatte der Reichskanzler aber schon den Konvent der vier oberen Kreise eröffnet, dessen Beschluß ihn gegen eine derartige Ueberrumpelung sicher stellte.

VII.

Den Verlauf der Heilbronner Verhandlungen im Einzelnen zu schildern, ist hier nicht der Ort und würde auch ohne Studien in süddeutschen Archiven nicht möglich sein.¹⁾ Es genügt hier, die Gegensätze kurz zu charakterisiren und anzugeben, wie weit es dem Reichskanzler gelungen ist, seine Absichten durchzusetzen. Denn jeder seiner Erfolge auf dem Konvent ist zugleich ein Sieg über Kurhachsen.

Die erste Meinungsverschiedenheit betraf die Dauer des Bundes. Johann Georg hatte bald nach seiner Konferenz mit Ogenstierna einzelnen Ständen mitgetheilt, daß er einen allgemeinen Konvent plane, und sie aufgefordert, sich nicht durch anderweitige Verpflichtungen die Möglichkeit abzuschneiden, daran theilzunehmen.²⁾ Auf die Nachricht von des Reichskanzlers Ausschreiben hatte er dann seine Mahnung nochmals und eindringlicher wiederholt³⁾ und damit auch soviel bewirkt, daß die

¹⁾ Ueber den Heilbr. Konv. vgl. die genannte Arbeit Rüsels (p. 47—106) mit ihren Quellen- und Literaturangaben, dazu noch den Hauptabschied mit der freien Ritterschaft d. d. 25. April 1633 (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedenstraktaten p. 248—260.) Vgl. auch Ogenstiernas Entwurf für den Heilbronner Bund in Ogenstiernas skrifter I 1. p. 543—544.

²⁾ Sie möchten „allerdings eine ganz freie und ungebundene hand behalten“. Johann Georg an Herzog Julius Friedrich von Württemberg und Markgraf Friedrich von Baden d. d. Dresden 28. Jan. 1633. (Loc. 8108. 3. B. Friedenstraktaten p. 497—500, 502—504.) Ähnliche Mahnungen ergingen auch an niederländische Stände.

³⁾ Johann Georg an Herzog Julius Friedrich von Württemberg d. d. Dresden 15 Febr. 1633: Er habe seit seinem vorigen Schreiben erfahren, daß der Konvent der 4 oberen Kreise aufs Neue berufen sei. „Sind wir hoch der gedanken, wann G. Id. unser fürhaben [d. i. des allg. Konvents] derselben mitkreisländen entdecken, sie werden allerseits befinden, daß es dieser abgesonderlichen zusammentunft, dabel ohnedies allerlei zu bedenken, nicht von nöthen, indem gedachter herr reichskanzler selber meldet, wie er auf den allgemeinen convent die größte hoffnung

Stände in Heilbronn an Ogenstierna erklärten, ihre jetzigen Abmachungen dürften nur ein Provisorium bilden bis zur Berufung eines allgemeinen Konvents.¹⁾ Auf diesem wollten sie also wieder aller Verpflichtungen ledig sein und völlige Aktionsfreiheit haben. Für den Reichskanzler wären dadurch alle jetzigen Erfolge illusorisch gemacht, denn er gab sich keiner Täuschung darüber hin, daß er auf einem weiteren Konvent bei den sächsischen Ständen viel schärfere Opposition finden würde als bei den obern Kreisen.²⁾ Ihm kam es daher grade darauf an, sich in dem Heilbronner Bunde eine dauernde zuverlässige Position zu schaffen, um von ihr aus auf die widerstrebenden sächsischen Stände einen Druck ausüben zu können. Er erklärte sich also auf das Entschiedenste gegen ein Provisorium und setzte es auch durch, daß der Bund sogleich definitiv, als bis zum Frieden dauernd geschlossen wurde. Ebenso wenig konnten es die Stände erlangen, daß in besonders zwingender Nothlage einzelnen der Austritt gestattet sein sollte. Im Gegentheil wurde ein solcher unter strenger Strafe verpönt.³⁾

gesetzt und daß das werth eigentlich dahin gehörig, so durften auch wohl die tagfahrten so nahe auf einander fallen, daß eine die ander hinderte, wir geschweigen, was es bei dem gegentheile sowohl auswärtigen potentaten, wann man solche absonderliche versammlung anstellte, für ein ansehen gewinnen, auch sonst dadurch causiret werden möchte, und sich daher nichts einlassen, sondern unsern jüngsten zuschreiben nach eine freie hand behalten und erwarten, was die uns bestimmte zusammenkunft geben werde, welches den E. I. dem herrn reichskanzler zu desto mehrer seiner nachricht unserm ermessen bei zeiten zu verstendigen hetten". (8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 172.)

¹⁾ Sehr scharf tritt es in dem Gutachten des schwäb. Kreises vom 21. März hervor, der Form nach abgeschwächt, aber sachlich unverändert in der Resolution aller Stände vom 27. März.

²⁾ Vgl. Ogenstierna an den Reichsrath, Relation d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633. (Handl. XXVI, p. 46.)

³⁾ In beiden Punkten haben die Stände verhältnißmäßig früh, schon mit ihrem Bündnißentwurf d. d. 11. April nachgegeben. Vgl. Rüssel p. 95 ff.

Die nächste Differenz betraf die Organisation des Bundes selbst. Es handelte sich dabei um das Wesen der Centralleitung und ihr Verhältniß zu den einzelnen Kreisen. Die Stände wollten das Direktorium in allen politischen wie militärischen Fragen an die Zustimmung eines *Consilium formatum* binden und dieses derart zusammensetzen, daß in ihm ihr Einfluß den schwedischen bedeutend überwogen hätte. (Oxenstierna als Direktor, zwei schwedische, sieben ländische Mitglieder.) Darunter sollten die Kreise mit einer Art Selbstverwaltung eine verhältnißmäßig selbständige Stellung einnehmen, ferner sollte das Heer kein einheitliches, sondern aus Contingenten der einzelnen Stände zusammengesetztes sein.¹⁾ Oxenstierna verwarf dies Alles anfangs schlechthin, gestand dann aber doch wenigstens die Beiordnung eines Bundesraths zu. Er verlangte dabei allerdings, daß dieses in einer für Schweden überaus günstigen Weise zusammengesetzt werde (drei schwedische, vier ländische Mitglieder), und wollte ihm selbst dann nur in rein politischen Dingen ein Mitbestimmungsrecht einräumen; in allen militärischen Fragen dagegen, ob sie nun die Verwaltung oder die strategische Oberleitung beträfen, sollte ihm nur eine beratende Stimme, dem Direktorium die freie Entscheidung zustehen.²⁾

Hier haben die Stände nicht so ohne Weiteres nachgegeben, und es ist zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoße zwischen ihnen und dem Reichskanzler gekommen. Schließlich hat dieser aber doch im wesentlichen Recht behalten. Das *Consilium* wurde hinsichtlich des Verhältnisses von schwedischen und ländischen Stimmen ganz nach seinen Wünschen organisiert

¹⁾ So noch im Wesentlichen im Bündniskentwurf der Stände vom 11. April. Nur der Plan der Contingente ist dort schon angegeben.

²⁾ Bündniskentwurf Oxenstiernas. Das Datum des 30. März beruht auf einer Conjectur Kufels (a. a. O. p. 57), die nicht grade zwingend ist.

(ohne den Direktor vier schwedische zu sechs ständischen¹⁾), es hatte nur in der Politik mitzusprechen, in militaribus blieb das Direktorium in jeder Hinsicht unbeschränkt. Kreisräthe wurden zwar eingesetzt, aber gleichzeitig ihre Kompetenz fast bis zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, das Heer endlich bildete einen durchaus einheitlichen Verwaltungskörper und stand direkt unter dem Direktorium.²⁾

Es war von vorherein klar, daß Oyenstierna das Direktorium übernehmen müsse; es fragte sich nur, ob wegen seiner geeigneten Persönlichkeit, ob wegen seines Amtes als bevollmächtigten schwedischen Legaten. Die Stände wünschten sich natürlich für den Fall seines Abgangs die Möglichkeit offen zu halten, an seiner Stelle einen Deutschen zu wählen. Direkt ausgesprochen wurde hier der Gegensatz nicht, kam aber doch in den verschiedenen Bündnissentwürfen deutlich zum Ausdruck.

¹⁾ Nach dem Nebenabschied sollte das Consilium aus drei von Schweden, sieben von den Ständen zu stellenden Mitgliedern bestehen. Ueber die Vertheilung dieser sieben Räte auf die vier Kreise war nur bestimmt, daß Kurpfalz einen zu ernennen habe. Hinsichtlich der übrigen sechs ist man auf Vermuthungen angewiesen. Es scheint, daß drei von den Fürsten, je einer von Städten, Grafen und Herrn, und Rittern nominirt wurde. In dem Bündniß Schwedens mit der freien Ritterschaft d. d. 25. April wird wenigstens ausdrücklich festgestellt, daß diese einen Vertreter in den Bundesrath zu schicken habe. Daß damit nicht etwa eine elfte Stelle geschaffen worden ist, ist klar. Oyenstierna hätte ja sonst auf diesem Wege die ganze Organisation ohne die andern Stände umändern können. Vielmehr muß bei den Bestimmungen des Abschieds gleich die stillschweigende Voraussetzung bestanden haben, daß eine Stelle im Bundesrath der Ritterschaft zukomme. Daß Schweden mit dieser noch ein besonderes Bündniß schloß, erklärt sich daraus, daß sie nicht in der Reichsmatrikel angelegt war und mithin die Bestimmungen über Beiträge nach Römernmonaten auf sie nicht pakteten. Daher mußten ihre Leistungen besonders festgestellt werden (§ 1). In § 15 überließ die Ritterschaft dann die Ernennung des ihr zustehenden Mitglieds im Bundesrath an den Reichskanzler, womit das im Text genannte Verhältniß von vier schwedischen zu sechs ständischen geschaffen wurde.

²⁾ Vgl. den Heilbronner Schluß und das Bündniß mit der Ritterschaft, beide getheilt in Haupt- und Nebenabschied

Der Reichskanzler betonte bei Begründung seines Direktoriums sein schwedisches Amt, die Stände mehr seine ihn dazu befähigenden Eigenschaften. Zu einem klaren Austrage kam es nicht, der Abschied nahm beide Motivirungen neben einander auf.¹⁾

In ganz ähnlicher Form bewegte sich der Streit wegen der materiellen Beiträge Schwedens zum Bunde. Oxenstierna wollte die Kräfte seines Vaterlandes schonen, den Krieg fortan mit deutschem Blute und deutschem Gelde führen. Schweden sollte nur den Namen hergeben. Ob die Stände etwas derartiges geargwöhnt haben, jedenfalls formulirten sie ihre Anerkennung der schwedischen Satisfaktionsansprüche und ihre Verpflichtung, sie zu unterstützen, in der Weise, daß sie zur Begründung auf den Beistand hinwiesen, den Schweden ihnen bisher geleistet habe und noch ferner leisten werde. Solche Werklausehrung konnte die ganze Zusage unter Umständen hinfällig machen und wurde daher auch von Oxenstierna energisch bekämpft. Und wieder erreichte er seinen Zweck. Nur hinsichtlich der occupirten katholischen Gebiete wurde Schweden der Contribution unterworfen; von eigenen Beiträgen war dagegen nicht die Rede. Ebenso wenig wurden die französischen Subsidien trotz der Stände schäntlichen Andeutungen der Bundeskasse überwiesen, sondern verblieben zu des Reichskanzlers ausschließlicher Disposition.²⁾ Dafür verpflichteten sich die Stände

¹⁾ Vgl. § 5 des schwäbischen wie auch des Gesamtgutachtens (Londorp p. 310 und 304) mit § 10 des Oxenstiernaschen Entwurfs (ebenda p. 331) und § 2 des ständischen Entwurfs (Küfel p. 96) wie auch des Heilbronner Schlußes (Londorp p. 316.)

²⁾ Küfel bemerkt an dieser Stelle (p. 96): „So lieferte Frankreich von jezt ab seine Subsidien zu Gunsten der Conföderation“ d. h. des Heilbronner Bundes. Dem Wortlaute nach ist das schon richtig (vgl. § 3 der Renovatio foederis Sueco-Italici und die Briefe Feuquières vom 25. April *Lettres* I p. 113 und 141), aber da die bisher an Schweden gezahlten Subsidien indirekt doch auch den Protestanten zu Gute kamen

nicht eher Frieden zu schließen, als Schweden seine Satisfaktion erhalten habe, und garantierten ihm bis dahin den Besitz seiner Eroberungen.

Es war anfangs Ogenstiernas Absicht gewesen, in den Bundesvertrag noch eine ausdrückliche Bestimmung aufnehmen zu lassen, nach der sich die Verpflichtung der Stände zur Unterstützung Schwedens auch auf den Fall erstrecken sollte, daß dieses noch von anderer Seite angegriffen würde.¹⁾ Er hatte dabei offenbar die Möglichkeit eines Konflikts mit Dänemark und Polen im Auge. Doch hat er dies fallen lassen: der Vertrag sprach nur ganz allgemein von gegenseitigem Schutz. Ebenso hat er auf die Forderung verzichtet, daß die Stände den Kaiser wegen Bruchs seiner Kapitulation für Feind erklären sollten.²⁾

Aber auch so konnte er mit dem, was er erreicht hatte, zufrieden sein.³⁾

Das Direktorium war ihm, wie gesagt, in einer zweideutigen Fassung übertragen worden, so daß gestritten werden konnte, ob es ein rein persönliches von ihm sei oder ob es ein für alle

könnte man nach dieser Bemerkung Rüsels annehmen, daß formell eine Aenderung eingetreten sei, daß Frankreich fortan nicht mehr direkt an Schweden, sondern in die Klasse des Heilbronner Bundes gezählt habe. Um solchen Mißverständnissen vorzubeugen, weise ich darauf hin, daß in dem § 3 der Renovatio das Gegentheil steht. (Zum bessern Verständnisse der Formulirung dieses Paragraphen vgl. die Instruktion für Feuquières d. d. 17. April, Lettres I p. 121—122.) Auch Chemnitz (p. 88) erzählt ausdrücklich, daß Feuquières zwar an Ogenstierna das Ansuchen gestellt habe, den Wärsälber Vertrag auf die Konföderirten auszudehnen, daß aber der Reichskanzler in der Besorgniß, die bisherige freie Disposition über die Subsidien zu verlieren, diesen Vorschlag abgelehnt habe und daß darauf die schwedisch-französische Allianz in diesem Punkte unverändert erneuert sei. Vgl. auch den Brief Feuquières vom 26. März (Lettres I p. 61.)

¹⁾ § 7 der Proposition.

²⁾ § 2 der Proposition.

³⁾ Zur Beurtheilung des Heilbronner Schusses vgl. Laubgraf George „Dubia über die Heilbronner Bündnisse“. (Anhang Nr. 4.)

Male der Krone Schweden zustände, doch sprach sicher mehr für die letzte Auslegung und vor Allem, wie hätten es die Stände unternehmen dürfen, es darüber auf einen ernsthaften Streit ankommen zu lassen. Orenstierna hatte ganz recht, wenn er der Zuversicht Ausdruck gab, Schweden werde so leicht von Niemandem darin angefochten werden.¹⁾

Als Direktor hatte er nun in militärischen Dingen völlig freie Hand. Er ernannte alle Officiere vom Regimentscommandeur aufwärts und richtete sich dabei natürlich eben so sehr nach ihrer Ergebenheit gegen Schweden, wie nach ihrer Tüchtigkeit. Er bestimmte die Vertheilung der Streitkräfte auf die verschiedenen Kriegsschauplätze und wies damit den einzelnen Generalen den Grad von Einfluß zu, der ihm beliebte.²⁾ Er ordnete die Zahlung der Gelder an die Truppen, die Ueberlassung von Quartieren, Muster- und Rekrutenplätzen an und hielt dadurch alle Officiere in Abhängigkeit. Wenn er auch hier und da an dem Eigenwillen einzelner Heerführer eine Schranke fand, im Großen und Ganzen war er doch der Armee völlig Herr und hatte damit, wie Arnim voller Sorge vorausgesetzt hatte, auch auf dem Gebiete der Politik die Entscheidung.

¹⁾ Als persönliches Directorium Orenstiernas saßen es auf Feuquière's (vgl. den Diskurs Landgraf Georgs mit ihm Loc. 8108. 5. B. Friedenstract. p. 196—200), Vater Joseph (vgl. Fagulez, le père Joseph et Richelieu, revue hist. Bd. 36 p. 295), Kurbrandenburg: „und hette ihr churfürchlauchtig. zu Brandenburg vorm Jahre zu Dresden auführen lassen, daß die vier oberkreise ostgeneltes directorium nicht der cron Schweden noch dem herrn reichskanzler als deroelbigen legato, sondern aus einem andern respect, wegen seiner sonderbaren qualitäten und erfahrenheit übergeben.“ (Erklärung der brandenb. Ges. an die weimarschen am 1. Mai 1634. Vgl. Dr. Braun und Dr. Franzke an Herzog Wilhelm d. d. Frankfurt a. M. 2. Mai 1634. Weimar acta Hist. Konv. betr. p. 22—25). Anders urtheilte Orenstierna: „Das Directorium ist mir als Legaten der Krone Schweden aufgetragen“ (vgl. seine Relation an den Reichsrath d. d. 16. Mai. Handl. B. 26 p. 49.)

²⁾ Ein charakteristisches Beispiel hierfür gewährt sein Verfahren gegen Wilhelm von Weimar.

Hier war er allerdings nach dem Buchstaben des Vertrags an die Abstimmung des *Consilium formatum* gebunden, aber die Zusammensetzung von diesem war, wie er es von Anfang an gewollt hatte, derart, daß er nur eine der ständischen Stimmen auf seine Seite zu bringen brauchte, um die Oberhand zu haben, und diese eine Stimme zu gewinnen, konnte ihm nicht schwer fallen. Von einer persönlichen Beeinflussung der Bundesräthe sei hier abgesehen. Gewiß boten sonst Bemühungen in dieser Richtung, wie man nach den Erfahrungen über die damaligen deutschen Politiker urtheilen kann, große Aussicht.¹⁾ Aber die Stände selbst waren, nachdem sie einmal die Summe der militärischen Macht an Schweden ausgeliefert hatten, darauf hingewiesen, zu dem Reichskanzler ein gutes Verhältniß zu bewahren. Wie konnte er sie nicht eine widrige Abstimmung im *Consilium* durch Versagen oder Verzögern des militärischen Schutzes, durch Belastung mit Quartieren, Sammelplätzen u. s. w. entgelten lassen. Andererseits welche Mittel standen ihm nicht zur Verfügung, Willige zu begünstigen und durch Ueberlassung eroberten katholischen Besitzes zu belohnen. Solche Erwägungen mußten mehr oder minder für alle Stände in Betracht kommen.

Vor allem aber war einer in der Lage, sein Heil ausschließlich im engsten Anschluß an Schweden und dessen leitenden Staatsmann suchen zu müssen: es war die Pfalz. Schon während der Verhandlungen des Konvents hatte es Ogenstierna durchgesetzt, daß der Pfalzgraf Ludwig Philipp, der Vormund von des Winterkönigs Kindern, unter den Ständen das kurfürstliche Votum führen durfte. Es war allein sein Wert: aus eigenem Antriebe würden sich die Stände nicht dazu ent-

¹⁾ Wie sehr beispielsweise die kurpfälzischen Diener der Bestechung zugänglich waren, darüber vgl. Zerner a. a. O. I p. XXX u. XXXI.

geschlossen haben.¹⁾ Wenige Tage nach Schluß der Verianmlung that er den zweiten Schritt, indem er die bis dahin in schwedischer Administration zurückgehaltene Unterpfalz den rechtmäßigen Erben wieder einräumte.²⁾ Er hat dem schwedischen Reichsrathe gegenüber sein Verfahren des Vängern nach motivirt: wie die Rückgabe doch nur eine Frage der Zeit habe sein können und wie es darum besser gewesen, nicht erst einen Druck der für die Pfalz interessirten Mächte abzuwarten, sondern sie sich und das ganze pfälzische Haus durch eine Restitution aus freiem Entschlusse zu verpflichten.³⁾ So verdankten also die Pfälzer ihre Wiederherstellung ausschließlich Schweden, und auf Schweden blieben sie auch ferner angewiesen als die einzige Macht, von der sie nachhaltigen materiellen Beistand zu erwarten hatten.⁴⁾ Wie leicht die Sympathien Englands und der Generalstaaten wogen, hatte die Erfahrung gelehrt. Frankreich aber lebte der Hoffnung, Liga und Protestanten zu einem Bunde gegen den Kaiser vereinigen zu können, und wollte daher die Entscheidung in der Pfälzer Frage hinauschieben.⁵⁾ Aehnlich wenn gleich aus andern Gründen war die Haltung Kurfürstens, die wir bereits kennen gelernt haben. So bot denn Schweden den Pfälzern den einzig sichern Rückhalt und war damit ihrer Ergebenheit gewiß. Und da nun die Kurpfalz allein einen Ver-

¹⁾ Vgl. Ogenstierna an den Reichsrath d. d. 16. Mai 1633. (Handl. XXVI p. 56.)

²⁾ Vgl. das Einsetzungsbekret Ogenstiernas d. d. Heilbrunn 3. Mai 1633. (Loc. 8108. 5. B. Friedenstrakt. p. 440—441) und Pfalzgraf Ludwig Philipp an Johann Georg d. d. Krenznach 13. Mai (ebenda p. 442—445.)

³⁾ Ogenstierna an den Reichsrath d. d. 16. Mai 1633 (Handl. XXVI p. 60—62.)

⁴⁾ Um dies zu erreichen, lehnte Ogenstierna den Vorschlag ab, den ihm Anstuther machte und wonach England die Pfalz in seinen Schutz nehmen und dort ein eignes Heer aufstellen wollte, (ebenda p. 57).

⁵⁾ Vgl. die Nebeninstruktion Fenquieres d. d. 3. Febr. 1633 (Lettres I. p. 27—29) und sein Gespräch mit Pfalzgraf Ludwig Philipp bei Aubergh I p. 381.

treter in den Bundesrath entsandte, die Pfälzer Nebenlinien zusammen mit Hessen-Kassel den der oberrheinischen Fürsten bestellten, hatte Schweden zu seinen eigenen Stimmen noch zwei weitere, auf die es sich in allen wichtigen Entscheidungen fast unbedingt verlassen konnte.

So war also in der Praxis auch auf politischem Gebiete von keiner Beschränkung des schwedischen Direktoriums die Rede. Der weimarerische Rath Dr. Braun meinte, als er auf dem Frankfurter Konvent das Verhältniß der Kräfte im Heilbronner Bund aus eigener Anschauung kennen gelernt hatte, Orensterna beherrsche das Consilium, durch dieses wieder die Stände.¹⁾ Noch schärfer urtheilten Andere, das sei gar kein Direktorium mehr, das sei schon ein Imperium, ja so viel Befugnisse habe nicht einmal der Kaiser.

Wenn nur diesen Befugnissen Schwedens irgendwoe Leistungen von seiner Seite entsprochen hätten. Aber es war weder zur Stellung von Hülfsstruppen verpflichtet noch gewährte es dem Bunde aus eigenen Mitteln einen Zuschuß, sondern kontribuirte, wie gesagt, nur von den eroberten deutschen Landen. Da der Besitz dieser, den ihm die Stände für die Dauer des Krieges garantirten, gab ihm, wie es schien, die Möglichkeit, eine ansehnliche Summe, man berechnete sie auf 3—5 Millionen Thaler jährlich, mehr als die ganzen Einkünfte des Königreichs, in die Heimat senden zu können.²⁾

¹⁾ Dr. Braun an Wilhelm von Weimar d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai „die meisten hangen an dem formato consilio, das consilium aber von ihrem directore, so in großer autorität“ (Weimar Acta die zwischen den Evangelischen zu Heilbronn, Halberstadt und Frankfurt a. M. gehaltene Konvente betr.) und d. d. 5. Sept. 1634 „er hat bei den Herren große autoritet und kan sie regiren und lencken, wie er will. Seind theils so schüchtern, das sie ihm nicht wollen oder dürfen wiebersprechen.“ (Weimar Nr. u. Fr. N. 1634 II.)

²⁾ Ueber die Summen, die Schweden für den deutschen Krieg aufwandte und die steigende Entlastung durch die Beiträge Deutschlands vgl. Arkiv III Nr. 953 sammt den dazu gehörigen Bemerkungen Montells in der Einleitung p. 36 ff.

Und diese Stellung war nun Schweden eingeräumt auf unbegrenzte Zeit, bis ein allgemeiner Friede den evangelischen Ständen den Vollbesitz ihrer Güter und Rechte wiedergäbe und Schweden selbst eine gebührende Satisfaktion zu Theil werden lasse. In dieser letzten Bestimmung aber hatte Oxenstierna die rechtliche Handhabe, bei den verbündeten Ständen gegen jeglichen Friedensschluß Einspruch zu erheben. Denn da in der Bundesakte eine Definition über Art und Umfang der Entschädigung unterblieben war, konnte er alle Vorschläge als den Opfern seines Vaterlandes nicht entsprechend zurückweisen und damit den Krieg nach Belieben verlängern.

Oxenstierna hat erst im folgenden Jahre bei den Verhandlungen des Frankfurter Konvents auf das Drängen der Stände die Satisfaktionsforderungen Schwedens genannt. Danach bestanden sie in dreierlei: der Zahlung einer noch näher zu bestimmenden Summe Geldes, der Abtretung Pommerns und auch wohl eines Stückes von Mecklenburg und endlich einer Verpflichtung Schwedens und der Stände zu gegenseitiger Hülfe auch über die Dauer des augenblicklichen Krieges hinaus (*mutuum auxilium*.¹⁾ Es scheint, als wenn die Geldforderung in der Hauptsache als Pressionsmittel habe dienen sollen, um die Stände in den beiden andern Punkten gefügig zu machen. Denn diese muß man jedenfalls als durchaus ernsthaft gemeint auffassen. Der Erwerb eines Küstenlandes ist ein von Schweden seit seinem Siege in der Breitenfelder Schlacht konsequent festgehaltener Plan und nur um das mehr oder weniger hat es sich bei ihm je nach Gunst oder Ungunst der Zeiten gehandelt. Nach der Lage auf dem Frankfurter Konvent hat diese Forderung die

¹⁾ Es ist dies am 10. August in einer Konferenz mit den brandenburgischen und pommerschen Gesandten geschehen, vgl. die Relation der weimariſchen Abgeordneten an Herzog Wilhelm d. d. 12. Aug. 1634. (Weimar Acta Frkf. Konv. betr. 272—273.) Vgl. auch Dör, *Politik Pommerns* p. 475—476.

beiden andern völlig in den Hintergrund gedrängt, so daß es über sie zu keiner abschließenden Erörterung gekommen ist und wir auf Vermuthungen angewiesen sind, wie sich Ogenstierna die Abmachungen über *mutuum auxilium* im Einzelnen gedacht haben mag.¹⁾

Der Gedanke, daß die Sicherheit für das im Frieden Erreichte, die Affekuration, wie der damalige Ausdruck lautete, in einem dauernden Bündnisse Schwedens und der protestantischen Stände zu schaffen sei, ist schon von Gustav Adolf verfolgt worden: er verlangte die Bildung eines *Corpus Evangelicorum*, in dem Schweden, durch den Besitz Pommerns Reichsstand, das Direktorium führen sollte.²⁾ Auf diese Aeußerung hat sich auch Ogenstierna bezogen, kurz bevor er jene drei Bedingungen nannte.³⁾ Schon vorher im Heilbronner Schluß hatte er es in unauffälliger Form durchgesetzt, daß die obere Kreise eine über den Frieden hinausreichende Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung im Prinzip anerkannten.⁴⁾ Daß auch er das Direktorium seines Vaterlandes wollte, wird man nicht bezweifeln können; ohne ein solches hätte das ganze Bündniß für Schweden keinen Werth gehabt. Es fragt sich nur, ob er dieselben weitgehenden Befugnisse verlangte, wie er sie für den gegenwärtigen Krieg im Heilbronner Bund über die süddeutschen Stände erhalten und auf dem Frankfurter Konvent auch über die norddeutschen auszudehnen trachtete. Gestützt auf sie, auf eigene Erwerbungen und auf die Lehnshegemonie über den von ihm vergabten ehemaligen katholischen Besitz würde er ein

¹⁾ Auch die §§ 3 und 4 in Ogenstiernas Entwurf (Og. Sfr. I. 1. p. 554) setzen doch noch genauere Bestimmungen über ein *Corpus Evangelicorum* voraus.

²⁾ Vgl. *Truer I. Gml. p. 75* sammt den dort citirten Akten.

³⁾ Vgl. die Relation der Weimarschen Gesandten an Herzog Wilhelm d. d. Frankfurt a. M. 29. Juli 1634. (Weimar Acta Hff. Konv. betr. p. 229–232.)

⁴⁾ Vgl. § 20 des Nebenabschiedes (Chemnitz a. a. O. p. 85.)

dauerndes schwedisch-protestantisches Gegenregiment gegen den Kaiser begründet haben. Der Verlust Süddeutschlands durch die Nördlinger Schlacht, der dann folgende Abfall der norddeutschen Stände im Prager Frieden hat diese Pläne nicht zur Reife kommen lassen und Schweden auf seine ursprüngliche Absicht einer rein territorialen Erwerbung zurückgeworfen. So kann man nicht unterscheiden, was von jenen Gedanken schon festere Gestalt bei Oxenstierna gewonnen haben mag. Aber das steht fest, daß sich die süddeutschen Stände mit den Heilbronner Abmachungen jedes Rechts und jeder Macht begeben haben, gegen noch so weitgehende Forderungen Schwedens aufzutreten. Indem sie sich zur Satisfaktion verpflichteten, ohne eine Umgrenzung in den Vertrag aufnehmen zu lassen, lieferten sie sofort an ihnen lag das Geschick des Reichs an Schweden und damit des Weiteren auch an Frankreich aus.

Von Seite Oxenstiernas geschah es mit voller Ueberlegung, daß in Heilbronn eine nähere Erörterung der Satisfaktion unterblieb. Er sah es voraus, daß sich die obere Kreise zu bestimmten Abmachungen für allein nicht kompetent erklären würden, und mußte eventuell gar Weiterungen befürchten, die das ganze Conföderationswerk in Frage stellen konnten. Er verschob daher die Definition seiner Ansprüche bis zu gelegener Zeit und begnügte sich vor der Hand damit, daß sie im Allgemeinen anerkannt wurden.¹⁾ Das ist auch für die Folgezeit seine Taktik geblieben: stets einer klaren Aussprache über die Friedensbedingungen aus dem Wege zu gehn und darum auch vorläufig jede Friedensverhandlung zu hintertreiben, dafür aber mit um so größerem Eifer auf die Ausdehnung des Heilbronner Bundes über Niederdeutschland zu dringen als das der Feindesgefahr gegenüber zur Zeit Nothwendigste, nach dem sich alles andere schon von selbst ergeben werde. Erst dann, wenn er der

¹⁾ Oxenstierna an den Reichsrath, Relation d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633. (Händl. XXVI p. 48/49.)

jächischen Kreise in derselben Weise Herr geworden, wie der obern, wäre für ihn die Zeit gekommen gewesen, mit seinen Forderungen hervorzutreten.¹⁾ Daß ihn Kurbrandenburg zwang, schon früher Farbe zu bekennen, hat den allgemeinen protestantischen Bund nicht vor dem Abschlusse scheitern lassen.

Mit den Heilbranner Abmachungen hat Oxenstierna den ersten Schritt auf der bezeichneten Bahn gethan. Es waren bedeutende Erfolge und mit stolzer Genugthuung meldete er sie in die Heimath.²⁾ Wie es gekommen ist, daß er schließlich doch in allen Punkten seinen Willen durchgesetzt hat, das ist im Einzelnen noch nicht untersucht. War Vieles wird dabei zusammengewirkt haben. Es ist mit Recht bemerkt worden, daß nach Gustav Adolfs Tode der Kaiser die Protestanten leicht habe versöhnen können, wenn er ihnen nur etwas in der religiösen Frage entgegengekommen wäre.³⁾ Indem er aber seine Nachgiebigkeit gezeigt hat, hat er selbst den günstigen Boden für Oxenstiernas Politik geschaffen. Die Protestanten wurden genöthigt, sich aufs Neue zu organisiren, die Frage war für sie nur, ob im Anschlusse an Schweden oder an Kurfürsten. Wohl hatte auch dieses einige militärische Erfolge zu verzeichnen, aber von Dauer waren sie nicht gewesen, und vor Allem war der Eindruck nicht erloschen, wie es im Sommer 1631 seine Glaubensgenossen im Stich gelassen hatte. So wies also das Bedürfniß militärischen Schutzes ganz entschieden zu Schweden hin, das sich als zuverlässiger Helfer in der Noth bewährt hatte und das den Süden Deutschlands zum guten Theil durch seine Heere und den Besitz der Pässe und

¹⁾ Der Beweis hierfür ist selbstverständlich nicht in einer einzelnen Quelle enthalten, sondern in Oxenstiernas ganzem Vorgehn während der folgenden anderthalb Jahre.

²⁾ Oxenstierna an den Reichsrath, Relation d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633. (Händl. XXVI p. 45 ff.)

³⁾ Vgl. Fagniez, *Revue hist.* Bd. 36 p. 64.

größeren Städte beherrschte.¹⁾ Auch rein politische Erwägungen konnten dafür sprechen, an Schweden die Leitung zu übertragen. Sachsen hatte stets in Staat und Kirche den konservativen Standpunkt vertreten. Von ihm konnten also die Protestanten nur eine Wiederherstellung in bescheidenen Grenzen, die Calvinisten nur Duldung, nicht Gleichberechtigung mit den Lutheranern erwarten. Ein entschiedenes Eintreten für die böhmischen Stände, nun gar erst für eine protestantische Vergrößerungspolitik oder vollends für eine Umgestaltung der Reichsverfassung war von ihm nicht zu hoffen.²⁾ Welt eher schienen solche weitgehenden Wünsche durch Schweden gewährleistet. Mit solchen Erwägungen allgemeiner Art verknüpften sich nun, größtentheils unlöslich, Berechnungen egoistischer Natur.³⁾

¹⁾ „Comme ayant les places, passages et les armes en sa puissance“ Feuquières an den König d. d. Heilbronn 25. April 1633 (Lettres I p. 136.) Vgl. auch die Aeußerung, die die württembergischen Gesandten am 17. Mai 1634 den Kurfürstlichen gegenüber thaten: Württemberg hätte schwere Bedenken gehabt, „sich in die confederation einzulassen, wenn ihr fürstl. gnd. die extremiteiten nicht so gar hoch betroffen, indem sie uf einem theil den feind, uf den andern den feldmarschalch Horn an der seiten gehabt und also genötiget worden, lieber als ein noch lebendiges glieb in das bündnuß einzutreten als sich genzlich mortificiren und ruiniren zu lassen. Versehen sich demnach, E. kurf. durchl. würden ihr fürstl. gnd. in consideration dieser umstände freundlich vor entschuldiget halten“. Kurf. Bef. an Johann Georg d. d. Frankfurt a. M. 20. Mai 1634. (Loc. 8109. B. D. Friedenstrakt. p. 205—225.)

²⁾ Die verhältnißmäßig bescheidenen Forderungen Sachsens haben wir oben kennen gelernt; vgl. dagegen die radikalen Forderungen Landgraf Wilhelm (Ermer I Nr. 47) und der oberen Kreise (Anh. Nr. 6).

³⁾ Vgl. Ogenstierna an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633: „Die Stände hier in Deutschland und die Officiere in der Armee treten für das allgemeine Interesse nur mit Nebensarten ein; in Wahrheit aber steht jeder einzelne auf seinen persönlichen Vortheil, die einen, wie sie sich bei in ihren Territorien liegenden Kirchengüter bemächtigen können, die andern, wie sie ein paar Kemter, Abteien, Klöster, Herrschaften zc. erlangen mögen.“ (Gaudl. Bd. 26. p. 63.) Wie kam er zu diesem Urtheil, wenn nicht vor Allem durch die Eindrücke, die er eben auf dem Konvent erhalten hatte.

Energetische Offensive an Seite Schwedens stellte territorialen Gewinn und Reichthum, Einfluß und Ehre in Aussicht. So sind die Bedenken gegen ein Bündniß unter schwedischem Direktorium, die sich noch im Anfange des Konvents zeigten, bald überwunden worden. Auf welche Weise dann auch der Widerspruch gegen die von Schweden geforderten Befugnisse zum Schweigen gebracht ist, das steht noch nicht fest, und zwischen dem Bündnißentwurf der Stände vom 11. und dem endlichen Schlusse vom 23. April klafft eine Lücke. Im Wesentlichen wird man das Ergebniß der diplomatischen Geschicklichkeit Orensternas zuschreiben dürfen. Er hatte sich schon vor dem Konvent allerdings auf unlautere Weise bei Kurbrandenburg und Weimar, den beiden nach Kursachsen vornehmsten norddeutschen Regenten eine Befürwortung seiner Pläne gesichert.¹⁾ Auf dem Konvent war es dann sein Erstes, daß er dem Pfalzgrafen Ludwig Philipp das Votum der Kurpfalz verschaffte und damit die führende Stimme unter den Ständen für sich gewann. In entsprechender Weise mag er Andere durch Begünstigungen und Verheißungen auf seine Seite gebracht haben.²⁾ Wenn Güte nicht versangen wollte, suchte er durch Drohungen zu schrecken.³⁾ Denn das ist klar: in rein sachlichen Erwägungen sind jene Zugeständnisse an Schweden nicht begründet und aus einmüthigem freien Entschlusse sind sie nicht hervorgegangen. Die Stände haben nachher zum Theil selber das Drückende der Bestimmungen empfunden und geklagt, sie seien

¹⁾ Vgl. oben p. 82 Anm. 1.

²⁾ Vgl. *Jenquières* Urtheil über den Markgrafen von Baden: „Pour la personne du susdit marquis de Bade. il est Lutherien, d'esprit mediocre, d'assez bon coeur. attaché aux Suédois, tant parcequ' ils l'ont remis dans ses estats, dont il estoit entièrement desponillé que par le don qu'ils luy ont fait des places qu'ils tenoient dans l'Alsace delà le Rhin dont il presta le serment à ladite couronne entre les mains dudit chancelier pendant ladite assemblée. (Aubery I p. 394/395.

³⁾ Vgl. *Rügel a. a. O.* p. 74—75 und 79.

übereilt worden.¹⁾ Es lohnte wohl der Mühe bei einer Entscheidung, die zu den folgenschwersten der deutschen Geschichte gehört, zu untersuchen, wie sich die Bestrebungen gekreuzt und die Kräfte mit einander gemessen haben. Was sich vorläufig mit Sicherheit feststellen läßt, ist nur negativ, nämlich, daß Frankreich nicht, wie man angenommen hat, von Einfluß auf das Ergebniß gewesen ist.²⁾

Wie war das Ansehen Schwedens doch bei Freund und Feind durch den Tod Gustav Adolfs schwer erschüttert worden.

¹⁾ Vom Frankfurter Convent aus konnte Dr. Braun an Herzog Wilhelm melden, die vier obern Kreise würden sehr zufrieden sein, wenn die zwei sächsischen eine Abänderung der Heilbronner Beschlüsse durchsetzten, vgl. seine Briefe vom 8. Mai, „die vier oberländischen Kreise sind nicht allernächst zufrieden, werden von den ober- und niederländischen Kreisen gerne hören, wann der heilbronner Punkt wohl examiniert und verbessert wird“, vom 16. Mai „es mögen wohl etliche auch unter den conföderirten sein, die mit izeigen und bisherigen actionibus nicht zufrieden und hoffen, die 2 sächsischen Kreise werden nützliche erinnerungen und consilia bringen, die den conföderirten, so sonst nicht so freye hande haben, mit zu staten kommen werden“ und vom 23. Mai. Am 1. Juli berichtete er, die meisten der obern Stände seien mit den von den sächsischen Kreisen übergebenen Bündnißvorschlägen einverstanden, „den sie wohl wissen, wie es ihnen zu Heilbrunn ergangen und hart furgelegt worden, daß sie in damohligem augten in einen saueren apfel beißen müssen und izeo gerne gehülfe sehen, die das werck lindern und verbessern“. (Altes in Weimar Acta, die zwischen den Evangelischen zu Heilbrunn, Halberstadt und Frankfurt a. M. gehaltene convente betr. 1633 und 34.)

²⁾ Noch Hauke nimmt in seiner französischen Geschichte (Bd. 2 p. 436) an, daß Jenukières auf das Zustandekommen des Heilbronner Bundes nennenswerthen Einfluß ausgeübt habe. Das hat dieser allerdings selbst gelegentlich behauptet z. B. Landgraf Georg gegenüber (vgl. dessen Berichte über sein Zusammentreffen mit Jenukières Loc. 8108. 5. B. Friedens-tractat, p. 196–200.) Daß das aber nicht richtig ist, hat schon Müsel festgestellt (a. a. O. p. 61 ff. und 79) auf Grund von Jenukières eigener Angabe (Lettres I p. 139). Damit stimmt auch Orenstiernas Darstellung überein (Handl. Bd. 26 p. 50). Daß Jenukières auch nicht für eine Erweiterung von Orenstiernas Befugnissen im Heilbronner Bunde gewesen sein kann, geht schon daraus hervor, daß er im Gegentheil von ihrer Beschränkung eine günstige Rückwirkung auf das Verhältniß Schwedens und Frankreichs erhoffte (vgl. Lettres I p. 79).

Alle unsere Nachbarn und Reider, geschweige unsere Feinde, hatte Oxenstierna damals geschrieben, werden uns nun zu meistern hoffen.¹⁾ Es ist erzählt, wie man in Dänemark einen Augenblick an offenen Krieg dachte, dann wenigstens durch einen diplomatischen Feldzug Schweden aus Deutschland hinauszudrängen unternahm. Von Polen behauptete Oxenstierna auch erfahren zu haben, daß es einen Angriff geplant hätte, und seine Briefe an den Reichsrath sind voller Rathschläge, wie man polnischen Intriquen zu begegnen habe.²⁾ In England war die Regierung des Glaubens gewesen, daß Schweden mit dem Tode seines Königs aufgehört habe, in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung zu sein, und sie hatte daher ihren Gesandten an Kurfürstentümern verwiesen, als von dem fortan die Entscheidung abhinge.³⁾ Demselben Irrthum war die französische Politik verfallen, und hier wie dort wurde man erst durch den Heilbronner Konvent eines Bessern belehrt. Solchen Gefahren gegenüber hatte Oxenstierna sofort eingesehen, daß mit Kleinmuth und Schwanken Alles verloren sei. Wenn Schweden nicht die Schwäche seiner Position dadurch verbede, daß es Entschlossenheit und Zuversicht zur Schau trage, werde kein Zummuthen so unbillig sein, daß es ihm nicht gestellt werde.⁴⁾ Dieser Erkenntniß gemäß ist er dann selbst verfahren in den Verhandlungen mit den deutschen Ständen wie mit den auswärtigen Mächten, in Dresden und Berlin wie in Heilbronn, ruhig und selbstbewußt, des Erfolges sicher, alle gefährlichen Ansprüche mit Entschiedenheit

¹⁾ Oxenstierna an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M. 24. Nov. 1632 (Handl. XXIV p. 236).

²⁾ Vgl. Oxenstiernas Briefe an den Reichsrath d. d. 24. Nov. 1632, 13., 14., 22. Febr. 1633 (Handl. XXIV p. 240, 338—339, 346, 356, 358, 363—367.)

³⁾ Vgl. Oxenstierna an den Reichsrath d. d. 16. Mai 1633 (Handl. XXVI p. 55—56).

⁴⁾ Vgl. Oxenstierna an den Reichsrath d. d. 22. Febr. 1633 (Handl. XXIV p. 374).

zurückweisend. Und da es klar wurde, daß Schweden nicht sich selbst aufgab, sagte seine Autorität überall wieder festen Fuß. Man sah, es ließ sich nicht einfach bei Seite schieben, sondern blieb ein Faktor, mit dem in der deutschen Politik in erster Linie gerechnet werden mußte. Das Bundesheer schreckte heimliche Widerjäger, da es sich gegebenen Falls auch dazu verwenden ließ, einem direkten Angriff auf Schweden zu wehren.¹⁾

Auch für die Rivalität Schwedens und Sachsens waren selbstverständlich die Heilbronner Abmachungen von größter Bedeutung. Gegen die Verufung eines allgemeinen Konvents durch Johann Georg, den Plan eines allgemeinen protestantischen Bundes unter sächsischem Direktorium war Orensterna jetzt endgültig gesichert. Was Sachsen noch hoffen konnte, war einzig das Direktorium der niederdeutschen Kreise. Der Gedanke neben den süddeutschen einen norddeutschen Bund zu stellen und beide durch Vereinbarungen über ein Zueinandergreifen der politischen und militärischen Aktionen zu verknüpfen, war an sich nicht unausführbar. Allerdings war vorauszusehen, daß solche Theilung des Direktoriums mancherlei Unzuträglichkeiten mit sich bringen werde, und eine Einheit der Leitung bot gewißlich weit bessere Garantien für Erfolge über den Feind. Darin lag ein großer Vortheil für Schweden, das seit dem Heilbronner Schlusse aus seiner Position in den vier obern Kreisen außer auf gewaltsamem Wege nicht zu verdrängen war und das einer Ueberlassung Niederdeutschlands an Kurachsen entschieden widerstrebte.²⁾ Das Haupthinderniß aber für eine

¹⁾ Ueber die Bedeutung des Heilbronner Bundes für Schwedens europäische Stellung und für den Fall, daß es noch von anderer Seite her angegriffen würde vgl. Orensternas Relation d. d. 16. Mai 1633 (Handl. Bd. 26 p. 48). Vgl. auch seine Briefe vom 15. Dez. 1632 und 22. März 1633. (Handl. B. 24 p. 270 und 25 p. 200.)

²⁾ Vgl. Orensternas Aeußerung in Berlin (Frmer II p. 37) und die Erklärung der brandenburgischen und pommerischen Gesandten in der Sitzung des ober-sächsischen Kreises am 8. Juni 1634 auf dem 2. Frank-

solche Regelung des Verhältnisses zwischen Schweden und Sachsen bildete Johann Georg selbst.

Zunächst hätte er dazu den Heilbronner Bund und seine bisherigen Maßnahmen rückhaltlos anerkennen müssen. Nun empfand er aber schon den Bund allein als eine strafbare Auflehnung wider seine Autorität,¹⁾ noch mehr verstimmte ihn das

furter Konvent: Orenstierna werde sich eher des Directoriums der 4 obern als der zwei sächsischen Kreise begeben, „indem jene creise näher nach Schweden und also im mittel gelegen, daß bei einfallenden differenzen ihme und der cron die thüren und pässe geschlossen und andere unfreundschaft begegnen könnte.“ Relation der weimarischen Gesandten vom 10. Juni 1634. (Weimar Acta Frl. Konv. betr. p. 146—147.)

¹⁾ Vgl. Johann Georg an Christian von Gelle d. d. Dresden 10. Mai 1633. „ . . . und will uns bedünken, daß dieser separatsschluß allerhand Inconvenientien bringen werde, dann solte auch derselbe zugleich auf anderer irriger und von unserer wahren christlichen reinen kirchen Gottes öffentlich verworfenen religion erhalt. fortsetz. und vertheibigung, welches die zeit und weitere eröffnug des schlusses geben wird, gemeinet sein, würde die sache zu dem christlichen gewissen treten, welches legen Gott in allenwege rein und unversehret erhalten werden muß. Es wolte auch hierüber in politicis ein schweres werk sein, wann in solchen fällen, alda die sachen albreit zugleich angefangen und die stände insgemein so hoch darinnen interessirt und verwickelt, doch derer etliche zumal mit hinbansezung so vornehmer interessenten und hoher stände sich zusammenthuten und einen schluß machten, welcher hernach in solchen gemeinen anliegen die norm sein solte, dann dieses könnte wohl nichts anders als eine separation oder daß diese stände über die anderen sich der direction gleich unternehmen oder doch diejenigen, welche man übergangen sich an ihre conclusa verknüpfen lassen mühten, mit sich bringen. . . Ob nun aber durch solch vornehmen . . . das band der einigkeit in seiner crast erhalten werden [könne], darvon lassen wir jedern unpassionirten dijudiciren. So wil uns auch hierüber ferner bedencken, es weren gleichwohl unsere kumbare merita und ansehnliche statliche bezeigung gegen die gemeine wolfarth so groß hoch und denkwürdig, daß wir billig nicht hetten also zurückgestellt, dergestalt übergangen und uns und unser haus wenig gedacht werden sollen (Loc. 8109. U. B. Friedenstract. p. 40—41) Ähnlich an Georg Wilhelm eod. dato (Ebenda p. 46—50.) Vgl. auch Johann Georgs Resolutionen auf die Aufforderung, den Heilbronner Bund anzuerkennen, an Feuquièrez d. d. 26. Mai (Loc. 9227 des Königs in Franken unterschiedlicher Gesandten Anbringen p. 120—123), an Anstruther d. d.

selbständige Vorgehen des Konvents in der Pfälzer Frage. Auch insofern ist Oxenstiernas Verfahren in diesem Punkte von berechneter Bedeutung, als es dazu diente, die Entfremdung Sachsens und der Stände zu vergrößern. Johann Georg hat es nie über sich gewinnen können, die vom Konvent verfügte Restitution der Pfälzer Kurwürde anzuerkennen, und hat dem Pfalzgrafen Ludwig Philipp stets den Titel des Administrators verweigert.¹⁾ Vor allen Dingen aber wollte und konnte Johann Georg nicht, wie er es bei einem vertragsmäßig geregelten Anschlusse an die Heilbronner Conföderirten gemußt hätte, auf die Freiheit verzichten, nach eigenem Ermessen Frieden zu machen. Er wäre sonst bei aller scheinbaren Gleichstellung in Abhängigkeit von den radikaleren protestantischen Bestrebungen gerathen. Damit aber war eine Weiterentwicklung des Heilbronner Bundes auf Grund eines Einverständnisses von Schweden und Sachsen nach jeder Richtung hin ausgeschlossen.

17. Juni (Loc. 8108. 5. B. Friedensstrakt. p. 382—398), an Leuchtmar d. d. 4. Aug. (Loc. 8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 433—449), ferner Nikolai an Steinberg d. d. 6. Mai und Tagebuch Nikolais zum 30. Juli (Armer II p. 129 und 264).

¹⁾ Vgl. hierzu die Verhandlungen Johann Georgs mit Austruther: Eingabe A's d. d. 10. Juni, Antwort J. G's d. d. 17. Juni, Replik A's a. d., Antwort J. G's d. d. 1. Juli, Triplik A's d. d. 5. Juli 1633. (Loc. 8108. 5. B. Friedensstrakten p. 340—347, 382—398, 407—412, 418—425, 432—439.) In diesen Akten ist viel Detail zur Pfälzer Frage enthalten, auf das hier natürlich nicht eingegangen werden kann. Johann Georg vertrat denselben Standpunkt wie vordem in seinen Verhandlungen mit Georg Wilhelm und später in der Resolution an Leuchtmar. Ueber das selbständige Vorgehen der Heilbronner Stände äußerte er: „Was die versambleten stände zu Heilbrunn gethan, das lassen seine hurf. durchl. an seinen ort gestellet sein. Wohin aber sonst die sache ihrer natur, art und eigenschaft nach eigendlich gehörig, gebe das herbringen und die reichs-fundamenthalgeze clärlich, welchen se. hurf. durchl. etwas zu derogiren nicht bemechtiget“. Auf dem 2. Frankfurter Konvent kam es dann zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Pfalz und Sachsen, weil Johann Georg den Pfälzern den kurfürstlichen Titel verweigerte.

Hatte sich durch die dem Tode Gustav Adolfs unmittelbar folgenden Verhandlungen die Frage im Wesentlichen so gestellt, ob Sachsen eher einen allgemeinen Frieden werde zu Stande bringen oder Schweden eher seine Bündnispolitik zum Abschluß führen können, so hatte Schweden jetzt einen bedeutenden Schritt zum Ziele gethan, während Sachsen noch nicht über die ersten Anfänge hinausgekommen war. Dazu traf Orenstierna jetzt noch direkt Maßnahmen gegen die sächsischen Friedensbestrebungen.

Er hatte in Berlin, wie wir sahn, eine klare Antwort auf das Schreiben der dänischen Reichsräthe abgelehnt und eine solche bis zu einer Aussprache mit seinen Verbündeten verschoben.¹⁾ Seitdem war ihm dann noch der Brief Johann Georgs zugekommen, in dem ihm dieser seine Annahme von König Christians Vermittlung anzeigte.²⁾ Wenn ihm eine Beschleunigung der Friedensverhandlungen erwünscht gewesen wäre, hätte er mithin gewiß Anlaß gehabt, zu Heilbronn einen Beschluß in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Allerdings hat er am 21. April, also nachdem die Entscheidung in den Bundesverhandlungen bereits gefallen war, einem Ausschusse der Stände eine Anzahl Fragen vorgelegt: auf welche Bedingungen sie einen Frieden einzugehn vermeinten, wie man am besten zu Friedensverhandlungen gelangen könne, ob währenddeß ein Waffenstillstand zu bewilligen sei, was man in dem sehr wahrscheinlichen Falle eines kur-sächsischen Separatfriedens zu thun

¹⁾ Vgl. oben p. 81.

²⁾ Orenstierna bestätigt es in seiner Antwort vom 31. Mai, daß er Johann Georgs Brief noch während des Konvents bekommen habe. (Doc. 8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 308—310.) Ob dagegen die sächsischen Schreiben an die Stände noch auf dem Konvente bekannt wurden, ist nicht klar. Pfalzgraf Ludwig Philipp erhielt das Seine am Abend des 20. April in Lautern, der Markgraf von Baden das Seine sogar schon am 18. April in Carlsburg. (Vgl. ihre Antworten vom 21. und 30. April (Doc. 8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 243 f. und 285 f.) Möglich, daß sie sogleich davon nach Heilbronn Nachricht gaben.

habe. Die kurzen Bemerkungen, mit denen er seine Fragen begleitete, namentlich die letzte Frage selbst, zeigten hinlänglich seine Abneigung gegen die sächsische Politik und die dänische Vermittlung.¹⁾ Es ist nicht bekannt, was die Stände geantwortet haben und ob sie überhaupt geantwortet haben. Zu einem Beschlusse ist es jedenfalls nicht gekommen, weil, wie es der schwedische Historiograph wenig stichhaltig begründet, die Verathung über das Bündniß schon zu viel Zeit beansprucht hätte.²⁾

Wie es Chemnitz glauben machen möchte, wäre die Stimmung auf dem Konvent ziemlich allgemein gegen Johann Georgs Vorgehn und seine Behandlung der dänischen Interposition gewesen.³⁾ Die Briefe, in denen die Stände das sächsische Rundschreiben vom 5. April beantwortet haben, zeigen aber ein Anderes. Da ist nirgends von einer Ablehnung der kurfürstlichen Vorschläge die Rede, wenngleich andererseits eine gewisse Zurückhaltung, wie sie die Verpflichtung gegen Schweden namentlich seit dem Heilbronner Schlusse gebot, nicht zu leugnen ist.⁴⁾ Daß sich hier bei Chemnitz eine Fälschung findet, denn

¹⁾ Chemnitz II p. 76–78.

²⁾ Ebenda p. 87.

³⁾ Chemnitz erzählt (p. 75), man habe sich durch dies selbständige Vorgehn des Kurfürsten verletzt gefühlt, den Ausschluß Schwedens von den Friedensverhandlungen befürchtet, die von dem Kurfürsten angelegte Frist zur Verständigung der Protestanten unter sich für zu kurz gehalten. Küfel (a. a. O. p. 80–81) macht daraus eine ablehnende Antwort der Stände an Kurfürsten.

⁴⁾ Die Antworten der Stände auf Johann Georgs Rundschreiben befinden sich Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 239–288 und 339–346 und tragen folgende Daten: 21. April Pfalzgraf Ludwig Philipp, 22. April Georg von Hessen, 23. April Johann Philipp von Altenburg, 28. April Georg Wilhelm und Pfalzgraf Johann, 30. April Friedrich von Baden, 1. Mai Wilhelm von Weimar, 3. Mai Friedrich von Schleswig-Holstein, 5. Mai Friedrich Ulrich von Braunschweig, 10. Mai Wilhelm von Hessen und Adolf Friedrich von Mecklenburg, 11. Mai die Anhaltiner und Julius Friedrich von Württemberg, 15. Mai Friedrich von Bremen, 19. Mai

so darf man es wohl bezeichnen, läßt hier einen dunklen Punkt in der schwedischen Politik vermuthen. Wir wissen, daß Orenstierna die dänische Vermittlung als eine Feindseligkeit gegen Schweden beurtheilte und daß er doch der öffentlichen Meinung wegen eine scharfe Ablehnung nicht wagen zu dürfen glaubte.¹⁾ Man wird nicht fehlgehen, ihm die Schuld beizumessen, daß das Zustandekommen der Friedensverhandlungen hier abermals verschleppt wurde und daß die Stände dann noch weiter den höchst auffallenden Schritt thaten, Dänemark, den Vermittler, ebenfalls zum Eintritt in den Heilbronner Bund aufzufordern.²⁾ Ihre Bestätigung findet diese Annahme vor Allem in den letzten Abmachungen, die Orenstierna mit dem französischen Gesandten Feuquières in Heilbronn getroffen hat. Um sie und überhaupt die ganze Haltung Frankreichs besser zu verstehen, ist es nöthig, etwas weiter auszuholen.³⁾

Hans Albrecht von Mecklenburg, 26. Mai die vier ausschreibenden Städte, 29. Juni Friedrich von Schleswig-Holstein, 6. Juli Christian von Dänemark. Welchen Werth man in Dresden auf diese Antworten legte, geht daraus hervor, daß der geheime Rath Dr. Timäus aus ihnen übersichtliche Regesten zusammenstellte.

¹⁾ Vgl. p. 80 Anm. 4.

²⁾ Vgl. das Schreiben der Heilbronner Stände an König Christian d. d. 6. Mai (Chemnitz a. a. O. p. 81—82. Vondorp IV p. 314 mit dem unrichtigen Datum des 16. April).

³⁾ Zur französischen Politik vgl. *Memoires de Richelieu* (Collect. Michaud Bd. II), *Lettres et négociations de Feuquières und Aubert*, *memoires pour l'histoire du Cardinal de Richelieu* Bd. II, an barstellenden Arbeiten Ranke, *Französische Geschichte* Bd. II. Fagniez, *le père Joseph et Richelieu* (in *Revue historique* Bd. XXXVI. ff. 1888 ff.) und Vigier, *l'influence politique du père Joseph* (in *Revue des questions historiques* Bd. L, 1891.)

VIII.

Richelieu war der Ueberzeugung, daß sich die Habsburger gegen sein Vaterland wenden würden, sobald sie nur freie Hand dazu bekommen hätten. Darum wollte er, daß bei einem Friedensschlusse zwischen ihnen und ihren protestantischen Gegnern zugleich alle zwischen Frankreich und der österreichisch-spanischen Monarchie schwebenden Irrungen zum Austrag gebracht würden und daß vorläufig, denn noch schien die Zeit zu einem solchen allgemeinen Frieden nicht reif, der Krieg ebensowohl in Holland als in Deutschland weiter ginge.

Um des Kaisers Gegner in Deutschland zur Fortsetzung ihres Kampfes zu veranlassen, war er bereit, sie in ausgiebiger Weise zu unterstützen, sei es durch Zahlung von Subsidien, sei es durch ein aktives Eingreifen in den Krieg. Als Gegenleistung bezeichnete er die Schonung des Katholizismus in den eroberten Gebieten und die Verpflichtung, Frankreich zu den Friedensverhandlungen heranzuziehen, überhaupt ohne seine Zustimmung keinen Frieden zu schließen. Für ein aktives Eingreifen stellte er ferner die Einräumung einer Anzahl linksrheinischer Plätze als Bedingung. Sie sollten zunächst als Operationsbasis und später als Pfand für die im Frieden zu erreichenden Vortheile dienen.¹⁾

Die französische Politik in Deutschland diplomatisch zu vertreten, wurde neben einer Reihe anderer Gesandten vor Allem

¹⁾ Vgl. *Memoires* p. 436—438 und *Haguez* n. a. D. XXXVI p. 66—67. Er schreibt aus inneren Gründen dieses Gutachten Richelieu persönlich zu.

der Marquis de Feuquières ausersehen.¹⁾ Als Hauptaufgabe wurde ihm gestellt, für den Fall, daß er bei den protestantischen Ständen auf unwiderstehliche Friedensneigung träfe, Frankreich wenigstens die einflußreiche Rolle des Vermittlers zu verschaffen, sonst aber nach Möglichkeit vor übereilten Verhandlungen mit dem Kaiser zu warnen, der es doch nicht aufrichtig meine, zu einer letzten Anstrengung, als die allein einen sichern billigen Frieden verbürge, anzufeuern und so ein Auseinanderfallen der antikaiserlichen Coalition zu verhindern.

Zur Organisation des Widerstandes gegen den Kaiser wünschte Richelieu, ein Gleichgewicht zwischen Liga und Protestanten herzustellen: beide sollten von ihren religiösen Differenzen absehen und sich zur Vertheidigung ihrer Libertät unter Protektion Frankreichs vereinigen. Feuquières wurde daher angewiesen, einer Stellungnahme hinsichtlich der Restitution der Pfälzer Kur auszuweichen. Aus gleicher Absicht erklären sich seine Bemühungen für eine Neutralität Baierns, wie zum Theil die Forderung, daß die Protestanten nichts gegen den katholischen Glauben unternehmen sollten.

Schweden, dessen dominirende Stellung in Deutschland schon in den letzten Zeiten Gustav Adolfs als lästig empfunden war, sollte zurückgedrängt werden. Dazu sollte das bisherige schwedisch-französische Bündniß durch Aufnahme der protestantischen Stände erweitert und das Direktorium dieser anstatt von Schweden in Zukunft von Kurjachsen geführt werden. Johann Georg sollte in dieser Hinsicht völlig an Stelle Gustav Adolfs treten und dafür auch dieselben Verpflichtungen gegen Frankreich übernehmen, wie sie der König gehabt hatte. Auch sollte Feuquières dahin streben, die ausschlaggebenden militärischen Kommandos aus den Händen der schwedischen Generale

¹⁾ Vgl. Instruktion Feuquières (Lettres I p. 7–29) und Ragniez a. a. O. XXXVI p. 71–73 und 294.

in die von deutschen Fürsten, Bernhards von Weimar und Wilhelmus von Hessen zu bringen, von denen man annahm, daß sie sich Einwirkungen Frankreichs zugänglich zeigen würden.

Erst nachdem die gedachte Coalition zu Stande gekommen war, hatte Fœniquières mitzutheilen, daß Frankreich einen Gesandten nach Wien geschickt habe, um dort wegen eines Friedens zu sondiren, und daß es auch weiter erbötig sei, dem Kaiser den Abschluß des Bündnisses anzuzeigen und sich bei ihm um einen Frieden zu bemühen. Davon würde Frankreich den Vortheil gehabt haben, im Namen der Union zu sprechen und seine Bedingungen durch ihre Autorität zu stützen. Gewinne er die Ueberzeugung, fuhr die Instruktion fort, daß die Konjöderirten bereit seien, Frankreichs Ansprüche zu vertreten, so könne er sie auch den ihm mitgegebenen Entwurf zu den Friedensbedingungen geben lassen.

Dieser Entwurf ist nicht überliefert. Die französischen Forderungen müssen darin offen genannt gewesen sein, denn der Gesandte sollte auseinandersehen, wie sie nur den Opfern entsprächen, die Frankreich im Kampfe gegen das Haus Habsburg gebracht, und den Verdiensten, die es sich dabei um die gemeine Sache erworben habe und noch erwerbe. Man kann nicht im Unklaren sein, worin sie bestanden. Es ist bekannt, daß Frankreich den Erwerb des linken Rheinufers erstrebte. Und gleich in seinen ersten Verhandlungen war Feuquières beauftragt, von Schweden die Einräumung der dortigen Plätze zu verlangen, und das Versprechen, sie beim Frieden zurückzugeben, war derart zweideutig formuliert, daß für die rücksehauende Betrachtung kein Zweifel an der wahren Absicht sein kann. Eine Weigerung Oxenstiernas meinte Richelieu nicht befürchten zu müssen; hoffte er doch sogar, daß dieser von selbst Frankreich die Besetzung anbieten werde. Es entsprang das der Annahme, daß Schwedens Stellung in Deutschland unhaltbar erschüttert sei.

Diese Annahme geht merkwürdiger Weise auf ein Gespräch zurück, das Orenstierna in Frankfurt a. M. mit dem französischen Gesandten la Grange, wie es scheint unmittelbar nach der Kunde von Gustav Adolfs Tod gehabt hat und in dem er für sich nur die zweite Stelle nach Kurfachsen gefordert haben soll. Auf eine solche Äußerung bezieht sich wenigstens Feuquières Instruction und hat sich auch dieser später dem Reichskanzler selbst gegenüber berufen.¹⁾ Seitdem war Orenstierna noch ein Mal mit la Grange zusammengetroffen, in Halle, als er aus Berlin von seiner Konferenz mit Georg Wilhelm zurückkehrte,²⁾ und da hat er jedenfalls denselben Standpunkt vertreten wie in seinen Verhandlungen mit den beiden Kurfürsten und für Schweden das Direktorium, wenn nicht auch über Sachsen, so doch über alle anderen Stände gefordert.³⁾ La Grange hat die Neutralität der Liga und französische Vermittlung zwischen Schweden und Polen versührt, scheint aber sonst nicht über Allgemeinheiten hinausgekommen zu sein, wie daß Schweden seinen Kampf gegen den Kaiser fortsetzen möge, daß Frankreich dann seine Unterstützung nicht verjagen, sie sogar dem Kaiser notifiziren werde.⁴⁾ In Dresden aber, wohin er sich von Halle begab, hat er noch

¹⁾ Vergl. die Instruction (Lettres p. 9) und den Brief Feuquières an König Ludwig d. d. Heilbronn 26. März 1633 (Lettres p. 56—57.) Orenstierna war am 21. Nov. 1632 in Frankfurt eingetroffen (Rüfel p. 10), am 22. November meldete la Grange den Tod Gustav Adolfs nach Paris. (Fagniez a. a. O. XXXVI p. 63.)

²⁾ Vergl. Orenstierna an den Reichsrath d. d. Würzburg 5. März 1633. (Handl. XXV p. 153) und den Paß Orensternas für la Grange d. d. Halle 20. Febr. 1633 (Dresden Loc. 8008. 5. B. Friedenstrakt). —

³⁾ Vgl. die Eingabe von la Grange in Dresden » d. (Dresden Loc. 8108. 5. B.; Friedenstraktaten p. 52—62.) Das mit Bleistift hinzugefügte Datum des 21. Febr. ist nicht richtig, sondern es war der 28. Febr. (Vgl. Irmer, Verhandl. II p. 53.)

⁴⁾ Orenstierna an den Reichsrath d. d. 5. März (Handl. XXV p. 154—155).

über Ogenstierna hinausgehend einen allgemeinen protestantischen Bund und die Unterordnung Sachsens unter den Reichskanzler verlangt.¹⁾ Johann Georg hat das begreiflicher Weise entschieden abgelehnt, während Georg Wilhelm, dem der Gesandte einen ähnlichen Antrag machte, wenigstens im Prinzip seine Zustimmung gab und nur aus Rücksicht auf Sachsen seine endgiltige Entscheidung verschob.²⁾ La Grange hat damals den schwedischen Residenten in Dresden, Nikolai, ein Schriftstück einsehen lassen, das er als eine Copie seiner Instruktion bezeichnete und in dem ihm eine solche Politik vorgeschrieben war.³⁾ Es würde ein seltsames Schwanken in den Anschauungen der leitenden französischen Staatsmänner bedeuten und einer andern Nachricht widersprechen, die ihn in dem Punkte des Direktoriums dieselben Weisungen wie später Feuquières erhalten haben läßt.⁴⁾ Sollte nicht eher la Grange aus seiner Unterredung mit Ogenstierna in Halle die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Spiel Sachsens gegen Schweden schon verloren sei, und sich mit raschem Entschlusse auf die Seite der gewinnenden Partei gestellt haben, ganz wie dies später Feuquières gethan hat.⁵⁾ Denn auch dieser fand die Lage in

¹⁾ Vgl. die Eingabe von la Grange.

²⁾ Vergl. die Resolution Johann Georgs d. d. Dresden 8. März (Dumont, *corps diplomatique* VI Pars 1, p. 46—48). Die Resolution Georg Wilhelms eod. dato (ebenda p. 44—46).

³⁾ Vgl. Nikolai an Ogenstierna d. d. Dresden 1. März. (Zinner a. a. O. p. 53.)

⁴⁾ Siri, *Memorie recondite* VII p. 584.

⁵⁾ Am 21. Nov. 1632 traf Ogenstierna in Frankfurt a. M. ein, am 2. Dez. datirt er bereits wieder aus Würzburg. In die Zwischenzeit muß also seine erste Unterredung mit la Grange fallen, auf die Feuquières Instruktion Bezug nimmt. La Grange wäre auf seinen Bericht über diese Unterredung angewiesen (vergl. f. Credité d. d. St. Germain 30. Dez. 1632, Dresden Loc. 8108. 5. B. *Friedenstraktaten* p. 42) für Schwedens Direktorium zu wirken, Feuquières auf denselben Bericht hin, für das Kurachsens. Es wäre ferner auffällig, daß die Instruktion Feuquières nicht die in diesem Punkte abweichende frühere von la Grange erwähnt.

Deutschland ganz anders, als man es in Paris bei Abfassung seiner Instruktion angenommen hatte.¹⁾

Die erste Unterredung Feuquières mit Oxenstierna in Würzburg am 5. März 1633 verlief noch in ziemlich allgemeinen Wendungen.²⁾ Der Reichskanzler klagte über die Halbheit der protestantischen Stände, namentlich Kur Sachsens, das sich aus Hoffnung auf einen baldigen Frieden nicht zu einer wirklichen Anstrengung aufzuraffen vermöge, und erklärte, sich nicht länger mit den deutschen Dingen befassen zu wollen, falls ihm nicht auf dem Heilbronner Konvent eine ganz andere Unterstützung als bisher zu Theil werde. Feuquières gab ihm darin völlig Recht, daß nur ein machtvolles Auftreten im Felde einen billigen und sicheren Frieden gewährleiste, und beschwor ihn, den Muth nicht sinken zu lassen. Um die Fortsetzung des Krieges zu ermöglichen, sei Frankreich bereit, sein Bündniß mit Schweden zu erneuern, überhaupt in jeder gewünschten Weise Beistand zu leisten. Auch habe er selbst Befehl, die Stände zu einem festen Zusammenschluß unter sich und mit Schweden zu veranlassen, und werde dies schon auf dem Heilbronner Konvent bethätigen.

Von seinen Spezialaufträgen hat der Gesandte noch nichts

Daß la Grange an Nikolai erklärte, Befehl zu haben, für Oxenstiernas Ansprüche einzutreten, beweist natürlich nichts, zeigte er doch auch nur eine Copie, nicht das Original dieses Befehles. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß Oxenstierna bei seiner zweiten Unterredung mit la Grange eben Kurbrandenburg für sich gewonnen hatte, damit des Sieges über Sachsen gewiß war und entsprechend zuversichtlich, wie es überhaupt sein Grundsatz war, aufgetreten sein wird.

¹⁾ Vgl. Feuquières an Vater Joseph, an Charuacé, an König Ludwig d. d. Heilbronn 25. April 1633. (Lettres I p. 107, 112, 135.)

²⁾ Vgl. Rapport de l'entrevue de Feuquières et de Oxenstierna, à Wirzbourg, le 5 Mars 1633 (Lettres I p. 30—50) und Oxenstierna an den schwed. Reichsrath d. d. Würzburg 5. März 1633. (Saml. XXV p. 157—159.)

erwähnt, weder in der Frage des Direktoriums¹⁾, noch hinsichtlich der Erweiterung des schwedisch-französischen Bündnisses; nur wegen der Ueberlassung der linksrheinischen Plätze klopste er vorsichtig an. Er äußerte die Befürchtung, daß die protestantischen Streitkräfte im Elsaß den Gegnern nicht gewachsen seien, und bot das Eintreten eines französischen Corps an unter der Bedingung, daß man ihm einen Stützpunkt einräume. Ogenstierna bezeichnete die Befürchtung als grundlos und lehnte damit das Anerbieten indirekt ab.

Mit diesem Gespräch hatte sich Feuquières noch völlig in den Grenzen seiner Instruktion gehalten. Eine Abweichung

¹⁾ Die Stelle *Lettres* I p. 41 läßt ihrem Wortlaute nach und für sich allein genommen allerdings die Deutung zu, die Küssel (a. a. O. p. 43) von ihr giebt, daß Feuquières entgegen seiner Instruktion an Ogenstierna das Direktorium angeboten habe. Der ganze Zusammenhang spricht aber entschieden dagegen. Es wäre ein unerklärlicher Widerspruch zwischen einer solchen Aeußerung und dem späteren Verhalten Feuquières in Heilbronn, wo er für das Direktorium Sachsens eingetreten ist und sich dem Widerstande Ogenstiernas gegenüber nur unter großen Bedenken zur Ueberschreitung seiner Instruktion entschlossen hat (*ponvant difficilement me résoudre à signer un traité qui ne soit entièrement conforme à mon instruction et principalement à l'adresse principale qui devoit être au duc de Saxe. Lettres* I p. 78.) Es wäre ferner auffallend, daß sich Ogenstierna nicht auf solche Aeußerung bezogen hätte, da er doch in Heilbronn dem Gesandten alle anderen für Schwedens Ansprüche günstigen Rundgebungen Frankreichs aufzählte (vergl. *Lettres* I p. 138—139); es wäre weiter sonderbar, daß Feuquières sein Verhalten in Heilbronn ausführlich rechtfertigte, seinem Berichte über die Würzburger Entrevue dagegen kein Wort der Motivirung hinzufügte. Solche Schwierigkeiten fallen weg, wenn man die betreffenden Worte in den *Lettres* nur als eine unverfäugliche Zusicherung diplomatischer Unterstützung auffaßt (wie das auch Ogenstierna gethan hat. Vgl. *Haublg.* XXV p. 158) und namentlich *conduite des affaires* nicht mit Direktorium übersetzt (im Gegensatz zu *gouvernement* p. 61, 73, 84, *principale conduite* p. 76, *direction des affaires* p. 118, 139, 147). Dann wird es auch verständlich, daß die französische Regierung in dem Würzburger Gespräch nichts Auffälliges fand, sondern es als „fort général“ beurtheilte (vgl. *Lettres* I p. 67/68).

von ihr war es dagegen schon, daß er sich dann nicht nach Dresden begab, sondern wieder umkehrte, um bei den Verhandlungen des Heilbronner Konvents zugegen zu sein. Nach seinem eigenen Bericht wäre er von Oxenstierna darum ersucht worden, nach des Reichstanzlers Angabe hätte er sich aus freien Stücken dazu erboten. Wie dem auch sei, sicher wird man schon hier bei Feuquières die Anschauung voraussetzen müssen, daß es für die französischen Bestrebungen weit weniger auf Johann Georg als auf die Haltung Oxenstiernas ankomme.¹⁾ Die Herberufung des Heilbronner Konvents, von der man in Paris bei Abfassung der Instruktion noch keine Kenntniß gehabt haben mag, die geschickten Bemerkungen, mit denen Oxenstierna Sachien in den Augen des Gesandten zu diskreditiren bemüht war, seine Drohung, Schweden auf die Vertheidigung seiner unmittelbaren Interessen zu beschränken, die dem Würzburger Gespräch vorhergehenden Verhandlungen Feuquières mit Pfalz-Simmern, Pfalz-Zweibrücken, Nassau, Frankfurt,²⁾ sämmtlich Stände, die durch Neigung oder Verpflichtung auf Schweden hingewiesen waren, Alles das mag dazu beigetragen haben, diese Wendung hervorzurufen.

Das Würzburger Gespräch trug noch völlig den Charakter eines vorsichtigen gegenseitigen Sondirens. In Heilbronn stellte dagegen Feuquières wenige Tage nach seiner Ankunft am 19. März offen die Anträge, die ihm seine Instruktion vorschrieb.³⁾

¹⁾ Direkt ausgesprochen hat Feuquières diese Anschauung allerdings erst in seinem Briefe an Bouthillier d. d. 3. April (Lettres I p. 75).

²⁾ Vgl. Aubern II, p. 138—141.

³⁾ Zu den Heilbronner Verhandlungen vgl. Oxenstiernas Relation an den Reichsrath d. d. Frankfurt a. M. 16. Mai 1633 (Handl. XXVI p. 50—54), die Briefe Feuquières an seine Auftraggeber d. d. Heilbronn 17. und 26. März, 3., 9., 25 und 27. April 1633 (Lettres I, p. 53—67, 72—83, 93—119, 135—152) und die *Renovatio foederis Sueco-Gallici* d. d. Heilbronn 19. April 1633 (Londorp IV p. 313—314). Die zwischen

Orenstierna hatte schon aus seiner Unterredung mit la Grange in Halle sofort den Schluß gezogen und sich in ihm durch das Würzburger Gespräch gefestigt, daß Frankreich seiner eigenen Sicherheit wegen die Fortdauer des Krieges wünsche, sich unter irgend einer Form einzumischen beabsichtige und als endlichen Lohn das linke Rheinufer davonzutragen hoffe.¹⁾ Des Werthes der schwedischen Kriegsmacht voll bewußt, sah er sich in der glücklichen Lage des Unvorbenen und nahm daher die stolze Sicherheit, jedem Aninnen Frankreichs entgegenzutreten, das für Schweden hätte gefährlich werden können. Und das durchschaute er dann auch wieder sogleich, daß die Anträge Feuquières in dieser Form nichts Anderes bezweckten, als den schwedischen Einfluß in Deutschland durch den französischen zu ersetzen.²⁾

Er stellte mit Entschiedenheit in Abrede, jemals gegen la Grange eine Aeußerung gethan zu haben, aus der sich herleiten ließe, daß er zu Gunsten Johann Georgs auf seine führende Stellung habe verzichten wollen, und lehnte mit Festigkeit alle Vorschläge Feuquières rundweg ab. Zu einer Verlängerung des Vertrags sei er bereit, aber was der Gesandte vorschlage, sei etwas ganz Anderes, sei ein völlig neues Bündniß. Dazu habe er keinen Auftrag. Und wenn Frankreich keine einfache Wiederholung der mit Gustav Adolf getroffenen Abmachungen

Feuquières und Orenstierna gewechselten Schriftstücke sind nicht überliefert, weder der französische Vertragsentwurf (vgl. *Lettres* I, p. 61, *Handl.* XXVI, p. 51) noch die ihm zu Grunde liegende Spezialinstruktion (vgl. *Lettres* I, p. 10), noch die Gegenanschläge des Reichskanzlers (vgl. *Lettres* I, p. 78, *Handl.* XXVI, p. 51). Einzelne Rückschlüsse auf die letzteren erlauben die Bemerkungen, die die französische Regierung dazu machte (vgl. *Memoire à mr. de Feuquières, d. d. Chaulilly* 27. April 1633, *Lettres* I, p. 119 ff.) Zur Litteratur vgl. Hagulez a. a. O. XXXVI p. 292–295).

¹⁾ Vergl. Orenstiernas Briefe an den Reichsrath d. d. Würzburg, 5. März 1633 (*Handl.* XXV p. 153, 154 und 159).

²⁾ Vgl. *Handl.* XXVI p. 51.

wolle, so sei er es auch zufrieden. Schweden habe ohnehin durch sie viel mehr Verpflichtungen als Vortheile gehabt. Für alle Einwände und Vorstellungen von Seiten Feuquières blieb er taub und nur mit Mühe ließ er sich bewegen, den Bündnißentwurf, den jener aufgesetzt hatte, zur Durchsicht entgegenzunehmen.¹⁾

Den gleichen Widerstand traf der Vorschlag, an Baiern einen dreimonatlichen Waffenstillstand zu bewilligen, der nach Frankreichs Absicht die Einleitung einer dauernden Neutralität bilden sollte. Noch voller Erregung über das vorhergegangene Ansinnen verwarf Oxenstierna ziemlich scharf auch diesen Gedanken als zwecklos und selbst schädlich.²⁾

Es war klar, freiwillig würde Oxenstierna nie auf das Direktorium und die freie Verfügung über die französischen Subsidien verzichten.³⁾ Dazu mußte der Gesandte jetzt immer mehr und mehr einsehen, daß Johann Georg nicht die Persönlichkeit sei, den Widerstand gegen den Kaiser in der von Frankreich gewünschten Weise zu leiten. Er vernahm, daß der Kurfürst gegen jede Allianz mit auswärtigen Mächten im Grund seines Herzens Widerwillen trage, dagegen noch stets zu Oesterreich hinneige und überhaupt völlig unter dem Einflusse seines Schwiegersohns stehe, der seinerzeit unaußhörlich mit Wallenstein und dem Kaiser korrespondire. Er sprach la Grange, der aus Dresden kommend gegen Ende März in Heilbronn eintraf und aus eigener Erfahrung ein ziemlich ähnliches Urtheil über die sächsische Politik fällen konnte, er erhielt bald darauf Nachricht, daß Landgraf Georg nach Leitmeritz gegangen sei, um dort mit kaiserlichen Ministern zu konferiren. Er hörte ferner, wie abfällig man sich über des Kurfürsten Charakter äußerte, wie er allgemein für thatenscheu, unfähig, dem Trunke ergeben galt,

¹⁾ Lettres I p. 56—61.

²⁾ Lettres I p. 63—66.

³⁾ Lettres I p. 61, 112/113.

er erlebte ferner, wie die Stände nach anfänglichem Zaudern die Rücksicht auf Sachsen bei Seite setzten und sich zur Anerkennung von Orenstiernas Direktorium entschlossen. Schon da mußte er nichts Besseres zu thun, als sie durch eine übrigens ziemlich inhaltslose Rede in ihrer Absicht zu bestärken, um sich so wenigstens den Schein der Mitwirkung bei ihren Abmachungen zu wahren.¹⁾ Sollte er sich etwa für Johann Georg einsetzen, dessen Sache schon so gut wie verloren war und der seinen Einfluß doch nur im Sinne einer Friedenspolitik verwenden haben würde, die Frankreichs Interessen widersprach? Er sah ein, daß er mit Orenstierna zu einer Verständigung gekommen sein müsse, bevor der Konvent auseinander ging, wenn anders nicht die Autorität Frankreichs leiden solle, und bat seine Regierung mehrfach und dringend um neue Verhaltensmaßregeln, da die alten der Lage so ganz und gar nicht entsprächen. Aber falls sie nicht rechtzeitig einträfen, war er schon seit dem 3. April entschlossen, auf eigene Hand und Gefahr Orenstiernas Hauptforderungen nachzugeben.

So ist es denn auch am 19. April geschehen. Die Contrahenten des neuen Vertrags waren wie bei dem Bärwalder Frankreich und Schweden allein, und Schweden allein behielt demzufolge auch die Verfügung über die Subsidien, die man in Paris der Heilbronner Bundeskasse direkt hatte überweisen wollen. Dagegen wurde Schwedens Verpflichtung, eine Armee von 36000 Mann ins Feld zu stellen, dadurch erleichtert, daß nur eine gleiche Stärke des Heilbronner Bundesheeres verlangt wurde. Statt der Ausdehnung des Bündnisses auf die Stände fand sich im Uebrigen aber nur eine Bestimmung, die ihnen

¹⁾ Vgl. Discours de Feuquières à l'assemblée d. d. 1. April (Lettres I p. 85—88) dazu oben p. 142, Anm. 2.

²⁾ Ueber die Gründe für Feuquières veränderte Haltung vgl. Lettres I p. 72—76, 78—79, 94, 113, 135—138, über seine Bitte um neue Instruktion p. 56, 76, 78, 79, 93, 135.

den Beitritt freistellte, sie sogar dazu einlud, ohne indeß dabei die beiden Kurfürsten, wie dies Frankreich gerne gewollt hatte, namentlich zu erwähnen. Ebenfowenig war natürlich von einem Direktorium Johann Georgs die Rede.¹⁾

Feuquières hatte es kurze Zeit vorher selber für unräthlich erklärt, daß Frankreich mit den deutschen Protestanten nur indirekt in Verbindung stehe.²⁾ Nun, da es doch dahin gekommen, suchte er seiner Regierung das Gegentheil zu beweisen,³⁾ doch ließ sich die Thatjache nicht aus der Welt schaffen, daß Orenstierna seinen Willen durchgesetzt hatte.

Auch sonst erreichte Feuquières so gut wie nichts. Zwar wurde die Bestimmung des Bärwalder Vertrags, die Schweden zur Schonung des katholischen Kultus und geistlichen Beslzes in den eroberten Gebieten verpflichtete, auch in das neue Bündniß eingebracht, aber doch zugleich durch den Zusatz unwirksam gemacht, daß solche Schonung nur stattfinden solle, soweit es die Lage der Dinge erlaube.⁴⁾ Und als Feuquières von der Neutralität Baierns zu reden anfing, begegnete er all-

¹⁾ Vgl. die *Renovatio foederis Sueco-Gallici* § 1—3 und 8, den Bärwalder Vertrag bei Londorp IV p. 214 und das *Memoire* in den *Lettres* I p. 119 ff. Ich habe die *Renovatio* in Alten wie Abdrucken stets nur mit dem Datum des 9. April gefunden, ebenso in allen neueren Darstellungen, gleichviel ob sie sonst nach dem alten oder neuen Kalender rechnen. Daß das Datum des 9. das des alten Kalenders ist, ergibt sich daraus, daß Feuquières, der sich doch des neuen Kalenders bedient, mit seinem Briefe vom 9. April nur den Entwurf Orenstiernas und erst mit dem Briefe vom 25. den abgeschlossenen Vertrag nach Paris senden konnte. (Vgl. *Lettres* I p. 78 und 93). Hatte er doch auch erklärt, mit dem Abschlusse *jusqu'à la veille de la separation des Douvres* warten zu wollen. (*Lettres* I p. 79.)

²⁾ *Lettres* I p. 75.

³⁾ *Lettres* I p. 139, 143—145.

⁴⁾ § 6 der *Renovatio*. Die französische Regierung beklagte sich später infolge böser Erfahrungen, daß ihr Orenstierna mit diesem Zusatze eine Falle gestellt habe. Vgl. *Memoire du roi d. d. 29. Juin 1633*. (*Lettres* II p. 26.)

gemeinem Widerspruch. Man hielt ihm vor, daß Baiern die Neutralität stets zurückgewiesen, es überhaupt bei den Verhandlungen nie ernst und aufrichtig gemeint habe. Er fand, daß Kurfürst Max überaus verhaßt sei, weit mehr als der Kaiser, daß man ihm die Hauptschuld an dem Restitutionsedikt beimeisse, und Oxenstierna versicherte, daß er sich gegen Johann Georg und Georg Wilhelm habe verpflichten müssen, mit der Liga kein Sonderabkommen zu treffen.¹⁾ Erst als der Gesandte hervorhob, daß König Ludwig auf die Stimmung seiner Unterthanen und des übrigen katholischen Europas Rücksicht zu nehmen habe, wurde soweit nachgegeben, daß Frankreich noch einen letzten Versuch machen dürfe, Baiern zur Neutralität zu bewegen. Doch sollte der Vertrag, den es mit ihm schließe, noch der Bestätigung des Heilbronner Bundes unterliegen und dieser auch bis dahin in seinen Bewegungen völlig ungehindert sein.²⁾ Gleichzeitig aber that Oxenstierna zu Feuquières höchstem Verdrusse³⁾ einen Schritt, der geeignet war, ein Abkommen mit Baiern, wenn nicht zu verhindern, so doch bedeutend zu erschweren, indem er den Sohn des Winterkönigs durch die Heilbronner Stände als rechtmäßigen Inhaber der Pfälzer Kur anerkennen ließ.

Zur Abtretung der Elsäßer Plätze hatte Feuquières den Reichskanzler von Anfang an wenig geneigt gefunden, doch gab er sich noch einige Zeit der Hoffnung hin, wenigstens Benfeld zu erhalten. Aber selbst das erwies sich als unmöglich, und er mußte seine Wünsche bis zu gelegenerer Zeit verschieben, wenn er nicht durch allzu eifriges Drängen den stets bereiten Argwohn

¹⁾ Von einer solchen Verpflichtung ist sonst nichts bekannt. Doch ist Sachsen über die Verhandlungen Gustav Adolfs mit der Liga verstummt gewesen (vgl. Irmer, Verhandl. II p. 40).

²⁾ Vgl. § 7 der Renovatio und Lettres I p. 63—65, 107—108, 115, 141—142.

³⁾ Lettres I p. 143.

der Deutschen wecken wollte.¹⁾ Unter diesen Umständen durfte er natürlich auch nicht daran denken, mit seinem Friedensprogramm an die Öffentlichkeit zu treten.

Es ist begreiflich, daß er von dem, was er erreicht hatte, selbst recht gering dachte, und er gestand es seiner Regierung auch offen ein.²⁾ Daß sich der Widerstand der Protestanten neu organisierte, war nicht sein Verdienst; die Form, in der es geschah, widersprach sogar seinen Wünschen.³⁾ Alle seine Vorschläge, die auf ein Gleichgewicht zwischen der Liga und den Protestanten, zwischen den Protestanten und Schweden zielten, waren nicht durchgebrungen. Nur in einem Punkte, der allerdings wichtig genug war, konnte er sich eines Erfolges freuen.

Wie der Bärwalder Vertrag, so enthielt auch das neue Bündniß die Vorschrift, daß keiner der Contrahenten ohne Einwilligung des andern Frieden schließen dürfe. Aber während die Dauer des Bärwalder Vertrags nur auf fünf Jahre festgesetzt war und Schweden dadurch die Möglichkeit hatte, diese lästige Verpflichtung etwa durch einen längeren Waffenstillstand zu umgehen, sollte die Heilbronner Allianz erst mit dem Ende des Krieges erlöschen. Dadurch war die Wiederherstellung des Friedens in Deutschland völlig von der Zustimmung Frankreichs abhängig.⁴⁾

Es ist klar, daß Orenstierna damit die Unabhängigkeit der schwedischen Politik ein gut Stück weiter preisgab, als es Gustav Adolf gethan hatte. Meinte er etwa die französische Zustimmung zu seinen Friedensplänen jederzeit mit der Ueberlassung des Elsasses erkaufen zu können, und verweigerte er nur darum für jetzt noch die Abtretung der ungarheutischen Plätze,

¹⁾ Lettres I p. 54, 76/77, 108/9, 115/116.

²⁾ Lettres I p. 105.

³⁾ Lettres I p. 79.

⁴⁾ Vgl. § 9 und 10 des Bärwalder Vertrags und § 9 und 10 der Renovatio.

weil er sein Zugeständniß nicht vorzeitig aus der Hand geben wollte? ¹⁾ Er hat es selbst ausgesprochen, daß Schweden von dem Augenblicke an, da es sich vom Rheine zurückziehe, keine krenzenden Interessen mehr mit Frankreich habe, ²⁾ und er konnte hier weichen, weil er für sein Vaterland in den obern Kreisen keinen Vanderwerb begehrte. ³⁾ Man wird sagen dürfen, der Heilbronner Schluß und die Erneuerung der schwedisch-französischen Allianz haben zusammen für Deutschland den Verlust des linken Rheinufers entschieden.

Der Eintritt in das schwedisch-französische Bündniß sollte wie gesagt den protestantischen Ständen gestattet sein, und Oxenstierna hat ihnen auch noch während des Konvents eine entsprechende Aufforderung zugehen lassen, wohl nur um der Form zu genügen. ⁴⁾ Sonderlichen Eifer und Nachdruck wird man schwerlich bei ihm anzunehmen haben, da er von einer unmittelbaren Verbindung Frankreichs und der Stände eine Schwächung seines eigenen Einflusses befürchtete. Die Heilbronner Stände konnten dagegen ihre politische Lage durch einen Anschluß an Frankreich nicht weiter verschlechtern. Sie hofften vielmehr an ihm einen Rückhalt zu finden für ihre durch Schweden bedrohte Libertät und rechneten überdies auf direkte pekuniäre Unterstützung. Sie kamen nur deshalb nicht

¹⁾ Ein ähnlicher Gedanke findet sich wenn auch in einem etwas andern Zusammenhange in dem Schreiben des schwedischen Senats d. d. Stockholm 24. Jan. 1633 (Handl. XXIV p. 332). Falls sich die Deutschen, wird dort ausgeführt, nicht zu einer gebührenden Satisfaction bereit finden, müsse Schweden für seine Ansprüche bei auswärtigen Mächten, Frankreich, England, Holland Unterstützung suchen und sich ihrer Hülfe und Betheiligung am Kriege dadurch versichern, daß es ihnen einige Plätze im Oberlande oder auch dieses ganz abtrete. Auch hier ist also schon deutsches Land als Tauschobjekt für die Anerkennung der schwedischen Wünsche ins Auge gefaßt.

²⁾ Handl. XXVI p. 51.

³⁾ Handl. XXVI p. 65, 84.

⁴⁾ Vgl. Vondorp IV p. 325, Handl. XXVI p. 53, Lettres I p. 140 und 142.

zu einer abschließenden Erklärung, weil sie ausreichender Instruktionen entbehrten.¹⁾

Feuquières beobachtete in dieser Angelegenheit vorsichtige Reserve und zog es vor, die Frage offen zu halten. Zwar hätte er es gerne gesehen, wenn ihm eine Theilnahme an den Verhandlungen des Heilbronner Bundesraths zugestanden und damit eine kräftigere Einwirkung gesichert wäre. Aber auch ohnedem meinte er die Interessen seines Vaterlandes gewahrt zu haben, da die Stände nicht ohne Schweden, dieses wieder nicht ohne Frankreich Frieden schließen konnte. Dagegen fand er die Geldforderung der Stände höchst lästig und besorgte außerdem, durch ein Bündniß mit ihnen die Auslegung hervorzurufen, als wenn Frankreich die vom Konvente verfügte Restitution der Pfälzer Kur anerkenne.²⁾ Ausschlaggebend aber war für ihn in diesem Zeitpunkte noch die Rücksicht auf Kurfachsen.

Er wünschte, den Kurfürsten im Kampfe gegen den Kaiser festzuhalten, und wollte ihn daher nicht unnöthig verstimmen, wie dies ein einseitiges Abkommen Frankreichs mit den süddeutschen Ständen aller Voraussicht nach thun mußte. So aber glaubte er, ihm demonstrieren zu können, daß Sachsens Autorität gewahrt worden sei: ihm zuerst mache Frankreich den Vorschlag, dem schwedisch-französischen Bündnisse beizutreten oder auch einen besonderen Vertrag zu schließen, falls ihm das besser scheine.³⁾

Nach Allem, was er über Johann Georg gehört, hegte Feuquières aber nicht allzuviel Hoffnung, in Dresden Erfolge zu erzielen,⁴⁾ und suchte sich daher schon jetzt in einer Be-

¹⁾ Zur Haltung der Stände vgl. Bondorp IV p. 325, Sandt. XXVI p. 53, Lettres I p. 79, 80, 96/97, 116, 161—162.

²⁾ Vgl. Lettres I p. 80, 97, 109, 119, 142—146.

³⁾ Vgl. Lettres I p. 94, 106, 113/114, 144/145.

⁴⁾ Vgl. Lettres I p. 94/95, 96, 109, 114, 151.

sprechung mit Orenstierna über die Haltung schlüssig zu werden, die er gegenüber der sächsischen Friedenspolitik und der ihr verbündeten dänischen Vermittlung einzunehmen habe.¹⁾

Wie sich Sachsen und Dänemark in dem Wunsche einig waren, der auswärtigen Einmischung durch einen raschen Friedensschluß ein Ziel zu setzen, so waren es sich andrerseits auch Schweden und Frankreich in dem Bestreben, den Krieg zu verlängern, um ihren Einfluß erst zu befestigen und dann um so sicherer ihre egoistischen Absichten durchsetzen zu können. So kam es rasch zu einer Abrede zwischen Orenstierna und Feuquières über ihr gegen Sachsen zu beobachtendes Verfahren. Da es nun doch einmal nicht ohne Vermittlung ging, war es für den Reichskanzler ganz erwünscht, wenn er dem dänischen Angebot ein Gleiches von Seite Frankreichs entgegensetzen, jenes durch dieses lahm legen konnte. Nach seinem Rathe sollte also Feuquières seiner Instruktion nachgehn und in Dresden Frankreichs Vermittelung beantragen, sich überhaupt zum Schein mit allen Friedensbestrebungen einverstanden erklären, wirkliche Vereinbarungen in dieser Richtung jedoch auf alle mögliche Art und Weise zu verschleppen suchen. Er selbst wollte sich bemühen, das Zustandekommen des Compositionstages, den König Christian ansetzen würde, zu hintertreiben, ganz sicher wenigstens verhindern, daß die mit Schweden verbündeten Stände dort erschienen. Die Quintessenz ihrer Verabredung war, daß die Beratung eines allgemeinen Friedenskongresses von Frankreich ausgehn müsse auf Grund eines vorher zwischen ihm und Schweden sorgfältig zu vereinbarenden Programms und daß die Friedensbedingungen von Frankreich und Schweden gemeinsam zu diktiren seien.

Diese Verabredung hat über das Schicksal der sächsischen Friedenspolitik und der dänischen Vermittlung entschieden.

¹⁾ Vgl. *Lettres* I p. 118—119

²⁾ Vgl. *Handl.* XXVI p. 54.

Man braucht nur einen Blick auf die Gruppierung der Kräfte zu werfen, wie sie sich jetzt gestaltet, um das einzusehn. Auf der einen Seite Sachsen, Dänemark, Hessen-Darmstadt: im Bewußtsein der Unzulänglichkeit ihrer militärischen Mittel sehn sie sich zu einem vorsichtigen diplomatischen Feldzuge gezwungen und ermangeln doch auch hier noch für den Erfolg der ersten Voraussetzung: eines rückhaltlosen aufrichtigen Entgegenkommens vom Wiener Hofe. Auf der anderen Seite Schweden, mächtig schon für sich allein, jetzt noch weiter gekräftigt durch seine Alliancen, in der Herrschaft über das protestantische Süd-deutschland, mit weitreichenden Verbindungen in den zwei sächsischen Streifen, neben ihm Frankreich: beide entschlossen, die Friedensbestrebungen zu heunnen, wenn nöthig, mit offener Rücksichtslosigkeit zu vereiteln. Es ist klar, auf welcher Seite der Sieg bleiben mußte.

IX.

Bisher hatten sich Schweden und Sachsen im Wesentlichen nur indirekt bekämpft. Jedes von ihnen hatte auf seinem Felde Erfolge zu erringen gesucht, um den Rivalen zu überholen und dessen Plänen den Boden zu entziehen. Von nun an richtet sich die Aktion der verbündeten schwedischen und französischen Diplomatie direkt gegen die kursächsische Politik. Der erste Angriff galt dem Landgrafen Georg.

Georg hatte schon von Gustav Adolf eine Aufforderung zum Besuche des Ulmer Konvents erhalten und Oxenstierna hatte diese Aufforderung seit seiner Abreise aus Dresden zweimal wiederholt.¹⁾ Wir sahen, welche Gründe der Landgraf gegen ein Bündniß mit Schweden hatte, und es ist begreiflich, daß er noch weniger Eust dazu verspürte, seit durch die Dresdener Konferenzen die völlige Entfremdung seines Schwiegervaters und Oxenstiernas deutlich geworden war. Zunächst hatte er sich gemeinsam mit Markgraf Christian von Brandenburg-Kulmbach bemüht, durch Vermittlung Georg Wilhelms eine Verschiebung des Konvents zu erreichen, und als ihm das mißlungen war,²⁾ hatte er an Oxenstierna seinen Rath Dietrich von Plessen geschickt, der sein Fernbleiben von der Versammlung

¹⁾ Vgl. die Relation von Plessens und von Buxedts an Landgraf Georg d. d. Frankfurt a. M. 23. Mai 1633 (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedensstraktaten, p. 231—246) und das undatirte Schreiben Georgs an Oxenstierna aus Dresden (ebenda p. 52—70).

²⁾ Vgl. Georg Wilhelm an Markgraf Christian d. d. Köln 14., an Landgraf Georg d. d. 15. Februar 1633. (Dresden Loc. 8108. 4. B. Friedensstraktaten p. 170—178 und 149 und 156.)

mit dem Hinweis auf die von Gustav Adolf an Darmstadt bewilligte Neutralität rechtfertigen sollte. Der Reichskanzler hatte in seiner bekannten schroffen Weise und mit unzweideutigen Drohungen geantwortet.¹⁾ Trotzdem war der Landgraf in seiner Weigerung verharret. Er wählte sich durch die Autorität seines Schwiegervaters gedeckt²⁾ und dehnte darum auch unter Vorwänden seinen Aufenthalt in Dresden so lange aus, bis er annehmen konnte, daß der Konvent sein Ende erreicht hätte. Die üble Stimmung Oxenstiernas war inzwischen noch durch Georgs Leitmeritzer Reise verschärft worden, trotz aller beruhigenden Versicherungen, die jener darüber gegeben hatte.³⁾

¹⁾ Vgl. Landgraf Georg an Oxenstierna d. d. Dresden 1633. Danach hat Oxenstierna geantwortet: Georg sei ein Reichsfürst und es stände ihm frei, ob er auf Oxenstiernas Aufforderung erscheinen wolle oder nicht. „Er merke aber wohl, daß es nur erlösen seien. Wir führten solche *consilia*, die mehr auf das *privatum* als auf das *publicum* gerichtet waren, dadurch wir nicht allein dem *publico*, sondern auch dem *privato* Schaden thäten, und sollten versichert sein, die Sache gerichte wohl oder übel, so würde es uns hart treffen und über uns hinaus laufen und wir schwere Verantwortung haben. Der herr habe vor seiner abreise aus Berlin ein schreiben gelesen, daraus er genugsam merken könne, daß wir den tag zu Ulm begehrien zu hindern. Was wir aber mit unsren *consiliis* ausrichten würden, das möchten wir wohl mit unserm schaden zu erfahren haben. Unsere neutralität hab schon ein end, der *praefigirte terminus* sei vorüber . . . der herr könne sich auch unserer sachen wider andere, die sich mit der cron Schweden allirt und all das ihrige zusehen, nicht annehmen.“ (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedenstraktaten p. 52–70.) Vgl. auch Irmer II p. 94.

²⁾ Vgl. auch die verschiedenen Briefe Johann Georgs, in denen er bittet, den Landgrafen mit militärischen Bedrückungen zu verschonen und bei dem mit Gustav Adolf getroffenen Vergleich zu lassen: an Oxenstierna, Landgraf Wilhelm, Rheingraf Otto, Baudissin d. d. 10. März, an Oxenstierna, Wilhelm und Bernhard von Weimar d. d. 31. März, an Pfalzgraf Christian d. d. 12. April, an Oxenstierna und Rheingraf Otto d. d. 3. Mai 1633. (Dresden Loc. 8664. Landgraf Georgens unterschriebliche Beschwerden betr. p. 191–213.)

³⁾ Vgl. Irmer II, p. 81, 91–93, Feugu. I, p. 149; über Oxenstiernas Stimmung Irmer II, p. 171, die oben zitierte Relation der darmstädtischen Gesandten d. d. Frankfurt a. M. 23. Mai 1633 und die

Auch die Meinung der Stände war dem Landgrafen durchaus ungünstig. Sie verdachten ihm allgemein seine unklare Stellung zwischen den Parteien, dazu hatten die Pfalz, Hessen-Cassel und mehrere gerade der einflussreichsten Grafen eine Reihe persönlicher Differenzen mit ihm. Unter diesen Umständen fiel Feuquières Anregung auf den günstigsten Boden, daß nämlich eine Bestimmung getroffen werden solle, nach der es keinem Stande erlaubt sei, ohne Ermächtigung durch den Konvent mit dem Feinde zu verhandeln. Es wurde beschlossen, solche Bestimmung zuerst auf den Landgrafen Georg anzuwenden und ihn überdies zum Verzicht auf seine Neutralität und zum Eintritt in den Heilbronner Bund zu zwingen.¹⁾ Für die Weiterblickenden verband sich damit natürlich auch die Absicht, den Kurfürsten dadurch zu treffen, ihn durch seinen Schwiegersohn indirekt auf der protestantischen Seite festzuhalten.

Der Zufall fügte es, daß Feuquières auf seiner Reise zu Kurachsen zwischen Naumburg und Schulpforta mit Georg zusammentraf, der eben in seine Residenz zurückkehrte.²⁾ Beide ließen ihre Wagen halten und begrüßten sich auf offener Landstraße. Der Gesandte drückte sein Bedauern aus, den Fürsten nicht mehr bei Johann Georg zu treffen, da er für seine Verhandlungen mit diesem auf seine Unterstützung gerechnet habe, und fragte dann nach dem Stande der Dinge in Dresden.

Excerpta aus des königlich engelländischen herrn gesandten [Astruthers in Marburg] geführten Diskursen. (Dresden Loc. 8109. 6 B., Friedensstralt. p. 214—219.)

¹⁾ Vgl. Lettres I. p. 82

²⁾ Ueber das Zusammentreffen und die Konferenzen Georgs und Feuquières vgl. die Briefe des Landgrafen an den Kurfürsten d. d. Schortisberga 8. und Weihenstepfer 10. Mai 1633 und die Beilage zu dem letzten, „Discurs ihrer f. Gnd. Herrn Landgraf Georgens zu Hessen mit dem königl. französischen Gesandten Monsr. de Feuquier (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedensstraltaten p. 176—179 und 195—200), ferner Feuquières an Bouthillier d. d. Leipzig 14. Mai 1633 (Lettres I p. 167—172) und die Erzählung Feuquières an Nikolai bei Armer II p. 152—154.

Der Landgraf antwortete ausweichend und verrieth überhaupt deutlich das Bemühen, mit guter Manier möglichst rasch von dem ihm unbequemen Gespräch loszukommen. Das gab nun gerade für Feuquières den Anlaß, sogleich nach seiner Ankunft in Raumburg einen Boten ins Quartier des Landgrafen nach Eckartsberga zurückzuschicken und um eine Audienz für den folgenden Morgen zu bitten.¹⁾ Nothgedrungen gestand sie der Landgraf zu.²⁾

Die Unterredung fand am Morgen des 9. Mai in Eckartsberga, auf Feuquières Wunsch ohne Beisein eines Dritten statt. Feuquières begann damit, die Gründe darzulegen, die ihn bewogen hätten, zunächst dem Heilbronner Konvent beizuwohnen anstatt sofort Johann Georg aufzusuchen. Nun aber sei er auf dem Wege, seine Verschämtheit wieder gut zu machen: er wolle dem Kurfürsten das schwedisch-französische Bündniß mittheilen und ihn zum Beitritt auffordern. Dabei rechne er aber mit Bestimmtheit auf die Unterstützung des Landgrafen, zumal dieser an La Grange das Versprechen gegeben³⁾ und es in einem Briefe an König Ludwig wiederholt habe, stets im Einvernehmen mit den französischen Gesandten handeln und sie von allen seinen Schritten in Kenntniß setzen zu wollen. Als ersten Beweis solcher freundschaftlichen Gesinnung bitte er jetzt um Auskunft über die Leitmeritzer Konferenz und die Absichten Johann Georgs.

Dem Landgrafen war ersichtlich bei diesem Gespräch von Anfang an nicht wohl zu Muth, doch versicherte er den Gesandten seiner Aufrichtigkeit und gab dann eine möglichst unversängliche Darstellung seiner Zusammenkunft mit den kaiser-

¹⁾ Feuquières an Landgraf Georg d. d. Raumburg 8. Mai 1633. (Dresden Loc. 8108. 5. V. Friedensstrataten p. 181.)

²⁾ Landgraf Georg an Feuquières d. d. Eckartsberga 8. Mai 1633 (ebenda p. 183).

³⁾ Vgl. hierüber Nikolas Brief an Oxenstierna d. d. Dresden 11. März 1633. (Zerner II p. 69/70.)

lichen Ministern: wie der Vorschlag dazu von Wien ausgegangen sei, wie er selbst gar keine Neigung dazu verspürt und nur dem ausdrücklichen Wunsche der beiden Kurfürsten nachgegeben, wie die Mittheilungen der kaiserlichen Räthe im Wesentlichen in Betheuerungen von Friedensliebe und einer dringenden Empfehlung der dänischen Interposition bestanden hätten. Auf seinen Bericht hin hätten sich dann beide Kurfürsten zur Annahme der dänischen Vermittlung entschlossen, und hänge das Weitere also nur von dem Friedenskongresse ab, den König Christian anberaumen werde. Hinsichtlich Johann Georgs gab er die Versicherung ab, daß dieser einen Separatfrieden entschieden verwerfe, und erging sich dann noch des Längern über die Nothwendigkeit, dem Kriegselend ein Ende zu machen.

Feuquières entgegnete, er sei überzeugt, daß Johann Georg nur das Beste wolle; ob er aber auf dem von ihm eingeschlagenen Wege etwas ausrichten werde, sei ihm mehr als zweifelhaft. Was sich König Christian eigentlich bei seinem selbständigen Vorgehn denke. Schweden, Frankreich und die ihnen verbündeten Stände würden sich doch nicht dem einfach unterwerfen, was er ohne sie über Zeit und Ort des Friedenskongresses bestimme. Schweden sei zudem garnicht mit Dänemark als Vermittler einverstanden, sondern verlange, daß wenigstens auch noch Frankreich hinzugezogen werde. Aber abgesehen von diesem Allen sei die Zeit für Friedensverhandlungen überhaupt noch nicht gekommen. Zunächst müßten sich die protestantischen Stände unter einander und mit Schweden und Frankreich fest zusammenschließen. Vordem sei an einen billigen und beständigen Frieden nicht zu denken, würden Schweden und Frankreich jedenfalls nicht in Verhandlungen mit den Gegnern willigen. In Heilbronn habe man schon den ersten Schritt zu diesem Ziele gethan. Während sich Orenstierna nach Niedersachsen begeben, um die Stände dort zur Annahme der auf dem

Konvent gefaßten Beschlüsse zu veranlassen, habe er, Feuquières es übernommen, die entsprechende Aufgabe bei Johann Georg durchzuführen. Nun sei ihm der Einfluß des Landgrafen auf seinen Schwiegervater bekannt, und er bäte ihn daher, seine Anträge bei jenem durch ein Empfehlungsschreiben zu unterstützen: für ein Scheitern seiner Mission werde er auf alle Fälle ihn verantwortlich machen. Der Landgraf protestirte: sein Einfluß werde weit überschätzt. Feuquières bedauerte, dem nicht zustimmen zu können. Die Weigerung Georgs sei vielmehr geeignet, den Gedanken nahe zu legen, daß er nur deswegen so rasch von Dresden abgereist sei, um jeder Verantwortung für eine Ablehnung der französischen Anträge überhoben zu sein.

Nachdem sich Feuquières vom Landgrafen verabschiedet hatte, ließ er sich Dr. Wolf rufen und sprach zu ihm in ähnlicher drohender Weise. Dem Kanzler stieg das Blut ins Gesicht: er merkte schon wie es gemeint sei; er solle für seinen Herrn, wie dieser wieder für den Kurfürsten haften. Bei einem solchen Verfahren werde kein Diener mehr in Ausübung seiner Pflicht sicher sein. Er vollführe aber nur, was ihm sein Herr befehle, und Johann Georg sei nicht der Mann, sich von irgend wem, auch seinem Schwiegersohne nicht, Vorschriften machen zu lassen. Es sei doch mehr als sonderbar, daß die Heilbronner Stände den Landgrafen zu einer Politik nöthigen wollten, die seinem Gewissen widerspräche. Johann Georg werde das als eine ihm selbst angethane Beleidigung empfinden, und Frankreich werde sich ein Verdienst erwerben, wenn es die Stände von ihrem Vorhaben abbringe. Feuquières antwortete mit einer nicht mißzuverstehenden Anspielung, daß man heffischerseits nicht immer ein solch zartes Gewissen gezeigt habe, als es sich darum gehandelt, auf Kosten der eigenen Glaubensgenossen Vortheile zu erringen. Was dann das Vorgehn der Heilbronner Stände anbelange, so würden ihre Beschlüsse ohne die Intervention Frankreichs und die Rücksicht auf Kurfürsten

noch weit schärfer ausgefallen sein. Hessen müsse endlich einmal aufhören, sein Augenmerk nur auf den Kaiser zu haben und statt dessen mit Frankreichs Macht rechnen, die ihm viel näher sei und deren Gunst es gar leicht einmal gegen seine Glaubensgenossen bedürfen könne.

Fenquières wurde bei seinen Drohungen durch die Einsicht geleitet, daß Hessen gutwillig nicht von seiner bisherigen Politik abstecken werde;¹⁾ ob er sich viel von dem Empfehlungsschreiben versprach, das ihm Georg an den Kurfürsten mitgeben mußte, wird man wohl bezweifeln dürfen, wenn gleich er sich Nikolai gegenüber dieses Erfolges gerühmt hat.²⁾ Der Resident, der allerdings hinreichend Gelegenheit gehabt hatte, die Hessen während ihres langen Aufenthalts in Dresden kennen zu lernen, schlug den Werth solches Schreibens von vorneherein sehr gering an,³⁾ und die Thatsachen gaben ihm Recht. Der Brief lautete wie vorauszu sehen ganz nichtsagend.⁴⁾ Zudem übersandte der Landgraf gleichzeitig auf anderem Wege seinem Schwiegervater einen ausführlichen Bericht über sein Zusammentreffen mit Fenquières, so daß über seine wahre Meinung kein Zweifel sein konnte. Er schloß daran noch eine sehr scharfe und treffende Kritik des neuen schwedisch-französischen Bündnisses, das ihm der Gesandte mitgetheilt hatte, und endigte damit, daß er selbst Rathschläge ertheilte, wie der Kurfürst den französischen Anträgen am besten ausweichen könne.⁵⁾

Er sah die Lage mit Grund für überaus ernst an. Un-
erträglich kam es ihm zunächst schon vor, daß Oxenstierna so

¹⁾ Lettres I p. 172.

²⁾ Bremer II p. 153.

³⁾ Eben da.

⁴⁾ Vgl. Landgraf Georg an den Kurfürsten d. d. Weiskeser 10. Mai 1633 (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedensverträge p. 201—202).

⁵⁾ Vgl. den oben citirten Diskurs des Landgrafen mit Fenquières, dazu die *Considerationes extemporaneae* über die Konfoederationsnotul (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedensverträge p. 196—200) und die Rathschläge des Landgrafen (ebenda p. 207—208).

weit gehende Verträge ohne Wissen Sachjens schließe, wo er doch noch kurz zuvor selber in Dresden verlangt habe, daß sich Johann Georg für seine Verhandlungen immer erst der Zustimmung Schwedens versichere. Auch an den Bündnißbestimmungen selbst hatte er im Interesse Deutschlands Vieles zu tadeln, vor Allem, daß ihre Dauer zeitlich nicht begrenzt worden sei. Das Schicksal Deutschlands fand er dadurch von dem Gutdünken fremder Mächte abhängig gemacht, weil Schweden nun ohne Frankreichs Erlaubniß nicht mehr in einen Frieden werde willigen können. An der Neigung beider, den Krieg bald zu beenden, schienen ihm Zweifel mehr als je geboten, da ihr Vertrag den Grundsatz aussprach, daß zu einer gütlichen Einigung mit den Feinden keine Aussicht sei, daß der Friede vielmehr mit den Waffen erzwungen werden müsse. Und wenn es auch an anderer Stelle hieß, daß Verhandlungen mit den Gegnern nicht verworfen werden sollten, sobald sich eine günstige Gelegenheit dazu biete, so zog er daraus nur voller Bitterkeit mit Recht den Schluß, daß die gegenwärtige dänische Vermittlung bei Schweden und Frankreich nicht als solche günstige Gelegenheit zu gelten scheine.

Es ist seltsam, daß er trotz alledem den Glauben an einen Erfolg der dänischen Vermittlung noch nicht völlig aufgab. Wenn die Verhandlungen des Kongresses nur erst einmal in Gang gekommen wären, meinte er, könne noch Alles gut werden. Es war die letzte Hoffnung, aus dem Irrefal der dänischen Dinge herauszukommen, an die er sich mit der Verzweiflung eines Ertrinkenden klammerte.¹⁾ Fest stand es demnach für ihn,

¹⁾ „So ist zu hoffen, es werden die unkonföderirte stände desto eher zu beluchung des convents gehölen und man man nur einmal in die tractatus kombt, alsdan noch immer weiterer rath und schluß zu finden sein“ (Rathschläge). „Den solte auch das mittel über königlichen dennemarfischen interposition in ein stocken gerathen, so stände wohl zu besorgen, es würde und bürtte sich das jetzige große werk von tag zu tag noch weiter so verwickeln, daß hiernächst wohl nimmer zu einliger friedensapertur zu ge-

daß sich Kurjachsen auf keinen Fall seiner Selbständigkeit begeben dürfe, wie es das mit dem Eintritt in das schwedisch-französische Bündniß gethan haben würde, und als fast ebenso nothwendig bezeichnete er es, rechtzeitig bei den niedersächsischen Ständen Schritte zu thun, daß sie nicht in die gleiche Abhängigkeit wie die obern Kreise geriethen.¹⁾ Eine schroffe Ablehnung der französischen Anträge hielt er allerdings für unzulässig, weil dann die offene Feindseligkeit Frankreichs zu besorgen sei. Nach seinem Rathe sollte Johann Georg erklären, daß er sich noch zur Zeit durch seine Annahme der dänischen Vermittlung für gebunden erachte und daher erst den Verlauf und das Ergebnis des Friedenskongresses abwarten müsse, daß er dagegen, falls der Ausgleich mit dem Kaiser scheitere, weiteren Bündnißverhandlungen mit Frankreich nicht abgeneigt sei. Im Anschlusse hieran sollte er den Gesandten ersuchen, daß er den andern Ständen für ihre Betheiligung am Friedenskongresse kein Hinderniß in den Weg lege, vielmehr selbstthätig König Christians Bestrebungen fördere.

Für sich hat Georg den Kurfürsten um ein Fürwort bei Frankreich und den Heilbronner Ständen,²⁾ denn auch über seine eigene Lage gab er sich keiner Täuschung mehr hin. „Wie seiner fürstlichen Gnaden bei so vielfältigen Anstößen zu Sinnen sei,“ schrieb damals Dr. Wolf an den kurfürstlichen

langen“ (Landgraf Georg an den Kurfürsten d. d. Langenschwalbach 27. Juli 1633. Dresden, Loc. 8664. Landgraf Georgens unterschiedliche Beschwerden betr. p. 255--256).

¹⁾ „Zeitlich aber were zu praeaviren, daß es mit dem niedersächs. Kreis nicht auch ergehe, wie es mit den vier oberländischen. Es scheint, daß durch die sich hin- und wieder befindende schwedische residenten schon ein anfang zu erreichung des herrn reichskanzlers intention in Niederachsen gelegt sei.“ (Rathschläge.)

²⁾ Vgl. Georg an den Kurfürsten d. d. Weikensee 10. Mai 1633 und seine Rathschläge (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedenstrakt. p. 178—179 und 207—208). Die Bitte wird wiederholt in dem Briefe d. d. Warburg 19. Mai 1633. ebenda p. 220—222.)

geheimen Rath v. Werthern, „ist ohnſchwer zu ermessen, ſieſen jeſhr übel und gefährlich zwischen Thür und Angel.“¹⁾

Bereits die nächſten Tage brachten von verſchiedenen Seiten Nachrichten, die Georgs Befürchtungen verſtärkten. Am 12. Mai auf der Durchreiſe durch Eiſenach erreichte ihn dann ſchon das Schreiben des Heilbronner Konvents mit der Mittheilung des Hauptabſchieds und der Aufforderung zum Beitritt.²⁾ Den ganzen Umfang der Gefahr lernte er aber erſt ermessen, ſeit er wieder in ſeinem Lande angekommen war.³⁾ Hier erhielt er Kenntniß auch von dem Heilbronner Nebenabſchied, offenbar durch Indiskretion eines Freundes, da nach dem Beſchlusse des Konvents allen Nichtmitgliedern des Bundes nur der Hauptabſchied mitgetheilt werden durfte. Die ungeheure Tragweite dieſer Vereinbarungen, wie er ſie etwas ſpäter in einem Briefe an den Kurfürſten ſo ſcharf beleuchtet hat,⁴⁾ war ihm ſofort klar. „Es obſiege gleich die katholiſche oder ſchwediſche Kriegspartei,“ klagte er, „werden die Aenderungen in Deutſchland beſorglich ſo groß ſein, daß diejenige, die jezo ſaſt all das ihrige und Haut und Haar hergeben müſſen, wohl am wenigſten des Siegs zu genießen haben.“ Und nochmals beſtürmte er

¹⁾ Dr. Wolf an Werthern d. d. Weißenſee 10. Mai 1633. (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedenſtraktaten p. 211.)

²⁾ Vgl. Georg an den Kurfürſten d. d. Weſta 13. Mai 1633. „Je fleißiger wir nun den inhalt ertwegen, je betrüblicher will uns der von tag zu tag in mehrere gefährlichkeiten und extrema gerathende jammerſtand und hinfall unſers vaterlands anſehen; ſpüren leider auch ſonſt von unterſchiedenen orten, daß auf den von G. L. an die evangeliſche und proteſtirende ſtände notifizirten gütlichen tractat noch wenig wolle geſehen werden, hören darzu von denen wiederum ſich heufenden betrohungen ſaſt ſtündlich neue warnungen.“ (Dresden Loc. 8108. 5. Buch Friedenſtrakt. p. 212.)

³⁾ Zu dem Folgenden vgl. das Schreiben Georgs an den Kurfürſten mit ſeinen Beilagen, d. d. Marburg 19. Mai 1633. (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedenſtraktaten p. 220—222 u. ff.)

⁴⁾ In dem Briefe vom 3. Juni 1633 (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedenſtrakt. p. 205—207.)

seinen Schwiegervater die Interposition und den Frieden zu beschleunigen, als das Einzige, was Rettung bringen könne. Er bekam sodann ein Schreiben von La Grange, in dem er wegen seiner Leitmüßiger Reise gleichsam zur Rede gestellt und unter Drohungen zum Gehorsam gegen die Weisungen der französischen Diplomaten aufgefordert ward.¹⁾ Mit Recht war er über Form und Inhalt in gleicher Weise empört und fand seine Ansicht bestätigt, daß die Fremden im Deutschen Reich die Meister zu spielen beehrten. Er vernahm ferner, daß auf dem Konvent bedrohliche Reden gegen ihn und selbst gegen Johann Georg geführt worden seien, erfuhr, daß sich die früher von ihm geschädigten Stände anschickten, nun Vergeltung zu üben.²⁾ Zudem sah er endlich die ganze Last militärischer Bedrückungen über sein Land ergehen. Die ohnehin nicht unbeträchtliche Einquartierung wurde bedeutend vermehrt. Tag für Tag folgten sich die Durchmärsche bald einzelner Regimenter, bald ganzer Korps. Die Truppen mußten nur deswegen Umwege machen, daß sie sein Fürstenthum berühren konnten. Ueber ein halbes Tausend Durchzüge während des letzten Jahres meinte er aufzählen zu können. Von Ordnung und Disziplin war dabei noch weniger als anderswo die Rede. Die Absicht

¹⁾ La Grange an Landgraf Georg d. d. Frankfurt a. M. 17. Mai 1633. (Ermer II p. 147—148.) Georg kritisirte es, es sei ihm darin fast verwiesen worden, „daß wir nach Leutmeritz gereiset und der röm. kais. mayt. gesandte angehoret, in effectu fast mit dieser meldung, wir hetten vorhin die königliche französische ministron darüber vernemen können und solten aufrichtig communiciren, was eigendlich vorgangen, und wenn E. Id. und wir die zwischen Frankreich und Schweden aufgerichtete bündnuß eingehen würden, daß alsdann E. I. und wir bei dignität, landen und leuten bleiben könten, wie den das schreiben, ob es wohl an worten kurz, doch in seiner sprache dieser und anderer dinge voll ist.“ (Georg an den Kurfürsten, d. d. Marburg 19. Mai 1633.)

²⁾ Vgl. die Briefe des Konvents an Landgraf Georg d. d. Heilbronn 26. April 1633, in denen er aufgefordert wird, den Grafen von Hsenburg Solms, Löwenstein die widerrechtlich entzogenen Güter zu restituiren. (Dresden Loc. 8664 Landgraf Georgens Beschwerden betr. p. 216—226.)

war ganz deutlich, ihn für seine bisherige Politik büßen zu lassen und ihn zum Verzicht auf seine Neutralität und zur Unterwerfung unter die Heilbronner Beschlüsse zu zwingen.

Der Landgraf suchte zunächst Zeit zu gewinnen. Den oberrheinischen Ständen, die eben in Worms zusammentraten, um ihre Vertreter für Consilium und Kreistrath zu nominiren, schrieb er auf ihre Einladung,¹⁾ daß er wegen seines Eintritts in den Bund erst mit Johann Georg und mit seinen Landständen berathen müsse und vorher nicht an ihren Verhandlungen Theil nehmen könne.²⁾ An Orenstierna sandte er wieder Gesandte, Dietrich v. Pleß und v. Duseck. Er trug ihnen auf, einfach die Fortdauer der Neutralität zu verlangen und zur Begründung auf die zwischen Gustav Adolf und Hessen geschlossene Capitulation zu verweisen, die zwar von Schweden mannigfach verletzt, von Hessen aber stets strikte beobachtet worden sei. Hinsichtlich der Stände, die gegen Hessen persönliche Ansprüche zu haben vermeinten, sollten sie fordern, daß Orenstierna den Betreffenden jede Thätlichkeit verbiete und sie auf den Weg des rechtlichen Verfahrens verweise, wie denn Georg bereit sei, binnen zweier Monate eine Vertheidigungsschrift für sich ausarbeiten zu lassen.³⁾

Ueber ihre Audienz, die am Morgen des 23. Mai in Frankfurt stattfand, haben uns die Gesandten einen überaus charakteristischen Bericht hinterlassen, wie ihnen Orenstierna schon während ihres Vortrags mehrfach erregt ins Wort fiel, sie dann in ausbrechendem Zorn mit den heftigsten Vorwürfen wegen der Leitmeritzer Reise und Hessens egoistischer Politik

¹⁾ Vgl. Pfalzgraf Ludwig Philipp an Georg von Hessen d. d. Alzei 17. Mai 1633. (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedensstraktaten p. 192.)

²⁾ Vgl. Georg an die oberrheinischen Stände. d. d. Marburg 23. Mai 1633. (Dresden Loc. 8109. 8. B. Friedensstraktaten p. 268.)

³⁾ Vgl. die Proposition, wie solche bei dem königlichen schwebischen herten reichskanzler die fürstliche hessen-darmstadtische gesandte abgelegt. (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedensstraktaten p. 227—230.)

überhäufte, die Neutralität schroff aufkündigte und von keiner längeren Frist für die Entschließung des Landgrafen wissen wollte.¹⁾

Bessere Aufnahme fanden sie bei la Grange, den sie am folgenden Tage ebenfalls in Frankfurt aufsuchten. Frankreich hatte zum Mindesten kein Interesse daran, daß Orenstierna seine

¹⁾ Vgl. Relation, wie sehr hart vom königlichen schwedischen herren reichscanzler die fürstliche hessen-darmstädtische gesandte tractirt worden. (Ebenda p. 231—246). Ich hebe hier nur die für Orenstierna besonders charakteristischen Stellen heraus. „Ueber wehrender proposition ist genugsam zu spüren, auch aus des herren reichscanzlers gesicht und geberden und daß seine excell. dem von Pleß wohl dreimal mit gar zornigen worten in die rede gefallen, abzunehmen gewesen, daß ihre excell. sich heftig beweget und erzürnet wie sie dan den von Pleß ganz ernstlich gefragt 1) ob er die (nämlich zwischen der kön. macht zu schweden glorwürdigster gedächtniß und unseren gnädigen herren landgraf Georgen zu Hessen wegen der neutralitet ufgerichtete) capitulation gelesen, und wie er mit ja geantwortet weiter gesagt haben 2) so verstünde er, Pleß, sie nicht, allegirte sie wie der teufel die schrift, 3) sie schwedische hielten die capitulation redlich gehalten, aber der landgraf nicht . . . Nach geendigter proposition haben ihre excell. eine gute weile still geschwiegen und kein einig wort gered, darbei aber eine solche mine gemacht, daß man de mox subsequente et satis dura responsione gar leichtlich animiren können, und ist ihrer excell. endlich ertheilter gar weitläufiger zorniger und nachdenklicher antwort dieses der summarische inhalt: herr gesandter, ihr habt mir eine solche hixige, piquante und injurioße proposition gethan, vergleichen mir mein leben lang nicht vorkommen . . . Wan ihr mit solcher oration toret für den könig kommen, würde euch wohl was anders begegnet sein und hettet euch nur mögen nach der thür umsehen, und wen ich nicht auf eueren herren sehe, der euch geschickt hat, wolte ich euch selbst ein anders sehen lassen . . . Wir haben euch, was versprochen, redlich gehalten und wen schon zuweilen etwas fůrgangen, daß eueres herren land hat müssen beschwert werden, so istz doch aus noth geschehen und hat nicht können geendert werden . . . Aber euer herr hat die neutralität nicht gehalten und sich dardurch derselben verlustig gemacht, denn der könig hat euerem herren verboten, sich der interposition weiter anzunehmen. Euer herr hat mir auch zu Dresden gesagt, daß ers nicht gethan und daß seither ganz nichts weiter darin vorgangen were. Der könig hat nicht gewollt, daß die neutralität länger wehren sollte, ihre macht haben mir auch schon befehl ertheilt gehabt, mit euerem herren deswegen zu tractiren, so haben auch ja

Forderungen bei dem Landgrafen durchsetzte und so seinen Machtbereich noch weiter ausdehnte. La Grange benutzte nun aber sogar die Gelegenheit, um die Interessen seines Vaterlandes auf Kosten Schwedens zu fördern. Da er die Hessen so von Orenstierna bedrängt sah, wechselte er selbst den Ton und begegnete ihnen statt der Drohungen in seinem letzten Briefe mit wohlwollender Höflichkeit. Er gab ihnen Rathschläge,

ihre macht. selbst exzellenz herrn auf den Wlmer tag beschreiben und barburch genugsam zu verstehen gegeben, daß sie ihn nicht länger neutral wissen wollten. Und über dieß auß hat sich euer herr selbst auß der neutralität gesezt, indem er sich gen Deutmeritz begeben und daselbst mit dem feind tractirt hat, daß wir nicht wissen, wie wir dran, ob wir verrathen oder verkauft sein oder was man daselbst vielleicht über unsere löpfe und über unsere hälle geschlossen hat . . . Und wollten ihre excell. hiemit die neutralität aufgesündigt haben . . . Die unirte fürsten und stände zu Heilbronn hetten sich ohnedes vereinbart, unsren gnebigem herrn nicht mehr neutral zu lassen . . . Darumb sollte unser gnediger herr sich nur rotunde erklären, ob ihr fr. gn. freund oder feind sein wollten . . und haben ihre excell. die rechte hand empor, wendeten dieselbe ein wenig von einer seiten zur andern und sagten darauf (jedoch mit etwas gebrochenen worten, daraus abzunehmen, als wens ihre excell. zwar zu verstehen geben aber doch nicht recht heraus sagen wollten) es wackelt, es wackelt jegund im reich, schwiegen ein wenig wieder still und sagten doch endlich, es hieße jegund nach den worten Christi, wer nicht mit mir ist, der ist wider mich, also (sagten ihre excell.) sprechen wir (nemlich die zu Heilbronn in die neue confederation getretene) auch, wer nicht mit uns ist, der ist wider uns und wer wider uns ist, der ist unser feind. Sie sagten auch, es müßte jegund gehen nach dem alten sprichwort: vogel friß oder sterb, welches hernach wohl zu zweien wo nicht dreien unterschiedlichen malen mit großem ernst und eifer auch jedesmal mit sonderbarer commotion und gleichsam commination ist wiederholt worden. Ihre excell. sagten ferner, es müßte nunmehr eine oder andere partei entweder gänzlich obsiegen oder undern liegen . . . Ihre fr. gn. würden mit ihren consiliis nicht wohl treffen, den wen der kaiser obsiegen sollte, würden sie doch nicht mehr als das beneficium ordinis zu genießen haben und nur zum confect gespart werden Sollte aber die evangelische partei ferner glück haben, würden ihre fr. gn. deswegen, daß sie sich von ihnen abgesondert hetten, bei jedermann verhaßt sein und diejenigen, welchen ihre fr. gn. das ihrige furenthalten, würden es nicht allein widernehmen, sondern wohl weiter umb sich greifen und also ihrer fr. gn. wenig übrig bleiben. . . . Ihre fr. gn. hetten sente

die den Absichten des Reichskanzlers total entgegenstießen, empfahl ihnen, sich den schwedischen Forderungen durch unmittelbaren Anschluß an Frankreich zu entziehen, und sprach sein entschiedenes Mißfallen über die Anfechtungen aus, die Hessen in seinem Besitze zu erdulden habe. So hoffte er, für die Frage, die ihm zumeist am Herzen lag, den Einfluß des Landgrafen gewinnen zu können. Er setzte den Gesandten mit größter Offenheit auseinander, daß man mit Dänemark allein als Interponenten nie zum Ziele gelangen werde, und legte ihnen nahe, es durch ihre Beziehungen zum Kaiserhofe und Dresdener Cabinet bewerkstelligen zu wollen, daß auch Frankreich zur Vermittlung herangezogen würde.¹⁾

Seine Anregung blieb allerdings ohne Erfolg. Der Eindruck von Oxenstiernas Äußerungen war vielmehr so stark, daß sich der Landgraf bereit erklärte, die vom Heilbronner Konvent beschlossenen Contributionen und Lieferungen ebenfalls zu erlegen.²⁾ Der Reichskanzler bezeichnete aber auch dieses Anerbieten noch als ungenügend und beharrte auf seiner Forderung des förmlichen Eintritts in den Bund.

Es würde hier zu weit führen, die ferneren Verhandlungen im Einzelnen zu verfolgen. Sie haben sich noch durch den ganzen Sommer hingezogen. Nicht weniger als vier Mal im Ganzen hat Georg Gesandte geschickt, dazu noch persönlich mit dem Reichskanzler konferirt; auf dem Heidelberger Fürstentage

unter sich, die würden sie noch um Land und Leute bringen. . . . Es kostet mich nur ein wort, und ist umb einen wink bei landgraf Wilhelm zu thun, so soll er mit seiner ganzen armee euerm herrn mitten im land sitzen . . . Sie spitzten wohl, daß man nur suchte zeit zu gewinnen . . . Wenn nicht um die inhabungen zu thun wers, würden ihre fr. gn. sich vielleicht bald resolviren, aber dieselbe mußten doch restituirt sein."

¹⁾ Vgl. v. Bußow und v. Bley an Landgraf Georg d. d. Marburg 26. Mai 1633. (Dresden Doc. 8109. 6. B. Friedensstraktaten p. 249—250.)

²⁾ Vgl. Landgraf Georg an Oxenstierna d. d. Marburg 28. Mai 1633 (ebenda p. 252—253).

im Juni wie dem Frankfurter Konvent im August und September ist über diese Angelegenheit berathen worden.¹⁾

Die Differenzpunkte waren im Wesentlichen folgende: Ogenstierna willigte zwar ein, dem Landgrafen die Unterschrift des Heilbronner Schlußes zu erlassen, und wollte zufrieden sein, wenn jener das Versprechen abgab, den Protestanten als Freund beizugehen und dem Feinde keinen Vorschub leisten zu wollen. Er verlangte aber, daß Hessen nicht nur den Heilbronner Abmachungen, sondern allen künftigen Contributionsbewilligungen des Bundes ebenso wie jedes Mitglied unterworfen sein und seine Festungen auf Verlangen jederzeit den Truppen der Confoederirten öffnen sollte. Georg wollte sich dagegen nur zu den bisher beschlossenen Leistungen verstehen, im Uebrigen seine Selbstständigkeit behaupten und vor Allem Herr seiner Festungen bleiben. Die Vorschriften über sein Verhalten gegen die Katholiken fand er unklar und zweideutig und besorgte nicht ohne Grund, daß ihm jede durch feindliche Truppen abgepreßte Lieferung als vorjäßliche Schädigung der Protestanten ausgelegt werden möchte. Vor Allem verlangte

¹⁾ Vgl. hierzu folgende Akten des Dresdener Archivs: Landgraf Georg an Dr. Happel d. d. Marburg 2. Juni, an Ogenstierna und an die zu Heidelberg versammelten Fürsten d. d. Kellertbach 14. Juni, an Markgraf Christian d. d. 18. Juni 1633 (Loc. 8109. 6. B. Friedenstrakt. p. 281—283 und 346—359). Ogenstierna an Georg d. d. Frankfurt a. M. 2. Juli, Memoriale, was bei dem Reichskanzler im Namen Landgraf Georgens anzubringen d. d. Marburg 13. Juli 1633 (Loc. 8664. Landgraf Georgens unterschiedliche Beschwerden betr. p. 236—238, 257—261). Unbergreiflicher Entwurf eillicher Articul, auf welche mit dem Reichskanzler zu schließen die hessische Gesandte instruiert gewesen (Beilage zu der vorhergehenden Akte, excerptirt bei Rommel, hessische Gesch. B. VIII) und kurzer Extract relationis von dem, was zwischen dem Reichskanzler und den hessen-darmstadtischen Abgeordneten vom 7. bis auf den 14. Juli [a. St.] zu Frankfurt vorgegangen (Loc. 8664. 4. B. hessischer Sachen p. 50—54 und 59—61), endlich die Auszüge aus dem Schriftwechsel des Frankfurter Konvents vom 25. Aug. bis 17. Sept. 1633. (Loc. 8109 6. B. Friedenstraktaten p. 406—415.)

er als Entgelt für seine Zusagen die Garantie seines Land-
besitzes, d. h. Schutz gegen die von verschiedenen Seiten gegen
ihn erhobenen persönlichen Ansprüche.

Schließlich ist es durch den Frankfurter Reich vom 23. September 1633 zu einer Art Kompromiß gekommen. Georg gab jenes von Drenstierna verlangte Versprechen und verpflichtete sich, die gleichen Lasten wie die Mitglieder des Heilbronner Bundes zu tragen. Dagegen verzichtete Drenstierna auf die unbedingte Verfügung über die hessischen Festungen.¹⁾

Die territorialen Streitigkeiten Hessens mit den Grafen kamen jetzt noch, trotz aller Nachgiebigkeit Georgs, nicht zum Austrag,²⁾ wurden im Gegentheil bald durch weitere mit Pfalz und Hessen-Cassel vermehrt.³⁾ Damit behielt Orenlierna die Handhabe, jederzeit auf Hessen zu drücken, es durch Begünstigung seiner Widersacher für etwaige unbequeme selbstständige Regungen büßen zu lassen.

Im Ganzen war es für Schweden ein nicht zu unterschätzender Erfolg, weniger nach der rein materiellen Seite hin, denn die Beiträge, zu denen Hessen von nun ab verpflichtet war, hätten sich ebenso gut, wenn nicht besser durch Brandschatzung beitreiben lassen, wie das Drenskierna selbst den Besatzten zu verstehen gegeben hat.⁴⁾ Die Bedeutung des Vertrags lag vor Allem darin, daß in dem Landgrafen einer der Hauptvertreter der sächsischen Friedensintentionen gleichsam vor der schwedischen Kriegspolitik kapitulirte. Der „Friedensstifter im heiligen römischen Reich“ war fürs Erste unschädlich gemacht.

1) Bgl. den Frankfurter Reich d. d. 23. Sept. 1633, § 6.

²⁾ Bgl. Georg an Johann Georg d. d. Siegen 10. Okt. 1633
(Dresden Loc. 8664 Landgraf Georgens Beschwerden betr. p. 275—278).

^{b)} Ueber diese Streitigkeiten ist in dem eben citirten Altenbunde und den 4 B. hess. Sachen desselben Locats ein reiches noch unverarbeitetes Material vorhanden.

*) Am 19. Juli vgl. den Extract relationis.

Und daß es Johann Georg mit aller seiner wiederholten Fürsprache¹⁾ nicht gelungen war, seinen Schwiegersohn vor diesem Schicksal zu bewahren, konnte des Eindrucks auf die anderen Stände nicht verfehlen und mußte seiner Autorität weiteren Abbruch thun. Es war abermals ein indirekter Sieg Oxenstiernas über den Kurfürsten. Und in denselben Tagen, da sich Hessen den schwedischen Forderungen unterwarf, entschied sich auch schon endgültig das Schicksal der dänischen Interposition, auf die Johann Georg gleich dem Landgrafen seine ganze Hoffnung gesetzt hatte.

¹⁾ Vgl. oben Seite 169. Anm. 2, dazu Johann Georg an die Pfalzgrafen Ludwig Philipp und Johann, die Markgrafen Christian von Brandenburg und Friedrich von Baden, Herzog Eberhard von Württemberg, Landgraf Wilhelm d. d. Dresden 24. Juni 1633. (Dresden Loc. 8109. 6 B. Friedenstrakt. p. 313—316.) Der Entwurf zu diesen Schreiben stammt vom Landgrafen selbst (Loc. 8664 Landgraf Georgens unterschiedliche Beschwerden betr. p. 346—349).

X.

Seit sich der Kaiser und Johann Georg mit Dänemarks Vermittlung einverstanden erklärt hatten, lag die Weiterführung des Unternehmens naturgemäß in König Christians Hand. Was speziell Johann Georg anbetraf, so war er bis zum Zusammentritt des allgemeinen Kongresses in der Hauptsache zur Unthätigkeit verurtheilt. Er konnte nichts weiter thun, als seinen Verbündeten das dänische Anerbieten empfehlen, die anderen Stände vor Dreustiernas geheimen Plänen warnen und so gleichsam sekundirend die Hindernisse aus dem Wege räumen, die sich den Friedensbestrebungen entgegenstellten. Im Uebrigen mußte er hoffen, durch sein Beispiel zu wirken, indem er für sein Theil unbeirrt auf der einmal betretenen Bahn beharrte. In diesem Sinne beschied er einen saxonischen und wenige Wochen später einen polnischen Gesandten. Die Vermittlung, die sie im Auftrage ihrer Herrscher anboten, lehnte er mit dem Hinweis auf seine bereits an Dänemark gegebene Zusage höflich aber bestimmt ab.¹⁾

Schwierigkeiten zeigten sich sonst genug von rechts und links. Der Verlockungen von Seiten des Wiener Hofes und ihrer Zurückweisung durch den Landgrafen ist bereits gedacht. Empfindlicher noch berührte die Haltung Georg Wilhelms. Zwar hatte er schon in Dresden gezeigt, daß er nicht gewillt sei, die Friedenspolitik Sachsens unbedingt zu unterstützen: er

¹⁾ Resolution Johann Georgs für den saxonischen Gesandten, d. d. Dresden 9. April, für den polnischen Gesandten d. d. 30. April 1633 (Voc. 8108. 5. B. Friedensverhandlungen p. 123—127, 148—154).

hatte die dänische Interposition nur vorbehaltlich der Zustimmung aller Verbündeten, speziell Schwedens angenommen und eine ähnliche Antwort dann auch an la Grange ertheilt, als dieser Frankreichs Vermittlung angeboten hatte. Sein Benehmen bei des Landgrafen Reise nach Leitmeritz war schwankend und nicht frei von Zweideutigkeit gewesen. Man hatte es damals in Dresden für gut befunden, diesen Gegensatz nicht besonders aufzuführen, offenbar in der Hoffnung, daß er sich von selbst überbrücke und daß sich Georg Wilhelm schon mitfortziehen lassen werde, wenn nur die Verhandlungen mit den Katholiken fortschritten und die Friedensaussichten verstärkten. In dieser Meinung sandte Johann Georg sofort nach seines Schwiegersohns Rückkehr von der Leitmeritzer Konferenz an Kurbrandenburg einen gefärbten Bericht, in dem er nur die friedlichen Aeußerungen der kaiserlichen Minister erwähnte, ihre Ausstellungen an den vom Landgrafen vorgetragenen Wünschen dagegen mit Stillschweigen überging.¹⁾ Mit diesem Briefe kreuzte sich aber schon eine Anzeige Georg Wilhelms, daß er nach einander von zwei polnischen Gesandten aufgesucht sei, die ebenfalls Vermittlung angeboten hätten und daß er ihnen versprochen habe, ihren Antrag zur Kenntniß seiner Verbündeten zu bringen.²⁾ Auf eine Anfrage³⁾ von Dresden theilte er dann den Inhalt seiner Resolution vollständiger mit⁴⁾, und es ergab sich, daß er die dänische Vermittlung nur ganz nebenbei erwähnt hatte, sich mithin ihr gegenüber gar nicht gebunden

¹⁾ Johann Georg an Georg Wilhelm d. d. Dresden 1. April 1633 (Dresden Doc. 8109. 6. B. Friedenstrakt. p. 38—39).

²⁾ Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Köln a. d. Spree 10. April 1633 (Dresden Doc. 8108. 5. B. Friedenstrakt. p. 156—159).

³⁾ Johann Georg an Georg Wilhelm d. d. Dresden 17. April 1633 (ebenda p. 160).

⁴⁾ Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Köln a. d. Spree 25. April 1633 nebst Auszug seiner Resolution an Jarosky d. d. 2. April und dem Protokoll der Konferenz der Kurbrandenburgischen Räte mit Dönhoff (ebenda p. 161—169).

erachtete, ihr nicht einmal einen Vorzug vor den späteren Auerbietungen anderer Staaten einräumte. Es erwies sich ferner, daß jener Bericht über das Entgegenkommen der kaiserlichen Rätthe in Berlin nicht den beabsichtigten Eindruck machte. Es werde sich ja bei den späteren Verhandlungen schon zeigen, meinte Georg Wilhelm kühl, wie weit die Vertheurungen der Gegner aufrichtig seien.¹⁾ In Dresden herrschte ob diesem Allen begreiflicher Weise starkes Mißvergnügen, und Johann Georg gab seiner Empfindung auch unverhohlenen Ausdruck.²⁾ Im Anschlusse daran legte er dem Hohenzoller noch einmal ausführlich alle Gründe dar, die für die Vermittlung grade Dänemarks sprächen, und erklärte, daß er selbst jedenfalls an ihr festhalten werde, unbekümmert, ob sich ihm die andern Stände darin anschließen oder nicht. Am deutlichsten aber trat die Abweichung zwischen der Berliner und Dresdener Politik zu Tage in der Antwort, die Georg Wilhelm auf das sächsische Rundschreiben vom 5. April ertheilte. Sachsen schlug darin, wie erwähnt vor, daß sich die protestantischen Stände schon 8—10 Tage vor dem offiziellen Beginn des allgemeinen Friedenscongresses versammeln sollten, um ihre Bedingungen für den Frieden festzustellen. Georg Wilhelm fand zunächst die angegebene Zeit viel zu kurz für die Größe der zu erledigenden Aufgabe, forderte aber vor Allem, daß auch Schweden zu solcher Berathung hinzugezogen werde. Nach seiner Ansicht sollten Ogenstierna, beide Kurfürsten, ein Ausschuß des Heilbronner Bundes und etwa noch dieser oder jener Stand der zwei sächsischen Kreise baldigst zusammentreten und gemeinsam das protestantische Programm für den Friedenscongreß entwerfen.³⁾

¹⁾ Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Köln a. d. Spree 22. April 1633. (Dresden Voc. 8109. 6. B. Friedenstrakt. p. 51.)

²⁾ Johann Georg an Georg Wilhelm d. d. Dresden 2. Mal 1633. (Voc. 8108. 5. B. Friedenstrakt. p. 170—173.)

³⁾ Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Köln a. d. Spree 28. April 1633. (Dresden Voc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 239—242.)

Welche Pläne Sachsen mit der Vorberathung in der von ihm gewünschten Form verband, ist früher erörtert worden. Der Gegenvorschlag Brandenburgs kam mithin ihrer Verwerfung völlig gleich. Einer Versammlung, an der Orenstierna theilnahm, wäre Johann Georg nicht mächtig gewesen, seinen Willen einfach zu oktroyiren.

Bei den übrigen Ständen hat das Rundschreiben getheilte Aufnahme gefunden, wenn man von den Phrasen absieht, in denen sie sich über die Nothwendigkeit des Friedens und das Nüthliche von Johann Georgs Absichten ergingen. Unbedingt einverstanden mit den sächsischen Vorschlägen erklärten sich nur Landgraf Georg, die Herzoge Friedrich von Schleswig-Holstein und Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, der Administrator von Bremen und sogar Pfalzgraf Ludwig-Philipp.¹⁾ Doch bezeichnete der Letzte seine Antwort ausdrücklich als nur vorläufig. („Vorantwort“.) Alle andern machten mehr oder weniger Einschränkungen. Schon Johann Philipp von Altenburg erachtete es für angebracht, nach der Ansicht Orenstiernas zu fragen und die Erwartung auszusprechen, daß Sachsen auch die Heilbronner Verbündeten zum Besuche des Friedenskongresses veranlassen werden.²⁾ Württemberg, vorsichtig wie immer, schickte seiner Zustimmung scheinbar zusammenhangslos eine Mittheilung über die Beschlüsse des Heilbronner Konvents voraus, an denen es betheiligt sei³⁾. Offenbar verfuhr Pfalzgraf Johann, Landgraf Wilhelm, die vier ausschreibenden Städte Frankfurt, Nürnberg, Straßburg, Ulm, die ihren Bescheid verschoben, bis sie mit dem Reichskanzler Rücksprache genommen hätten.⁴⁾ Von

¹⁾ d. d. Dresden 22. April, Gottorf 3. Mai, Braunschweig 5. Mai, Verden 15. Mai, Lautern 21. April. (Dresden Loc. 8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 257—258, 262—264, 259—260, 249, 243—248.)

²⁾ d. d. Altenburg 23. April (ebenda p. 250—251).

³⁾ d. d. 11. Mai (ebenda p. 270—272).

⁴⁾ d. d. Zweibrücken 28. April, Cassel 10. Mai, s. 1, 26. Mai (ebenda p. 247—248, 273—274, 287—288).

Mitgliedern des Heilbronner Bundes konnte das nicht sonderlich überraschen, aber auch Anhalt verlangte, daß man sich vor dem Eintritt in die Friedensverhandlungen mit Schweden über ein Programm verständige,¹⁾ und die beiden Mecklenburg erklärten sogar ganz unumwunden, daß sie wegen ihrer Verpflichtungen gegen Gustav Adolf den Friedenskongreß nur dann besuchen würden, wenn es Oxenstierna für rathsam ermesse und selber an den Verhandlungen theilnähme.²⁾ Einen etwas andern Standpunkt nahm Markgraf Friedrich von Baden ein. Er hielt es des Eindrucks auf die Gegner wegen für wünschenswerth, daß sich zunächst alle protestantischen Stände nach dem Vorbilde des Heilbronner Bundes einmüthig zusammenschließen.³⁾ Eine ähnliche Forderung ist von Oxenstierna in Dresden und sonst erhoben worden. Da nun der Markgraf das sächsische Schreiben noch in Heilbronn erhalten hat,⁴⁾ liegt es nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß er einfach einer Weisung des Reichskanzlers gefolgt ist. Die schärfste Kritik aber wurde den kur-sächsischen Vorschlägen von Seite Wilhelmus von Weimar zu Theil. Er bezeichnete das ganze Vorgehn Johann Georgs als übereilt, denn man sei nicht im Stande eher in der Frage der dänischen Interposition zu urtheilen, als man der Nachgiebigkeit des Kaisers völlig vergewissert sei und auch die Grundlagen kenne, auf denen König Christian den Ausgleich mit den Gegnern herbeizuführen gedenke. Sobald ihm aber Johann Georg über diese beiden Punkte zuverlässige Auskunft verschaffe, sei er bereit, die Angelegenheit mit andern Ständen und Oxenstierna in Erwägung zu ziehen. Für sehr angebracht aber müsse er es daneben halten, fuhr er fort — und damit lenkte

¹⁾ d. d. 11. Mai (ebenda p. 266—267).

²⁾ d. d. Schwerin 10. Mai, Güstrow 18. Mai (ebenda p. 276—279, 281—284).

³⁾ d. d. Carlsburg 30. April (ebenda p. 285—286).

⁴⁾ Er ist der Einzige, bei dem dies feststeht.

er in die von Markgraf Friedrich vertretene Ansicht ein —, wenn sich Kurfürsten mit Oxenstierna über einen allgemeinen Konvent verständige, auf dem nicht nur die Friedensbedingungen berathen, sondern auch die Heilbronner Beschlüsse vorbehaltlich etwaiger Aenderungen über Niederdeutschland ausgedehnt würden. Mit weit besserer Aussicht auf Erfolg könne man dann in die Verhandlungen mit dem Gegner eintreten.¹⁾

Die Aussichten für Johann Georgs Friedenspläne waren also recht gering: seiner Anhänger waren nur wenige; für die überwiegende Mehrzahl der Stände war die Rücksicht auf Schweden ausschlaggebend. Wie sich dieses aber zur dänischen Vermittlung stellen werde, darüber blieb man in Dresden lange ohne authentische Nachricht. Ueber zwei ganze Monate ließ Oxenstierna verstreichen, bis er sich endlich gemüßigt fand, auf Johann Georgs Bericht über Reventlows Gesandtschaft zu antworten.²⁾ In der Zwischenzeit beschränkte er sich darauf, dem Kurfürsten Abschriften von der Heilbronner Proposition und dem Hauptabschiede zu übersenden.³⁾

Schon die Mittheilung der Proposition erweckte bei den sächsischen Staatsmännern Unbehagen,⁴⁾ das sich dann noch

¹⁾ d. d. Erfurt 1. Mai. (Weimar Kriegs- und Friedensakten 1633–38.)

²⁾ Johann Georgs Brief war vom 14. März, Oxenstiernas Antwort erst vom 31. Mai. (Dresden Loc. 8108. 4. B. Friedensstrakt. p. 308 bis 310.) Es ist wieder eine Probe jener Verschleppungspolitik, die Oxenstierna allen Friedensbestrebungen gegenüber anwandte.

³⁾ Oxenstierna an Johann Georg d. d. Heilbronn 19. März (Londorp IV. p. 300) und 30. April 1633. (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedensstrakt. p. 152–155 Londorp IV p. 327.) Kiesel a. a. O. p. 49 kann sich den Zweck des Briefes vom 19. März nicht erklären. Wie es scheint beabsichtigte Oxenstierna damit nur, dem Kurfürsten das Recht zu nehmen, sich für Unterlassung diplomatischer Mittheilungen auf eine gleiche Versäumniß von Seiten Schwedens zu berufen.

⁴⁾ Vgl. Johann Georg an Oxenstierna d. d. Dresden 13. April (Londorp IV. p. 300–301). Dieser Brief wurde unter gleichem Datum an Georg Wilhelm und Friedrich Ulrich von Braunschweig, unter dem

steigerte, als weitere Meldungen über den Verlauf des Konvents eintrafen. Man hatte sich in Dresden der Hoffnung hingegeben, der Konvent werde gar nicht zu Stande kommen oder doch wenigstens keine großen Resultate zeitigen.¹⁾ Um so bitterer war die Enttäuschung, sehen zu müssen, wie Orenstler's Schritt für Schritt sein Werk dem Ziele näher führte. Geradezu Bestürzung aber entstand, als die Heilbronner Beschlüsse in ihrem vollen Umfange — denn auch hier blieb der Nebenabschied nicht geheim²⁾ — bekannt wurden. Johann Georg sah ein, der Süden Deutschlands war seinem Einflusse verloren, genug wenn es gelang, die weitere Ausdehnung der schwedischen Machtssphäre zu hindern. Er wandte sich sofort an die einflußreichsten oder ihm persönlich nahe stehenden niedersächsischen Fürsten, stellte ihnen das Bedenkliche der Heilbronner Beschlüsse vor Augen und beschwor sie der engen und freundschaftlichen Beziehungen, wie sie von Alters zwischen den Ständen der zwei sächsischen Kreise bestanden hätten, eingedenk zu bleiben und sich nicht von ihm zu trennen.³⁾ Wenige Tage darauf erhielt er die Briefe des Landgrafen, in denen ihn dieser von seinem Zusammentreffen mit Feuquières und der bedrohlichen Einmischung Frankreichs verständigte. Am 19. Mai traf dann

Datum des 8. April an Markgraf Christian von Brandenburg, Herzog Eberhard von Württemberg, Markgraf Friedrich von Baden, Nürnberg übersandt. (Dresden Loc. 8108. 5. B. Friedenstrakt. p. 233—238 und Loc. 8109. 6. B. Friedenstrakt. p. 104.)

¹⁾ Vgl. Zrner II p. 109, 129.

²⁾ Zwischen dem 4. und 10. Mai müssen sie bekannt geworden sein. Der Landgraf kannte sie bei seiner Abreise noch nicht, am 10. Mai aber wurden sie schon von Johann Georg an Christian von Lüneburg u. a. übersandt. Der Nebenabschied ist zwar in Dresden überhaupt nicht authentisch bekannt geworden, sondern nur der Entwurf vom 11. April, sodann der Nebenabschied mit der freien Ritterschaft. Letzterer weicht aber nur wenig vom eigentlichen Nebenabschiede ab.

³⁾ Johann Georg an Christian von Lüneburg, Friedrich von Schleswig-Holstein, Ulrich von Braunschweig d. d. Dresden 10. Mai 1633. (Dresden Loc. 8109. 6. B. Friedenstraktaten p. 40—45, 115—123.)

der Gesandte selbst in Dresden ein¹⁾ und überreichte am folgenden Tage seine Anträge.

Feuquières war mit Absicht langsam gereist, damit ihn die erbetene neue Instruktion rechtzeitig einholen sollte. Er war sich doch nicht völlig sicher, wie weit er für sein eigenmächtiges Verhalten in Heilbronn auf die Billigung seiner Regierung rechnen durfte. In der veränderten Lage hielt er es für das Beste, Johann Georg das zwischen Frankreich und Schweden erneuerte Bündniß vorzulegen und ihm die Wahl zu stellen, ob er einfach beitreten oder lieber ein gleiches mit Frankreich direkt abschließen wolle. Für diesen letzten Fall hatte er seiner Regierung zu erwägen gegeben, ob nicht auch an Sachsen Subsidien bis zur Höhe von einer halben Million Francs zu bewilligen seien.²⁾ In Paris erklärte man sich mit der Wendung, wie sie die Dinge in Heilbronn genommen hatten, einverstanden³⁾ und stimmte dann auch für die weitere Politik Feuquières Vorschlägen zu.⁴⁾ Doch kam diese letzte Nachricht zu spät, als daß sie noch von Einfluß gewesen wäre.⁵⁾ Vielmehr hatte der Gesandte die Verhandlungen in Dresden schon selbständig eröffnet und nur die Vorsicht gebraucht, seine Eingabe derart zu formuliren, daß ihm noch immer eine Auslegung nach Maßgabe der erwarteten Befehle möglich blieb.⁶⁾

Er leitete seine Anträge damit ein, daß er auf die Uneigenmächtigkeit hinwies, mit der Frankreich stets seinen Freunden nachdrückliche Unterstützung habe zu Theil werden lassen. So

¹⁾ *Irmer* II p. 151.

²⁾ *Vgl. Lettres* I p. 94.

³⁾ *Vgl. Lettres* I p. 94 und 106.

⁴⁾ *Vgl. Bouthillier an Feuquières d. d. Paris 14. April (Lettres* I p. 85) und das *Remoire* für Feuquières d. d. Chaulvi 27. April 1633 (ebenda p. 118 ff).

⁵⁾ *Vgl. die Antwort König Ludwigs d. d. Fontainebleau 17. Mai 1633 (Lettres* I p. 179).

⁶⁾ Feuquières hat sie erst am 7. Juni in Dresden erhalten *vgl. Lettres* I p. 103, 135, 248 und *Irmer* II p. 191.

begehrte es auch jetzt nicht irgend welche Vortheile für sich, sondern werde einzig von dem Wunsche geleitet, dem Kriegselend in Deutschland ein Ende machen zu helfen. Er glaube sich daher zu der Erwartung berechtigt, daß Sachsen die Vermittelung, die er hiermit im Namen König Ludwigs anzubieten beschligt sei, nicht geringer schätzen werde als die irgend eines andern Staats.

Allerdings, fuhr er fort, sei es nach Ansicht seiner Regierung noch nicht Zeit zu Friedensverhandlungen. Der Kaiser meine es mit seinen Erbietungen nicht aufrichtig und die Stände müßten sich erst unter sich und mit den befreundeten auswärtigen Mächten in einem Bunde zusammenschließen, ehe sie auf einen Frieden mit günstigen Bedingungen und von Dauer rechnen könnten.

Er entschuldigte dann, daß er sich nicht seinem Auftrage gemäß sofort an Johann Georg gewendet habe als den ersten Fürsten des Reichs an Macht und Patriotismus, von dessen energischem Eintreten auf dem Leipziger Konvent sich die jetzige günstige Lage herichreibe.¹⁾ Schon auf dem Wege nach Dresden, sei er in Würzburg mit Orenstierna zusammengetroffen und durch dessen Aeußerungen bewogen worden, zunächst dem Heilbronner Konvent beizuwohnen. Er habe dort aber mit Erfolg dafür gewirkt, daß Johann Georgs Stellung und Ansprüche gebührend berücksichtigt worden seien, im Uebrigen das schwedisch-französische Bündniß einfach auf der Grundlage des Bärwalder Vertrages erneuert. Nur sei darin auf ausdrücklichen Befehl König Ludwigs die Bestimmung aufgenommen worden, daß die französischen Subsidien im Interesse aller Verbündeten verwendet werden sollten. Es sei die Absicht Frankreichs, dieses Bündniß durch Aufnahme aller Stände und anderer auswärtiger Mächte zu erweitern. Johann Georgs Name sei dabei mit Absicht nicht genannt, um ihm die Wahl zu lassen, ob er

¹⁾ Vgl. Lettres I p. 226.

beitreten oder mit Frankreich einen besonderen Vertrag schließen wolle.

Im Folgenden schilderte Feuquières dann dem Kurfürsten die Vortheile des angebotenen Bündnisses in den verlockendsten Farben, setzte ihm namentlich auseinander, wie er dadurch seine Position Schweden gegenüber verstärke, und endigte mit einer Warnung, auf Friedensverhandlungen mit dem Kaiser einzugehen, die doch von jenem nicht ernst gemeint und nur geeignet seien, Sachsen in eine schiefe und mißliche Lage zwischen beiden Parteien zu bringen.¹⁾

Die Eingabe war äußerst geschickt abgefaßt. Sie trug Johann Georgs starkem Selbstgefühl sorgfältig Rechnung und verfiel selbst da, wo sie ihn auf das Gefährvolle seiner Isolirung aufmerksam machte, nicht in den verletzenden Ton der Drohung, wie ihn Oxenstierna anzuschlagen pflegte.²⁾ In ausführlicher Begründung suchte sie im Voraus alle Bedenken zu widerlegen, die Johann Georg geltend machen konnte.

Gleichwohl fiel dessen Antwort durchweg ablehnend aus. Ganz in Uebereinstimmung mit den vom Landgrafen ertheilten Rathschlägen erklärte er, die französische Vermittlung zu seinem Bedauern nicht annehmen zu können, weil er sich bereits durch sein an Dänemark gegebenes Wort gebunden habe. Den Ausführungen des Gesandten über die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens stimmte er bei, aber seiner Auffassung des Heilbronner Schlusses widersprach er entschieden. Er fand ihn gleichbedeutend mit einer Spaltung, denn man könne doch nicht voraussetzen, daß sich die sächsischen Kreise den ohne ihre Mitwirkung getroffenen Bestimmungen einfach unterwerfen würden. Dazu meinte er für seine Person noch besondere Ursache zur

¹⁾ Vgl. Feuquières an Johann Georg d. d. Dresden 20. Mai 1633 (Dresden Doc. 9227 des Königs in Frankreich) unterschiedlicher Gesandten Anbringen 1631--1635 p. 77--92 und 94).

²⁾ Vgl. das Memoire für Feuquières d. d. 27. April (Lettres I p. 128).

Beschwerde zu haben, da ihn die Stände trotz seiner Verdienste um die evangelische Sache so ganz übergangen und sich nicht einmal ihrer auf dem Leipziger Konvent übernommenen Verpflichtungen erinnert hätten. Auf den Bündnißantrag übergehend entschuldigte er sich, vorläufig keine bestimmte Antwort geben zu können. Er müsse erst mit seinen Freunden und Verwandten berathen, die Meinung seiner Landstände einholen, vor Allem den Ausgang des bevorstehenden Friedenskongresses abwarten. Bleibe der ergebnislos, wolle er weiter zusehn, was in der Sache zu thun sei. Sein Ziel, schloß er, sei ein billiger, sicherer allgemeiner Friede. Bis er das erreicht, werde er die Waffen nicht niederlegen.¹⁾

Feuquières gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern wiederholte seine Anträge mündlich, sie noch ein Mal erläuternd und begründend.²⁾ Wesentlich Neues brachte er aber dabei nicht vor, wenn man von seinem abfälligen Urtheil über König Christians Vermittlerrolle absieht. So hielt sich denn auch der Bescheid, den ihm die kurfürstlichen Räte zwei Tage später zurückbrachten, durchaus auf der Linie der ersten Resolution.

Trotzdem machte Feuquières noch einen letzten Versuch, den Kurfürsten wenigstens zur Annahme des Bündnisses zu bewegen. Er setzte den Räten auseinander, daß ein solches nicht allein den Zweck habe, die Gegner zur Nachgiebigkeit zu nöthigen, sondern daß es auch als Garantie des künftigen Friedens dienen solle und daß es daher nicht angebracht sei, den Abschluß bis zum Ausgang des Friedenskongresses zu verschieben. Auf die Räte schien dies Argument nicht ohne Eindruck zu bleiben, und

¹⁾ Vgl. Johann Georg an Feuquières d. d. Dresden 26. Mai 1633. (Dresden Doc. 9237. Des Königs in Frankreich unterschiedlicher Gesandten Anbringen p. 120—138.) Retribitiv eod. dato. (Ebenda.)

²⁾ Zu dem Folgenden vgl. den Brief Feuquières an König Ludwig d. d. Dresden 17. Juni 1633 (Lettres I p. 225—237).

ihre Erklärung vom nächsten Tage lautete ganz überraschend entgegenkommend. Johann Georg, behaupteten sie, sähe selbst ein, daß in der jetzigen Lage auf günstige Bedingungen für den Frieden nicht zu hoffen sei. Wenn er trotzdem die dänische Vermittlung angenommen habe, sei es nur deshalb geschehn, weil er, von seinen Verbündeten unzureichend unterstützt, die Last des Krieges nicht länger habe ertragen können. Wenn ihm nun aber Frankreich 100000 Thlr. Subsidien bewillige, wolle er versprechen, auf dem Friedenskongresse derartige Forderungen zu stellen, daß daran die Verhandlungen scheitern sollten. Auf diese Weise würde er seiner Verpflichtungen gegen Dänemark wieder frei und sei dann erbietig, alle Wünsche Frankreichs zu erfüllen.

Es kann nicht der geringste Zweifel sein, daß es die Sachsen hiermit nicht aufrichtig gemeint haben, sondern nur dem lästigen Drängen ausweichen und Zeit gewinnen wollten. Feuquières aber scheint ihren Vorschlag ernst genommen zu haben. Zwar sei er darauf nicht instruiert, entgegnete er, doch wolle er sich für die Bewilligung seiner Regierung verbürgen, sobald Johann Georg sein Versprechen schriftlich gebe. Das lehnten die Räte ab: das bloße Wort des Kurfürsten müsse genügen.

Feuquières mußte danach seine Mission für gescheitert ansehen. Er verließ das kurfürstliche Schloß und nahm Wohnung in der Stadt, um den Bericht an seine Regierung in Ruhe abzufassen und zugleich ungestört mit Graf Rinsky verhandeln zu können.

Unmittelbar darauf setzte der englische Gesandte Anstruther mit seinen Anträgen ein. Seine Bemühungen gingen in der Hauptsache dahin, von Johann Georg zu erlangen, daß er die Ansprüche der Pfalz und namentlich ihre auf dem Heilbronner Konvent verfügte Restitution anerkenne. Daneben empfahl er ein Bündniß aller am Kampf gegen den Kaiser Betheiligten,

ohne sich indeß dabei auf eine nähere Erörterung des wie einzulassen.¹⁾

Er hat, um vorzugreifen, ebenso wenig Erfolg gehabt wie Feuquières. Der Kurfürst hat auf den letzten Punkt wieder nur die Versicherung abgegeben, daß er die Waffen nicht vor Abschluß eines allgemeinen Friedens niederlegen werde. Zur Pfälzer Frage hat er erklärt, daß er ihre Bedeutung keineswegs unterschätze, daß er aber das einseitige Vorgehn der Heilbronner Stände unmöglich als den richtigen Weg ansehen könne, einen Ausgleich mit den Gegnern herbeizuführen. Nur der Kongreß, der mittlerweile auf den 23. Juli nach Breslau einberufen war, sei kompetent diesen Streit beizulegen, und er selbst wolle dort für eine Entscheidung wirken, die den Ansprüchen beider Parteien gerecht werde. Auf diesem Standpunkt ist er verharret, trotzdem ihn Anstruther darauf aufmerksam gemacht hat, wie bedenklich, wenn nicht unmöglich, es für die Pfälzer sei, den Kongreß zu beschicken und ihr zweifelloses Recht einem unsichern Schiedsspruche zu unterwerfen.

Diese Haltung beider Gesandten gegenüber ist sehr bezeichnend für einen Charakterzug, dem man in der sächsischen Politik dieser Zeit immer wieder begegnet und für den man den Grund wohl in erster Linie in der Persönlichkeit des Kurfürsten selbst suchen darf. Nur äußerst langsam oder besser gesagt schwerfällig wird er sich über die Richtung der einzuschlagenden Politik klar. Dann aber hält er aller Anfechtungen und Schwierigkeiten ungeachtet mit größter Zähigkeit an dem einmal gefaßten Beschlusse unabänderlich fest. Selbst in der Wahl der Mittel giebt es da keine Abweichung von dem vorgezeichneten Wege mehr, kein Compromiß, kein Anpassen an wechselnde Constellationen. Eine gewisse Armuth an Gedanken ist unleugbar. Die Absicht, die Sachsen mit dem Breslauer

¹⁾ Vgl. Anstruther an Johann Georg d. d. Dresden 10. Juni 1633 (Dresden Doc. 8108. 5. B. Friedensstrataten p. 340—347).

Kongreß verfolgte, ist im Grunde der Tendenz des Leipziger Konvents ganz gleich, als ob inzwischen ein Vordringen Schwedens gar nicht stattgefunden hätte. So verschloß sich jetzt Johann Georg, fast gewaltsam möchte man sagen, der Einsicht, daß mit den Heilbronner Verträgen das Schicksal der dänischen Vermittlung schon besiegelt war. Auch seine Haltung gegenüber Anstruther war von rein theoretischer Erwägung bestimmt, wenngleich die alte Antipathie gegen die Pfälzer mitgewirkt hat. Ob seine Weigerung, die Restitution der Pfalz anzuerkennen, geeignet war, die Katholiken einem Ausgleich zugänglicher zu stimmen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls mußte sie die Pfälzer mit ihrem großen Anhang verstimmen, ihre Neigung abschwächen, am Friedenskongresse theilzunehmen, und insofern sicher die Aussichten der dänischen Vermittlung verschlechtern.

Inzwischen aber war plötzlich ein Ereigniß eingetreten, das einen Augenblick ganz geeignet erschien, die politische Lage mit einem Schlage zu verändern. Am Abend des 13. Juni langte unerwartet der Oberst v. Bixthum von der schlesischen Armee in Dresden an mit der Nachricht, daß Arnim einen 14tägigen Waffenstillstand mit Wallenstein geschlossen habe und selber zum Kurfürsten kommen werde, ihm über die näheren Umstände Aufklärung zu geben.

XI.

Es ist nicht meine Absicht, auf die sogenannte Wallensteinfrage in ihrem ganzen Zusammenhang einzugehn. Durch welche Gründe Wallenstein bewogen worden ist, abermals mit den Gegnern des Kaisers anzuknüpfen, was für ehrgeizige und selbstsüchtige Pläne er damit verfolgt hat, in welchem Verhältnisse für ihn seine Verhandlungen mit Sachsen zu den gleichzeitigen mit den böhmischen Emigranten und Schweden gestanden haben, alles das kommt für den Zweck der vorliegenden Arbeit nicht in Betracht. Hier genügt es, die Auffassung kennen zu lernen, die die sächsischen Staatsmänner von den Vorschlägen des kaiserlichen Feldherrn gehegt haben.¹⁾

Ueber die Vorgänge in Schlesien, die zum Abschlusse des Waffenstillstandes geführt haben, hat Arnim eingehend schriftlich berichtet.²⁾ Darnach hat ihm Wallenstein am Abend des 3. Juni

¹⁾ Für das Folgende kommen hauptsächlich in Betracht an Quellenwerken: Hallwisch, Wallensteins Ende, 2. B., Gildebrand, Wallenstein und seine Verbindungen mit den Schweden, Gädde, Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen und die Nachträge im neuen Archiv für sächsische Geschichte Bd. 7 u. 10; Irmer, die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser Bd. 2; an kritischen Untersuchungen: Hauke, Geschichte Wallensteins, Gildebrand, Wallenstein och hans förbindelser med Svenskarne in Hist. Tidskrift III, Deng, zur Kritik Sejma Majins, Hist. Zeitschrift 23, Gädde, die Ergebnisse der neueren Wallensteinforschung, Hist. Taschenbuch, 6. Folge, 8. Jahrg., die Einleitung bei Irmer und Wittich, zur Geschichte Wallensteins, Hist. Zeitschrift 32. Ich beschränke mich der Kürze halber im Wesentlichen darauf, meine Ansicht darzulegen, ohne jedesmal Abweichungen von früheren Forschungen polemisch zu begründen.

²⁾ Arnim an Johann Georg d. d. 11. Juni (Gädde p. 159) mit den Beilagen Arnim an denselben d. d. 4. Juni (Hallwisch II p. 272) und an Wallenstein d. d. 7. Juni 1633 (Gädde p. 161).

mitgetheilt, daß er sich mit ihm zu unterreden wünsche oder, falls dem Bedenken entgegenständen, den Grafen Erzla schicken wolle. Arnim hat das Gesuch dem Kriegsrath der drei verbündeten Armeen unterbreitet und dieser entschleden, daß dem Kommen des Grafen nichts in den Weg zu legen sei. Darauf ist Erzla im protestantischen Lager gewesen. Was er gebracht hat, ist nicht bekannt. Seine Mittheilungen sind aber derart gewesen, daß Arnim einer nochmaligen Einladung Wallensteins — am 6. Juni, als sich beide feindliche Heere in Schlachtordnung gegenüber standen — nachgegeben hat und zum Herzog hinübergeritten ist. Die Vorschläge, die ihm dort gemacht worden sind und in der Hauptsache ein gemeinsam durchzuführendes Friedensprogramm, daneben einen vorläufigen Waffenstillstand betroffen haben, hat er am folgenden Tage zu Papier gebracht und zur Beglaubigung an Wallenstein zurückgesandt. Darauf ist Erzla, diesmal in Begleitung von Gallas, wiederum im Lager der Verbündeten erschienen und beide haben in Gegenwart des kursächsischen Generals von Schwalbach, des kurbrandenburgischen Obristen von Burgsdorf und des schwedischen Obristen von Jels bestätigt, daß die Aufzeichnung Arnims den Inhalt seines Gesprächs mit Wallenstein und dessen wahre Meinung wiedergäbe. Des Weiteren sind sie auf den Vorschlag des Waffenstillstands zurückgekommen, den Arnim wieder unter Hinzuziehung der Obristen seiner Armee auf 14 Tage bewilligt hat.

So weit der Bericht Arnims, der durch zwei andres Orts überlieferte Schreiben nur unwesentlich ergänzt wird.¹⁾ Es sind also die Verhandlungen ihrem Inhalte nach zu scheiden in

¹⁾ Vgl. Arnim an Wallenstein d. d. 8. Juni. (Hallwich I p. 397.), Erzla an Arnim eod. dato (ebenda p. 398), Gallas an Arnim eod. dato (Neues Archiv Bd. 7 p. 292 f. Nr. 10). Ueber das Verhältniß dieser 2 letzten Briefe vgl. Jermer, Einleitung p. 59. Anm. Aus diesen Schreiben ergibt sich, daß Erzla und Gallas frühestens am 8. Juni ins protestantische Lager gekommen sind.

solche, die den Waffenstillstand, und andere, die den Frieden zum Gegenstande gehabt haben.

Vergleicht man hiermit die Mittheilungen, die die sächsischen geheimen Räte von Miltiz und Timäus gestügt auf eben diesen Bericht und noch dazu auf die mündliche Erzählung Obrist Wipthums an den schwedischen Residenten Nikolai gemacht haben, so ergiebt sich, daß sie ihm gegenüber nur die Verhandlungen wegen des Stillstands erwähnt und diesen ausschließlich mit militärischen Rücksichten begründet haben.¹⁾ Ueber den Besuch Arnims bei Wallenstein und des letzteren Friedensvorschläge sind sie dagegen mit völligem Stillschweigen hinweggegangen. Solche Unvollständigkeit wirkt um so auffälliger, wenn man die Schlußbemerkung des v. Miltiz in Betracht zieht: Johann Georg sehe voraus, daß die Vorgänge in Schlesiens zu Mißdeutungen Anlaß geben würden, als wenn Sachsen vor Ogenstierna Heimlichkeiten habe und im Bunde mit dem Feinde einen Anschlag gegen Schweden plane, darum habe er den Residenten von Allem, was geschehen sei, in Kenntniß setzen wollen.²⁾

Ganz ähnlich lautet die Mittheilung, die Wipthum im Auftrage des Kurfürsten an Fenquières gemacht hat.³⁾

¹⁾ Militärische Gründe mögen bei Arnim mitgesprochen haben. Der Hauptzweck des Stillstandes war aber, daß Arnim zu den beiden Kurfürsten reisen und ihnen über die Friedensvorschläge berichten konnte, vgl. Instruktion für Arnim d. d. 21. Juni 1633. (Gäbele p. 190), Georg Wilhelm an Ogenstierna d. d. 27. Juni 1633 (Irmer p. 220), Clipping an: . . . d. d. 30. Juni 1633 (ebenda p. 238), Wallenstein an den Kaiser d. d. 6. Juli 1633. (Hallwich I p. 426.)

²⁾ Vgl. Nikolai an Ogenstierna d. d. 17. Juni (Irmer II p. 200 ff.) und an Dr. Steinberg d. d. 28. Juni 1633 (ebenda p. 230/31).

³⁾ Vgl. Fenquières an König Ludwig d. d. 17. Juni 1633 (Lettres I p. 243/44). Vgl. auch das Gespräch Wipthums mit Rinsky (Irmer II p. 188). Entsprechend ist das Verhalten der Räte auch gewesen, als sie von der Konferenz mit Arnim nach Dresden zurückgekommen waren. Vgl. Nikolai an Ogenstierna und an Dr. Steinberg d. d. 29. Juni 1633 (Irmer II p. 225 und 231) und Fenquières an König Ludwig d. d. 25. Juni 1633 (Lettres I p. 263.).

Die sächsische Regierung muß also in den Friedensanträgen Wallensteins und ihrer Entgegennahme durch Arnim etwas gefunden haben, was ihr rathsam erscheinen ließ, der schwedischen Partei diese Seite der schlesischen Vorgänge zu verheimlichen. Das konnte selbstverständlich nur dann überhaupt einen Zweck haben, wenn auch Arnim schon ein entsprechendes Verhalten beobachtet hatte.

In Allem, was den Stillstand betraf, hat er nur mit Wissen und Willen des Kriegsraths gehandelt, und die sächsischen Rätthe haben auch in ihrem Gespräch mit Nikolai gebührend darauf hingewiesen, daß Thurn und die andern schwedischen Offiziere mit dem Abschlusse einverstanden gewesen seien, und haben sogar die Namen der Unterhändler genaunt, von denen die näheren Bestimmungen über die Waffenruhe vereinbart wurden. Von Seiten der protestantischen Armee sind dies Bithum, Burgsdorf, Fels, von Seiten des kaiserlichen Heeres Illow nebst vier anderen Offizieren gewesen.¹⁾

Nicht ganz so einfach ist die Frage zu beantworten, ob sich Arnim auch bei seinen Verhandlungen über den Frieden durch die Anwesenheit eines schwedischen und brandenburgischen Vertreters hat kontrolliren lassen. Ob Trzka bei seinem ersten Besuche Gelegenheit gefunden hat, mit ihm unter vier Augen zu sprechen, ist bei dem Fehlen anderer Nachrichten nicht zu entscheiden. In der Hauptsache handelt es sich daher um den Besuch Arnims bei Wallenstein. Nach dem Briefe Arnims an Johann Georg scheint die Annahme erlaubt, daß er allein bei jenem gewesen sei, doch läßt sie sich anderen Quellen gegenüber nicht aufrecht erhalten. Es sind im Ganzen noch acht Berichte von protestantischer Seite, die noch für die Vorgänge vom 6. bis 8. Juni in Betracht kommen.²⁾ Von einem an den

¹⁾ Vgl. *Ermer* II p. 201.

²⁾ Sie sind gedruckt bei *Ermer* II: Georg Wilhelm an Oxenstierna d. d. 27. Juni (p. 219 ff.), Nikolai d. d. 24. Juni (p. 216) und an Dr.

Verhandlungen unmittelbar Betheiligten ist keiner verfaßt, sondern alle referiren erst aus zweiter oder gar dritter Hand und sind daher von sehr ungleichem Werthe. Aus ihnen ergiebt sich aber mit Sicherheit soviel, daß die zweite Einladung am 6. Juni von Trzka persönlich überbracht worden ist und daß sich Arnim darauf alsbald in Begleitung von Bighthum, Burgsdorf, Fels zu Wallenstein begeben hat. Ein Bericht — und er stammt grade von Nikolai, der über gute Gewährsmänner verfügte und diese Wendung der Wallensteinschen Politik mit Aufmerksamkeit und Sorge verfolgte — welch dem aber noch hinzuzufügen, daß Arnim dann abseits aller Uebrigen lange Zeit mit Wallenstein allein conferirt habe.¹⁾

Ihre Bestätigung findet diese Angabe indirekt durch den Brief Arnims an Wallenstein vom 8. Juni.²⁾ Daß er den Inhalt ihrer Unterredung aufgezeichnet habe, schreibt er dort, sei vornehmlich darum geschehen, weil er ein Dokument in Händen haben müsse, das er den Obersten, so vielen es zu wissen gebühre, vorzeigen könne; er wolle nicht aufs Neue in „Suspicion“ gerathen. Solche Vorsichtsmaßregel läßt sich doch nur erklären, wenn Burgsdorf und Fels dem Gespräche nicht von Anfang bis zu Ende beigewohnt haben. Es wäre doch sonst für Arnim entschieden einfacher gewesen, nach seiner Rückkehr ein Protokoll aufsetzen und von jenen beiden mitunterzeichnen zu lassen. So aber wird man jene Angabe Nikolais nicht bestreiten können.

Und damit ist auch die Möglichkeit gegeben, auf die jene seltsame Haltung der sächsischen geheimen Räthe, des Weiteren

Steinberg d. d. 28. Juni (p. 229 ff.), Fischer an den brandenburgischen Kanzler d. d. 28. Juni (p. 284 f.), Transehe an Cräkein d. d. 19. Juni (p. 207 f.), Gloppling an . . d. d. 30. Juni (p. 237 ff.), Anonymes Schreiben d. d. 8. Juni 1633 (p. 185) und bei Hildebrand p. 86: Anonymes Schreiben d. d. 25. Juni.

¹⁾ Zerner II p. 216.

²⁾ Hallwich I p. 397.

die Beunruhigung der schwedischen Staatsmänner¹⁾ hinweist, daß zwischen Wallenstein und Arnim von Plänen die Rede gewesen ist, die ihre Spitze gegen Schweden richteten.

Man wende nicht von vornherein dagegen ein, daß dazu doch trotz der langjährigen persönlichen Bekanntschaft der beiden Männer die Zeit ihres Einzelgesprächs im Verhältnisse nicht lang genug gewesen sein könne. Würde es sich doch nur um Wiederaufnahme von Verhandlungen gedreht haben, wie sie ähnlich zwischen ihnen schon im Jahre vorher stattgefunden hatten. Seitdem war für beide noch die politische Lage durch die Leitmeritzer Conferenz geklärt worden²⁾ und endlich — und auf diesen Punkt wird noch zurückzukommen sein — ist es gar nicht die Absicht gewesen, die Friedensbedingungen schon hier in allen Einzelheiten zu bestimmen, so daß Arnim nur die Ratifikation seiner Regierung hätte einzuholen brauchen, sondern es hat nur gegolten, die Prinzipien festzustellen, in denen sich die weiteren Verhandlungen zu bewegen hätten. Bis zum definitiven Abschluß hat Arnim noch geraume Zeit für nöthig gehalten und demzufolge eine mehrfache Verlängerung des Stillstands um je acht Tage in Aussicht genommen.³⁾

Nach Arnims Aufzeichnung hätte Wallenstein vorgeschlagen, „daß die Hostilitäten zwischen beiden Armeen aufgehoben sein sollten und sie allerseits die Waffen *conjunctis viribus* ohne

¹⁾ Vgl. Irmer Einl. p. 42—46.

²⁾ Arnim war zugegen gewesen, als die hessischen Räte über die Leitmeritzer Conferenz berichtet hatten (vgl. Beilage Nr. 3). Ebenso waren die kaiserlichen Minister nach ihrer Rückreise bei Wallenstein in Prag gewesen und hatten ihm von den Verhandlungen Mittheilung gemacht; vgl. Bischof Anton an Wallenstein d. d. Leitmeritz 25. März, Georg von Hessen an denselben eod. dato, Wallenstein an Georg von Hessen d. d. Prag 28. März (Hollwich I p. 214 und 220), die kaiserlichen Minister an Landgraf Georg d. d. Prag 28. März (Loc. 8109. 6. B. Friedens-trakt. p. 18).

³⁾ Vgl. Arnims Gutachten vom 19. Juni 1633 (Gädeke p. 164).

Respekt einiger Person wider dieselben, so sich unterfangen würden, den statum imperii noch weiter zu turbieren und die Freiheit der Religion zu hemmen, gebrauchen wollten“, in dem Sinne, „daß es Alles im heiligen römischen Reich zum vorigen Stande, wie es vor diesem unglückseligen Krieg anno 1618 gewesen, gebracht, ein jeder bei Ehren, Würden, Privilegium, Immuniteten und Libertet, bevorab die Religion bei freiem Lauf und also das ganze römische Reich bei vorigen löblichen Verfassungen unveränderlich sollte gehalten werden, diejenigen aber, so in der evangelischen Chur-, Fürsten und anderer Potentaten Dienste, in ihren vorigen Pflichten verbleiben, nur Alle, so sich in diesen Verständnisse begeben, schuldig sein sollten, zu diesem Zweck sich zu bearbeiten.“¹⁾

Ich sehe vorläufig von den Friedensbedingungen ab, wie sie hier in großen Zügen entworfen wurden. Was Wallenstein zu ihrer gemeinsamen Durchführung vorschlug, richtete sich eben so wohl gegen Schweden wie gegen den Kaiser. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Aufzeichnung mit der bestimmten Absicht, auch Nichteingeweihten mitgetheilt zu werden, verfaßt worden ist, daß sie daher nicht ohne Weiteres als vollgiltige Wiedergabe der Vorschläge Wallensteins aufgefaßt werden darf; falls er ein gemeinsames Vorgehn gegen Schweden angeboten haben sollte, in diesem Schriftstück darf man nicht erwarten, das unumwunden ausgesprochen zu finden. Doch weist die Charakteristik derer, „so sich unterfangen würden den statum imperii weiter zu turbieren“ deutlich auf Schweden hin, auf den Kaiser vor Allem der Ausdruck „ohne Respekt einiger Person“.

Die sächsischen Räte haben in ihrer Kritik diesen letzten Punkt nicht berührt. Wie sich der Kaiser, mit dem Sachsen im Kriege war, zu dem Vorgehn seines Feldherrn stellen werde,

¹⁾ Vgl. Arnim an Wallenstein d. d. 7. Juni 1633 (Wädeke p. 161, Hallwich I 396). Ueber das Verhältniß der beiden Drucke vgl. Lenz p. 393, Ferner p. 49 Num., Wittich p. 411 Num.

ging sie nichts an. Das war Wallensteins Sache und mochte er mit sich ausmachen. Für sie kam nur die Veränderung in Betracht, die das Verhältniß Sachsens zu Schweden erfahren mußte. Sie erinnerten, „man hette sich wohl fürzusehen, daß nicht in Hoffnung, aus einem Feind einen Freund zu machen, man dargegen die izzigen Freunde zu Feinden bekeme, denn des Herzogs zu Friedland Begehren zielete dahin, man sollte sich mit ihm conjungiren und diejenigen, die das römische Reich ferner turbiren wollten, gleichsam verfolgen helfen; were leicht zu ermessen, wer darunter verstanden würde.“¹⁾ Nach ihrer Ansicht zog also für Sachsen die Annahme der Wallensteinschen Vorschläge leicht den völligen Bruch mit Schweden nach sich. Das steht ganz in Uebereinstimmung mit ihrer Geheimnißthuererei Nikolai und Feuquieres gegenüber.

Arnim hat dagegen das Berrätherische, das in den Anträgen Wallensteins lag, wenigstens gestreift. Der Herzog habe sich schon zu weit compromittirt, urtheilte er, um nicht Unannehmlichkeiten befürchten zu müssen; zurückgewiesen werde er sich daher entweder auf jede Weise von Verdacht zu reinigen suchen und darum gerade Sachsen mit aller Macht und mehr denn je angreifen oder sich auch mit der „stärksten Partei“, d. i. Schweden, vereinigen. Dieser letzte Satz weist des Weiteren schon darauf hin, daß nach Arnims Meinung Wallenstein bis jetzt eine Vereinigung mit Schweden nicht beabsichtigte. Der von Arnim befürwortete Vergleich Sachsens mit dem Herzoge sollte im Gegentheil, wie er sich ausdrückte, dazu dienen, „daß den Ausländischen die Hoffnung, ihre Practicen zu Werke zu richten, abge schnitten“ werde. Darum stellte er auch als erste Norm für die weiteren Verhandlungen auf, „daß man zuvorderst sehe, wie der Anfang zu diesen Werke also ange stellt, daß es bei Frankreich und Schweden keine gefährliche Suspicion gebehre.“ Wenn Schweden in die Abmachungen eingeschlossen

¹⁾ Vgl. das Protokoll der Chmelener Conferenz (Wädeke p. 167).

werden sollte, hätte sich doch die Hinzuziehung eines schwedischen Vertreters zu den Verhandlungen und damit die Vermeidung jedes Verdachts von selbst gegeben. Am deutlichsten ergibt sich aber Arnims Anschauung aus dem Rath, den Waffenstillstand entweder gänzlich aufzuheben oder doch nur immer von einer Woche zur andern zu verlängern, damit Wallenstein „den Schweden nicht zu stark auf dem Halse zöge“, sondern „stets in Furchten stehen mußte und sich nicht verschwechen konnte.“ Arnim nahm also an, daß Wallenstein, sowie er gegen einen Angriff von Seiten der Sachsen auf längere Zeit gesichert sei, dies alsbald dazu benutzen würde, Theile seiner schlesischen Armee nach anderen Kriegsschauplätzen abzukommandiren, um zu versuchen, den Schweden eine Schlappe beizubringen. Bei Arnim war es natürlich nicht Schwedenfreundlichkeit, wenn er das verhindern wollte, sondern die Einsicht, daß jeder militärische Erfolg Wallensteins von ungünstigem Einfluß auf seine Nachgiebigkeit in politischen Fragen sein mußte. Sachsen konnte des Rückhalts an Schweden so lange noch nicht entbehren, als es nicht mit Wallenstein zu völliger Verständigung gelangt war. Aber klar ist hiernach doch, daß Arnim die Vorschläge Wallensteins unmöglich in dem Sinne verstanden haben kann, daß bei ihrem Abkommen Schweden der dritte Theilnehmer sein sollte.¹⁾ Man müßte auch zweifeln, ob er sie sonst befürwortet hätte. Wir sahen, wie lästig er das Uebergewicht Schwedens empfand und wie er ihm entgegenzuarbeiten gedachte, indem er die unter Bernhard von Weimar stehenden Truppen zu gewinnen hoffte.²⁾ Wie würde nun aber Sachsen bei einem

¹⁾ Vgl. den Aufsatz Arnims vom 19. Juni 1638. (Gädeke p. 163—165.)

²⁾ Zu eben dieser Zeit machte man von Dresden aus einen ähnlichen Versuch bei Herzog Wilhelm von Weimar. Ein Auszug der Verhandlungen mit ihm wurde Arnim zu Schmelen mitgetheilt (vgl. Gädeke p. 170—171). Da die näheren Daten daraus nicht zu ersehen sind, gebe ich sie hier: Instruktion Johann Georgs für Schleinitz und Taube d. d. Dresden 16. Mai, Erklärung Herzog Wilhelms d. d. Saalfeld 27. Mai, Instruk-

gleichzeitigen Bunde mit Wallenstein und Schweden zwischen beiden eingepreßt, sein Einfluß hinter dem der zwei großen Militärmächte erst recht zurückgetreten sein.¹⁾

Arnim und die Räte stimmten also darin überein, daß ihnen Wallenstein mit seinen Anträgen eine offene Abwendung von Schweden zumuthete;²⁾ in der Beurtheilung des für Sachsen Zweckmäßigen gingen sie aber auseinander. Die Räte hielten die Gefahr, die dann von Schweden drohte, für zu groß, fanden es auch noch ungewiß, ob man mit Wallenstein wirklich in einer Verständigung gelangen würde, und glaubten sich überdies durch die dänische Vermittlung und den bereits nach Breslau angeetzten Kongreß gebunden.³⁾ Auch Arnim war nicht der Meinung, daß Johann Georg sein Wort, das er König Christian gegeben hatte, zurücknehmen und die Betheiligung am Breslauer Kongresse verweigern sollte.⁴⁾ Aber die Ent-

tion Johann Georgs für Schleinitz d. d. Dresden 30. Juli 1633. (Weimar Kriegs- und Friedensakten 1634 I.) Ich gedenke darauf bei nächster Gelegenheit zurückzukommen.

¹⁾ Wie sehr Arnim die Abhängigkeit empfand, in die Sachsen durch seine militärische Schwäche Schweden gegenüber gerieth, darüber vgl. seine Briefe an Johann Georg d. d. 29. April (Hallwich II p. 261) und 11. Mai 1633 (Wäddeke p. 159).

²⁾ Darum war Arnim auch bei der nächsten Anknüpfung von Seiten Wallensteins von vornherein auf Vorschläge gegen Schweden gefaßt (Arnim an Johann Georg, August 1633 Neues Archiv 10, p. 37 Nr. 2). Vgl. auch Wistharts Bericht über den Bruch des zweiten schlesischen Stillstandes d. d. 26. Sept. 1633: Die Friedensverhandlungen hätten sich zerfallen, „weil der Herzog zu Friedland abermals auf selbe Sachen gefallen, die der Herr Generallieutenant nicht eingehen können.“ (Wäddeke p. 194.) Bekanntlich forderte Wallenstein damals, daß Arnim mit ihm zusammen die Schweden angreifen und „aus dem Reiche schmeißen“ sollte. (Vgl. Arnim an Johann Georg d. d. 26. Sept. 1633 Wäddeke p. 340.) — Ueber das Verhältniß zwischen der Gitschiner und der Strebleuer Konferenz und zwischen den Mai-, Juni- und August-Verhandlungen vgl. Wittich, Hist. Zeitschr. 32 (namentlich das Résumé p. 426/27) und 33 (p. 12 und 19).

³⁾ Vgl. das Protokoll der Schmelenker Konferenz (Wäddeke p. 166 f.).

⁴⁾ Vgl. Puneta, darüber des Herrn Generallieutenants Bedenken vernommen (Wäddeke p. 168).

scheidung verlegte er in die Verhandlungen mit Wallenstein, ohne dessen Zustimmung ein Friede überhaupt unmöglich sei: „zu erwegen ist auch wohl, daß alle Traktaten und Schlüsse vergebens und umsonst, wenn er dazu nicht geneigt oder denselben sich opponiren will, dieweil die Armee, beides: Generalen, Offizieren und Soldaten einig und alleine von ihm dependiren.“ Er machte auf die verhängnißvollen Folgen aufmerksam, die eine Ablehnung der Vorschläge Wallensteins nach sich ziehen könne; wenn man dagegen erst mit jenem einig sei, würden alle weiteren Verhandlungen leicht von Statten gehen und der Weg zum Frieden geebnet sein. Daß man sich durch diese Aussicht nicht in Sicherheit wiegen lassen dürfe, wußte er wohl, da ihm der unberechenbare Charakter des Friedländers nur zu gut bekannt war, und er wollte darum auch keine irgendwie nöthige Vorsichtsmaßregel außer Acht lassen. Aber aus seinen ganzen Ausführungen klang doch die Zuversicht heraus, daß man zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen werde.¹⁾ Den Vorschlag der Rätthe, erst den Ausgang des Kongresses abzuwarten und Wallenstein so lange mit einer ausweichenden Antwort hinzuhalten, wies er zurück: „es ließen sich diese Sachen mit bloßen Diskursen nicht verrichten. Man müßte dem Herzog zu Friedland etwas Gewisses, wie ihrer durchfürstlichen Durchlaucht sein Vorschlag gefiele, sagen: würde sonst gedenten, man wolte ihn nur aufhalten und bei der Nase herumführen.“ Aber die Rätthe blieben bei ihrer Ansicht, und Arnim, dessen Stellung beim Kurfürsten erschüttert war,²⁾ unterlag. Er mußte nachgeben und hat dann sogar selbst den an Wallenstein zu ertheilenden Bescheid im Sinne der Rätthe aufgesetzt.³⁾ Das Resultat ist dann allerdings, wie er es vorausgesehen hatte, ge-

¹⁾ Vgl. den Aufsatz Arnims.

²⁾ Vgl. die oben citirten Verhandlungen Johann Georgs mit Wilhelm von Weimar, dem dabei die Charge als Generallieutenant angeboten wurde.

³⁾ Vgl. das Protokoll und die Instruktion für Arnim (Gäbele p. 189 ff.).

weisen, daß Wallenstein die Unterhandlungen ganz abgebrochen hat und wieder zum Angriff übergegangen ist.

Bei dieser ganzen Erörterung zwischen Arnim und den Räten ist von den Friedensbedingungen mit keinem Worte die Rede gewesen. Weder hat Arnim für seine Ansicht angeführt, daß Sachsen auf dem Wege eines Abkommens mit Wallenstein mehr Zugeständnisse für sich und die Protestanten erreichen werde als im regelrechten Verhandeln mit dem Kaiser, noch haben die Räte für ihren Standpunkt das Gegentheil behauptet. Das sächsische Programm für die Friedensbedingungen, wie es zuerst vom Landgrafen Georg aufgestellt, dann in den Dresdener Conferenzen mit Kurfürst Brandenburg modifizirt und zuletzt vom Landgrafen in Weimern vertreten worden war, könnte also kaum, wenigstens soweit es die protestantischen Forderungen betraf, durch die Anträge Wallensteins eine nennenswerthe Abänderung erlitten haben. Nur hinsichtlich der schwedischen Satisfaktion würden sich infolge der Bedenkllichkeiten der Räte Zweifel aufdrängen.

Die Vorschläge Wallensteins, wie sie von Arnim aufgezeichnet sind, geben ein Programm, das, wenn man es wörtlich nimmt, den ganzen wirren Knoten der unzähligen, sich kreuzenden Interessen und Ansprüche mit einem Schlage zu durchhauen unternommen hätte. Die böhmische und die Pfälzer Frage wären ebenso wie der Streit um die geistlichen Güter entschieden gewesen. Es hätte weder von einer Satisfaktion Schwedens noch von einer Entschädigung für Sachsen die Rede sein können, welches letztere sogar die Lausitzen hätte wieder abtreten müssen.

Indeß ist es so weder von Arnim noch von der sächsischen oder brandenburgischen Regierung aufgefaßt worden. Arnim nahm wie gesagt noch eine längere Fortsetzung der Verhandlungen mit Wallenstein als nöthig an. Die sächsischen Räte fanden unter gewissen Einschränkungen nichts dagegen einzuwenden,

„des Herzogs zu Friedland Vorschläge anzuhören und diskursweise die Friedensmittel, die er vorzuschlagen gemeint, zu vernehmen“. ¹⁾ (Georg Wilhelm endlich vernahmte in den Anträgen Bestimmungen über Böhmen und die Pfälzer Kur. ²⁾) Ihnen allen galten also die Vorschläge, wie sie von Arnim ausgezeichnet waren, nur erst als der Mahnen, innerhalb dessen die Einzelheiten noch der weiteren Ausführung harreten.

Aus der Aufzeichnung Arnims ist nur soviel zu entnehmen, daß Wallenstein eine mittlere Linie innehalten wollte zwischen den extremen katholischen Tendenzen auf der einen, den schwedischen und radikal-protestantischen Ansprüchen auf der andern Seite. Die Bestimmung von der Wiederherstellung in den Stand von 1618 wäre doch zum Mindesten so zu erklären, daß weder das Restitutionsedikt noch die in jüngster Zeit erfolgten neuen Säkularisationen aufrecht erhalten werden sollten. Man könnte ferner aus dem Schweigen der sächsischen Räte muthmaßen, daß Wallenstein für Sachsen eben so große besondere Vortheile versprochen hat, wie schon die kaiserlichen Minister in Leitmeritz, aber darüber hinaus tappt man völlig im Dunkeln: es fehlt jede Andeutung, in welcher Weise die Lösung der böhmischen und pfälzischen Frage, die Befriedigung von Wallensteins persönlichem Interesse, die schwedische Satisfaktion erfolgen sollte.

Diese Lücke unserer Kenntniß hat Anlaß gegeben, nach detaillirteren Vorschlägen Wallensteins zu suchen. Wenn man gemeint hat, solcher Mühe von vornherein überhoben zu sein, so wird sich das nach dem, was eben ausgeführt ist, nicht aufrecht halten lassen.

In den Geschichtswerken des XVII. Jahrhunderts findet man über Wallensteins Vorschläge eingehendere Nachrichten. Die

¹⁾ Vgl. das Schmeleners Protokoll.

²⁾ Vgl. die Resolution Georg Wilhelm's für Arnim d. d. 22. Juni 1633 (Germer II p. 212).

neuere Kritik hat sie alle als unglaubwürdig bezeichnet und mit Recht.¹⁾ Sehr beachtenswerth ist dagegen ein erst kürzlich veröffentlichtes und von Ranke in seiner Darstellung verwendetes Aktenstück.²⁾ Allerdings hat man auch hier die Glaubwürdigkeit angefochten, wie mir scheint, mit Unrecht.³⁾ Die Mittheilungen dieser Quelle über den äußeren Verlauf in Schlessien stimmen in allem Wesentlichen mit denen anderer Berichte überein. Ihre Erzählung von einem Gespräch zwischen Wallenstein und Burgsdorf entspricht dem, was sonst von Wallenstein und seiner Redeweise bekannt ist. Ihre Angaben endlich über die von ihm vorgeschlagenen vier Friedensprinzipien halten sich hinsichtlich der drei ersten völlig innerhalb der Grenzen, die in der Arnimschen Aufzeichnung gezogen sind. Neu ist der vierte Punkt, nach dem Wallenstein den Schweden eine Satisfaction an Land zugestehen wollte, ohne sich indeß vorläufig über ihren Umfang auszusprechen. Dieser Punkt soll nun geeignet sein, den Unwerth der Quelle zu entscheiden. Ein derartiger Vorschlag setze ein gleichzeitiges offenes und rückhaltloses Zusammengehn Wallensteins mit den Schweden und Sachsen voraus, eine Berücksichtigung der Schweden, die mit der Auffassung Arnims und der sächsischen Räthe von dem schwedenfeindlichen Charakter der Wallensteinschen Anträge nicht in Einklang zu bringen sei.

Ranke hat nun nachgewiesen, wie gut sich die hier genannten Vorschläge in den Zusammenhang gleichzeitiger Aeußerungen von katholischer Seite einfügen, und darnach den Vorschlag der Satisfaction dermaßen erläutert, daß man gemeint hätte, die

¹⁾ Vgl. Reuenhiller Ann. Ferd. XII. p. 578, Theatr. Europ. III. p. 74, Chemnitz II p. 136, ferner die neuerdings publicirten Schriftstücke bei Mübeler p. 334 f. und im neuen Archiv VII. p. 157 f. und Armer II p. 238 f., zur Kritik Ranke p. 329, Feuz p. 410 Anm. 2, Mübeler im hist. Taschenb. p. 80 Anm. 3 und Neues Archiv p. 156-159, Armer Einl. p. 47 f.

²⁾ Vgl. Hallwich II p. 274-276 und Ranke p. 330-331.

³⁾ Vgl. Armer Einleitung p. 48, Wittich p. 415/416.

Schweden mit einigen befestigten Plätzen an der See und einem Hafen zu befriedigen.¹⁾ Andererseits deutet die Entgegennahme und Befürwortung der Wallenstein'schen Anträge durch Arnim darauf hin, daß dieser nichts in ihnen fand, was den sächsischen Plänen entgegenliefe, und auch Sachsen wollte, wie wir sahn, mit gewisser Einschränkung für Schweden eine Satisfaktion an Land. Der Widerspruch, den man zwischen dem Vorschlage Wallensteins und der Besorgniß der Sachsen vor Schwedens Feindseligkeit gefunden hat, wird sich also unschwer durch die Annahme lösen, daß in den Verhandlungen des kaiserlichen Feldherrn mit Arnim zwar eine Satisfaktion in Aussicht genommen ist, aber nur in einer beschränkten Ausdehnung, die dem Umfange der schwedischen Wünsche keineswegs entsprach. Was Wallenstein also den Sachsen als Grundlage des Friedens vorgeschlagen hat, deckt sich im Großen und Ganzen, daran darf man mit Ranke²⁾ festhalten, mit dem Inhalte der Leitmeritzer Besprechung, nur hat der Herzog überall größeres Entgegenkommen gezeigt, als es die kaiserlichen Minister gethan hatten.

Das Abweichende zwischen der von den Räten festgehaltenen und der von Arnim befürworteten neuen Politik lag also nicht in einem Mehr oder Weniger an Forderungen für die protestantische Partei, sondern in der Art, wie sie ihr Friedensprogramm zu verwirklichen gedachten. Es war ein Streit nicht über die Friedensbedingungen, sondern über die Taktik, wie sie am besten durchzusetzen seien. Gemeinsam war ihnen auch hier noch, daß sie die Führerrolle in den Friedensverhandlungen für Sachsen in Anspruch nahmen, Schweden zwar nicht vom Frieden ausschließen, wohl aber die Bedingungen ohne seine Theilnahme feststellen wollten. Die Räte rechneten dazu auf die Vorbesprechungen des Breslauer Kongresses, zu denen Orenstierna nicht eingeladen war. Gestützt einerseits auf Sachsens Be-

¹⁾ Ranke p. 197.

²⁾ Ranke p. 198.

ziehungen zum Kaiserhof, andererseits auf Johann Georgs doch noch nicht ganz erloschene Autorität bei den Ständen, hofften sie, in allen Hauptfragen rasch zu einer Abkunft zu gelangen und so den Reichskanzler bei der officiellen Eröffnung des Kongresses schon mit einer vollendeten Thatsache zu überraschen. Dem wirklichen Kongresse wäre danach nur eine bescheidene Rolle, die Ausführung von Einzelheiten und Nebendingen zugefallen, die Mitwirkung Oxenstiernas auf ein beschränktes Maß zurückgeführt und fast illusorisch gemacht. Was sollte aber werden, wenn sich dieser solcher Ueberrumpelung nicht fügte? Dann blieb für Sachsen doch nur die Wahl zwischen demüthigendem Zurückweichen und Krieg. Die Räte haben sich dagegen verschlossen, diese Consequenz zu ziehn. Arnim hat sie dagegen mit völliger Klarheit ins Auge gefaßt. Er zweifelte überhaupt, ob der Kongreß zu Stande kommen werde, und betonte zudem immer wieder, daß alle Beschlüsse über den Frieden nutzlos seien, wenn ihnen nicht auch Wallenstein zustimme.¹⁾ Die Entscheidung suchte er daher in einer Abkunft Sachsens und Brandenburgs mit Wallenstein, wie sie dieser anbot. Die sollte dann *conjunctis viribus* durch eine Vereinnigung der wallensteinischen mit den sächsisch-brandenburgischen Truppen durchgeführt werden, gegen jedermann, also auch gegen Schweden. Da war von keinem längeren vorsichtigen diplomatischen Feldzug mehr die Rede, sondern kurz und scharf sollte an Oxenstierna die Anfrage gerichtet werden, ob Annahme der ohne sein Rathun vereinbarten Bedingungen, ob Krieg. Die Entscheidung stand dann auf Messers Schneide, aber unmöglich war es doch nicht, daß sich Schweden lieber mit einem kleinen aber sicheren Gewinn zufrieden gab, als im Kampfe mit einem überlegenen Gegner Alles aufs Spiel zu setzen.²⁾

¹⁾ Vgl. Arnim an Johann Georg d. d. 16. August 1633 (Gäbele p. 182).

²⁾ Für die Abkunft Wallensteins mit Sachsen und Brandenburg war nach Arnims Aufzeichnung ausdrücklich der Beitritt „anderer Potentaten“ in Aussicht genommen. (Gäbele p. 161.)

Arnims abfälliges Urtheil über den Breslauer Kongreß ist durch die Folgezeit bestätigt worden, und sicher bot sein Verfahren mehr Aussicht auf Gelingen.¹⁾ Damit war es nun aber durch den Bescheid der Räte auch vorbei. Arnim ist auf seinen Vorschlag nicht wieder zurückgekommen. So bilden diese

¹⁾ Vorausgesetzt, daß die Anträge Wallensteins aufrichtig gemeint waren, denn in derselben Zeit wie mit den Sachsen hat er bekanntlich auch durch Vermittlung der böhmischen Emigranten mit Schweden verhandelt und hier eine Politik vorgeschlagen, die sich gegen Sachsen richtete. Nach Meinung Gabelers (Hist. Taschenb. p. 100) wäre die Absicht eines Separatabkommens zu verneinen, denn Wallenstein hätte nimmermehr glauben können, daß er mit den zwei Kurfürsten allein im Stande gewesen wäre, allen Anderen die Friedensbedingungen aufzunöthigen. Eine derartige Argumentation halte ich prinzipiell für verfehlt. Wer will entscheiden, was Wallenstein seinem Feldherrn- und Organisations-talent zugetraut hat, wie die Chancen eines gemeinsamen Vorgehens der einander bisher in Schach haltenden kaiserlichen und sächsisch-brandenburgischen Truppen gewesen wären. Das Eine ließe sich hier so gut beweisen wie das Andere. Eine Erklärung für Wallensteins doppeltes Spiel wird sich überhaupt nur dann finden lassen, wenn man ihn in seinem Thun Schritt für Schritt verfolgt. Allerdings ist auch so vorläufig absolute Gewißheit noch ausgeschlossen und nur um einen mehr oder minder hohen Grad von Wahrscheinlichkeit kann es sich handeln. Das Meiste scheint mir für folgende Lösung zu sprechen, für die ich aber ausdrücklich nicht mehr als den Charakter einer Hypothese in Anspruch nehme. Der Kaiser war zu einem Frieden mit Sachsen und der Mehrzahl der Stände bereit. Dagegen wollte er nichts von einem solchen mit Schweden wissen. (Vgl. seine im Jahre 1632 durch Wallenstein mit Sachsen geführten Verhandlungen, die Zeitweiser Konferenz, die Aeußerung Arnims Orensterna gegenüber bei Jerner II p. 310.) Daher mußte eine Abkunft Wallensteins mit den deutschen Protestanten allein, auch wenn sie diesen wider Willen der Wiener Regierung Zugeständnisse machte, doch als ein geringerer Grad des Verroths erscheinen, als ein Vertrag, an dem Schweden unmittelbar Theil nahm. Seines Heeres konnte er daher für diesen Fall auch nicht so sicher sein, wie für den ersten. (Vgl. dazu, daß in dem Tode Holks, des zuverlässigsten Generals, die meisten Forscher einen Grund dafür sehen, daß Wallenstein im September 1633 seinen Vorschlag einer Vereinigung mit Schweden zurücknahm. Ueber Wittichs abweichende Auffassung s. Hist. Zeitschr. Bd. 33. p. 13. ff.) So meine ich denn, daß Wallensteins eigentliche Absicht bei den Anniverhandlungen 1633 auf ein Abkommen mit Sachsen

Univerhandlungen für die sächsische Politik eine in sich abgeschlossene Episode.

Voller Hoffnung, die Dresdener Regierung auf seinen Standpunkt herüberzuziehen, muß Arnim zu der Besprechung gekommen sein. Hatte er doch auch schon den Kurfürsten von Brandenburg um eine persönliche Unterredung ersucht.¹⁾ Nach der entschiedenen Ablehnung der kursächsischen Räte war Georg Wilhelm's Entschluß, er mochte ausfallen, wie er wollte, nicht mehr von Bedeutung. Nur rein äußerlicher Rücksichten halber, um seine Bitte nicht zurückzunehmen, ist Arnim noch zu ihm gereist.

und Brandenburg gerichtet gewesen ist, in dem die Friedensbedingungen ohne Theilnahme des Kaisers wie Schwedens festgestellt, Beide vielmehr nachträglich zur Einwilligung genöthigt werden sollten. Seine Verhandlungen mit den Emigranten und Schweden wären also nur zum Theil aufrichtig gemeint. Man berücksichtige, daß sie nicht von ihm ausgegangen sind, daß sich vielmehr die Emigranten an ihn herangedrängt haben. Daß er sie nicht zurückstieß, ist wohl begreiflich, wohl aber versuchte er, sie von den Schweden zu trennen (vgl. Wittich a. a. O. p. 408—410). Wie unklar und zweideutig haben ferner seine Aeußerungen gelautet im Verhältniß zu seinen Vorschlägen an Arnim, wie ist er auch nach der Rückkehr Bubnas einer bestimmten Erklärung ausgewichen. Die Sachsen hat er dagegen gesucht, zuerst schon im Beginn des Jahres 1633, als er Sparr nach Dresden sandte, dann im April durch einen Brief an Arnim, jetzt wieder durch Trzka. Und schon durch Sparr hat er, wie anzunehmen ist, eine Abkunft angeboten, die Schweden ausschloß, sich andrerseits aber auch gegen den Kaiser richtete. (Vgl. Nikolai an Orensterna d. d. 25. Januar 1633 Armer II p. 16, dazu Einl. p. 7, Wittich, Hist. Zeitschr. Bd. 32 p. 391—393.) Nach der durch Arnim überbrachten Ablehnung und dem mißglückten Angriff auf Schweidnitz ist er dann dem Standpunkte der sächsischen Regierung entgegengekommen, indem er auch die Schweden in die Abmachungen einbeziehen wollte. Zum ersten Male als aktiver Generalissimus hat er es da deutlich ausgesprochen, mit Sachsen und Schweden gemeinsame Sache machen zu wollen (Wittich, Hist. Zeitschr. Bd. 33, p. 12). Aber der geringste Anstoß genügte, ihn wieder zu seiner ursprünglichen Absicht einer Sonderverständigung mit Sachsen zurückzuführen. — Ich kann hier nicht sämmtliche Quellenäußerungen der Reihe nach durchgehen, meine aber doch soviel behaupten zu dürfen, daß sie sich in eine solche Erklärung noch am leichtesten einfügen.

¹⁾ Vgl. Arnim an Georg Wilhelm d. d. 15. Juni (Armer II p. 199).

Er fand dort weit günstigere Aufnahme.¹⁾ Georg Wilhelm hielt ebenfalls von dem Breslauer Kongresse nicht viel, zumal er selbst bisher weder von Sachsen noch von Dänemark eine offizielle Einladung dazu erhalten hatte. Ueber die Anträge Wallensteins lautete dagegen seine Erklärung, daß sie, falls ehrlich gemeint, nicht auszuschlagen seien, weil jener sonst von seiner Neigung zum Frieden zurückkommen könne. Es ist das höchst auffällig, wenn man in Betracht zieht, daß er doch weit mehr als Sachsen auf Seite Schwedens stand.

Arnim hatte ihm schon von Schlessien aus durch den Christen Burgsdorf berichten lassen. Wir wissen aber nicht, ob dieser in Alles eingeweiht war. Und über die Pelzer Konferenz liegen nicht wie über die von Ehmenen Protokolle vor. Nur indirekt läßt sich aus den Äußerungen Georg Wilhelms erschließen, wie weit sich Arnim ihm gegenüber ausgelassen hat.

Georg Wilhelm meinte in seinem Bescheide nicht über allgemeine entgegenkommende Wendungen hinausgehen zu können; so „general“ erschienen ihm die Vorschläge Wallensteins und so wenig fand er sich dessen „eigentlicher Intention“ genugsam versichert“. Wie die Sachsen dagegen die Tragweite der Vorschläge Wallensteins durchschauten, haben wir gesehen. Georg Wilhelm erklärte ferner, sich wegen der Friedensbedingungen vorerst mit Oxenstierna ins Einvernehmen setzen zu müssen. Er nahm damit in Wirklichkeit seine Erklärung wieder zurück, da Wallenstein doch grade mit den Kurfürsten allein verhandeln wollte. Das kann ihm also Arnim nicht zu verstehen gegeben haben. Georg Wilhelm fand endlich die Vorschläge Wallensteins an Arnim gleichbedeutend mit denen, die jener

¹⁾ Zu dem Folgenden vgl. Resolution Georg Wilhelms für Arnim d. d. 22. Juni (Armer II p. 212), Arnim an Johann Georg d. d. 23. Juni (Wäbeke p. 172), Georg Wilhelm an Oxenstierna d. d. 27. Juni und an Hans Albrecht von Mecklenburg d. d. 3. Juli 1633 (Armer II, p. 319 ff. und 246 f.).

durch Vermittelung der böhmischen Emigranten an den Reichskanzler hatte gelangen lassen. In Wahrheit widersprachen sich beide durchaus.

Es ist nicht anders, Arnim hat den Brandenburger über den eigentlichen Charakter der Wallensteinschen Anträge, über ihre gegen Schweden gerichtete Spitze völlig im Unklaren gelassen.¹⁾ Erst dadurch wird die günstige Antwort, die er erhielt, verständlich.

¹⁾ Vgl. dazu auch, daß Burgsdorf in seinem Berichte an Georg Wilhelm den Abbruch der Strehleuer Verhandlungen als Beweis dafür hinstellt, daß es Wallenstein mit seinen Vorschlägen an Arnim nicht aufrichtig gemeint habe, während doch in Wahrheit der Abbruch die Folge der von Arnim zurückgebrachten Ablehnung war. (Fouquieres I p. 281.) Arnim scheint sonst seine Aufzeichnung an Georg Wilhelm mitgeteilt zu haben. (Ebenda p. 271.)

XII.

Mit sehr geringen Hoffnungen war Feuguieres nach Dresden gekommen. Die Ablehnung seiner Anträge ließ ihn nun an allen Punkten in den Kampf gegen Johann Georg eintreten. Er bewegte sich dabei ganz in den Bahnen Oxenstiernas, indem er es wie dieser unternahm, Sachsens militärische Machtstellung zu erschüttern, den Kurfürsten innerhalb der protestantischen Stände zu isoliren und die dänische Vermittlung mitzujammern dem Breslauer Friedenskongresse zu verwickeln.

Schon die Ernennung des Grafen Thurn zum Kommandeur des schwedischen Korps in Schlesien, die Oxenstierna im Februar verfügt hatte,¹⁾ war ausschließlich durch politische Rücksichten diktiert worden. Wenn es Oxenstierna als den Hauptmangel bei der Kriegsführung in Schlesien bezeichnete, daß dort drei Armeen seien, von denen keine der anderen gehorche „als par courtoisie“²⁾, so war die Ernennung Thurns sicherlich nicht das Mittel, diesem Mangel abzuhelpen. Der Graf war militärisch durchaus unfähig, zudem mit Arnim durch die Ereignisse des Vorjahres gänzlich zerfallen, so daß zwischen ihnen eine Vereinbarung über kriegerische Operationen besonders schwierig sein mußte. Aber gerade dieser Gegensatz zu Arnim ließ ihn in den

¹⁾ Vgl. Jömer II Ginf. p. 6. Anm. 1.

²⁾ Vgl. das Protokoll der Berliner Konferenz vom 12. Febr. 1638 bei Jömer II p. 42.

Augen des Reichstanzlers für diesen Posten geeignet erscheinen. Er sollte die sächsische Heeresleitung gleichsam überwachen und durch Verhandlungen mit den Ständen Schlesiens einer Festsetzung des sächsischen Einflusses vorbeugen.¹⁾ In der Berliner Konferenz war Orenstierna allerdings bemüht, der Ernennung Thurns jede Spitze gegen Arnim zu nehmen, zu dessen politischer Gesinnung und Feldherrentalent er vorgab, volles Vertrauen zu haben.²⁾ Wir haben aber bereits an anderer Stelle gesehen, wie sehr des Reichstanzlers Berliner Aeußerungen in ihrer milden Form auf den Empfänger berechnet waren.³⁾ So lag auch hier die Absicht vor, dem Hohenzoller die Unterstellung seiner Truppen unter Thurns Kommando als etwas Unversängliches erscheinen zu lassen. Daraufhin hat sic Georg Wilhelm denn auch bewilligt. Er nahm aber seine Zusage sofort wieder zurück, ja übertrug sogar im Gegentheil den Befehl über seine Truppen an Arnim, als er in Dresden den üblen Eindruck wahrnahm, den dort die Ernennung grade Thurns hervorgerufen hatte.⁴⁾ Die Vereinigung der schwedischen und brandenburgischen Abtheilungen zu einer Armee und unter einem Führer würde ein in jeder Hinsicht ausreichendes Gegengewicht gegen das sächsische Heer unter Arnim geschaffen haben. So aber wurde das kleine schwedische Korps für die Kriegsführung wieder von den Entschlüssen der sächsischen Heeresleitung abhängig, und Feuquières konnte später eine Verstärkung von ihm nicht dringend genug empfehlen, um diesen Nachtheil weit zu machen.⁵⁾ Auch die

¹⁾ Ebenda p. 42/43.

²⁾ Ebenda p. 40 und 43.

³⁾ Vgl. oben p. 46/47 und 79.

⁴⁾ Vgl. folgende Briefe bei Irmer II: Nikolai an Orenstierna d. d. 4. und 26. März (p. 60, 85, 87), an Erskim d. d. 29. März (p. 89), Johann Fischer an die brand. Räte d. d. 4. und 7. Juni (p. 178 und 181/82), dazu die Antwort Georg Wilhelms an Johann Georg d. d. Dresden 22. März (Doc. 8108. 3 B. Friedenstraktaten p. 737—739).

⁵⁾ Feuquières an König Ludwig d. d. 22. Aug. 1633 (Lettres II p. 65/66 und 76).

Rolle des Beobachters wurde von Thurn schlecht genug ausgefüllt. Wir sahn, daß es nicht an ihm gelegen hat, wenn es im Juni nicht zu einer abschließenden Verständigung zwischen Wallenstein und den Sachsen gegen Schweden gekommen ist.

Auf noch viel weniger loyalem Boden als die eben geschilderten Absichten bewegten sich die Bestrebungen, die höheren kurfürstlichen Offiziere für die schwedischen oder französischen Interessen zu gewinnen und sie sammt einem Theil der sächsischen Armee gegebenen Falls zum Verrath und Abfall zu verleiten. Schon von Heilbronn aus wußte Feuquières seiner Regierung zu berichten, daß Orenstierna im Wert sei, dem Grafen Thurn größere Summen zu schicken, damit dieser möglichst viel Soldaten der sächsischen Armee an sich ziehen und Sachsen so unschädlich machen könne. Auch Georg Wilhelm, hieß es, sei gewillt, sich an einem solchen Vorgehen zu betheiligen.¹⁾ Aehnlich war es, wenn von Seiten Frankreichs eine Pension für Arnim in Aussicht genommen war. Der Versuch, ihn zu gewinnen, schlug aber völlig fehl. Feuquières erhielt auf seinen Brief von ihm nicht einmal eine Antwort.²⁾

Günstiger gestalteten sich die Ausichten bezüglich des Herzogs Franz Albrecht. Obwohl erst nach der Lützener Schlacht als Feldmarschall in sächsische Dienste getreten, sandte er doch bereits im April zwei Vertraute an du Hamel, den damaligen französischen Bevollmächtigten in Dresden und ließ ihm andeuten, daß er Grund habe, mit Johann Georg unzufrieden zu sein, und darum gern von Frankreich Bestallung nehmen wolle; des größten Theils der sächsischen Armee sei er sicher, um ihn ebenfalls zum Uebertritt in französische Dienste bringen

¹⁾ Vgl. Feuquières an Bouthillier d. d. 3. April, an Charnacé d. d. 25. April. (Lettres I p. 74 und 144.)

²⁾ Vgl. Feuquières an Bouthillier und an R. Joseph d. d. 25. April (Lettres I p. 96 und 109), an den König d. d. 22. Aug. 1683 (II p. 62).

zu können.¹⁾ In Paris war man auf die Meldung hiervon sehr im Zweifel, ob der Vortheil, der aus der Annahme dieses Anerbietens entspringe, nicht reichlich durch die unausbleibliche Erbitterung Johann Georgs aufgewogen werden würde. Man wies also Feuquières an, sich der Person Franz Albrechts zwar durch ein reichlich bemessenes Jahrgehalt zu versichern, im Uebrigen aber sein Anerbieten weder anzunehmen noch strikte abzulehnen, sondern ihm statt dessen den Anschluß an die Heilbronner Verbündeten zu empfehlen.²⁾ Aber gerade dies letzte fand Feuquières unausführbar. Als er nähere Erkundigungen über Franz Albrechts Stellung im Heere und seine Absichten einzog, erhielt er es allerdings bestätigt, daß jener über die sächsische Armee verfüge. Dagegen erfuhr er aber, daß der Herzog bei den Schweden sehr schlecht stehe, weil er ihnen für den Mörder Gustav Adolfs gälte, und daß er darum nur entweder direkt unter Frankreich oder unter Wallenstein treten wolle, falls dieser seinen Abfall vom Kaiser vollziehe. Da Beides im Interesse Frankreichs gleich mißlich schien, fand Feuquières es gerathen, die Angelegenheit vorläufig noch in der Schwebe zu erhalten,³⁾ des festen Glaubens, des Herzogs und damit des größten und besten Theils der kurfürstlichen Armee doch jederzeit mächtig zu sein.⁴⁾

Zu derselben Zeit hatte sich Franz Albrecht auch nach

¹⁾ Bgl. du Hamel an seine Regierung d. d. Dresden 9. April (Lettres I p. 185), dazu seine Erzählung an Nikolai am 5. Okt. bei Irmer II p. 364–367. Als einen der beiden Unterhändler bezeichnet Irmer (p. 367 Anm.) den Obristen Steineder. Aus den von ihm citirten Stellen scheint mir aber im Gegentheil hervorzugehen, daß nicht dieser, sondern der Baron de Sirot gemeint war. Bgl. auch Feuquières an König Ludwig d. d. 22. August 1633. (Lettres II p. 61–62.)

²⁾ Instruktion vom 17. Mai 1633. (Lettres I p. 185–186.)

³⁾ Bgl. Feuquières an König Ludwig d. d. 25. Juni. (Lettres I p. 266–268.)

⁴⁾ Bgl. Feuquières Aeußerung an Nikolai am 22. Juni bei Irmer II p. 211.

anderer Seite hin, nämlich mit den böhmischen Emigranten in Verhandlungen eingelassen. Trotz der Lückenhaftigkeit der Berichte steht doch soviel fest, daß er auch hier nicht in den Grenzen geblieben ist, die ihm durch seine Stellung als sächsischer General vorgezeichnet waren. Das beweist schon die Umgehung Arnims und der Umstand, daß die Emigranten auf ihn sogar für den Fall einer direkten Wendung gegen Kurfürsten zählen zu dürfen glaubten.¹⁾ Diese Machenschaften wurden nun aber rechtzeitig durchkreuzt. Von den Verhandlungen mit Frankreich scheint Arnim nichts erfahren zu haben, aber die zunehmende Vertraulichkeit Franz Albrechts mit dem Grafen Thurn und seinen regen Briefwechsel mit Bernhard von Weimar beobachtete er mit wachsender Sorge. Wie weit das Mißtrauen auch in diesem letzten Punkte gerechtfertigt war, läßt sich nicht beurtheilen. Was von der Correspondenz der beiden Herzöge überliefert ist, lautet unverfänglich,²⁾ doch darf man nicht außer Acht lassen, daß der Austausch harmloser Nachrichten oft nur die Maske war, unter der sich politische Verhandlungen von oft recht bedenklicher Natur verbargen. Zunächst erreichte es nun Arnim durch geschicktes Auftreten, die Stellung Franz Albrechts bei den Obersten des sächsischen Heeres zu erschüttern. Sodann ließ er dem Kurfürsten durch den Obersten Kalkstein und Bodenhausen melden, daß der Herzog zusammen mit dem Grafen Thurn und Bernhard von Weimar ein Komplot geschmiedet, die kurfürstliche Armee zum Abfall zu verlocken. Johann Georg war über diese Anschuldigung aufs Aeußerste beunruhigt. Das sei zu viel, rief er aus, zwei Fürsten auf einmal des Verraths zu bezichtigen. Durch die Indiskretion des Oberkammerers Taube wurde die Anklage in weiteren Kreisen bekannt und gelangte auf Umwegen auch zu den Ohren Franz Albrechts. Der leugnete selbstverständlich mit großer Entrüstung Alles,

¹⁾ Vergl. hierüber Armer II Einl. cap. IV.

²⁾ Vgl. Ogensternas skrifter Bd. 6

und da von Seiten Johann Georgs jede Untersuchung unterblieb, fand Arnim es angemessen, den Rückzug anzutreten und die Verantwortung auf Kalkstein abzuwälzen, der seine Aufträge in dem Berichte an den Kurfürsten weit überschritten habe.¹⁾ Immerhin mag der Vorfall dazu gedient haben, den Lauenburger auf das Gefahrvolle seines Beginns aufmerksam zu machen. Die Annäherung Wallensteins an Sachsen entzog dann solchen Plänen vollends den Boden. Es kam im weiteren Verlaufe sogar zu einer Aussöhnung zwischen Arnim und Franz Albrecht, so daß es die französische Diplomatie aufgab, den Herzog zu gewinnen, und sich vielmehr gewöhnte, ihn unter ihre Gegner zu zählen.²⁾

So waren die Versuche alle gescheitert, Sachsens militärisches Übergewicht auf dem östlichen Kriegsschauplatze zu erschüttern. Um so größere Bedeutung gewann die Frage, ob es gelingen werde, die Pläne der sächsischen Politik zu durchkreuzen. In der Hauptsache kam es dabei wieder wie im Winter auf die Haltung Georg Wilhelms an. Von Heilbronn aus hatte Feuquières sehr befriedigt geschrieben, daß jener von Schweden bereits völlig gewonnen sei und Alles thun werde, was man von ihm begehren möchte.³⁾ In Dresden erlitt aber diese Zuversicht einen ziemlich starken Stoß. Feuquières fand, daß sich die brandenburgische Regierung mit ihrer Antwort auf das dänische

¹⁾ Vgl. Nikolsais Tagebuch zum 1. und 15. Juni und 14. Juli 1633 (bei Trummer II p. 168 f., 196 f., 250 f.), sowie die Briefe Arnims an Johann Georg d. d. 9. Juli, an Kalkstein d. d. 10. Juli, an Franz Albrecht d. d. 16. Juli (bei Gadele p. 174 ff.) Vielleicht gehört auch das Schreiben Franz Albrechts bei Gadele Nr. 68 in diesen Zusammenhang.

²⁾ Vgl. Feuquières an den König d. d. 22. Aug. (Lettres II p. 61–62), Moritz an Feuquières d. d. 4. Nov. 1633 (ebenda p. 147 ff.), ferner Steinacker an Ogenfierna d. d. 12. Okt. (Hilkebrand p. 65), Nikolsais Tagebuch zum 5. Okt. (Trummer II p. 367.)

³⁾ Vgl. Feuquières an P. Joseph und an Charnacé d. d. 25. April (Lettres I p. 106 und 114.) Vgl. auch Lettres I p. 38.

Vermittlungsangebot dem sächsischen Standpunkt bedenklich genähert habe, und beschloß daher, sobald er seine Mission bei Johann Georg für diesmal gescheitert sah, ohne längeres Säumen nach Berlin zu reisen, um sich des Hohenzollern zu versichern.¹⁾

Indessen wurde er noch durch mehrere Umstände aufgehalten. Zunächst ließ ihn ein Gespräch mit Anstruther befürchten, daß dieser besseren Erfolg haben und Johann Georg zur Anerkennung des Heilbronner Bundes veranlassen könne. Nicht ohne Grund besorgte er davon eine Stärkung des englischen Einflusses gegenüber dem französischen und nahm daher noch einmal seine Versuche bei den kurfürstlichen Räten auf. Es stellte sich aber alsbald heraus, daß jene Äußerungen Anstruthers durchaus gegenstandslos waren.²⁾

Berechtigt war, wie wir sahn, die Besorgniß bei der Annäherung Wallensteins an Sachsen. Feuquières empfing die Nachricht von dem Strehlemer Stillstande durch die sächsische Regierung selbst, aber trotz der berechnet harmlosen Form, in der es geschah, war sein Mißtrauen sofort rege, und er gab ihm in ziemlich unverblühten Drohungen Ausdruck. Da nun die Fluth widerspruchsvoller Gerüchte ein sicheres Urtheil nicht gestattete, beschloß er, vorerst noch mit seiner Abreise zu warten, bis Johann Georg von seiner Conferenz mit Arnim zurückgekehrt sei. Allerdings hat er auch dann noch nicht die gehoffte Aufklärung erhalten.³⁾ Inzwischen sandte er an Georg Wilhelm ein Schreiben, in dem er sein langes Ausbleiben entschuldigte und bis zu seiner Ankunft alle Entschlüsse zu verschieben bat.⁴⁾

¹⁾ Vgl. Feuquières an den König d. d. 17. Juni. (Lettres I p. 236.)

²⁾ Ebenba 237—243.

³⁾ Vgl. die Briefe Feuquières vom 17., 21. und 25. Juni (Lettres I p. 243—248, 260—261, 262—266) und Nikolai bei Irmer II Nr. 189 p. 215, Nr. 192 p. 217—219, Nr. 194 p. 224.

⁴⁾ Vgl. Feuquières an König Ludwig d. d. 21. und 25. Juni (Lettres I p. 261 und 264), Douthillier an Feuquières d. d. 18. Juli (Lettres II p. 11), Arnim an Johann Georg d. d. 23. Juni (Gäbede p. 172), Feuquières an Georg Wilhelm (Aubery I p. 398.)

Eine ähnliche Verzögerung brachte der durch Vermittlung des Grafen Rinsky unternommene Versuch einer Anknüpfung zwischen Frankreich und Wallenstein. Auch hier intriguirte Feuquières gegen Sachsen, indem er Wallenstein in einem längeren Memoire darauf aufmerksam machte, daß durch die Breslauer Friedensversammlung sein Einfluß umgangen würde und es also in seinem Interesse liege, sie zu verhindern.¹⁾ In allem Uebrigen liegen sonst diese Verhandlungen außerhalb des Rahmens unserer Darstellung. Hier nur noch soviel, daß sich Feuquières nach langem sehnächtigen Warten auf eine direkte Aeußerung Wallensteins schließlich doch zum Aufbruch hat entschließen müssen, ohne eine solche erhalten zu haben.²⁾

Am 25. Juni verließ er Dresden, wo er über fünf Wochen verweilt hatte, und traf am Abend des 30. in Berlin ein.³⁾

Die Anträge, die er in der Audienz am nächsten Morgen überreichte, waren dieselben wie in Dresden: Anerkennung des Heilbronner Bundes, Eintritt in die schwedisch-französische Allianz oder Abschluß eines besonderen Vertrags mit Frankreich, Annahme der französischen Vermittlung unter Mißbilligung des Breslauer Friedenskongresses. Die Forderung, noch ein Mal ausdrücklich ein Festhalten an den Prinzipien des Leipziger

¹⁾ Vgl. Aubery. *Mémoires pour l'histoire du cardinal de Richelieu* I p. 402. Ueber das Datum vgl. Schebek, Rinsky und Feuquières p. 50. Anm. Vgl. auch Feuquières an Ogenstierna und das an Nikolai gegebene Memorial bei Aubery p. 402 ff.

²⁾ Ueber die Verhandlungen Feuquières mit Rinsky, vgl. Schebek, der das Material sorgfältig zusammenstellt, daran aber leider ganz unritische Schlüsse knüpft.

³⁾ Zu den Berliner Verhandlungen vgl. die Eingabe Feuquières d. d. 1. und die Resolution Georg Wilhelms d. d. 11. Juli 1633 (Loc. 8108, 4 B. Friedenstractaten p. 408—411 und 416—419), ferner die Briefe Feuquières d. d. 2. Juli (Lettres I p. 269 ff.), 10. Juli (I p. 278 ff.), 22. Aug. (II p. 34 ff.). Ueber Georg Wilhelms endlichen Eintritt in die *Renovatio* vgl. weiter unten p. 235 und Möhrner, *Rurbrandenburgs Staatsverträge* Nr. 58, p. 111 ff.

Schlusses zu erklären, ließ er jetzt aus, da er in Dresden wahrgenommen hatte, daß eben aus dem Leipziger Schlusse Johann Georg seine Ansprüche auf die Führerrolle innerhalb der deutschen Protestanten herleitete.

Die Pariser Regierung hatte längst mit richtigem Blick das Mittel erkannt, Georg Wilhelm allen ihren Wünschen gefügig zu machen. Schon durch die erste Instruktion war Feuquières angewiesen, dem Kurfürsten auseinander zu setzen, wie ganz Pomern und die wichtigsten Plätze Preußens und der Mark in der Hand der Schweden, Cleve in der der Holländer seien, wie daher ein Sonderfriede mit dem Kaiser für Brandenburg den Verlust dieser Provinzen bedeute, wie ihr Besitz nur gewährleistet werden könne durch den engsten Anschluß an die antihabsburgische Partei und insbesondere an Frankreich, das dann die brandenburgischen Interessen bei Schweden und Holland vertreten werde.¹⁾

Ähnliche Erwägungen waren schon im Winter für Georg Wilhelm maßgebend gewesen, als es sich zwischen Sachsen und Schweden um Directorium und evangelischen Konvent gehandelt hatte. Wenn er damals gegen Sachsen auf die Seite Schwedens getreten war, so war es nur konsequent von ihm, jetzt den französischen Anträgen Gehör zu leihen.²⁾ Daneben mag eine gewisse Verstimmung gegen Johann Georg mitgesprochen haben, von dem er sich nicht mit der gebührenden Rücksicht behandelt glaubte, vielleicht auch die stille Hoffnung, mit Hilfe der fremden Mächte in die Stelle Sachsens als führenden Standes einzurücken.³⁾

Genug, schon die mündliche Antwort Georg Wilhelms ließ erkennen, daß bei ihm prinzipieller Widerstand nirgends zu er-

¹⁾ Instruktion vom 3. Februar 1633 (Lettres I p. 15–16), ergänzt durch die Instruktion vom 27. April (ebenda p. 127–129).

²⁾ Daß auch jetzt wieder die pommerische Frage von Einfluß war vgl. Feuquières an König Ludwig 22. Aug. (Lettres II p. 35/36.)

³⁾ Vgl. das Urtheil Mortés d. d. 10. Dez. 1633 (Lettres II p. 178).

warten sei. Selbst die Besorgniß, daß er als Entgelt von Frankreich die Anerkennung der Pfälzer Kur verlangen werde, bestätigte sich nicht. Er gab sich vielmehr schon zufrieden, als Feuquières in unverbindlicher Form eine wohlwollende Ermäßigung der Pfälzer Ansprüche zusagte.

Die einzige Schwierigkeit, die sich erhob, war vorwiegend formeller Art. Feuquières wollte zwar jetzt schon Georg Wilhelm bindend verpflichten, aber den eigentlichen Abschluß des Bündnißvertrages vorläufig doch noch gerne vermeiden, um nicht Johann Georg zu verstimmen, bei dem er noch einen letzten Versuch zu machen gedachte. Nach seiner Meinung sollte sich also Georg Wilhelm in seiner schriftlichen Resolution verpflichten, innerhalb gewisser Frist dem schwedisch-französischen Bündniß beizutreten, vorher aber in keinen Frieden zu willigen, wie vortheilhaft die Anerbieten des Feindes auch lauten möchten. Das aber lehnte Georg Wilhelm ab. Er könne seine Resolution nicht der Kenntniß Johann Georgs und der andern Stände vorenthalten, und die dürften nicht erfahren, daß er sich die Hände derart gebunden habe. Schließlich einigte man sich dahin, daß er das verlangte Versprechen in einem Privatbriefe an König Ludwig abgab. In der Resolution erklärte er dagegen nur ganz allgemein, daß er mit den Tendenzen der Renovatio und der von Feuquières beantragten umfassenden Vereinigung einverstanden sei und in ihrem Sinne bei Johann Georg und den andern Ständen wirken wolle, ferner daß er keinen Frieden schließen werde, ohne die französischen Interessen zu berücksichtigen und sich vorher mit König Ludwig ins Einvernehmen zu setzen.

In den übrigen Punkten kam es ohne Weiteres zu einer Verständigung. Georg Wilhelm zeigte keine Bedenken, die Anerkennung des Heilbronner Bundes öffentlich auszusprechen und, wie die dänische und polnische, so jetzt auch die französische Vermittlung anzunehmen, indem er hier sogar das Versprechen

hinzufügte, sie bei seinen Verbündeten zu befürworten. Hinsichtlich des Breslauer Tages äußerte er starke Zweifel, ob dieser überhaupt zu Stande kommen werde, wenigstens habe er bisher noch keine officiële Mittheilung erhalten, auch nichts von irgendwelchen Vorbereitungen gehört. Gesprächsweise versicherte er, daß er überhaupt keine Neigung spüre, den Tag zu beschiden, und keinesfalls seine Gesandten weiter bevollmächtigen werde, als zu hören und zu berichten.

Das Ergebniß war mithin in Berlin in jeder Hinsicht das Gegentheil von dem in Dresden.¹⁾ Es bestätigte noch einmal die Isolirung Sachsens und machte, wie Feuquières seiner Regierung triumphirend meldete, das Scheitern des Breslauer Tages unausbleiblich.

Auf den Wunsch Feuquières sollte nun durch Georg Wilhelm noch ein letzter Versuch gemacht werden, Johann Georg umzustimmen. Darum war auch in der Resolution wenigstens der Form nach sorgfältig Alles vermieden, woran das reizbare Selbstgefühl des Albertiners hätte Anstoß nehmen können.

Während die brandenburgische Regierung noch die Instruktion für ihren Gesandten ausarbeitete, brach Feuquières bereits wieder auf, um über Dessau, wo es ihm gelang, die Anhaltiner ebenfalls zu verpflichten,²⁾ nach Dresden zurückzukehren. Ueber das Wesen der Verhandlungen zwischen Wallenstein und Arnim im Unklaren, hoffte er von ihrem Scheitern eine seinen Wünschen günstige Wirkung auf Johann Georg;³⁾ schon der Empfang, der ihm zu Theil wurde, belehrte ihn eines Andern und ließ ihn den Verdruß erkennen, den man in Dresden wegen seiner Reise zu Georg Wilhelm empfand. Bei seiner ersten Anwesenheit Gast des Kurfürsten auf dem Schlosse und mit allen Ehren

¹⁾ Vgl. das Urtheil Nikolais bei Trner II p. 257.

²⁾ Vgl. Feuquières an Bouthillier d. d. 21. Juli, an den König d. d. 22. August (Lettres II p. 15, 42—43).

³⁾ Vgl. Feuquières an Bouthillier d. d. 21. und 26. Juli (Lettres II p. 16 und 18).

umgeben, wie sie sonst nur kaiserlichen Gesandten erwiesen wurden, traf er jetzt auf geßtillche Nichtachtung. Den Boten, die er vorausgesandt hatte, Quartier für ihn zu machen, waren vom Hofe in überaus kleinlicher Weise allerlei Hindernisse in den Weg gelegt worden. Ihm selbst erging es Anfangs nicht viel besser. Erst als er mit seiner Abreise drohte, wurde Abhülfe geschaffen. Dann vergingen noch mehrere Tage, ehe der Kurfürst von seiner Ankunft überhaupt Notiz nahm und ihn zur Audienz entbot, die entsprechend kurz und frostig verlief. Nur des Einbruchs wegen, den ein offener Bruch auf die andern Stände machen mußte, hielt Feuquières an sich. Doch beschloß er, unter diesen Umständen bei den Anträgen des brandenburgischen Ministers Leuchtmar, der wenige Tage nach ihm eintraf, von jeder Theiligung abzusehn und sich auf die Rolle des Zuschauers zu beschränken.¹⁾

Leuchtmar überbrachte die Resolution Georg Wilhelms an Feuquières, wie Johann Georg die seinige auch nach Berlin mitgetheilt hatte. Daneben führte er in einer Eingabe Folgendes aus:²⁾ In dem Bescheide Johann Georgs an Feuquières sei eines Friedenskongresses Erwähnung geschehn, der an dem mittlerweile verstrichenen 23. Juli in Breslau habe stattfinden sollen. Georg Wilhelm habe bis dahin von solchem Breslauer Kongresse überhaupt nichts vernommen und könne sein Befremden darüber nicht verhehlen. Habe doch Johann Georg vordem selbst erklärt, daß die Protestanten nicht früher an Unterhand-

¹⁾ Ueber Feuquières zweiten Dresdener Aufenthalt vgl. seinen Brief an König Ludwig d. d. Erfurt 22. August 1633 (*Lettres* II p. 43—63), dazu noch Feuquières an Johann Georg d. d. Meissen 8. August (*Anbary* I p. 409/10). Feuquières kam in Dresden an am 23. Juli, zog zwischen dem 26. und 28. in die Stadt, hatte am 31. Audienz und reiste am 7. August wieder ab.

²⁾ Anbringen des Gerhard Romilian von Calchun genannt Leuchtmar d. d. Dresden [27. Juli] 1633. (*Loc.* 8108, 4. Buch Friedensverträge p. 393—402.) Sein Creditiv ist datirt d. d. Köln a. d. Spree 16. Juli (*ebeuda* p. 392), am 26. Juli kam er in Dresden an (*Irmer* II p. 257).

lungen mit dem Gegner denken dürften, als sie sich selbst auf einem Konvent über ihre Wünsche und eine gemeinsame Taktik geeinigt hätten. Statt dessen sei jetzt Georg Wilhelm durch die Anzeige des Friedenskongresses völlig überrascht worden. Von allem Andern abgesehen wisse er nicht einmal, ob Oxyenstierna und die andern Stände ebenfalls benachrichtigt seien und ob sie zugestimmt hätten. Ueber diesen Punkt müsse er zuallererst Aufklärung haben. Es habe keinen Zweck, daß Sachsen und Brandenburg allein mit dem Kaiser verhandelten, denn ihre Abmachungen würden für Schweden und die andern Verbündeten nicht bindend sein und sie selbst nur dem Verdachte aussetzen, daß es ihnen gar nicht auf Beendigung des Krieges, sondern nur auf einen Frontwechsel ankäme.¹⁾ Dem entsprach am Schlusse der Eingabe noch eine dringliche Warnung vor weiteren Verhandlungen mit Wallenstein, die keinen Nutzen brächten, sondern nur den Argwohn mehrten, als ob Sachsen einen Separatfrieden anstrebe.

Zum zweiten Theil seiner Anträge übergehend, theilte Leuchtmar mit, daß Georg Wilhelm den Heilbronner Bund anerkannt habe und auch der von Feuquières beantragten allgemeinen Allianz seinen Beifall nicht versagen könne. Betreten sei er zwar bisher noch nicht, aber sein Wunsch sei schon seit langen Jahren solch ein allgemeiner Zusammenschluß gewesen, und er sei der Zuversicht, daß auch Johann Georg hierbei nicht werde abseits stehn bleiben. Im Anschlusse daran wurden all die längstbekannten Schlagwörter wiederholt, wie daß diese Bündnisse nur vorübergehend seien und darum der Reichsverfassung keinen Abbruch thäten, daß der Feind auf die Spaltung der Protestanten rechne und nur durch den Anblick größter Einigkeit zum Einlenken veranlaßt werden können u. s. f. Als Letztes forderte dann Leuchtmar noch unter Hinweis auf

¹⁾ *Maluisse eos mutare bellum quam finire.* Vgl. auch den Anfang an die Aeußerung Feuquières gegen Millic bei Truer II 218/19.

Amstruthers Mission die Anerkennung der Pfälzer Ansprüche auf die Kur.

Auf dem Zusammenhalten der beiden evangelischen Kurfürsten beruhte nach Johann Georgs Ansicht die Wohlfahrt des Reichs. Ihm persönlich war dazu noch das Einvernehmen mit Georg Wilhelm Herzogsache, mit welchem naivem Egoismus er auch stets von jenem unbedingte Fügsamkeit beansprucht hatte. Er war daher tief ergriffen, als die Eingabe über die völlige Abwendung Brandenburgs keinen Zweifel mehr ließ. „So will mich mein lieber Bruder der Kurfürst verlassen?“ fragte er wehmüthig. Durchaus nicht, entgegnete der Gesandte, vielmehr wolle Georg Wilhelm einen Weg wie den andern bei Sachsen aushalten, in der Hoffnung, daß es sich auch noch zu der allgemeinen Allianz entschließen werde. Darauf Johann Georg: „Ich halte von dem Heilbronner Schlusse nichts; er läuft wider der Kurfürsten Reputation und alle heilsamen Reichskonstitutionen.“ Leuchtmar meinte, diese Ansicht mit hundert Gründen widerlegen zu können. „Mit hundert Gründen?“ fragte der Kurfürst zurück. „Sagt doch zehne her.“ Nun begann der Gesandte auseinanderzusetzen, wie Sachsen allein dem Feinde nicht gewachsen sei und auch nicht auf Unterstützung rechnen könne, wenn es jetzt bei seiner Ablehnung beharre, wie es durch die Niederlage der anderen Verbündeten mit ins Verderben gezogen würde, für den Fall ihres Sieges aber nicht auf Erkenntlichkeit für seine Verdienste rechnen könne.¹⁾ Johann Georg hörte schmelzend zu, als aber jener mit der Bitte um baldigen Bescheid schloß, lachte er bitter auf: Habe er so lange auf den Gesandten warten müssen, so werde sich dieser jetzt wohl auch gedulden können.²⁾

¹⁾ Vgl. den Anfang an den Schluß von Feuquières Eingabe bei Johann Georg d. d. 20. Mai.

²⁾ Vgl. das Tagebuch Nisolsais zum 30. Juli. (Zerner II p. 263—264.)

Bis Johann Georg den Feindtzen abfertigte, dauerte es wirklich noch zehn Tage, obgleich er über sein Nein keinen Augenblick schwankte und also eigentlich gar nichts zu überlegen hatte. In ziemlich launigen Wendungen wies er die Anschuldigung zurück, als ob er seine Verbündeten mit dem Breslauer Tage habe gleichsam überrumpeln wollen, und lehnte dann die brandenburgischen Anträge rundweg ab.¹⁾ Zwei Tage darauf verließen beide Gesandte gleichzeitig Dresden, Seuchtmars nicht sonderlich alterirt, da man in Berlin dies Ergebnis erwartete hatte, Feuquières dagegen in tiefer Veräufmung, der er noch am Tage seiner Abreise den kurfürstlichen Räten gegenüber kräftigen Ausdruck ließ.²⁾

Für Georg Wilhelm trat nun die Zusage in Kraft, die er Frankreich gegeben hatte, und Feuquières unterließ es nicht, ihn ungehäumt daran zu mahnen. Von Leipzig aus sandte er seinen Sekretär d'Avaugour in den niederländischen Kreis, um die dortigen Stände dem schwedisch-französischen System zu gewinnen und gegen die dänische Vermittlung zu intriguen.³⁾ Nach Berlin ging dagegen de Korté, um Georg Wilhelm zu ersuchen, daß er seinem Versprechen gemäß jetzt seinen Eintritt in die schwedisch-französische Allianz in urkundlicher Form vollziehe. In geschickter Weise sollte er dabei die Eifersucht gegen Johann Georg schüren und in lodenden Farben die Vortheile schildern, die sich für Brandenburg aus raschem Entschlusse ergeben würden.⁴⁾ Gleichwohl zögerte es sich mit dem Abschlusse

¹⁾ Vgl. Johann Georgs Resolution an Seuchtmars d. d. Dresden 4. Aug. 1633 (Vor. 8108, 4. B. Friedensstratagem p. 433—449), Retreditiv eod. dato (ebenda p. 432). Eingehändigt wurde die Resolution erst am 5. Aug. Vgl. Armer II p. 271.

²⁾ Vgl. Nikolai an Orenskierna d. d. Dresden 9. Aug. (Armer II p. 271), Feuquières an König Ludwig d. d. 22. Aug. (Lettres II p. 58.)

³⁾ Vgl. die Instruktion für d'Avaugour d. d. Leipzig 14. Aug. 1633 (Lettres II p. 84—88).

⁴⁾ Vgl. die Instruktion für Korté eod. dato (ebenda p. 78—83).

der Verhandlungen noch über dritthalb Monate hin, und erst am 28. Oktober legte Georg Wilhelm seine Beitrittserklärung in Morthés Hände.¹⁾

¹⁾ Ueber diese Verhandlungen vgl. Feuquières an Morthé d. d. Frankfurt a. M. 21. Sept. (Lettres II p. 122—123), Morthé an Feuquières d. d. Berlin 4. (p. 132—133, 136) und 25. Okt. (p. 137—139), Tangermünde 4. Nov. (p. 142—146), Stendal 13. Nov. 1633 (p. 157). Irmer behauptet (II. Einl. p. 14 und 46), Georg Wilhelm sei Mitglied des Heilbronner Bundes geworden. Das ist nicht richtig und beruht auf einer Verwechslung des Bündnisses der vier oberen Kreise mit Schweden, dem sogenannten Heilbronner Schlusse und der erneuerten schwedisch-französischen Allianz, der sogenannten Renovatio. Nur dieser trat Georg Wilhelm jetzt bei. Sein Eintritt in den Heilbronner Bund ist dagegen erst auf dem Frankfurter Konvent des Jahres 1634 verhandelt und hat sich wegen der pommerischen Streitfrage verzögert.

XIII.

Es sind bisher nur die Umtriebe erzählt worden, die sich gegen die dänische Vermittlung richteten; wir müssen nunmehr auch einen Blick auf den Fortgang dieser selbst werfen.

Nachdem man in Wien wie in Dresden die Vermittlung angenommen hatte, war es die Sache König Christians, den Friedenskongreß zu berufen und bei jeder Partei Geleitsbriefe auszuwirken, die den Gesandten der andern ungefährdetes Zu- und Abreisen sicherten.

In Dresden war man sich einig in dem Wunsche nach möglichster Beschleunigung.¹⁾ Arnim führte aus, daß nur ein baldiges Beginnen der Verhandlungen die anderen Stände abhalten könne, sich allzutief mit Schweden einzulassen. Er sprach auch die Besorgniß aus, daß eine Verschiebung der Kriegslage die Friedensausichten verschlechtern möchte.²⁾ Der Verlauf hat ihm wieder völlig Recht gegeben.

Es ist aber begreiflich, daß Christian Ort und Zeit des Kongresses nicht gerne festsetzen wollte, ehe er sich darüber wenigstens ungefähr mit dem Kaiser und Johann Georg verständigt hatte. Zum Unglück hatte er versäumt, dies durch seine Gesandten gleich im Anfang zu thun. So kam es, daß viele kostbare Zeit verloren ging. Was sich in einer Besprechung

¹⁾ Zur Ansicht der sächsischen Räte vgl. ihre Konferenz mit Reventlow am 19. Januar (Loc. 8108 4. Bb. Friedenstrakt. p. 91 ff.) und ihr Gutachten vom 27. Februar (Loc. 8108. B. B. Friedenstrakt. p. 591 ff.), zur Ansicht Arnims seine Gutachten vom Januar und 1. März (Loc. 9244. Des Generallieutnants Sachen betr. 1632—34 p. 66 ff. 31 ff.).

²⁾ Vgl. das zuletzt citirte Gutachten.

der drei Betheiligten oder ihrer Bevollmächtigten innerhalb weniger Stunden hätte erlebigen lassen, beanspruchte so in brieflicher Anfrage und Rückäußerung bei der Länge der Wege von Dänemark nach Dresden-Wien und zurück ein volles Vierteljahr. Auch das Eingreifen Georgs von Hessen, der wieder in vermittelndem Sinne wirkte, vermochte daran nichts zu ändern.

Als Ort für den Kongreß sind nacheinander genannt worden Frankfurt a. M.,¹⁾ Frankfurt a. O.,²⁾ Eger, Leitmeritz, Zittau³⁾, Prag und Breslau. Ernsthaft in Betracht genommen sind aber nur die beiden letzten.

Zuerst wurde diese Frage in Prag verhandelt, als Reventlow dort auf seiner Reise nach Baiern bei Wallenstein mit den beiden für die Leitmeritzer Konferenz bestimmten kaiserlichen Gesandten zusammentraf. Reventlow schlug Frankfurt a. O. vor, das aber Wallenstein entschieden verwarf. Darauf wurden, ungewiß von wem, Breslau, endlich Prag genannt. Zu einer Vereinbarung kam es nicht. Der Brief, den der Landgraf auf dem Wege nach Leitmeritz von Reventlow erhielt, empfahl Breslau, während die Vertreter des Kaisers in Leitmeritz nicht undeutlich merken ließen, daß sie Prag vorzögen. Zugleich schlugen sie für den Beginn des Kongresses den 8. Mai vor, wahrscheinlich mit der Nebenabsicht, den Schweden durch diesen frühen Termin ein rechtzeitiges Eintreffen zu erschweren und so für den geplanten Separatfrieden mit Sachsen freie Hand zu gewinnen. Der Landgraf hat offenbar diesen Fragen keine große Wichtigkeit beigelegt, wenigstens fand er sich nicht gemüßigt, selbst irgendwelche Wünsche zu äußern, sondern verab-

¹⁾ Vgl. die dänischen Reichsräthe an Orenstierna d. d. 3. Jan. 1633 (Widerlegung und wohlbegründete Antwort auf das dänische Manifest, Stockholm 1644 Nr. Weil. Lit. Aa). Vgl. auch Fribericia p. 253.

²⁾ Von Reventlow in Prag; vgl. die hessische Relation über Leitmeritz.

³⁾ Vgl. Kaiser Ferdinand an Wallenstein d. d. 30. April (Hollwich I Nr. 351).

redete mit den Gesandten, daß sie auf ihrem Heimwege in Prag nochmals Rücksprache mit Wallenstein nehmen und ihn von dem Ergebniß Nachricht geben sollten.¹⁾ In gleichem Sinne schrieb er noch eine Woche später von Dresden aus, Wallenstein solle nur mit Reventlow, wenn dieser aus Baiern zurückkehre, Ort und Zeit des Kongresses festsetzen. Er hoffe, daß ihre Abrede von der sächsischen Regierung ohne Weiteres werde angenommen werden.²⁾

Indeß Wallenstein lehnte ab, eine Entscheidung zu treffen, weil er dem Kaiser nicht vorgreifen wolle.³⁾ Darauf bestimmte denn dieser Prag, zum Termin das Ende des Mai und gab dem Landgrafen anheim, das Weitere zu veranlassen.⁴⁾

Mittlerweile waren aber die sächsischen Staatsmänner wegen Prags bedenklich geworden, weil es innerhalb des Machtbereichs der kaiserlichen Heere lag. Sie fürchteten, daß die Kriegspartei unter den Protestanten das zum Vorwande nehmen würde, um ihre Theilnahme an den Friedensverhandlungen überhaupt zu verweigern. Sie wandten sich zunächst an Reventlow, der eben in diesen Tagen durch Dresden in seine Heimath zurückkehrte,⁵⁾ und erreichten von ihm das Versprechen, daß König Christian Alles thun werde, um Breslau als Kongressort durchzusetzen.

¹⁾ Vgl. die heftige Relation über Leitmeritz d. d. 27. März 1633.

²⁾ Landgraf Georg an Wallenstein d. d. 2. April (Haltwich I Nr. 280).

³⁾ Vgl. Bischof Anton und Questenberg an Landgraf Georg d. d. Prag 28. März (Loc. 8109. 6. B. Friedenstraktaten p. 18).

⁴⁾ Vgl. Kaiser Ferdinand an Landgraf Georg d. d. 10. April (ebenda p. 21–23) pr. 19. April (ebenda p. 25), von Bischof Anton unter dem 12. April übersandt an Wallenstein (Haltwich I Nr. 306).

⁵⁾ Zu der ganzen Gesandtschaftsreise Reventlows vgl. folgende Daten: 15. Jan. Ankunft in Dresden (Trmer II p. 13), 20. Febr. Creditiv Christians für Reventlow an Wallenstein (Haltwich I Nr. 125), 5. März Wallenstein stellt einen Paß für Reventlow aus (ebenda Nr. 192), 10. März Reventlow erhält diesen Paß (Trmer II p. 72), 15. März Abreise Reventlows aus Dresden (ebenda p. 72 und 106), 22. März Landgraf Georg erhält zwischen Teplitz und Leitmeritz den oben erwähnten Brief Revent-

Als nun der Brief des Kaisers eintraf, in dem er sich für Prag entschied, mußte ihm der Landgraf in umgehender Antwort antworten, weshalb sich Prag nicht zur Malstatt eigne und weshalb auch die Frist bis zum Beginn des Kongresses zu kurz bemessen sei. Er bat ihn, der Wahl von Breslau und dem 3. Juli als Termin zuzustimmen und eine entsprechende Erklärung unverzüglich an König Christian zu senden, damit dieser endlich die Einladungen zum Kongresse ergehen lassen könne.¹⁾

Nach dem, was vorausgegangen war, war der Kaiser mit Recht betroffen, seine Entscheidung also angefochten zu sehen.²⁾ Er hatte sie bereits seinen Verbündeten mitgetheilt. Und hatten die Protestanten Gründe gegen Prag, so hatte er mindestens ebenso schwerwiegende gegen Breslau. Seiner Meinung nach hatte die ihm unterthänige Stadt bei der protestantischen Invasion nicht einmal die gebührende Neutralität beobachtet, und es widerstrebte ihm, dort nun zu den Verhandlungen unter andern Theilnehmern nur als Gleichberechtigter zu erscheinen. Zudem war die Citadelle noch in der Hand der Protestanten.³⁾ Er lehnte also das Ansinnen des Landgrafen rundweg ab, mit dem einzigen Zugeständniß, daß er keinen Anstoß nehmen wolle, wenn die protestantischen Gesandten wegen Kürze der Zeit ein

lows wohl d. d. Prag (Hessische Relation über Leimerich), 26. März Refreditiv Maximilians von Baiern d. d. Braunau (Fridericia p. 253. Num. 7), 1. April Refreditiv Wallensteins (Hallwich I Nr. 274), 4. April Ankunft in Dresden (Ermer II p. 97), 6. April Refreditiv Johann Georgs (Fridericia p. 254 Num. 5), Ankunft in Dänemark vor dem 29. April (ebenda Num. 6).

¹⁾ Vgl. Landgraf Georg an den Kaiser d. d. Dresden 20. April. (Voc. 8109. 8. B. Friedensstraktaten p. 25 ff.), an Wallenstein d. d. 21. April (Hallwich I Nr. 303).

²⁾ Auch König Christian hat ihm freigestellt, Ort und Zeit zu bestimmen. Vgl. Christian an den Kaiser d. d. 7. April (Fridericia p. 260).

³⁾ Ueber die Bedenken des Kaisers vgl. den Brief Wallsteins an ihn d. d. 6. Juli (Hallwich I Nr. 509).

paar Tage zu spät einträfen. Die gleiche Erklärung erging an König Christian.¹⁾

Dieser aber hatte bereits auf Reventlows Bericht hin seine Entscheidung im Sinne Sachsens getroffen und am 25. Mai nach Wien und Dresden die Schreiben versandt, in denen er auf den 23. Juli nach Breslau einlud und um baldige Ausstellung der Geleitsbriefe bat.²⁾ Er fühlte sich auch nicht bewogen, diesen Schritt infolge der Erklärung des Kaisers zurückzunehmen.³⁾

Damit wurde der Kaiser vor die Wahl gestellt, sich zu fügen oder an seiner Weigerung vielleicht das ganze Friedenswerk scheitern zu sehn. Auf Wallensteins Rath⁴⁾ entschied er sich für das Erste und gab seine Einwilligung. Gleichzeitig bestimmte er schon seine Vertreter für die Friedensverhandlungen und überhandte dem Könige die Geleitsbriefe für die protestantischen Theilnehmer am Kongresse.⁵⁾ Es war der 9. Juli, als dieses Schreiben abging, es wurde August, bis es in Christians Hände gelangte, September, bis von diesem die Geleitsbriefe vertheilt waren: der Tag, der zum Beginne der Friedensverhandlungen bestimmt war, war also währenddeß längst verstrichen.⁶⁾

¹⁾ Kaiser Ferdinand an Landgraf Georg d. d. 30. April (Loc. 8108. 5. B. Friedenstractaten p. 223—228), an König Christian eod. dato Loc. 8108 4. B. Friedenstractaten p. 326—327, auch gedruckt in „Wahrhaftiger Widerlegung und Beantwortung“, an Wallenstein eod. dato (Hallwich I Nr. 351).

²⁾ Vgl. König Christian an Johann Georg und an den Kaiser d. d. Glückstadt 25. Mai (Loc. 8108. 4. B. Friedenstract. p. 302—305), an Wallenstein eod. dato (Hallwich I. Nr. 440). Ueber die Frage, ob damals auch schon Schweden benachrichtigt worden ist, s. weiter unten.

³⁾ Vgl. König Christian an Johann Georg d. d. 6. Juni (Loc. 8108. 4. B. Friedenstract. p. 325).

⁴⁾ Vgl. Wallenstein an den Kaiser d. d. 6. Juli (Hallwich I Nr. 509).

⁵⁾ Vgl. Kaiser Ferdinand an König Christian und an Wallenstein d. d. 9. Juli (Hallwich I Nr. 520 und 518).

⁶⁾ Das kaiserliche Schreiben wurde von Wallenstein an Holt gesandt am 15. Juli (Hallwich I p. 436 Anm.), von Holt an Christian am 22. Juli (Fridericia p. 278), Christian sandte die Geleitsbriefe ab am 13. August, je

Johann Georg hatte zunächst vorsichtig abgewartet, wie sich der Kaiser zu der Berufung des Kongresses nach Breslau stellen würde. Erst nachdem er darüber von dem aus Wien zurückreisenden dänischen Kurier Gewißheit erhalten hatte, erklärte er ebenfalls seine Zustimmung. Hier war die Verzögerung also noch größer, so daß Johann Georg selbst einsah, es sei unmöglich, den Kongreß noch im Juli zu eröffnen. Er verlangte, daß Christian einen neuen Termin für die Friedensverhandlungen bestimme, und wollte vordem weder Gesandte ernennen noch seine Geleitsbriefe von sich geben, die schon fertig in der Kanzlei lagen.¹⁾ Allerdings entschloß er sich wenigstens zu dem Letzten doch noch, als er den Geleitsbrief des Kaisers erhielt,²⁾ aber darüber waren fast weitere zwei Monate vergangen, während derer die kaiserlichen Gesandten erst in Wien und dann an der schlesisch-böhmischen Grenze hatten still liegen müssen.³⁾ Als dann endlich die Vertheilung der sächsischen Geleitsbriefe erfolgen sollte, hatte die dänische Vermittlung bereits ihr klägliches Ende erreicht.⁴⁾

einen an Johann Georg (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 477) und Georg Wilhelm, die übrigen acht zur Weitervertheilung an seine Gesandten, die schon vorher abgereist waren (Friederici p. 279). Johann Georg antwortete darauf am 10. Sept. (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 479). Ogenstierna erhielt seinen Geleitsbrief erst am 23. Sept. Vgl. Ogenstierna an die dänischen Gesandten d. d. Frankfurt a. M. 24. Sept. (Widerlegung und wohlbegründete Antwort Urk. Beil. Lit. F f.)

¹⁾ Vgl. Johann Georg an Friedrich Ulrich von Braunschweig d. d. 16., an König Christian d. d. 19. Juli (4 B. Friedenstrakt. p. 359—360, 361—364). Darnach kam der dänische Kurier am 16. Juli durch Dresden zurück. Vgl. auch Johann Georgs Resolution an Leuchtmar d. d. 4. Aug. sub 1 (ebenda p. 433 ff.).

²⁾ Vgl. König Christian an Johann Georg d. d. 7. August, Johann Georg an König Christian d. d. 10. Sept. (ebenda p. 464—465, 479), die sächsischen Geleitsbriefe d. d. 12. Juli (ebenda p. 480—482.).

³⁾ Vgl. Hallwich I Nr. 533, 554, 562, 579, 617, 633, 643, 658, 672, 671, 693, 696, 706, 707, 712.

⁴⁾ Johann Georg sandte die Geleitsbriefe am 18. Sept. an Lebzelter nach Glückstadt (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 483.); als dieser sie am

Unterdessen hatte König Christian, weniger engherzig seine Vertreter schon um die Mitte des Juli von Glückstadt zum Kongresse aufbrechen lassen.¹⁾ Bis Frankfurt an der Oder kamen sie ohne Hinderniß. Dort aber wurden sie wegen der streifenden Kroaten doch bedenklich, so ohne Geleit den Kriegsschauplatz zu betreten.²⁾ Sie wandten sich deshalb an Arnim und Wallenstein mit der Bitte, ihnen für die Weiterreise Pässe auszustellen. Ihrem Wunsche wurde von beiden Seiten bereitwilligst entsprochen, so daß sie nach ungefähr dreiwöchentlichem Aufenthalt ihren Weg fortsetzen konnten.³⁾

Inzwischen waren aber ihre Hoffnungen auf einen glücklichen Ausgang des Kongresses stetig gesunken. Schon am Tage nach ihrer Ankunft in Frankfurt berichteten sie nach Hause, daß Schweden den Kongreß wahrscheinlich nicht beischicken, der Kaiser dagegen einen Separatfrieden mit Sachsen anstreben werde.⁴⁾ Zwei Tage später fragten sie an, was sie zu thun hätten, wenn Ogenstierna darauf bestände, auch Frankreich zur Vermittlung heranzuziehen.⁵⁾ Die herbste Enttäuschung erfuhren sie endlich, als sie in Herrnsdorf, einem kleinen Städtchen nur ungefähr sechs Meilen noch von Breslau, die kaiserlichen Geleitsbriefe nachgesandt erhielten.

1. Okt. dem Könige überreichen wollte, nahm jener sie nicht an, sondern meinte, Johann Georg hätte ihm nur eine kurze Anzeige machen, die Briefe aber unmittelbar an die dänischen Gesandten nach Breslau schicken sollen. Darauf schickte Rehzeiter sie am 9. Okt. mit eigenem Boten nach Breslau. Vgl. Rehzeiter an Johann Georg d. d. 15. Okt. (ebenda p. 489).

¹⁾ Vgl. Fridericia p. 274.

²⁾ Ebenda p. 276.

³⁾ Vgl. dänische Gesandte an Arnim d. d. Frankfurt a. O. 30. Juli (Doc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 468), Arnim an Johann Georg d. d. 11. August (ebenda p. 467), über die gleiche Bitte an Wallenstein Hallwich I Nr. 578, 607, 611.

⁴⁾ Vgl. das Schreiben der dänischen Gesandten d. d. 29. Juli bei Fridericia p. 276.

⁵⁾ Dänische Gesandte an König Christian d. d. 31. Juli (ebenda).

Der Kaiser hatte auch wegen der Fassung seiner Geleitsbriefe Wallensteins Gutachten erbeten. Aus einem Schreiben König Christians an Johann Georg, das ihm auf Umwegen abschriftlich zu Händen gekommen war, hatte er nämlich gemeint, entnehmen zu müssen, daß Schweden beabsichtige, auf dem Kongresse als Haupt, ja geradezu als Vertreter aller Protestanten aufzutreten. Er hatte das weder mit seiner Würde noch mit einem befriedigenden Fortgange der Verhandlungen vereinbar gefunden. Am liebsten würde er, dem zu begegnen, die Geleitsbriefe allein auf Sachsen, Brandenburg und die andern Mitglieder des Leipziger Bundes ausgestellt, also Schweden und die Pfälzer von der Kurlinie ausgeschlossen haben, aber davon war mit ziemlicher Gewißheit ein Scheitern des ganzen Kongresses zu erwarten. Wallenstein hatte nun als Ausweg empfohlen, den Gesandten aller im Leipziger Schlusse Vereinigten und ihrer Verbündeten Sicherheit zuzusagen. Diese Fassung empfahl sich dadurch, daß sie Sachsen, mit dem man in Wien am leichtesten eine Verständigung zu erzielen hoffte, in den Vordergrund schob und ihm die Führerrolle unter den Protestanten vindicirte. Sie war daher vom Kaiser angenommen worden, nur daß er noch, um alle Weitläufigkeit zu vermeiden, unter den Verbündeten Schweden ausdrücklich hatte mit Namen anführen lassen.¹⁾

Es ist richtig, daß die von Dänemark geplante allgemeine Friedensversammlung nicht im Interesse Wallensteins lag, insofern er Verhandlung und Abschluß nach seinem Sinne und gegebenen Falls auch gegen den Willen seiner Regierung in der Hand zu behalten wünschte.²⁾ Trotzdem wird man nicht

¹⁾ Vgl. Wallenstein an Kaiser Ferdinand d. d. 6. Juli, Kaiser Ferdinand an Wallenstein d. d. 9. Juli, kaiserliche Geleitsbriefe d. d. 9. Juli (Hallwich I Nr. 509, 518, 519). Zur Beurtheilung der Geleitsbriefe vgl. Fridericia p. 273.

²⁾ Vgl. Ranke, Geschichte Wallensteins p. 194.

behaupten dürfen, daß er durch jenen Rath die dänischen Bestrebungen mit aller Absicht hätte zum Scheitern bringen wollen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß er damals eben auf seine Strehleher Vorschläge durch Arnim den abschlägigen Bescheid Johann Georgs erhalten und infolge dessen die Feindseligkeiten mit ganzer Kraft wieder eröffnet hatte. Um von Anderem abzusehn, würde es auch zu dem Charakter einer Intrigue wenig stimmen, daß er in demselben Gutachten dem Kaiser rieth, dem Ausschreiben nach Breslau nachzugeben. Er hätte ihn nur in seiner Ansicht für Prag zu bestärken brauchen, um auf unverfängliche Weise den Kongreß zu vereiteln. Umgekehrt hat er sich verhalten im September, als er wieder mit Arnim und Thurn in Verhandlungen begriffen war, die sich gegen den Kaiser richteten. Da hat er nach Wien gemeldet, daß die dänischen Gesandten wegen der Pest Bedenken trügen, nach Breslau zu kommen und daß er ihnen deshalb Prag vorgeschlagen habe.¹⁾ In Wahrheit war er selbst es gewesen, der die Bedenken der Gesandten zu erregen gesucht und ihnen an die Hand gegeben hatte, die Benennung einer anderen Malstatt, nämlich Prags, zu veranlassen.²⁾

Gleichwohl sollte nun die von Wallenstein empfohlene Formulirung der äußere Anlaß werden, daß die dänische Vermittlung scheiterte. Als König Christian die Geleitsbriefe verschickte, bemerkte er zwar dazu, er hoffe, daß sie dem, was in Deutschland bräuchlich sei, entsprächen,³⁾ aber seine Gesandten

¹⁾ Vgl. Wallenstein an Bischof Anton wie auch an Trautmannsdorf d. d. 13. Sept. (Haltwich I Nr. 671 und 672).

²⁾ Vgl. Wallenstein an die dänischen Gesandten d. d. 7., 9. u. 13. September. (Ebenda Nr. 658, 663 und 674.) Daß sich die Gesandten anfänglich trotz der Pest nach Breslau begeben wollten vgl. ihren Brief vom 4. September bei Fridericia p. 279 Anm. 4.

³⁾ Vgl. König Christian an Johann Georg d. d. 13. August. (Loc. 8108. 4. B. Friedenstract. p. 477.)

waren sogleich auf das Höchste betroffen, als sie Schweden nur in der angegebenen Weise berücksichtigt fanden. Sie sahn die Erbitterung Orenstiernas voraus und befürchteten davon auch für Dänemark üble Folgen. Einer von ihnen kam in einem ausführlichen Gutachten sogar zu dem Schlusse, unter diesen Umständen und da der Kongreß aller Wahrscheinlichkeit nach doch nicht zu Stande komme, sei es das Beste, die Geleitsbriefe überhaupt zurückzuhalten. Aber dazu wollten sich die beiden andern Gesandten doch nicht verstehn,¹⁾ und so wurde dann der kaiserliche Geleitsbrief mit einem kurzen höflichen Schreiben an Orenstierna weitergeschickt.²⁾

Mit dem Heilbronner Schlusse hatte Orenstierna die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, erst zur Hälfte erfüllt. Bevor er nicht auch die Stände der zwei sächsischen Kreise unter gleichen Bedingungen verpflichtet hatte, konnte er nicht daran denken, in ernsthafte Verhandlungen mit dem Feinde einzutreten, ohne die Entschädigung Schwedens, wie er sie verlangte, dem Spiel ungewisser Zufälle preiszugeben. Aber erst im folgenden Jahre hat er den Versuch machen können, sein Werk zu vollenden. Vorläufig hatte er mit der Festigung und dem innern Ausbau des jungen Bundes mehr als hinreichend zu thun. Daneben bestürmten ihn die Sorgen wegen der Reuterel in den Donauheeren, wegen der wachsenden Begehrlichkeit seiner fürstlichen Bundesgenossen, vor Allem wegen der Einmischung König Christians. Er durfte nicht hoffen, die dänische Vermittlung wie schon durch den Heilbronner, so jetzt noch ein Mal durch einen allgemeinen protestantischen Konvent zu überholen, er mußte im Gegentheil befürchten, daß dort statt der Erweiterung des Bundes alsbald die Friedensfrage in der Vordergrund der

¹⁾ Vgl. Fridericia p. 279/80.

²⁾ Vgl. Dänische Gesandte an Orenstierna d. d. 5. Sept. (Widerlegung und wohlbegründete Antwort. Urk. Noll. Vit. Ae.)

Berathungen träte und den bisher verhüllten Gegensatz zwischen Schweden und der Mehrzahl der Stände vorzeitig offenbarte. Die Folge wäre gewesen, daß Sachsen ihm gegenüber wieder an Boden gewonnen hätte. Darum hieß es, den allgemeinen Konvent, auf dem doch allein der Beitritt der niederdeutschen Kreise erfolgen konnte, jetzt noch verlagern — höchstens daß man durch Einzelverhandlungen etwas vorarbeiten konnte — und zunächst das Scheitern der dänischen Vermittlung abwarten. Denn dazu war Oxenstierna fest entschlossen, diese unter keinen Umständen aus Ziel kommen zu lassen. Offenen Widerspruch wünschte er allerdings so lange wie möglich zu vermeiden, um seine Friedensliebe nicht zu kompromittiren, aber im Uebrigen hat er nicht unterlassen, ihr alle erdenklichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Seiner Taktik wird man dabei kaum besondere Genialität oder Reichthum an Erfindung und Abwechslung nachrühmen können; es war immer dasjelbe: auf alle Anzeigen und Anfragen erwiderte er stets, daß er im Prinzip mit einem baldigen Frieden völlig einverstanden sei, einen endgültigen Bescheid aber erst geben könne, wenn er mit seinen Verbündeten Rücksprache genommen habe, daß er aber vor Allem von dem Kaiser eine Aeußerung verlangen müsse, wie weit er den berechtigten Ansprüchen der Protestanten nachzugeben gewillt sei. Diese letzte Forderung war entschieden unbillig: entweder hätte der Kaiser schon vor den eigentlichen Verhandlungen alle Zugeständnisse, die er nöthigen Falls schrittweise zu machen gedachte, aus der Hand geben oder sich sonst der Gefahr aussetzen müssen, daß bei den Protestanten ein Entrüstungssturm über seine Unnachgiebigkeit und das Weitgehende seiner Forderungen entstand. Und was dann die verheißene Berathung Oxenstiernas mit seinen Verbündeten betraf, so war sie nur das Mittel, die ganze Sache hinauszuziehen und einer unumwundenen Stellungnahme seinerseits auszuweichen.

Es ist bereits erzählt, wie Ogenstierna in der charakterisirten Weise die dänischen Reichsräthe beschied, als sie ihm die Vermittlung ihres Königs antrugen, und wie er dann auf dem Heilbronner Konvent einen Beschluß in der Friedensfrage verschleppte.¹⁾ Das Spiel wiederholte sich fast in denselben Formen, als Johann Georg und nach ihm König Christian selbst von dem beabsichtigten Vermittlungsversuch Anzeige machten.²⁾ Das sächsische Schreiben ließ Ogenstierna zunächst unter nichtigen Vorwänden zwei Monate unbeantwortet. Erst dann erklärte er, daß er von der Friedensneigung des Kaisers keineswegs überzeugt sei und daher Verhandlungen mit ihm für ein höchst gefährliches Wagniß halten müsse, so lange nicht die Protestanten unter sich über ihre Forderungen völlig einig geworden seien.³⁾ Die gleiche Antwort ertheilte er König Christian.⁴⁾ Allerdings enthielt darauf die Vorlage, die er im Juni den zu Heidelberg versammelten Fürsten der vier obern Kreise machte, neben Anderm auch die Frage, was bei dem von Dänemark beantragten und von Sachsen befürworteten Friedenskongresse zu thun sei.⁵⁾ Zu einem Beschlusse aber kam es gerade in diesem Punkte wiederum nicht, weil Ogenstierna in zarter Rücksicht auf die Abwesenden, wie sie ihm sonst nicht eben eigen war, die Versammlung für inkompetent erklärte. Die Entscheidung wurde vielmehr einem neuen Konvent vorbehalten, der am 1. August

¹⁾ Vgl. oben p. 81 und 147.

²⁾ Vgl. Johann Georg an Ogenstierna d. d. 14. März (Weimar Acta die zwischen den Evangelischen zu Heilbrunn, Halberstadt und Frankfurt a. M. gehaltenen Konvente betr.), König Christian an denselben d. d. 6. April (Widerlegung und wohlbegründete Antwort Urk. Weil. Lit. B. b.).

³⁾ Ogenstierna an Johann Georg d. d. 31. Mai (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 308—310).

⁴⁾ Ogenstierna an König Christian d. d. 27. Mai (Widerlegung zc. Urk. Weil. Lit. D. d.).

⁵⁾ Heidelberger Proposition d. d. 18. Juni 1633 (Weimar A 306. Korr. Wilhelms IV. p. 176—177).

in Frankfurt a. M. aus allen Ständen der vier oberen Kreise zusammentreten sollte.¹⁾ Bevor es aber noch dazu kam, erhielt Ogenstierna bereits die offizielle Einladung zum Breslauer Friedenskongresse.

Als König Christian im Mai die Einladungen nach Wien und Dresden versandt hatte, hatte er dabei versichert, eben solche auch an Ogenstierna und die anderen Stände geschickt zu haben.²⁾ In Wahrheit hat er damit noch einen Monat gezögert.³⁾ Es ist nicht ganz klar, warum er das that, ob nur aus äußerlichen Bedenken, sich nochmals an Ogenstierna zu wenden, bevor er von diesem auf seinen letzten Brief beantwortet war, ob in der geheimen Absicht, Schweden und seine Anhänger am rechtzeitigen Kommen zu verhindern und dadurch Sachsen Gelegenheit zu geben, sich vorher schon mit dem Kaiser zu verständigen. Das Letzte würde sich in auffallender Weise damit berühren, daß auch Johann Georg, wenngleich in etwas anderer Weise, den Reichskanzler auf dem Kongresse mit einer vollendeten Thatsache zu überraschen wünschte.⁴⁾ Bei der engen Freundschaft, die zwischen dem Kopenhagener und dem Dresdener Hofe herrschte, wäre es nicht unmöglich, daß zwischen ihnen hierüber eine gewisse Abrede getroffen wäre, die man natürlich den offiziellen Schriftstücken nicht anzuvertrauen wagte. In diesem Zusammenhange würde dann ein ganz neues Licht auf die Thatsache fallen, daß auch Johann Georg seinen Brief an

¹⁾ Vgl. das Ausschreiben Ogenstiernas an die 4 obern Kreise d. d. 16. Juli (Loc. 8108. 7. B. Friedenstrakt. p. 13).

²⁾ Vgl. König Christian an den Kaiser und an Johann Georg d. d. 25. Mai.

³⁾ Vgl. König Christian an Ogenstierna d. d. 26. Juni (Fridericia p. 269; vgl. auch p. 263/64), an Georg Wilhelm d. d. 30. Juni (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 460—462). Auch die anderen Stände scheinen verspätet benachrichtigt zu sein. Vgl. Friedrich Ulrich von Brannschweig an Johann Georg d. d. 14. Juli (ebersa p. 365—366).

⁴⁾ Vgl. oben Cap. V.

Nurbrandenburg mit der Anzeige des dänischen Ausschreibens einen Monat zurückhielt und darauf jenes zur Vertuschung mit dem falschen Datum des 25. Juni statt des 25. Mai zitierte.¹⁾

Wie dem nun auch sei, jedenfalls geschah es so, daß Ogenstierna seine Einladung erst einen Tag vor dem Termin erhielt, der zur Eröffnung des Friedenskongresses bestimmt war. Es war ihm nicht zu verübeln, daß er unter diesen Umständen seine Antwort nochmals verschob, bis sich die Frankfurter Versammlung geäußert hätte, die mittlerweile nahe herangerückt war.²⁾

In der That brachte der Konvent eine eingehende Behandlung der Friedensfrage, der gegenüber seine andern Ergebnisse weit an Interesse zurückstehen. Selbst der Präliminarvertrag, den Feuquières mit den oberen Kreisen für ihren Eintritt in das schwedisch-französische Bündniß abschloß, zieht die Aufmerksamkeit in geringerem Grade auf sich.³⁾

¹⁾ Vgl. Johann Georg an Georg Wilhelm d. d. 9. Juni mit beiliegender Copie des dänischen Ausschreibens d. d. 25. Mai. Entwurf mit der Kanzlei- bemerkung: „Ist nicht abgegangen.“ (Loc. 8108. 4. B. Friedenstraktaten p. 320—324.) Der Brief Johann Georgs, der dann wirklich abgesandt ist, trägt das Datum des 19. Juli und zitiert das dänische Ausschreiben mit dem Datum des 25. Juni, dem Präsentatum des 4. Juli.

²⁾ Vgl. Ogenstierna an Rüdig Christian d. d. 30. Juli 1633 (Loc. 8108. 4. B. Friedenstrakt. p. 378).

³⁾ Der Frankfurter Konvent des Jahres 1633 entbehrt ebenfalls noch einer Durcharbeitung, zudem sind seine Quellen nur in geringem Maße bekannt. So lassen sich vorläufig nur seine Ergebnisse feststellen, nicht, wie es zu ihnen gekommen ist, wie die Stellung der Stände untereinander und zu Schweden war. Ich stelle das von mir benutzte Material kurz zusammen: Proposition Ogensternas d. d. 10. Aug. (Loc. 8109. 7. B. Friedenstraktaten p. 28—31.) Antwort der Stände auf den 1. Punkt der Proposition s. d. (ebenda p. 547—555). Proposition von la Grange d. d. 14. Aug. (Weimar Acta die zwischen den Evangelischen u. gehaltenen Konvente betr.) Decret von der hochlöbl. Cron Schweden und sämtlichen Herrn Conföderirten d. d. 3. Sept. (Flugschrift. Dresd. Bibl. Hist. germ. U. 559. 96.) Rede Feuquières an den Konvent d. d. 6. Sept. (Lettres II p. 101 ff.). Frankfurter Rezej d. d. 23. Sept. (Weimar Acta die zwischen den Evangelischen u.). Der Kreisrätthe Instruktion und Surament bei den 4 oberen Kreisen und Jaramentum consilii formati

Orenstierna ging in seiner Proposition sofort auf den Hauptpunkt los. Er gab zunächst einen kurzen Ueberblick, wie man auf verschiedene Arten beabsichtige, dem Kriege ein Ende zu machen und wie namentlich Dänemark seine Vermittlung angeboten und auch bereits einen Kongreß auf einen inzwischen leider verstrichenen Termin anberaumt habe. Er selbst, fuhr er fort, sei zwar nach wie vor zu einem billigen Frieden bereit und setze das Gleiche auch bei den Ständen voraus; er habe aber trotzdem ebenso wenig wie der Bundesrath eigenmächtig eine Entscheidung treffen wollen. Für den Fall also, daß Friedensverhandlung und Vermittlung ihren Fortgang nähmen, bäte er die Stände, ihre Ansicht zu äußern, sowohl was das Allgemeine und die Art der Verhandlungen, als was die zu stellenden Bedingungen anbeträfe, damit Präsidium und Bundesrath nicht jedesmal genöthigt wären, von Neuem Instruktion und Vollmacht einzuholen.¹⁾

Offenbar lag bei ihm die Absicht vor, auf diese Weise die Kompetenz seiner Stellung zu erweitern und die Entscheidung über den Frieden, die nach dem Heilbronner Schlusse rechtlich bei der allgemeinen Bundesversammlung lag, völlig in seine Hand zu bekommen.

Indeß so ganz thaten ihm die Stände diesen Gefallen nicht. Sie behielten sich vielmehr ausdrücklich vor, zu dem

cod. dato (Weimar, Frankfurter Konventsacta p. 176—178). Präliminarvertrag der 4 oberen Kreise mit Frankreich d. d. 15. Sept. (Lettres II p. 94 ff.)

¹⁾ Orenstierna bat um ein Gutachten, wie er und der Bundesrath „auf den Fall nit allein die interpositionis: sondern auch die unversalfriedenshandlung von einem oder andern ort ferner soll vorgeschlagen werden, sich sowohl im hauptwerk selbst als modo procedendi ohne einholung ferner vollmacht und gutachtens von den conföderirten zu bezeigen, in sonderheit aber ob und was vor interponenten und uf was weis und wege einzutwillgen, auch uf was conditiones die abhandlung eines friedens gestellet, inmaßen auch uf was weis dies werk sonsten nach möglichkeit uf vorgehende communication mit andern evangelischen chur-, fürsten und ständen und derselben getreues einrathen, wollgefelligs beliben und einmuthiges zuthun zu befördern.“ (Proposition.)

Friedenskongresse ihre Vertreter zu schicken und durch sie ihre Wünsche zu äußern, und machten überdies die Gültigkeit des Friedensschlusses von ihrer Ratifikation abhängig. Vollmacht übertrugen sie dem Reichskanzler nur so weit, daß er die einleitenden Schritte thun und mit dem Gegner gegebenen Falls in unverbindlichen Gedankenaustausch über die Friedensbedingungen eintreten durfte.¹⁾ Als Grundlage für das Letzte überreichten sie zugleich einen ausführlichen Entwurf, der die Wünsche der radikalen Gruppe deutlich zum Ausdruck brachte. Außer Maßregeln, die Uebergriffen des Kaisers in der Reichskriegsverfassung vorbeugen und den Rechtsgang sichern sollten, verlangten sie in kirchlicher Hinsicht Aufhebung nicht nur des Restitutionsediktes, sondern auch des geistlichen Vorbehalts, dazu Gewissensfreiheit für die Protestanten unter katholischer Obrigkeit, auf weltlichem Gebiet Verzicht auf die von den Protestanten gemachten Eroberungen, Restitution aller aus dem Reich wie den kaiserlichen Erbländen Vertriebenen, Wiederherstellung der böhmischen Wahlfreiheit, Abtretung einer Reihe von Sicherheitsplätzen. Man wird nicht eben sagen können, daß diese For-

¹⁾ Die Stände ertheilten „fr. excellenz nebens dem consilio formato vollkommene macht und gewalt, hierunter nit allein mit andern evang. chur-, fürsten und ständen des h. römischen reichs umb deroelben getreues eirathen, wolgefelliges bedenken, belieben und einmuthiges zuthun und cooperiren fürderlichst gebührend zu communiciren, sondern auch nach befinbung der umständen von dem gegenheil conditiones, mittel und vorschläge zum frieden anzuhören oder demselben, wie sie es rathsam ermesen und sich hierzu einige bequeme gelegenheit wird praesentiren, selbstn die begriffene friedens-conditiones anzubieten und furzuschlagen, auch doruber tractaten anzustellen, sich gewisser zeit und ort zu vergleichen, doch also und bergestalt, daß nachdem dieserseits oder andern theils öffnungen zum frieden beschehn oder doruber einige tractaten angestellt, solches alsobald denen consoderirten ständen solle notificiret, sie ebenmäßig zu den tractaten erfordert und mit ihrer fernern notturst angehört und anderer gestalt nicht als uf deroelben approbation und ratification endlich gehandelt und geschlossen werde“. (Frankfurter Reichs.)

derungen mit der Friedensliebe im Einklang standen, wie die Stände sie sonst zu beethenern pflegten, denn es war nicht zu erwarten, daß der Kaiser und die katholische Partei in derartiges willigen würden, so lange sie nicht völlig besiegt am Boden lagen. Für Oxenstierna aber war es von großem Vortheil, daß sich die Stände auf solch Programm gleichsam verpflichteten, das er nur bekannt zu geben brauchte, um die Friedensbestrebungen Dänemarks und Sachsens im Keime zu ersticken.

Oxenstierna säumte nicht, das Gutachten wie überhaupt die Beschlüsse des Konvents zur Kenntniß Johann Georgs zu bringen, damit dieser selbst sähe, durch welche Klust er von den politischen Anschauungen der Heilbronner Stände geschieden sei.¹⁾ Zweifellos geschah es auch auf seine Veranlassung, daß diese dem Kurfürsten wegen des neuen schlesischen Stillstands Vorhaltungen machten und das noch dazu in einem Tone, der selbst jant abstaß von der Unterwürfigkeit früherer Zeiten.²⁾

Zu Begriff den Konvent zu schließen, erhielt Oxenstierna das Schreiben der dänischen Gesandten mit dem Geleitsbrief des Kaisers. Wie mag er im Innern triumphirt haben, da ihm so das Ungeschieß der Gegner selbst die Handhabe gab, ihre Absichten zu vereiteln. Nun konnte er Allen klar zeigen, daß es dem Kaiser nicht Ernst sei mit dem allgemeinen Frieden, daß Schweden nur von seinen Verbündeten getrennt werden solle. Mit überlegenem Hohn schrieb er zurück, er wisse von zwei Leipziger Schlachten, die von Gustav Adolf gewonnen seien, auch

¹⁾ Vgl. Oxenstierna an Johann Georg d. d. 26. September 1633 (Loc. 8109. 7. B. Friedenskrakt. p. 17).

²⁾ Vgl. das Schreiben der vier obern Kreise an Johann Georg d. d. Frankfurt a. M. 4. September (Weimar, Acta die zwischen den Evangelischen zu Heilbronn, Halberstadt und Frankfurt a. M. gehaltene Konvente betr.).

von dem Heilbronner Bunde, in dem Schweden die vier obern Kreise um sich vereinigt habe, daß aber Schweden dem Leipziger Schlusse beigetreten sein solle, sei ihm bisher nicht bekannt gewesen. Unter diesen Umständen könne er den Geleitsbrief nicht als für ihn in Betracht kommend ansehen und sende ihn daher zurück. Wenn in Zukunft Gott eine glückliche Stunde zu Friedensverhandlungen bescheere, werde Schweden selbst für die Sicherheit seiner Vertreter sorgen.¹⁾

Und die Stände schrieben an König Christian, er werde hoffentlich selbst das Ungenügende der Geleitsbriefe einsehen und sich ein ander Mal vorher mit Oxenstierna und dem Bundesrath in Verbindung setzen.²⁾

Es war das Ende der dänischen Vermittlung, die mit so vielen Hoffnungen begonnen war, und die dänischen wie die kaiserlichen Gesandten mußten sich entschließen, unverrichteter Dinge den Rückweg anzutreten.

Für Dänemark war es ebenso wie für Sachsen eine überaus schwere diplomatische Niederlage. Daß die Vermittlung scheitern mußte, ist für die spätere Betrachtung klar. Die Gegensätze, wie sie in dem Gutachten der Heilbronner Stände und der Instruktion des Kaisers für seine zum Breslauer Tage gesandten Bevollmächtigten³⁾ zu Tage treten, waren noch zu schroff, die Hoffnung, endlich doch noch zum Siege zu gelangen, auf beiden Seiten zu lebhaft, als daß schon die Stunde für einen allgemeinen Frieden gekommen wäre. Daß die Vermittlung dagegen so scheiterte, wie es geschah, daß Oxenstierna von jeder Verantwortung freiblieb und aller Tadel seine Gegner treffen mußte, war rein die Folge von der verfehlten Taktik dieser.

¹⁾ Oxenstierna an die dänischen Gesandten d. d. 24. Sept. (Widerlegung und wohlbegründete Antwort, Urk. Weil. Lit. F. f.)

²⁾ Die 4 obern Kreise an König Christian d. d. 26. Sept. (Ebenda Lit. G. g.)

³⁾ Vgl. Hurter, Friedensbestrebungen Kaiser Ferdinands p. 45 ff.

Die protestantischen Stände mußten aus dem Ergebniß die Lehre nehmen, daß nur im eugsten Zusammenschluß ihrer aller und durch eine lehte Anstrengung der Friebe zu erreichen sei. Nur deshalb konnte Orenstierna im nächsten Jahr den Versuch wagen, trotz des abermaligen Austauschens der bäntschen Vermittlung, auf dem Frankfurter Konvente, durch Aufnahme der sächsischen Stände in den Heilbronner Bund sein Werk zu krönen.



Anhang.

I.

Dresden 18. [28.] Januar 1633.

Entsichten Georgs, Landgrafen von Hessen-Darmstadt
über die
Bedingungen eines Universalfriedens.

Hauptstaatsarchiv Dresden Voc. 8106. 3. Buch Friedenstractaten p. 557—609. Kufert. — Dieses Entsichten bildet nur einen Theil (Beilage D und E) eines größeren, das der Landgraf unter gleichem Datum an seinen Schwiegersohn gerichtet hat. Die Beilage D führt noch den Einzeltitel: „Unborgreifflicher discursibentwurf etlicher articulorum pacis“.

Es würd begehrt, unborgreiffliche und ganz unverfängliche andeutung zu thun, wie man vermaine, daß in unserem nothleidendem vaterland teutscher nation bei jegigem leidigem zustand zu dem längst verlorenen frieden wieder zu gelangen, und was für media darzu vorhanden oder zu gebrauchen. Darauf befindet man sich zwar zur obsecundirung willigst; es ist aber dieses werck überaus schwer, dabei leichtlich, indeme man auch die beste intention hat, zu wenig oder zu viel geschehen und gethan werden kann, weil noch zur zeit alles auf den fortschreitenden waffen stehet und weder partium jura et praetensiones gründlich bekandt noch die intentiones, wie weit eine kriegspartei gegen die andere gehen und die sache treiben wolle, eigentlich bewußt sind, daß man viel eher impingiren als den rechten auf allen seiten beliebigen zweck treffen dürfte. Nichtsdestoweniger, weil obig angeregtes begehren etlich mal widerholt und darbei versichert worden, daß alles im besten usgenommen und unverfänglich verstanden werden sollte, so ist nachgesetztes nur pro discursu und zur erwedung fernern nachdenkens, gar nicht aber zu dem end entworfen und usgesetzt, als ob man einer oder der andern partei in etwas, was das auch sein möchte,

IV. Alle und jede in evangelischer und protestirender chur-, fürsten und stände territoria befindliche geistlichen catholischen chur-, fürsten und ständen oder auch andern abteien, probsteien, canonicaten, clöstern, commenden, collegien oder societäten gehörige güter und jura, so viel derselben noch am ersten januarii anno 1612 in catholischer geistlicher mittelbarer oder ohnmittelbarer personen oder collegien direction oder besitz oder anspruch gewesen, es sei von stätten, steden, dörfen, gerichten, heusern, höfen, zehenden, weinbergen, feldgütern, collaturen, pfründen, geld oder fruchtgefällen, wassern, teichen, waiden, praetensionen, rechten und gerechtigkeiten, ausgelihenen capitalten, aufgeschwollenen zinsen oder woran oder worin es immer sein mag, sollten demjenigen evangelischen und protestirenden chur-, fürsten oder stand, in dessen territorio sie liegen, sie seien gleich nur in territorio oder gar de territorio, auch ohngehindert von vorigen jahren andere pacta vorhanden, ewig und erblich zugehören.

Zu bedenken, ob sich das beneficium dieses paragraphi auch auf pfalzgraf Friedrichs churfürsten, bis namens des vierten, posterität verstehen sollte, und ob man dadurch die sache nicht schwerer machen möchte, dan einlangendem bericht nach haben die erz- und bischof Mainz, Worms, Straßburg, Weißenburg, Odenheim, auch Johanniter und deutscher orden und viel andere geistliche fast ihre beste geföll aus pfälzischem gebiet.

V. Weber der kaiserliche fiscus noch einiger catholischer geistlicher chur-, fürst oder stand noch auch sonst einiger mittelbarer stift, closter oder andere geistliche societät oder person selbiger religion sollte einigem evangelischem und protestirendem chur-, fürsten oder stand einige pfandschaft, deren sich die evangelische und protestirende am ersten januarii anno 1612 in würtllichem besitz befunden, ablösen oder auch einige leih oder lehnung, sie sei beschaffen, wie sie immer wolle, aufkündigen, sondern die evangelische und protestirende ständ ewig und ruhig darbei lassen.

VI. Die von der freien reichsritterschaft an orten und enden, da sie keinem reichsstand als laubfassen unterworfen selud, sollten in den erstgesetzten fünf positionen den andern reichsständen gleich sein.

VII. In den reichsstätten sollte es durch und durch in der religion und in den regimentformen in den stand gesetzt und ewig darbei gelassen werden, darin sichs am ersten januarii anno 1612 befunden, doch in puncto der regimentformen der statt Frankfurt am Main in ihrer bürgerlichen vergleihung ohnschädlich.

An den reichsstätten werden die römisch catholische den vierten articul ohngern lassen ansehn, dan es seind viel geist-

licher fürsten residencien, cathedralkirchen, hohe capitula, ganze stifter und collegia in den evangelischen reichsstätten: sollten sich wohl schwerer und härter an den stätten als an allen hohen ständen verweigern. Darum hat man in diesen unborgreiflichen vorschlägen auf einen mittelweg gedacht.

VIII. Die geistliche jurisdiction mit allen und jeden ihren speciebus und effectibus, plenissime und totaliter, sollte gegen die augsburgische confession, deren religion und alle und jede verwandte ewig suspendirt sein.

IX. Die cognitio und decisio über die frag, wer der augsburgischen confession zugethan, und consequenter, wenn die obige acht punkten zum besten gemaint, sollte keinem catholischen richter, sondern einig und allein den evangelischen und protestirenden ständen gebühren und zustehn.

Forsan melius ad praecavendas futuras lites beneu, die sich zur augsburgischen confession und formula concordiae zugleich bekennen oder noch künftig bekennen werden.

X. Am kai. cammergericht zu Speier sollte zwischen beiden religionen mehrere gleichheit introducirt, nach dem jetzigen catholischen kammerrichter ein evangelischer und nach dem evangelischen wiederum ein catholischer und also fortan jedesmalß per vices angeordnet, vier praesidenten, darunter zweien catholische und zweien evangelische gehalten, und die anzahl der evangelischen assessorum dem numero der catholischen beiseiter ganz gleich gemacht werden, dergestalt, daß von nun an die röm. kai. macht, auch alle churfürsten und craise, welche jezo oder künftig zu praesentiren haben, eitel evangelische praesentirten, so lang und viel bis die assessores beider religionen in numero pares seien. So oft dann ein assessor abgehet, sollte das kammergericht die röm. kai. macht, oder denjenigen churfürsten oder stand, an welchem deßmalß die praesentation ist, berichten, von was für religion zu erhaltung einer gleichen anzahl die praesentandi sein müßten.

XI. Ebenmäßige gleichheit sollte man in der anzahl der praecuratum observiren, sich auch von Chur-Mainß, als erzbischof, in bestellung der kammergerichtlichen canzlei nach diser regul geacht werden.

XII. Die visitationes des kammergerichts sollten nunmehr, nachdem die bisherige obstacula durch diese pacification erlöbigt würden, wider erdentlich angehen.

XIII. Weil sie aber mit größtem schaden des reichs und weit über dreißig jahr ganz angestanden, daher nicht nur in den gemeinen gebrechen des kammergerichts, sondern auch in etlich tausenden

hochbedauerlich zusammengeworlenen revisionssachen für den ersten anfang mächtig viel zu thun sein würd, als solte eine extraordinaria visitatio, gleich wie anno 1800, vermittlest eines deputations-tags angestellt und daselbst von der röm. kai. majt. commissariis, auch schiedender chur-, fürsten und stände gesandten alle imperfection erkundigt, von deren remedirung gerathschlagt, ein modus, wie den aufgehäuften revisionssachen schleunig und recht abzuheffen, erfonnen, auf dem nächsten reichstag der röm. kai. majt. und den sammtlichen reichsständen referirt, ein gemeiner schluß darüber gefaßt, nichts desto-weniger aber unmittelbar mit den jährlichen visitationen, darmit keine weitere und neue imperfection und aufschwellung vorgehe, treulich und fleißig verfahren werden.

XIV. Die gleich dem deputations-tag anno 1800 letztmals extraordinarie zusammenkommende visitatores solten auch bedenken, ob, wie und wohin im röm. reich noch ein solch tribunal mit gleicher jurisdiction und ordnung auf gewisse kreis und distrikt des reichs nützlich anzurichten, ob das hofgericht zu Rohrtweil abzuthun und dessen gesölle zum neuen und zweiten kammergericht zu schlagen.

XV. Dem kai. reichshofrath solte von der kai. majt. sammt zuziehung der chur-, fürsten und ständ vermittlest eines reichs- oder deputations-tagsschlusses eine ausführliche verhaltungsinstruktion vorgeschrieben, der reichshofrath zur helfte mit evangelischen praefidenten und räthen besetzt, und vom kaiserlichen geheimen rath in demjenigen, was in justissachen der reichshofrath spricht, nichts geändert, evangelische agenten und procuratores am kaiserl. hof (gleich wie bei der hochlöblichsten kaiser. Maximiliani secundi, Rudolphi secundi und Matthiae zweiten), ohnwaigerlich gebuldet, in keinerlei wege umd der religion willen angefochten, und doch auch keine sach die religion antreffend am kai. reichshofrath angenommen, sondern ans kai. kammergericht, an welchem die stände beeder religionen das beneficium revisionis noch übrig haben, verwiesen werden.

XVI. Keine sach solte durch die röm. kai. majt. vom kai. kammergericht an den kai. reichshofrat abgefordert, was einmal am kammergericht rechthängig gemacht ist, daselbst gelassen und erlediget, und ohnwissend der sammtlichen reichsstände der kammer kein kai. gezeß gegeben werden.

Es schreibt Lindemannus in historia juris pag. 104. num. 380, daß im namen der röm. majt. liber septimus decretalium pontificiorum, welche elliche romanisten bei wenigen jahren aus den neuen päpstlichen decretis und sonderlich aus dem concilio tridentino compilirt, dem kammergericht insinirt, und daselbe buch pro lege zu halten, anbefohlen worden.

XVII. Die röm. kai. majt. und dero kriegsverwandte solten allen evangellischen und protestirenden restituiren lassen, was von dero festungen, schlossern, heusern, landen, leuten und gütern in ihrer kay. majt. oder dero herrn assistenten hand und gewalt kommen, und solches ohn zufügung oder gestattung einiges ferneren vorsächlichen schadens wie auch ohn abführung geschüßes und anderer an denselben orten annoch befindlicher mobilien.

XVIII. Die kron Schweden solte vom herzogtum Pommern die örter N. N. cum omni onere et commodo nach des jetzt regierenden herzogs Bogislai tödtlichem hintritt erblich zwar behalten, jedoch mit bedingung, solche bei der jeto daselbst befindlichen religion ewig zu lassen. Solche örter N. N. solte ein jeder regierender könig zu Schweden als respectu selbiger pommerischer örter ein stand des reichs zu jeden begehenden fällen von röm. kay. majt. in eben dergestalt, wie die kön. würde zu Dannemard als herzog zu Holstein zu thun pflegt, zu lehen empfangen, zu reichs-, crais- und anderen tügen admittirt und eben in diejenige session und stelle, wie solche ein herzog zu Pommern von wegen der örter N. N. hergebracht, verstatlet werden.

XIX. Hierbei wäre mit guter vorsichtigkeit abzureden, daß Pommern und consequenter der ober-sächsische und der drau gränzende nider-sächsische krais mit ganz keinen kriegswerbungen und einquartirungen zu beladen, auch von dem gemeng des schwebischen und polnischen kriegs frei zu lassen, und daß sich ein könig oder die cron zu Schweden, als inhaber etlicher örter an Pommern, und so weit sich solcher respect erstreckt, der röm. kay. majt. und des heiligen reichs gesäßen und ordnungen allerdingß gemees erzeigen wolle.

XX. Dem herzog zu Pommern oder dessen erben könnte erstattung beschehen überhaupt vermittelst erblicher assignation des stifts N. oder anderer geistlicher ante annam 1612 in evangellischer stände besiß gewesener stifter.

Besser wäre es, daß die katholische an ersetz- und abstattung der schwedischen recompens mittragen thäten.

XXI. Von allem, was außer ihrer recompens in dem h. römischen reich die cron Schweden in ihrem besiß hat, solte sie hand abthun, dieselbe örter denjenigen, welchen sie kraft allgemeiner pacificationsnotul gebüren, ohn einigen vorsächlichen schaden abtreten und zumal von geschüß oder anderen dahin gehörigen mobilien nichts weiter abführen.

XXII. Auch allen katholischen geist- und weltlichen hur-, fürsten und ständen ins gemein solten alle und jede lande und jura. soviel sie deren am ersten januarii anno 1612 in ihrem würllichen besiß

gehabt, restituirt werden, doch dem dritten, vierten, fünften und sechsten articul ohn abbruch, wie auch männiglichem, der sonst gegen ihnen in gütlichen oder rechtlichen praetensionen stehet, sein recht, so viel dessen in den pacificationsarticuln ohngeändert ist, vorbehalten.

XXIII. Ebensovohl sollten allen denen der röm. kay. majt. und dem h. reich mit oder ohne mittel unterworfenen personen, deren güter die kön. majt. zu Schweden oder sonst ein einiger ewangelischer stand oder kriegsverwandter eingezogen, verschenkt oder einigwegs veräußert hat, ihre liegende güter in dem stand, darin sie jeko sind, restituirt werden.

XXIV. Und sollten den bisherigen interimßbesitzern die fructus, jovel deren erschinen, würklich genossen und erhoben seind, verbleiben, hingegen sie für die meliorationes nichts fordern, auch die schulden, so sie auf die güter gemacht, selbst tragen und vertreten.

XXV. Was in wehrender kriegsübung die bisherige interimßbesitzer gegen einem und dem andern benachbarten afferirt und zu behaupten sich unterstanden, sollte keinem teil vorteil oder schade bringen, sondern es bei demjenigen, was vor diser kriegsübung üblich, billich und recht war, gelassen werden.

XXVI. Alle und jede schanzen und festungen, welche einem stand des reichs an seine gränze, an enden und orten, an denen sich zu anfang des jahrs 1631 weder mauern noch stätt noch flecten noch schanzen noch festungen befunden, gesetzt worden, sollten demolirt und eingerissen und darunder keines unterschieds, ob sie ad aemulationem gebaut oder ad aemulationem künftig dienen könnten, geachtet werden.

XXVII. Pfalzgraf Friedrichs nachgelassene söhne sollten sobald in die unterpfälzische lande restituirt werden, doch hirin nicht mitgemeint diejenige wenige örter und jura, welche Hessen-Darmstatt in besitz gebracht, sondern derselben lini und ihren erben und nachkommen, fürsten zu Hessen, kraft kaiserlicher übergab ewig und erblich bleiben.

XXVIII. Die bergstraz sollte under der drohen im fünften articul befindlicher position zwar nicht verstanden, doch aber in pfälzischen händen so lang gelassen werden, bis daß die frag, ob Thur-Mainz zu einlösung der bergstraz befugt oder nicht, gerichtlich erörtert sei.

XXIX. Solche gerichtliche erörterung sollte beschehen am kaiserlichen cammergericht zu Speier, allda jeder theil vier schriftsätz haben, zu jedem schriftsätz vier monat brauchen, und wann in allem acht schriftsätze vorküßer seind, eine urtheil durch beisthern von beeden religionen in gleicher anzahl gefällt, und was dieselbe vermögen würd, ohn einigen weitem aufschub vollstreckt werden.

XXX. Die obere Pfalz sollte Chur-Bayern behalten.

Gut und zu wünschen were es, daß dieser paß könnte modificirt werden, nur ad dies vitae. Es würd aber schwer dahergehn, weil, wan Bayern die obere Pfalz nicht behelt, die kai. majt. das erzherzogthum Oesterreich ob der Ens wider auszuhändigen müßte.

XXXI. Die pfälzische churdignität dem jehigen herren churfürsten zu Bayern ad dies vitae bleiben, nach dessen tödlichen hintritt aber auf pfalzgraf Friedrichs posterität zurücksallen, und solten pfalzgraf Friedrichs kinder in Deutschland educirt werden.

XXXII. Pfalzgraf Ludwig Philipsen, wie auch den beiden herzogen zu Meckelsburg ihre recuperirte fürstenthum und lande ewig und ohn einige fernere entgeltung bleiben.

XXXIII. Dem haus Brandenburg das fürstenthum Jägerndorf, wie auch allen andern evangelischen und protestirenden im röm. reich deutscher nation alle festungen, stätt, ämter, land und leute und alles, was ihnen ab anno 1618 entzogen worden und noch vorhanden ist, restituirt werden, doch hierunder abgeurtheilte oder verglichene sachen nicht gemeint.

XXXIV. Der stift Hildesheim, so viel dessen anno 1612 in fürstlichen braunschweigischen händen gewesen, dem haus Braunschweig restituirt, die darin befindliche kirchen und schulen wider in den anno 1612 daselbst gewesenen religionsstand gesetzt, des rechtlichen entscheidts derselben in revisorio hangenden sache erwartet, und was urtheil und recht geben würd, exequirt werden.

XXXV. Alle und jede einquartirungen, sammel- und musterbläh, kriegssteuern und andere vor dem ersten januarii anno 1612 nicht im schwang gewesene läste, mit denen die chur-, fürsten und stände eine zeit lang belegt und beladen gewesen, solten hinkünftig allerbings und durchaus fallen und sich derselben nimmermehr wider angemacht werden.

XXXVI. In ewigen zeiten solten in keines chur-, fürsten oder stands territorio kaiserliche confiscationes vorgenommen werden, sondern wan je güter zu confisciren seind, solche dem domino territorii zuwachsen, die lehen aber dem domino directo zufallen.

XXXVII. Alle und jede gefangene zu allen und jeden theilen ohn einig lösegeld auf freien Fuß kommen.

XXXVIII. Im röm. reich deutscher nation solten alle und jede uniones, ligae und foedera gänzlich aufgehoben sein und sich einig und allein an die reichs- und kaiserverfassungen gehalten werden,

doch unbeschadet der hur- und fürstlichen heuser Sachsen, Brandenburg und Hessen uralter erbverbrüder- und erbeinigungen.

Bei der jetzigen occasion were auch die kaiserliche und des ganzen reichs confirmation über die zwiſchen den heusern Sachsen und Hessen an einem und Brandenburg am andern theil aufgerichtete erbverbrüderung durchzuführen. In den vorigen jahren hat die kaiserliche confirmation nie erfolgen wollen, ist zwar anno 1627 am kai. hof auf hur-sächsische schriftliche und hessen-darmstadtische mündliche negotiation stark vorgewiesen, doch seithero wider ersigen bleiben.

XXXIX. Wer seiter des jahrs 1631 von der röm. kai. majt. oder auch von katholischen geist- oder weltlichen hur-, fürsten oder ständen lehen empfangen sollen und aber die lehensmuthung und renovatur noch nicht gethan hat, dem soll solche mora unschädlich sein und ihm das in den lehenrechten bestimmte fatale allererst von dato der pacificationstotul zu laufen anfangen.

XL. Alles, was vom ersten jannarii anno 1631 bis auf das datum dieser pacification vorgangen, barauß einer oder der andere beim krig als eine partei interessirt gewesen, von einem kriegsverwandten offendirt worden oder worin ein kriegsverwandter gegen den andern kriegsverwandten einigs wegs zu klagen hatte, sollte auf ein ewiges todt, ab und vergessen sein und dessen zu einigem entgeld an leib, ehr oder gut niemals gedacht, darauf auch alle hircumb confiscirte ligenbe güter denjenigen, wider welche die confiscation beschehen ist, in dem stand, darin sich die güter jeko befinden, restitult werden.

XLI. Was aber einer oder der andere kriegsverwandte nicht aus bloßer verurſachung der vom ersten jannarii anno 1631 bis auf datum diser transaction gewesener krigs, sondern aus andern motiven und respecten verübet, oder was gegen ständen, die sich mit diesem krig ab anno 1631 wirklich nicht implicirt, sondern neutral gehalten, begegnet, soll in dieser amnistia nicht begriffen, sondern ausgeſetzt und zu denen im h. röm. reich herkommenen rechtswegen verwiesen sein.

XLII. Alle lites pendentes sollten nach diesen friedenspunkten decidirt werden. Was aber durch diſe friedensarticul keine decision gewonnen hat, darin verblibe es bei der disposition der gemainen rechte und reichsſagungen.

Appositio articulorum assecurationis in quibus inter alia etiam exprimenda cassatio seu perpetua suspensio edicti caesarei anno 1629 emanati.

Es ist mehr zu vermuthen als zu zweifeln, daß, wann einer und der andere stand diese punkten auf sich selbst zu appliciren anfängt, sich viel wichtige neue questiones und beschwerfame difficultates ereugen, sonderlich aber die röm. kay. majt. und die derselben assistirende katholische stände alle solche positionen einzugehen sich weigern werden. Wan man dan allen äußerstmöglichen fleiß anwendet und aber in elliichen articula noch nicht ganz durchkommen kann, würd die naturstt erfordern, daß man zum wenigsten in den übrigen articula forttraktire, die andere, mit denen sichs so garnicht schicken will, ausseze und fortan beratschlage, ob dan die nichterhaltung der ausgefekten punkten weitem krieg erfordere oder ob pro re nata ein anderer den liben frieden nicht impedirender, sondern doch erlangender weg zu finden.

Der churfl. bhlt. zu Sachsen würdhero in den communicirten actin mehrmals angeregte verhoffende recompens, daß sie allerdings nach seiner churfl. bhlt. voto erfolgen möchte, hochlich gegönnt, nur würd in treuer wohlmainung unborgreifflich erinnert, daß solche ergöghlichkeit aus der röm. kay. majt. eigenen gütern allein langsaum oder doch nicht ohne große difficultät erfolgen möchte, angesehen ihre kay. majt. außer allem zweifel durch die vieljährige große kriege sich sehr erfucht und angegriffen und vor andern ihrer religio zugethanen kriegsverwandten noch ferner zu leiden und zu ertragen haben werden, sonderlich an contentirung vieler und großer betruhter praelendenten. Demnach möchte die der churfl. bhlt. zu Sachsen geziemende remuneration eben sobald und ehie und triftiger aus andern mitteln als von ihrer kay. majt. immediate allein zu erheben sein, solten anderst die friedenstraktaten nicht schwerer werden.

Würd derohalben unverfänglich erachtet, wan je die katholische kriegspartei auf alle und jede vor dem jahr 1612 in evangelischer chur-, fürsten und stände handen gewesene erz- und stifter ewigen vorzug thäte, es werde ihnen, den katholischen wenig daran liegen, wer under den evangelischen dieselbe stifter bekommen möchte. Die evangelische aber werden ursach haben, der churfl. bhlt. an die hand zu gehen, diemeil, wan es ohn ihrer churfürstlichen bhlt. starckes zuthun gewesen were, der evangelischen doch keiner solche stifter behalten, sondern noch wohl viel fürsten darzu etwas an patrimonialgütern verloren hetten.

Röte demnach also die churfürstliche sachsische ergöghlichkeit under anderem bestehen nicht nur in ewiger, unlimitirter, keine andere election oder postulation jemals admittirender sicherung aller ihrer inhabenden stifter, die sie schon anno 1612 besessen, sondern auch in ewiger und erblicher gewinn- und behaltung anderer hoher erz- oder stifter.

Ob nicht hirbei auch die mitpossession der gäldischen lande, erhöhung oder neue aufrichtung anderer zöll, genugsame affecuration wegen dargelieferter großer summen und mehr außers zu erheben.

Ueber den andern evangelischen und protestirenden fürsten aber, welche auch hohe stifter besitzen, möchten die quaestiones entstehen, (1) wer die mit fürstlicher präeeminenz ornirte stifter, (so viel von diesen stiftern zu ersehung des fürstenthums Pommern und zu contentirung der churfl. bhst. zu Sachsen nicht gewandt würd) haben, ob alle solche corpora bei den jetzigen herren possessoren und dero manuleibis lehenerven verbleiben, und ob die andere evangelische stände den last und brast, schaden, verlust und gefahr, so sie darüber miterleiden müssen, vergebens tragen oder auch daran participiren sollten, (2) ob evangelische fürsten und ständ von andern ihren mitständen, welchen hohe stifter nunmehr zukommen, die lehen empfangen und lehnaid leisten sollten, zum exempel, ob herr landgraf Georg zu Hessen seiner frn. gn. herren vettern landgraf Wilhelm zu Hessen, wan derselb die fürstliche abtei Hirsfelb durch vertrag behielt und versicherte, lehnaid erstatten und auf erheischende fäll mit lehenbarer assistenz erscheinen wüßte.

Auf die erste quaestion were vielleicht zu statulren, daß die capitula ergänzt und allerdings (außer deren örter, welche die churfl. bhst. zu Sachsen bekommt und welche man zu ersehung des herzogthums Pommern anwendet) in *primaeva potestate quovis casu liberae electionis* gelassen werden sollten, doch daß sie die wahl auf niemanden als einen evangelischen richten.

Auf die andere quaestion: daß ein evangelischer chur- oder fürst den andern chur- oder fürsten in dem berührten fall der lehenpflicht und lehen- dienst erlassen und sich mit der bloßen muthung der lehen und auschän- digung gewöhnlicher revers und recognitionen begnügen sollte.

2.

Dresden 19. Februar [1. März] 1633.

Gutachten Hans Georgs von Arnim

an den

Kurfürsten Johann Georg.

Landstaatsarchiv Dresden, Boc. 9244. Des Generallientenants (von Arnim) Sachen betr. 1632—1634 (dabei etliche dessen Bedenken) p. 23—46. Ausfert.

Durchlauchtigster hochgeborner churfürst, gnedigster herr.

Wie aus getreuer aufrichtiger affection in E. churf. durchlth. dienst ich mich begeben, also habe ich auch, wenn es die noturft und gelegenheit

erfordert, solliche beides in meinen schlechten bedenken und vorrichtungen nach eufferster meiner möglichkeit wollen realiter und im werth bezeigen, darumb ich mich enig dahin beflissen, daß zu rathe und zu erinnern, was E. Churf. durchl. nutzen erfordert. Ist es nicht allwege zuhero belieben geschehen, so werden E. Churf. durchl. solliches nicht ungnedig vormerken, sondern gnedigst beherzigen, daß Sie selbst durch Ihre bestallunge mit einem theuren eide mich darzu verbunden, und sich dessen erinnern zu lassen keinen ungefallen tragen, was der allerhöchste Gott selbst spricht Exech: 33: Wan ich ein unglück und schwert über ein land führen will, und das volk im lande nehme einen man unter ihnen und mache ihn zu ihren wächter, derselbe sehe nun das schwert oder unglück kommen und er merket es nicht an und warnete das volk, und das schwert leute und nehme ehlische hinweg, dieselbe wurden wohl umb ihrer sünde willen hinweg genommen, aber ihr blut wil ich von des wächters händen fordern. E. Churf. durchl. getreue diener das seind die männer, die Sie zu Ihre wächter bestellt, so über hero wolfahrte ein wachendes auge haben sollen. Nun wird ein wächter nicht darumb gesetzt, daß er allein schauen soll, was geschieht, sondern er muß es auch andeuten und sich nicht scheuen, die leute zu vernunnen; ob es gleich unterweile mit ihren verdrieß, so geschieht es doch zu ihrem nutzen, und je öfter die erinnerunge wiederholet, je mehr ist der diener treue und sorgfältigkeit daraus zu verspüren. Ein herr hat sich auch zu vorsichern, daß von dem allerheiligsten Gott ihm solliche leute zugeschickt, wie er dan sein volk darauf Esai: 62 vertröstet: O Jerusalem, ich will wächter auf deine mauern bestellen, die den ganzen tag und die ganze nacht nimmer stille schweigen sollen. Weise sie nun von Gott selbst gefendet, so deutet er auch solliches den großen herren durch den propheten Jerem: 6 an: Ich habe wächter gesetzt, : nicht allein im geistlichen, sondern auch im weltlichem stande : merket auf ihre stimme. Wan ihr aber sprecht, wir wollen es nicht thun, alsdan spricht Gott, so wil ich auch unglück über euch kommen lassen. Das ist es, was getreue diener verbindet, ihr schweres eid, Gottes eruster bechlig und harte brödhungen, dahin sonderlich ihre warnungen gemeinet, daß sie gerne das gedreuwete unglück wolten von ihren herren abwenden.

Und eben darumb, gnedigster Churfürst, komme ich anizo aus der Schlesien; ob mich gleich meine pflicht nun nicht mehr darzu verbindet, so treibet mich doch meine getreue affection, E. Churf. durchl. unterthenigst anzudeuten, daß ich ein uberaus schweres unglück sehe, und zwar nicht von ferne kommen, sondern es folget mir auf dem fuße nach und ist nicht weiter als der herbrechende frueling.

Ich wünsche es von meinem Gott, daß E. Churf. durchl. ich solliches bergestalt, wie es in höchster warheit beschaffen, könnte vor augen stellen, doch zweifels ich gleichwohl nicht, E. Churf. durchl. werden es ehlischer maßen hieraus abnehmen, wan Sie aus den beigefugten verzeichnuß ersehen, in

was zustande G. churf. durchl. armee sich befindet. Es ist gewisse ein geringe voll wider sollich einen mächtigen feind, und wen nur das noch in einem guten zustande! Aber wie es den vergangenen sommer und ganzen winter durch strapazirt, ist G. churf. durchl. bekannt, dahero es dermaßen angearbeitet, daß beides officirer und soldaten mat, müde und von hertzen des krieges überdrüssig, verbroffen und unwillig sein. Ihnen ein wenig ergeßlichkeit zu geben, dazu feind dero orten keine mittel, wie G. churf. durchl. solliches hochvernünftig ermessen können. Den mit großer mühe und der armen leute euffersten verderb, habe ich das wenige voll, so ich bei mir gehabt, vormalen accomodiren können. Seit der zeit ist das bischofsthum Rense und Munsterberge verloren, das fürstenthumb Brieg zu grunde ruiniret, aus welchem zu vorn fünf regimenten ihren unterhalt gehabt, Schweinig und Zauner beides durch den feind und G. churf. durchl. armee sehr, Gloga, Sagen, Breslau und Eguitz von den vielen durchzügen fast ganz verderbet. Anzo feind noch so viele regimenten von G. churf. durchl. und der schwedische armee dazzu kommen, denen eßlichen ich eufferster noth halber, daß sie ihre quartier in die Lausitz haben sollten, vertröstungen thun müssen, welches G. churf. durchl. wieder abgeschaffet. Von nun das voll zu und der unterhalt, so schon zu vorn gar geringe gewesen, abnimbt, so kan ein jeder, ob ers gleich nicht nicht vor augen sihet, doch leicht iudiciren, daß solliches nicht kann bestand haben. Ich kan es G. churf. durchl. versichern, daß sie nicht über einen monat die nothurftige verpflegung an essen und trinken haben können. Die quartier zu erweitern, will numero sehr gefährlichen sein, weil der herr reichs-kanzler Ochsenstiern nicht fortzubringen.

Dagegen ist der feind in seiner ruhe, ersetzet den abgang mit neuen volke und erfrischt das überbliebene in guten quartieren. Auf G. churf. durchl. seiten wird kein mangel ergenzt und, was überblieben, teglichen ruiniret. Kein einziger pfenning ist auf die werbunge gegeben, und wenn gleich diese stunde ausgezahlt, so fürchte ich doch sehr, ob das voll so geschwinde zusammen zu bringen. Nun ist nichts anders, sondern dieses gewisse zu vermuthen, daß der feind seine größte forcs wider G. churf. durchl., dero lande ihme offen stehen, zum allerersten wenden wird, und fürchte sehr, daß er straks zu anfangs, wen das wetter ein wenig sich dazzu schicket, G. churf. durchl. von beiden seiten der Elbe angreifen, Dresden mit der cavallerie plocquiren und Wittenberge mit dem fußvolle attaquieren wird. Mit G. churf. durchl. armee nun ist es leider in dem zustande gerathen, welches ich schon lenger befürchtet, daß Sie mit derselben alleine nichts mehr vornehmen, auch keinen einigen ort wider solliche macht, bereit ich mir gewisse vermurthe, entsetzen können, den das schwedische voll, so in Schlessen, feind Sie nicht mächtig. Vermerke auch wohl, daß sie sich von den oberstromb nicht begeben. Wan es nun sollicher gestalt erfolgen sollte

so werden auch ihr Churf. durchl. von Brandenburg ihr voll zu beschutze dero lande selbst von nöthen haben.

Daß auch der herr reichskanzler sollte E. Churf. durchl. mit sollicher resolution succurriren, wie ihr Königl. majt. höchstseeligster gedechtnuß gethan, zweifle ich sehr, dan man er sichs unternehmen wolte, so stehet abermal die sache auf die extremitet, und ein solliches zu wagen, kan ein herr woll resolviren, vor einem biener aber sollte wegen des zweifelhaften ausganges und schweren verantworte es eine hochnachdenkliche und gefährliche resolution sein; wan er gleich dazu geneiget, so stehet noch hoch zu besorgen, ob seine autoritet bei den offiziren und schwirigen soldaten sich dahin erstrecket, er auch, weil ihr werth sehr weitleufigt angefangen, das voll von anderen orten entzihen und mächtig sein kan.

In was euserstem jammer und elende E. Churf. durchl. lande, auch uberaus großer gefahr und schrecken dero herzuvielgeliebte gemahlin und junge herrschaft alsdan gerathen wurde, wolte ich lieber, daß E. Churf. durchl. es dero hocherlauchtesten verstande noch eher erwägen, als mit Ihrer totalruin und herzeleid erfuhren. So gefährlichen stehen E. Churf. durchl. sachen: von deroselben sollte das ganze evangelische weien hulfe haben und trost haben, menniglichen verlässet sich auch auf dero assistenz; nun hetten Sie selbstn woll gute rettunge hochnötig, dieselbe sehe ich nicht, woher sie kommen soll. Die kron Schweden hat zwar noch ein ansehnliches voll auf den fuß, aber sie haben auch an so viele örter des feindes wahrzunehmen, daß sie an keinem orte kein rechttes corpus formiren können, und wann gleich noch zu wege zu bringen, so ist es wie ein leichnam ohne seele, das haupt ist dahin, kein anders ist bestelbt, sehe auch nicht, woher sie ein solliches nehmen wollen, deme sich alle andere submittiren solten, den es ist fast kein general, der nicht compettet, deswegen ein haufen aemulationes, da wird einer hier, der andere dort eßliche an sich hengen, das wird eine trennung und lauter confusion verursachen. Da sollte nun billich einer sein, der durch seine autoritet solliches stillete, aber die muß sehr groß sein. Were ihr Königl. maj. noch im leben, könten sie, wan verglichen sich ereugnet, sollichen leicht vorkommen, den die Königl. dignitet gibt mehr ansehen und furcht, als eines generalgevollmächtigten; der kan endlichen auch respect erlangen, aber was dem koninge nur ein wort, das wird diesem woll hunderttausend thaler kosten. Ob solliches nun in der quantitet als das vorige kan zu wege gebracht werden, daran muß ich sehr zweifeln. Zwar will mir nicht gebühren, von der kron Schweden vermungen zu urtheilen, aber die muthmaßunge wird woll bei der ganzen welt sein, wan ein köningreich bei die 40 jahr hero fast continuirlichen krig gefuhret, daß es ohne große beschwer nicht muß abgangen, das aerarium erschöpft und des landes krefte sehr geschwächet sein. Verlassen sie sich auf Frankreich und den Staaden, so ist es gewisse ein unsicheres santamentum, den in eines frembden heutel rechnunge zu machen, das gibt einen

ungewissen calculum, und wen sie sich gewisse darauf zu verlassen, so bin ich allezeit der meinung gewesen, je höher sie dessen versichert, je mehr die reichs- chur- und fürsten ursache, darauf ein wachendes auge zu haben. Also stehet es mit Schweden zum besten nicht, auch können E. churf. durchl. sich noch zur zeit darauf geringe vertröstunge machen, weil der herr reichs- kanzler eine neue alliance und zwar mit hochbedenklichen conditionen vorschleget, und ehe das zu seiner richtigkeit, wird er gewaltig zuruck halten. Der anderen evangelischen zustand zu erwegen, ist unnöthig, der augenschein stellet es alles genug vor.

Es ist zwar nicht ohne, die catholischen haben das ihrige vorgangenes Jahr auch erfahren, aber wan sie nun gleich ganz verderbet, so seind sie doch glieder eines leibes, da kan keines verletzet werden, daß es das ander nicht empfindet, es gereicht alles dem leibe zu schaden.

Wie ich vormalen gewünschet, daß E. churf. durchl. ich die iberaus große gefehrlichkeit in etwas vor augen stellen und ins herze bilden könnte, so bitte ich von grumb meiner seelen, daß der grundgütige Gott mittel eröffnen und weisen wolle, wie doch E. churf. durchl. und das arme römische reich :: gewisse mit höchster betrubnuß nenne ichs woll also :: noch möchte zu retten sein. Es scheint fast, daß die noth höher als alle menschliche vernunft. Außen den lieben frieden sehe ich keine ober ja solliche gefehrliche mittel, davon fast mehr schaden als nutzen zu hoffen. Also bringe ich das alte auß neue wieder vor, vielleicht erinnere ichs gar zu ofte.

Es geschieht aber, gnedigster churfürst und herr, darumb, daß ich nichts besseres, ja nichts anderes bedenken kan, den alle menschliche mittel entstehen, keine sind vorhanden, keine können geschaffet, Gott erbarme es, keine können auch fast nicht bedacht werden. Wil ich mich nun zu geistlichen gedanken wenden und die rechtmehigkeit der sache zuporderst erwegen, so stutze ich straks bey der definition, den eine gerechte sache ist, die nicht wider Gott, wider das gewissen, wider recht und erbarkeit, dazu man aus höchster unumbgenglicher noth gedrungen, darunter nichts nichts (!) anders als die ehre Gottes, der christlichen kirchen, des heil. römischen reichs und des armen, bedrucketen nachsten wolfsart gesucht und unbillige gewalt zur errettunge des vaterlandes, leibes, lebens und seine anbefohlene getreuen unterthanen abgewendet wird. Daß die waffen von E. churf. durchl. darumb zu hand genommen, daran zweifelte ich nicht, aber daran sehre, ob alle bei diesem scopo verharren, sehe ich an die proceduren, wie Gottes heiliger name gelestert, geishendet, geistliche gebäude beraubet, geplündert, zer schlagen und ganz verwüstet, das heil. röm. reich tismembreret, zerstückelt, die herrlichen saktionen zerrüttet, verachtet und fast bei allen verlachet, arme elende leute gequehlet, ihr schweiß und blut gefressen und verschmelget, sie dadurch ins größte elend, ja die äußerste desperation gesturzet. Were die sache gleich noch so gut, so fürchte ich sehre, sie kan auf die maße nicht langer

also verbleiben. So haben wir darauf auch so sehr nicht zu trohen, und vornemblichen, wan diejenigen, so vor uns bitten sollen, über uns herzlichen seufzen und bitterlichen weinen. Ich besorge hoch, die heiße thränen werden alle rechtmäßigkeit abwaschen und die gutheit dermaßen überschwämmen, daß es nicht mehr erkenntlichen, daß es eine gute sache gewesen. Ich erfreue mich zwar über Gottes barmherzigkeit, muß mich aber betruiben, wan ich das gottlose wesen der menschen ansehe, fürchte daher, Gott möchte endlichen des erbarmens, weil keine besserunge zu spüren, müde werden. Die almacht des herrn ist zwar unendlichen und sein arm sehr stark, das ist ein großer Trost, wen wir es darnach machen. Und haben uns auf diese vertröstungen Gottes woll zu verlassen, wen er jaget: Wolte mein volk mir gehorchen, so wolte ich ihre feinde bald dempfen. Ja wolten wir ihm gehorchen, so were es woll gut; weil wirs aber nicht thun, so fürchte ich sehr, es wird heißen, Israel du bringest dich selber in unglück, und werden uns des starken armes Gottes mehr zu befürchten als zu getrösten haben.

Gewisse ist es woll, Gott wird seine kirche erhalten bis an der welt ende. Wolte Gott, wir weren es nur versichert, daß es an unseren ortern geschehen solte.

Dieses, gnebigster churfürst, erregt ich darum, weil ich mutthmaße, daß diejenigen leute, so E. churf. durchl. die sache so leicht und große hoffunge machen, solliches, weil sie doch selbst von keinen anderen mitteln wissen, vielleicht vor ihre vornembste argumente gebrauchen. Ich gestehe es, dieje fundamenta weren besser, als einige wehr und waffen, da sie nur vorhanden. Die leute aber sagen das vor wahr, das noch sehr zweifelhaftig. Were es nun darum zu thun, daß man damit zu erkennen geben, wie viel gutes E. churf. durchl. gegönnet, darinnen cedire ich keinem, den ich wünsche es von herzen, daß E. churf. durchl. der größte und mächtigste monarcha in der welt weren. Daß ich aber sagen solte, daß solliches so leicht geschehen könnte, und dazzu rathen, daß Sie das gewisse auf ein zweifelhaftiges spendiren solten, das werde ich nicht thun, und wan ichs thäte, so wurden E. churf. durchl. darin nicht folgen, sondern es zum wenigsten verlachen, Sie thaten mir und and denen rathgebern recht daran. Das wurde auch nicht der zwel sein, der zur rechtmehigen sache gehöret und worumb E. churf. durchl. zum waffen gegriffen, sondern Sie wollen, Gottes wort soll seinen freien lauf haben, das römische reich in vorigen wolstande, die chur- und fürsten bei ihrer hoheit, autoritet, lande und leuten erhalten, keiner des seinigen unrechtmäßigerweise beraubet, die teutsche libertät maintainet, die hochlöblichen reichsverfassungen in ihrem flore conserviret, die schwere contributiones, einquartirungen und abscheuliche pressuren der armen leute, und was sonst mehr unverantwortlicher weise vorgenommen, abgeschaffet werden.

Gnedigster churfürst und herr, hie fällt ich auf seltsame gedanken und werbe etwas vorbringen, das manlichen wunderlich und sehr befreumbde vorkommen wird. Ich vermeine nicht, daß E. churf. durchl. durch den krieg Ihre löbliche intention erreichen können, den Gottes wort ist nirgents weniger geachtet, der heilige name Gottes nirgents höher gelehrt, alle abscheuliche große sünden in keinen größeren schwange als beim kriege. Wodurch ist das heil. röm. reich ruinirt? Die chur- und fürsten verkleinert, geunehret? Ihre autoritet, hoher respect verloren, zu grunde ruinirt und theils ganz umb land und leute gebracht? Meine durch den krieg. Warum ist mancher redliche man des seinigen beraubt? Darumb, daß im kriege gewalt vor recht gehet. Wodurch ist die teutsche freiheit geschwächt, auch fast ganz verloren? Warum werden die reichs-constitutiones und herrlichen verfassungen so ganz verächtlichen gehalten und fast von keinem mehr observirt? Silent leges inter arma. Warum sind solliche unerträgliche contributiones aufgelegt, viel schwere einquartierungen, vielfeltige durchzuge erfolgt? Ratio belli hat es erfordert. Nun haben E. churf. durchl. fast zwei jahr darumb krieg geführt, daß solliches sollte abgeschafft werden. E. churf. durchl. verzeihen mirs gnedigst, daß ich so kühne frage: Ist es auch geschehen oder in geringsten verbessert? Ach die seufzen und thänen der armen leute antworten mir schon, daß Klegliche und ubel zugerichtete bild des herrlichen corporis des heil. römischen reichs stehet menniglichen zum abscheulichen schauspiel vor augen, daß es keiner weiteren antwort bedarf. Wieviel vornehme fursten fuhren izo so schwere und fast größere klagen, als vor nie geschehen? Hieraus möchte mancher einen schluß machen, weil es dan dazzu nicht dienstlichen, sondern erger geworden, so sei es auch gar unrecht, daß man den krieg angefangen. Unrecht ist es nicht, sondern hochnötig gewesen, nicht aber darumb, daß derselbe so viele gutes hette können zu wege bringen, sondern daß der unrechtmäßigen gewalt durch gewalt gesteuert und der liebe friede wider erlangt. Als dan so ist der leib des heil. röm. reichs wider genesen, ist er gleich durch viel starke paroxismos abegemattet, wan es zu ruhe kommet, die vires werden sich mit der zeit auch wohl wieder finden. Mit dem kriege hat es eine solliche beschaffenheit, wie die medici sagen, daß etliche leibesbeschwerde gesund sein, nicht so lange sie dauern, sondern wan sie voruber, die bösen humores werden dadurch verzehret. Wen ist wohl das röm. reich in seinen höchsten flor, die kirche Gottes in stolzer ruhe, die hohen heubter in mehreren respect, gericht und gerechtigkeit in besserem schwange, die reichs-constitutiones in genauer observanz gewesen, als wie es im frieden. Wie ward das heil. röm. reich vor ein herrliches wundergebeude Gottes, ein miracle der ganzen welt gehalten? Menniglichen, auch den mächtigsten potentaten war es ein schrecken. Darumb muß der finis und endursache aller rechtmäßigen kriege sein, daß man mehr umb den frieden als land und leute krieget, und dan kan man sich erstlichen rühmen, daß die rechte

victoria erhalten. Unrechtmäßig wurde unser krieg dadurch werden, wan wir etwas anders als denselben durch die waffen sucheten, und wer ohne diesen seeligen zweck zum kriege reth, darf sich nicht rühmen, daß er die wolfsart der kirche und des heil. röm. reichs, sondern wird mit großem fug beschuldiget, daß er dessen verderb und untergang suchet.

Hieweilen dan nun der grundgütige Gott uns seine gnade gleich anheut, in deme er das mittel durch die künigl. Dennemärkische interposition an die hand giebet, so halte ich dafür, daß es nicht alleine nicht auszuschiagen, sondern mit guten gewissen auch nicht aufs allergeringste auszuhalten. Dan gehet die zeit weg und kömmt indessen ein unglück, so stehet die verantwortunge bei deme, der es verzögert. Damit sehe E. churf. durchl. ich nicht gerne beschweret. Darumb were mein einfeltiger rath, weiln E. churf. durchl. nun ehlicher maßen hieraus sehen und, wan Sie den sachen Ihrem hocherlauchteten verstande nach reifflichen nachsinnen, bei sich noch mehr befinden werden, daß gewisse die sache im gefehrlichen zustande, E. churf. durchl. die liehen :: doch ohne einlge maßgebunge :: Ihre erste verrichtungen sein, der künigl. maj. in Dennemarken herren abegesandten ehlistes und förderlichst mit sollichen resolution abzufertigen, daß ihr künigl. majt. nicht alleine E. churf. durchl. friebfertige zuneigunge spüren, sondern auchhero begierde hierzu abenehmen könnte, damit die tractaten angefangen und, da es ja nicht zur sollichen gewünschten frieden hinauschiagen wolte, doch dem feind durch gute hoffnung anhielten, daß er E. churf. durchl. nicht so geschwinde über den hals zöge. Geschieht es nicht schlennergst und E. churf. durchl. sollten in extremiteten gerathen, daß Sie wiederumb assistenz und hulfe suchen und bitten, so gedенke E. churf. durchl. gnedigst, mit was unerträglich conditionen Sie solliches wurden erheben müssen.

Verzöge es sich, wie ich sehr fürchte, der feind bemächtigte sich indessen eines vortelhaftigen ortes in E. churf. durchl. landen, wie schwer wurde der gegenteil alsdan zur handlung zu bringen sein. Es wird auch der feind ein genaues auge haben, was auf diesen vorschlägen, so von ihr künigl. majt. in Dennemarken geschehen, erfolgen wird. Siehet er, daß sich verzeucht, so wird er gewisse schließen, daß E. churf. durchl. dazu nicht geneigt, darumb so vielmehr eilen, E. churf. durchl. einen vorthel abzugeben. Werden es auch die reichsfürsten und stände innen, daß es sich zu keinen frieden anlesset, so stehe ich in den sorgen, daß sich theils mit Frankreich, theils mit Schweden in den tractaten ubereilen möchten; dagegen, wan die handlungen angefangen, wird menniglich sich huten, weiter zu vertiefen, weil sie alle des frieden begierig, und derselbe mit E. churf. durchl. tractiret, so wird sich einer nach dem anderen wieder bei E. churf. durchl. angeden. Der herr reichskanzler Ochsenstirn wird in weit andere gedanken gesetzt, ausländische werben auch ihre hoffnung, so sie ihn haben möchten, woll sincken lassen.

So lieb nun aber E. Churf. durchl. ist, den Frieden zu befördern, so hoch müssen Sie sich angelegen sein lassen, Ihre Kriegsverfassungen nicht alleine zu continuiren, sondern sich auch noch in einer sterkeren zu sehen. Das habe ich lange und zwar von anfangs gerathen; wann es damals geschehen, so wäre es viel besser gewesen. Weil es aber verfeumet, so wird es doch noch igo, wann es ohne verliernunge einiger zeit geschieht, sehr gut und E. Churf. durchl. zutreglichen sein.

Zum allersten aber erfordert die nothdurft, daß den alten regimentern igo also bald ein halber monatsold gereicht, damit die offizierer mittel bekommen, sich zu versterken. In der Schlesiens aber ist kein raum, darumb ihnen dieser orten ein platz muß assigniret werden, dahin sich das voll versamble, inwor die neue regimente, und zwar zu allerforderlichsten vor die zu fuße. Dierweilen an munition und waffen ein großer abgang, ist ein guter vorrat höchst nöthig.

Damit auch E. Churf. durchl. die last des triges nicht alleine auf dem halse, vermeinet ich nochmalen, wann ohne schwere conditionen die kron Schweden heizubehalten, daß es nicht rathsam sein wolte, sich davon zu separiren, in betrachtunge, bei den evangelischen sonsten keine verfassunge. Nun erinnere ich mich, daß der herr reichscanzler drei wege vorgeschlagen: 1. daß er gegen einer billigen recompens das werl den evangelischen übergeben, oder 2. die beide corpora der armeen, wie sie bis dato gewesen, noch ins kunftige ein jeder a part und uber die seinige die direction haben könn, wan aber 3. die kron Schweden dabei verpleiben, und unter einem directorio das ganze werl sein solte, könnte er sich dessen in keinem wege verzeihen. Demnach ich des herrn reichskanzlers meinunge bei dem ersten sollicher gestalt eingenommen, wan er sich des werles begeben, daß er auch zugleich sein voll wieder mit sich zurücke fuhren wolte, da ich nun hierinnen nicht irre, könnte ich nicht voll den ersten weg rathsam befinden. Dem herrn reichskanzler aber die vollentzümliche direction zu untergeben, darin erengen sich allerhand große beschwerlichkeiten, insonderheit, wan er das directorium sollichergestalt, wie bishero sonderlich bei ihr kurf. gn. dem herzog von Braunschweig geschehen, fuhren wolte. Den daraus ist genugsam abzunehmen, daß es bei ihme stehen solte und sonsten keinem nachgegeben sein, die stände zu convociren, welches wider die verfassungen, der kreisobristen und ausschreibenden fursten autoritet laufen wurde. Die officierer wolte er bestellen nach seinem belieben; die wurden alsdan an ihme hangen. Seinem gefallen nach wurde er werbungen wollen anstellen, musterplätze und quartir in der Chur- und fursten ländern austheilen, contributiones auflegen, wie ihr königl. majt. mit der kron Frankreich und Churfürsten von Trier den anfang gemacht, alliancen schließen, weme ihme beliebete, in neutralitet nehmen, keinem, ohne wie ers gut befinden wurde, im nothfall succurriren, nach seinem gutachten recom-

penfe, wie ijo schon gefchicht, austheilen. Wan nun die leute feine plenipotenz innen wurde, hengkete fich jedermann an ihme, und durfte die gemuthet also an fich ziehen, daß allerhand daraus zu bejorgen. Das arbitrium pacis et belli stunde in feinen händen, den reichs- chur- und fursten weren die hände gefchlossen. Thäten sich mittel zum frieden herfur, wie gut sie auch weren, dörfen sie sich nichts darin untetwinden. Der reichs- chur- und fursten wolfort stunde in feinen händen, mit ihren eigenen ruthen wurde er sie in zucht halten. Was er mit dem schwerte gewunne, behielte er an sich. So hetten die fursten die ungelegenheit, schimpf, spott und verachtung davon, er aber den ruhm und profit. Gingen die sachen gluellichen fort, so stunde es bei ihme, daß röm. reich zu evertiren, zu reformiren und seinem belieben nach mit den chur- und fursten zu gebahren. Wolte man gleich meinen, man könnte sich in den tractaten woll vorsehen, daß er nicht weiter als ihme nachgegeben, gehen dörfte, daß were woll zu hoffen. Wan er aber dawider thun wolte, so hetten sie keine mittel es zu hindern, dan das mühten starke wort in die versicherungen sein, die die gewalt der waffen aufhalten könten. Ginge es nun aber ungluellichen, wie wurde das I. I. churf. d. d., denen die vorsorge des heil. römisch. reichs anvertrauet, gebudet werden, daß Sie solliche einem anderen und zwar ausländischen und frembden, die Ihnen bei weiten nicht an stand und dignitet zu vergleichen, bei Ihnen in keinen pflichten, übertragen. Wie wurde die posteritet daruber lamentiren! Was für böse nachrede wurde es verursachen, daß die chur- und fursten des reichs mittel hetten zum frige gehabt, (den von den ihrigen muß doch derselbe gefuhret werden), aber ein frömbder hette müssen denselben dirigiren. Gewisse nicht alleine den chur- und fursten, sondern der ganzen teutschen nation were es schimpflich bei allen frembden und den nachkommen, daß in Teutschland, darin andere ihre weisheit studiren und lernen mühten, nicht auch leute zu finden, die solliches verrichten könten. Ich verwundere mich, daß der herr reichscanzler Ihr churf. durchl. solliches anstellen darf, und besurchte sehr, weil er so hoch darin bringet, daß etwas großes darunter verborgen. Darumb leffet mein gewiffen noch meine liebe zum algemeinen vaterlande nicht zu E. churf. durchl. zu sollichen hohen praejudicirlichen werke zu rathen.

Daß aber gleichwol hierdurch nicht alles über haufen geworfen, dunkel mir, der mittelfte weg were der ertreglichste, daß zwei corpora gemacht, die von gleicher force und stärke, dazu E. churf. durchl. ehliche gewisse stände als der ober und niedersächsische freis, (die erwehle ich aus gewissen ursachen), die last des friges zu übertragen, zur unterhaltung der kronen armee aber der reiniſche, schwäbische und fränkische freis zugeordnet, dabei er dan die katholischen örter, berer er sich bemächtiget, E. churf. durchl. aber dagegen die Schlessen und was derer orter man sich ferner nach Mähren und Böhmen impatroniren könnte, bis zu erlangunge eines beständigen friedens behalten thete.

Daß aber alle *auspiciones, aemulationes* und *disfidentien* aufgehoben, dazu were ein *formatum consilium militare* hochnötig; daß auch in demselben der *direction* halben keinen zweifel, könnten der zwei, bei jede armee eines, von allen interessenten besetzt sein, daß bei E. Churf. durchl. darin hetten Sie, und in deme bei der schwedischen armee der herr reichscanzler das *directorium*. Die beide *collegia* müssen nun vleißig miteinander communiciren, daß ein einmuthiger schluß.

Von diesem allen aber werden ohne zweifel E. Churf. durchl. mit I. Churf. durchl. zu Brandenburg unterredunge pflegen und unter Ihnen einen schluß machen, auch förderlichst den herren reichscanzler bescheiden und demselben darüber vernehmen. Wolt er sich ja darin nicht finden und darzu bequemen, bestunde auf seine meinunge mit bedroumunge, daß werl zu teseriren, so hat man sich dadurch bewegen zu lassen keine ursache, den ich halte gewisse davor, Frankreich wird sich nicht alleine zu etwas verbunden haben, sondern die krone wird gleicher gestalt obligiret, das kan nun nichts anders sein, als das werl zu continuiren; so wird es auch nicht bei ihme stehen, sich von demselben seinem belieben nach zu begeben. Es ruhmeth sich auch der herr reichscanzler, die meisten fursten und stände stehen mit ihme in bundnuß. Ebenergestalt wird nun die *obligatio* auch *reciproca* sein, und ist deswegen auch obstringiret, bei der sachen zu verharren. So hat man nicht ursache, sich dadurch schrecken zu lassen.

Die ausschreibung eines allgemeinen *conventus* befinde ich gleicher gestalt hochnötig, und E. Churf. durchl. dürfen sich nichts, auch das nicht, was mit Braunschweig vorgegangen, irren lassen. Were auch gleich zu besorgen, die evangelischen wurden sich nicht stellen, so wolte ich doch dafür halten, wan ihnen die *interposition* ihrer königl. majt. in Dänemark, und daß es des friedenß halber geschehe, dabei notificiret, es wurden gar wenig sich ausschließen. Geschehe es gleich, so theten doch E. Churf. durchl., was Ihr hohes ambt und die liebe zum vaterlande erfordert, benehmen ihnen alle entschuldigungen oder, was E. Churf. durchl. deswegen, daß ihnen von nichts wissend gewesen, könnte zugezogen werden. Es wurden auch E. Churf. durchl. jederman müssen zeugnus geben, daß Sie das allgemeine beste löblichen und ganz eifrig befördert, und wan sie ja von Ihr aussagen wolten, wer wurde sein, der E. Churf. durchl. solliches verargen kunde, wan alsdan Sie auch Ihr *privatum commodum* und Ihres hohen hauses wolffart in acht nehmen.

Wolte der vielgütige Gott glük geben, daß E. Churf. durchl. sich mit Churbrandenburg einer gleichen meinunge vereinigten, es were schon ein guter anfang, die reichsfursten und stände wurden darauf ein großes auge schlagen. Der herr reichscanzler selbstn wurde woll etwas gelinder gehen, aber so lange er hoffnunge, bei einem noch etwas mehr als den anderen zu erhalten, so beharret er gewisse auf seine mainunge. Es scheint auch

weren sie durch etliche compagnien Croaten angenommen und hetten die erste nacht zu Tepliz gelegen, den andern tag weren sie zeitlich nach Reutmaritz kommen und hetten unterwegs von einem trompeter von dem kénigl. Dänemarschen abgesandten dem von Neventlau 2 schreiben empfangen, welche sie abgelesen, darinnen die stadt Breslau zu bevorstehender handlung vorge schlagen, auch zugleich eines armistitii und stillstandes der waffen gedacht worden. Als ihre fürstl. über die Elbe kommen, hette der oberste Mehraus in namen des herrn generalissimi sie angenommen und mit zwei compagnien zu roß in die stadt begleitet, darinnen hetten in der gassen die soldaten auf beiden seiten aufgewartet und auf den markt 2 fenlein gestanden. Die kaiserlichen abgeordneten weren 2 stunden eher angelanget, bei welchen sich ihre fürstl. gn., weil sie dertselben mit ehrerbietung zuvor kommen wollen, alsobald angemeldet, sie auch in ihrem losiament angesprochen, die gesandten weren ihrer fürstl. bis auf die gasse entgegen gegangen, keine oberstelle einnehmen und nicht für kaiserliche gesandten gehalten werden wollen. Es were aber diesen abent bis auf den andern morgen die conferenz verschoben worden. Des andern tages weren die abgeordneten in die kirchen gefahren, furgehende, sie mühten das werk mit Gott anfangen, darinnen aber über eine halbe stunde nicht verblieben. Als nun ihre fürstl. gn. von ihnen erfordert worden, hetten sie den herrn abgeordneten kürzlichen vermeldet, seine fürstl. gn. theten sich legen ihrer kais. majt. allerunterthénigst bedanken, daß sie ihrer fürstl. gn. gehorsamste ersuchung und vorschlag wohl hetten aufnehmen und die herrn abgesandten an diesen ort schicken wollen. Nicht weniger sagte sie den herrn gesandten für die mühehaltung dank und baten, den eingefallenen verzug in bestem zu vermerken. Ehe und zu vorn aber man zur conferenz schritte, hielten ihre fürstl. gn. für hochnützlich, etliche praeliminarpuncte zu erledigen.

1. Versicherten sie die herrn gesandten, daß ihre churf. dñl. zu Sachsen und Brandenburg nicht anders wühten, als daß ihre fürstl. gn. auf ihrer kais. majt. begehren diese reise auf sich genommen, daher man sich nicht einbilden wolle, daß von ihren beiderseits churf. dñl. dñl. ihrer fürstl. gn. das geringste aufgetragen, sondern, was von ihr furbracht würde, theten sie für sich aus eigenen bewegnis.

2. Mühte, was fürliche, ganz unverfanglich und unverbündlichen sein.

3. Were ihrer fürstl. gn. hoch und viel an der geheimhaltung gelegen, dan sie sonst nebenst dero land und leuten leichtlich in große ungelegenheit darüber kommen könte.

4. Mühten ihre fürstliche gn. praecoccupiren, wan sie nicht lauter jucunda und anmutige sachen bringen möchten, daß mans nicht ubel wolte aufnehmen und dafür halten, als man es ihre fürstl. gn. ausgedacht und er-
sonnen.

Die herrn gesandten.

Ihre kaiserliche majt. hette ihnen befohlen, ihrer fürstliche gn. den gnedigsten gruß zu vermelden und sich dero gemahlin und fürstl. kinder zustandes zu erkundigen, ihre fürstliche gn. auch dabel zu versichern, daß sie in der guten affection gegen ihrer fürstl. gn. bis in tod verharren wolte. Ihre kaiserliche majt. weren noch stets eingedenk, wie wohl und rühmlich sich herr landgraf Ludwigs fürstl. gn. hochlöblicher gedechtnis gegen ihrer kaiserliche majt. und das heilige röm. reich erwiesen. Weil nun ihre kais. majt. sehen, daß keine fürstl. gn. in des herrn vaters fußtappen getreten, wolten sie sich desto vertraulicher expectoriren, und ließen sich die gesandten die behutsamkeit bei den praeliminarpuncten gar wohl gefallen, wolten selber fur ihren ausbruch bei den ersten punct auf ein expediens gedenken, damit man gleiche affectio führen möge. Beliebten gleichfalls den andern und dritten punct, so konten sie ihnen auch wohl einbilden, daß es nicht lauter jucunda sein würden, solten nur offenerzig reden, sie wolten dergleichen thun.

Hierauf were der bischof zu ihrer fürstl. gn. aus fenster getreten und ihr ein handschreiben von ihrer kais. majt. überliefert, ingeleichen eines von fürsten von Eckenburg, so gleicher gestalt abgelesen worden. Darbei er auch ihre fürstl. gn. einen gruß von konig von Ungarn und zugleich dieses vermeldet, ihre königl. m. ließen s. fürst. gn. berichten, daß göttliche almacht ihrer königl. m. gemahlin gesegnet, und daß sie hierüber des erbietens, wan man an ihre königl. m. wegen des frieden etwas bringen würde, daß sie gerne bei ihrer kaiserliche majt. nützliche erinnerung thun wolte, dan sie den lieben frieb für das summum bonum halten theten.

Herr landgraf.

Nach empfangenen schreiben hetten ihre fürstl. gn. weiter propouiren lassen: Ihre haubintention were zu nichts anders gemeinet, als wie ein bestendiger sicherer friede möchte getroffen werden. Warum die vor einem jahre vorgeschlagenen tractaten nicht weren fortgengig gewesen, sei bekant. Weil nun ihre königl. majt. zu Dennemard zu einer interposition sich anerbotten, wolten sie durch diese conferenz derselben ganz nicht hinderlich, sondern, was sie furbrächten, solten nur subsidia sein. Hette anfenglichen sehr hart bei ihrer churf. dhl. zu Sachsen gehalten, ehe sie die interposition eingeräumet, weil noch täglich von den beambten und unterthanen bericht und klagen einkamen, wie grausamb die kaiserlichen soldatesca in ihrer churf. dhl. lande gehauset, da doch ihre churf. dhl. der kais. majt. hinboren so getreue und nützliche dienste gethan, auch leib und leben, land und leute in eußerste gefahr gesetzt. S. churf. dhl. hetten viel kreis in ihrer kais. majt. erhalten helfen, hetten alle angebotenen außwertige hülffen ausgeschlagen, auch viel ungemach willig ubertrogen, in hoffnung, es würde ein christlicher billiger friede erlanget worden sein. Darauf aber were das ebiet erfolgt. Man hette ihr nicht verstaten wollen, zu versicherung der

lande ein wenigß velt zu werben, sondern were ohne eine ankündigung und verworung in dero lande gefallen und ihr viel injurien und beschimpfungen zugefüget. Dieses alles ginge ihre churf. dhl. hoch zu gemüthe. Geben auch vor, weil sie bei ihrer kundbaren treu ein solches gemüthe bei dem hause Osterreich verispüret, was sie sich doch in künftigen gutes zu getrösten und zu versichern haben sollten. Es möchte dieses werck auch wohl verhinbert haben, daß von vielen außwertigen potentaten zu fortstellung des krieges ansehnliche hülffen angeboten. Es were zwar entlichen, als der gesandte sich fast in die 8. woche zu Dresden befunden, die interposition ihrer könipl. majt. eingeräumet, jedoch auf seiten Churbrandenburg mit einer mobilisation. Sonsten vernehmen ihre fürstl. gn. so viel, daß churf. dhl. zu Sachsen keinen anderen als einen universalfrieden eingehen werden, dahero sehr schwer sein würde, solche conditiones und punkte zu finden, so allen theilen gefellig. Ihre fürstl. gn. zweifelten nicht, ihre kais. majt. würden sich der alten sachsischen treu sonderlich der großen constanz, so izige churf. dhl. ihrer kais. majt. erwiesen, erinnern. Ihre fürstl. gn. hielten soviel befunden, daß ihre churf. dhl. und dero rätthe auch bei den anpraesentirten großen hülffen dennoch allezeit auf des reichs wohlfart ihr absehen gehabt. Dahero ihre fürstl. gn. dafur hielten, es solle den sachen sehr furtreglich sein, wenn ihrer churf. dhl. in privatis und publicis lust gegeben werden könnte, wie weit man zu gehen gemeinet und was für media zu ersinnen, ingleichen, daß zu verhütung größerer verbitterung ihrer churf. dhl. landen nicht möchte feindlichen zugeleget und das werck schwerer dadurch werden.

Kaiserliche gesandte.

Das propositum, einen friede zu machen, were rühmlich. Ihre kais. majt. hetten dem köni in Dennemark die interposition eingeräumet, es hetten sich aber ihre könipl. majt. erboten, ihrer kais. majt. reputirliche mittel furzuschlagen. Wolten zwar gerne durch mittelpersonen ihrer churf. dhl. einen praegust geben, beten aber, ihnen in vertranen die ingredientia articularum an die hand zu geben, wolten den sachen etwas bis nach mittage nachdenken. Ihre fürstl. gn. hetten hierdurch occasion genommen, viel von eventu belli und zweifelhaften ausgang des krieges zu reden, das exempel mit den Staden angezogen und, was entlichen zuerfolgen pffege, wenn man jederman disgustire, auch was bei begehenden todesfall ihrer kaiserlichen majt. zu befahren, remonstrirret. Hetten hierauf bedenzeit genommen.

Donnerstages waren die herrn gesandten zu ihrer fürstl. gn. frue umb 7 uhr kommen und sich nochmals zur geheimhaltung erboten, hetten eine kurze justification wegen des einfals in ihre churf. dhl. lande gethan, woraus soviel zu vernehmen gewesen, daß es dem general Tilli nicht were befohlen worden, ban sie gemeldet, weil diejenigen, so es verursacht, tot, mußte man es Gott befehlen, worbei sie zugleich widersprochen, daß ihre

kais. majt. dem herzog zu Friedland die chur Sachsen und dem herzog zu Lothringen die chur Brandenburg geschenkt haben sollte. Ihre kais. majt. geschehe hierin gewalt und unrecht. Were ihr nie in sin kommen, würden es künftig in eigener person entschultigen. Ihre majt. würden gerne alles eingehen, was möglich. Hierauf hetten sie angefangen, von den publicis zu reden, und angedeutet, ihre kais. majt. weren der herr, man müßte mit derselben immediate tractiren, hette das werf noch in ihrer hand und würden ihre kais. majt., damit das werf nicht gar zu weitleufig, nicht alle catholische stände, sondern die 4 churfürsten zum tractaten ziehen. Es würden sich sonder zweifel auch wohl andere potentaten angeben, allein ihre kais. majt. hetten albereit ihrer königl. majt. in Dennemark ihr wort geben, darbei würden sie es bewenden lassen. Was den ort belanget, were von dem von Neuenklau Frankfurt an der Oder vorgeschlagen, welcher ort dem herzog zu Friedland nicht gefällig gewesen, worauf Breslau, entlichen Praga ernennet, alda auf der königl. burd die tractaten sollten vorgenommen werden. So sollte auch wegen des ab- und zureisens genuglame versicherung, es ließe die handlung ab wie sie wolte, zu wege gebracht werden. Mit der zeit were nicht zu seumen. Sie vermeinten, wan es 8 tage fur Pfingsten neues calenders und umb Quasimodogeniti altes calenders sein könnte. Unter dessen weren die stände von beiden theilen zu erinnern, sich gefast zu halten, ihre gesandten auch plene zu instruiren, damit man sich wegen der legitimation nicht aufhalten dürfe. Worbei sie nochmals umb eröffnungs der conditionen gebeten. Ihre fürstliche gn. hetten sich auf dieses ercleret, sie an ihren ort hielten dafur, das ganze werf stünde auf dreien haupt-puncten:

1. Wie der cron Schweden eine satisfaction geschehen konte, weil sie gleichwohl vortwendeten, sie hetten ein großes auf den krieg gewendet, auch ihren konig darüber verloren.

2. Wie die pfelzische sache beizulegen, und

3. wie die evangelischen stände zu contentiren.

Der letzte punkt begreife die religion, justiz und militiam in sich. Als nun der schwedischen satisfaction gedacht, hetten die kaiserlichen interloquiret, weil zu Regenspurg das ganze churfürstliche collegium den konig in Schweden fur einen reichsfeind gehalten, möchten sie gerne berichtet sein, wer den die schwedische cron befriedigen sollte. Worauf ihre fürstl. gn. geantwortet, es müßte solches von den catholischen geschehen.

Kaiserlich gesandten.

Wan ihre kais. majt. die evangelischen stände contentirten, sehen sie nicht, was dan die cron Schweden hernach machen wolte. Und ob man wohl dafur hielte, sie müßten Frankreich viel plätze einreumen, so sehen sie ihres theils lieber, daß Frankreich solche orte als Schweden inne hette, mit Frankreich wolten sie sich wohl vergleichen. Doch verhofften sie, ehe ihre

kais. majt. würde geschehen lassen, daß das ganze röm. reich in der combustion verbliebe, würde sie wohl entlichen conniveulo verstatten, daß etwas gewilligt werden möge.

Herr landgraf.

Ihre fürstl. gn. hetten ferner vorgeschlagen, ob nicht der cron Schweden etliche orter dergestalt zu lassen, daß sie solche vom reich zu lehn empfangen. Es hetten aber die gesandten nichts darauf geantwortet. Was die pfälzische sache betreffe, würde ihre kais. majt. darzu nicht verstehen, daß sie umd friede willen die pfälzische kinder an land und leute genzlichen sollte restituiren und ihre eigene lande darüber von sich stellen. Doch würde es die künftige handlung geben. Und weil die kaiserlichen so instendig gehalten, ihnen puncte vorzuschlagen, welcher gestalt die evangelischen stände zu contentiren, hetten sie ihnen entlichen mündlich den 1. und andern punct eröffnet.

Worbei die gesandten alsobald gedacht, wen die osterreichische und erblande darunter solten gemeinet sein, wurde es ihre majt. schwerlich willigen. Den warumb solle ihr dasjenige, so andern ständen frei stünde, nicht auch zu thun nachgelassen sein. Ihre fürstl. gn. hetten ferner gemeldet, daß den evangelischen wegen der erlittenen großen schäden alle geistliche guter, so in der evangelischen und protestirenden stände territorii liegen theten, gelassen werden solten. Der stadt Donauwerth und freien ritterschaft hetten sie aus bedenklichen ursachen nicht ertwehnet. Folgens weren sie kommen zu dem punct der justiz. Der meckelburgischen lande hetten sie geschwiegen, wie auch den 29. und 30. articul und den punct wegen der pfandschaften ausgelassen, damit inskünftig nicht das ansehen gewinnen möge, als hetten sie die puncten albreit gesehen; man auch die andern erhalten würden, were an diesen geringen puncten nicht zu zweifeln.

Kaiserliche räthe.

Den punct wegen der cron Schweden befriedigung hetten sie betrachtet, vermeineten, es ginge auf Pommern oder Meckelburg. Beten, wen man nachrichtung, man wolte ihnen doch vermelden, wohin sie eigentlich zieleten. Den punct wegen der geistlichen guter, so in der evangelischen stände territorii legen, hetten sie nicht recht verstanden, ob es auch die meinung haben solten, wen ein mediatum in eines andern standes territorio etwas liegen hette, ob er dadurch ganz solte zu grunde gehen oder nur eine diminution an seinen einkunften leiden. Exempli gratia: wenn Eichstett in Wirtemberg etwas hette, ob er dan nichts desto weniger ein bishof bleiben solte, wen ihm gleich solche stücken entzogen würden. Item wen ein weltlicher catholischer stand in eines evangelischen standes territorio etwas liegen haben, wie es auf solchen fall zu halten. Weil auch des cammergerichts und reichshofraths gedacht, daß sie halb mit evangelischen besetzt werden solten, ob es auch auf den geheimen rath zu verstehen; das würden ihre kais. majt.

in ewigkeit nicht willigen. Wer dan, man die vota paria, den ausschlag geben solte.

Ihre fürstl. gn.

Sie hielten dafur, es were dieß suchen nur von den justizwesen zu verstehen, die kammergerichtsordnung gebe klare maße, wen die vota paria, wie es zu halten. So solten keine religionsfachen im reichshofrath im künftigen angenommen werden, daher dieß dubium sich selbst erledigte.

Kaiserliche rathe.

Es weren unmögliche, daß die damna erstattet werden könnten; wen die damna solten angeschlagen werden, welche ihrer churf. dhlt. voff in Böhmen und Schlesien den landen zugefüget, würde sich gleichfalls auf ein sehr hohes erstrecken. Mit der amnistia müste es ratione temporis & modi also gemacht werden, daß es Gott gefellig und alle laster nicht ungestrafet bleiben möchten.

Ihre fürstl. gn.

Weil man assurance haben müßte, so stünde dahin, ob man Bamberg und Würzburg den evangelischen in heubden lassen möchte. So würde auch der punct wegen der böhmischen freien wahl und ausschaffung der evangelischen stende aus selbigen konigreich in consideration kommen.

Kaiserl.

Wan der punct assurance anders solte gesehen werden als auf alte treu und glauben, würde es schwer zugehen. Es weren viel leute am kaiserlichen hof, so zu fortstellung des krieges riethen, mangelte ihnen auch an auswärtigen hilfen nicht. Wosern es zu einem armistitio gebracht werden konte, würden ihre fürstl. gn. der herzog zu Friedland nicht ungeneigt darzu sein, jedoch daß es auf alle parteien gehe und ihre churf. dhlt. etlich voff aus Schlesien abführen möge. Wolten aus diesen punct mit ihrer kais. maijt. und dem herzog zu Friedland reden.

Entlicher Schluß.

1. Die kaiserlichen hielten alles, was diskurret, unverfenglich; solte zu ewigen tagen nicht gedacht werden.

2. Unterdessen wolte man in beförderung des frieden eiferig fortfahren. Sie weren

3. erbötig, mit dem herzog zu Friedland zu communiciren und ihre fürstl. gn. womöglich des orts und zeit halben forderlichste nachrichtung zu geben. Weten, eine vertraute person mit ihnen zu zuschicken, worzu ihre fürstliche gn. d. Liebenthal abgefertiget. Als ihre fürstl. gn. schließlich gefragt, wan die herren churfürsten zu wissen begehren möchte, was furgangen, was sie darauf antworten solten, hetten sie sich ercleret, sie solte nur berichten: weil ihre kais. maijt. erfahren, daß die beiden herrn churfürsten sich beijammen befinden theten, hetten sie, indem ihr tragenden hohen amts halben die wiederbringung eines frieden angelegen, ihre fürstl. gn.

erföhrern und ihre frieblichsen gedanken derselben eröffnen lassen wollen; würde man solches dieserseits nicht acceptiren, wolte sie für Gott und der welt entschuldiget seyn.

Ueber hielten sie erinnert, daß doch die stadt Speier in die neutralitet möge gesetzt werden, damit nicht das gericht ganz zu grunde ginge.

2. Walmerode solte sich chestes tages wieder einfinden.

3. Weren etliche geistliche alhier gefangen, die würden sehr ubel gehalten, beten umb dero erlebigung oder daß sie besser möchten tractiret werden, auf ihrer seiten würde den gefangenen aller guter wilke erwiesen.

4. Galten sie einen gefangen namens Antonius Ericus Keller hoch commandirt.

Bei dieser ganzen conferenz hielten sie ihrer churf. gar honorifice gedacht und, wen derselben namen genennet, alzeit etwas aufgestanden.

Die heffischen rathe haben in vertrauen so viel berichtet, daß sie verstanden, wen ihre churf. dhl. die kaiserlichen attaquiren würde, wolten sie mit heereskraft in diese lande fallen und alles verhergen und verzehren, wen aber solches nachbleiben würde, hofen sie, es würde für den tractaten nichts feindseliges angefangen werden. Es weren soldaten von dem alhiero liegenden regiment nach Leutmaris kommen und sich alda unterhalten lassen. Es were auch ein officirer alhier gewesen und hette aufgewartet, als bei der churfürsten tafel gehalten.

Protocol wegen ihrer churf. dhl. satisfaction.

Die kaiserlichen weren stark darauf bestanden, was doch ihrer churf. dhl. für satisfaction geschehen könnte, den auf erfegung der dinnorum were nicht zu denken.

Hr. landgraf.

Ihre fürstl. gn. zweifelten nicht, man wurde der ansehnlichen schuld, damit man ihrer churf. dhl. verhaftet, gestendig sein.

Hr. bischof zu Wien.

Die schuldbforderung were ganz richtig, mügte bekennen, daß man ihrer churf. dhl. weder capital noch zinsen bishero erlegt.

Hr. landgraf.

Hierauf weren die bewußten vorschläge geschehen, darbei auch des erzstifts Magdeburg bergestalt gedacht worden, weil die catholischen sich doch dessen in künftigen verzeihen müßten, würden sie kein bedenken haben, zu willigen, daß ihr churf. dhl. haus solches ewig verbleiben möchte.

Die herrn kaiserliche.

Mit Ober- und Niederlausitz und den egerischen kreise würde es nicht große difficulteten geben, mit dem erzstift aber dürfte es härter hergehen, doch hielten sie auch hierzu keine hofe mine gemacht, sondern alles vleißig notiret und ihrer kaiserlichen majt. fideliter zu referiren sich erboten.

4.

Weissensee 30. April [10. Mai] 1633.

Gutachten Landgraf Georgs

über das

schwedisch—französische Bündniß.

Hauptstaatsarchiv Dresden. Loc. 8119. A. B. Friedensstatuten p. 203—205. Beilage zu dem Briefe des Landgrafen an Johann Georg unter gleichem Datum.

Considerationes extemporaneae über die confederationisnotul.

Es will erscheinen

1. daß die kön. majt. zu Frankreich wie nicht weniger die kron Schweden die vorige mit könig Gustavo Adolpho gloriwürdigsten andenkens getroffene confederation vor ein personalwerk, welches mit des königs in Schweden leben erloschen sei, geschiet, sonst were kein neuer bund nöthig gewesen; dahin zielen auch die wort in der notul: cessante vel langnescente foedere, item: sit ex hoc die foedus. Daher dan der churf. dhlt. zu Sachsen assertion, daß hies verbündnus mit Schweden ebenmäßig ein personalwerk war, besträkt würd.

2. Rege aber will aus solchen über der Deutschen vaterland gehenden bündnussen ein erbliches und immerwehrendes werk gemacht werden, indem eine cron mit der andern als immortalia corpora sich confederiren.

3. Daß hie außwertige königreiche de rebus imperii Romani ad procures Germaniae pertinentibus bündnuß absque determinatione temporis et loci aufrichten und noch dazzu disponiren, wer aus den ständen des reichs zu ihnen treten solle oder nicht.

4. Daß kein gewisser specialis scopus et meta, wie weit man es treiben wolle, präfigirt, sondern alles blos in die generalitet, aus der man noch viel unzählbare species höchstgefährlich zihen und es pro lubitu et data occasione selbst extendiren kann, in das arbitrium solcher beeder cronen gestellt würd.

5. Daß die churf. dhlt. zu Sachsen vom herrn reichskanzler Ochsenstirn dabevor ersucht worden, ohn ihn oder seinen consens keinen tractat zu bewilligen oder einzugehen; es habe aber der herr reichskanzler Ochsenstirn nunmehr und vermittelst dieses de rebus imperii ohn ihrer churf. dhlt. vorwissen vorgegangen foederis seinen consens dergestalt invinculirt,

daß ohne Frankreich er oder die cron Schweden nicht mehr consentiren können; also müßte die churf. bhlt. zu Sachsen nunmehr auch auf Frankreich zu sehen schuldig geachtet werden.

6. Daß die cron Frankreich den catholischen ständen die neutralität gönne und sich darum ferner bewerben wolle, also ginge der krieg bloß wider das oberhaupt des römischen reichs, daraus eine hochbedenkliche degradation oder doch sonst eine anarchia, zumal aber die höchste confusion und zergliederung, auch endlich zu besorgen, daß sich pro lubitu einer oder ander vor ein haupt aufwerfen und nur noch größere motus erwecken möchte, auch daß die churf. bhlt. als der kgl. majt. und dero hause Österreich allernehmster vielfältig benachbarter das verzehrende kriegsfeuer strack an der wand haben müßte.

7. Daß Frankreich eine million franken, so etwa 4 tonnen golds weisnische wehrung besagen, zu diesem krieg jährlich erlegen wolle; in effectu aber müßten die evangelische conföderirte stände der vier craiz 30000 zu fuß und sechs tausend zu pferd jährlich underhalten, welches manchem einigen evangelischen fürsten über vier tonnen golds laufen würde.

8. Daß die cron Schweden den genos der occupirten großen und herrlichen lande behalten sollte, gar keine meldung aber beschehn, ob und welcher gestalt den evangelischen ständen, die gleichwohl mit ihrem schweiß und blut zu derselben erwerbung geholfen, etwas davon zu gut kommen sollte?

9. Daß die kön. majt. zu Frankreich bedinglich ausnehme die catholische religion und deren exercitium. Wie leichtlich könnte aber hiernächst nur durch occasion eines einigen catholischen reichsvatters erinnerunge, daß gleichwohl der catholischen religion im werck selbst großer abbruch beschehe, alles in einen andern stand gesetzt und von Frankreich selbst den evangelischen weh gethan werden?

10. Daß nicht nur allein des königs, sondern des königreich Frankreich und also der kron selbst adeoque successoris gedacht werde, und aber aus göttlicher verhengnuss leichtlich ein menschlicher fall ins mittel kommen könnte, daß der kön. majt. zu Frankreich herr bruder duc d'Orleans zur cron gelangte, so würden die evangelische stände alsdau in viel größerer gefahr sitzen als vor jemals.

11 Die kön. majt. zu Schweden christeeligsten andenkens habe anno 1632 wenig wochen vor ihrem tödlichen hinfall selbst an die churf. bhlt. geschrieben, sie und die beide herrn evangelische churfürsten wolten ein schluß ad pacem machen und dörfen darzu keiner frembder potentaten. Jeho aber würden ausländische potentaten und cronen gar herbei gezogen zu größerer weissenfugkeit und hinderung des so hochnöthigsten friedenwerks.

12. Es beschehe erwehnung der gemeinen freunden und undertrufften, und daß denselben durch disen krig solle geholffen werden. Man exprimire aber nicht, wer per nomen oppressorum zu verstehen sei, und möchte allezeit noch einer oder der ander klagen, sich vor einen oppressum halten und als den zweck dises krigs vor unerreichet dargeden, auch under denen, über welche per viam justitiae nur etwas gegangen.

13. Es gehe solch foedus im paß, wer darln möge gezogen werden, indiscriminatum ohn einigen unterschied der religionen auf catholische, lutherische und calvinische: Frankreich sei catholisch, Schweden lutherisch, Engelland (wan der beitriff erfolge) calvinisch, fast gleiche meinung hab es mit den reichsständen, umb deren confoederation sich betworben würd. Was in vorzeiten die schmalkaldische herren bundsverwandte von dergleichen gemengten foederibus gehalten, bezeuge guten theils Sleidanus.

14. Es komme dergestalt das arbitrium rerum germanicarum gar aus den händen der deutschen in die gewalt frembder potentaten. Deutschland würde solang krig haben und leiden müssen, so lang die frembde nur wolten.

15. Daß man aus bloßem wahn, als ob der friid nunmehr nicht durch gültliche tractaten zu versuchen, sondern gar endlich mit dem schwert erhalten werden müßte oder sonst nicht beständig were, alle mittel zum friid abschneiden und dadurch eine perpetuirung des krigs in Deutschland verursachen thue, da doch eben dise beede hochlöblichste cronen Frankreich und Schweden selbst jeweils friiden gemacht, obschon dero feinde noch nicht subjugirt, sondern belli fortuna noch anceps gewesen.

16. Daß bei einem so hochwichtigen werck billich die churf. dhlt. zu Sachsen nicht praeteriret, sondern mit ihro communicirt werden sollen, da res noch integra war.

17. Daß im 9. articul steht, wan sich durch Gottes gnad eine occasion, friiden zu tractiren, ereugen thäte, daß mit einhelligem rath der confoederirten solle tractirt werden, wordurch beede pacificirende cronen zu erkennen geben, daß bei erscheinung solcher occasion sie tractiren und keine gelegenheit ausschlagen wolten; und gleichwohl dessen ungeachtet gewinnet es das ansehen, als ob Dennemardische interposition als dennoch eine gewünschte von Gott geschickte occasion zum friiden mehr gehindert als befordert werde.

Wiewohl nun in diser bundsnotul billich viel zu hohem nachdenken zu ziehen, auch ohne maßgebung die churf. dhlt. zu Sachsen dise und andere motiven und erinnerunge, so ihro aus verlesung des contexts ferner beifallen werden, dem königlichen französischen gesandten nach befindung wohl remonstriren lassen werden, so würd doch dahin gestellt, ob ihre churf. dhlt. under anderem auch dergestalt sich erklärt hetten, daß sie vor allen dingen der von Dennemard vorgeschlagenen interposition und pacification zu verhoffender erhandlung eines allgemeinen sicheren friidens als des einigen zwecks der abgetrungenen waffen inhaciren und sich versehen wolten,

daß ihre und anderen friedbegierigen evangelischen churf., fürsten und ständen disfalls kein einhalt oder hinderung per obliquum oder directum ullo modo beschehen würde, gestalt dan ihre churf. dhlt. die kön. majt. zu Frankreich ersuchten, in seine churf. dhlt. disfalls nicht zu tringen, sondern vielmehr solch hochnothwendig friedenswert Gott zu ehren, dem h. röm. reich zu trost und erquickung und ihre selbst zu unszerblichem hohem nachruhm besordern zu helfen. Sollten dan die tractaten wirklich vorgehen und aber bei denselben soviel erscheinen, daß kein solcher frie, wie er billich sein sollte, zu hoffen, und daß es disfalls an der catholischen trigspartei selbst und garnicht an den evangelischen haffe und mangel, alsdan wolten die churf. dhlt. sich weiterer bündnussen halber also erklären, daß sowohl die hochlöblichste cronen Frankreich und Schweden als auch alle evangelische stände des reichs darob ein sonderbares contentro schöpfen sollten.

5.

Marburg 24. Mai [3. Juni] 1633.

Gutachten Landgraf Georgs

über den

Heilbronner Schluß.

Landesarchiv Dresden Loc. 8109. 6. Buch Friedenstractaten p. 285—297. Beilage Nr. 29 zu Landgraf Georg an Johann Georg unter gleichem Datum.

Dubia über die Heilbronnische bündnuß.

Dabei eingangs bedingt wurd, daß gegenwertige erinnerungen nur umb desto reiferer und besserer überleg- und betrachtung willen in diser hochwichtigen sache und zwar auf genebigste befragung, aus verpflichteter underthänigster lieb, treu und sorgfalt, garnicht aber zu jemanden, wer der auch sein möchte, viel weniger zu der hochlöblichsten kron Schweden oder auch der hoch- und wohlloblichen conföderirten reichsstände einiger betra- higung oder fugillation compo:irt worden.

1. Alle tag sonderlich in merendem disem bund greift der calvinismus weiter umb sich, hat noch nie so starken wachstum gehabt als wie zu disen zeiten.

2. Will es scheinen, als ob die in der confederation versirende lutherische fürsten und stände asserirten, es sollte under beiden lutherischen und calvinischen religionen entweder ein syncretismus werden, oder doch zum wenigsten die calvinisten und ihre religion unumehr nicht weniger

als die augspurgische confession und deren zugethane im religionstriben zu genihung aller desselben gutthaten und also auch in denen bis noch zu lutherisch gebliebenen und calvinischer obrigkeit zuständigen örtern ad facultatem reformandi begriffen sein, wie dann im ersten bundsarticul gemeldet wird, die confederation solte weren, bis in religionssachen ein richtiger und sicherer fribe, dessen alle (und also auch calvinische confederirte) zu genihen, erhalten und geschlossen worden.

3. Die cron Schweden hat aus dier bündnuß den besten vorthail, dan sie behielle in ihrem genoz und besitz, so lang der frig und das glück weret, vierzehn vornehme hur- und fürstenthum, benantlich Rainz, Magdeburg, Teutschmeisterthum, Würzburg, Bamberg, die fürstliche stifter Strassburg, Speyer, Wormbs, Augsburg, Halberstatt, Schwerin, Murbach, Lubers, auch Neuburg und sonst noch andere lande. Weil nun die cron Schweden in denselben hur- und fürstenthumen alles, was nur aus den leuten mit macht zu treiben ist, einfeseln und erheben, noch darzu die capitula einzihn, keine zinsse entrichten, keine hofhaltungen führen, die zu Hallbronn bewilligte contributiones extraordinarie den ländern aufladen und noch darueben die zöll und einkünften sehr erhöhen läßt, so ist zu vermuthen, daß die cron Schweden aus denen 14 hur- und fürstenthumen jährlich auf die 30, 40 oder 50 tonnen golbs empfangen und in Schweden schicken könne. Wer wolte dafür halten, daß die cron gern forderlich fribe machen und sich dier jährlichen einnahm, welche mehr als alle königliche schwedische einkünften erträgt, begeben werde?

4. Dife 14 hur- und fürstenthum seind mit deulschen leibern und gütern gewonnen worden, es hat da alles, was ein jeder denselben corporibus nahgelesener evangelischer fürst oder stand vermag, müssen offen stehen und dem könig zu dienst sein, den nutzen nimbt die cron Schweden allein, das hergeben und die verderbliche ruin bleibt den deulschen evangelischen reichsständen.

5. Stehet in der bundesnotul, es solte die confederation wehren und consequenter kein friid sein so lang, bis der königlichen erbprinzessin und cron Schweden gebührende satisfaction beschehen. Da wohl bei ziten zu fragen were, was sich mit solcher satisfaction eigenblich verstehe und wie weit sie sich erstrecke? sonst were es gar ein blindes werck, weil die cron Schweden den einigen verlust ihres gloriwürdigen und tapferen königs höher als alle schon in handen habende hur- und fürstenthume achten und wohl gar impossibilia fordern könte. Diser punkt ist desto wichtiger, weil man bei ermangelnder genugsamer anfficht auch nur durch diesen einigen paß das arbitrium pacis et belli effective ganz in schwedische hände stelte. Dan so lang die cron Schweden sagen würde, uns ist noch nicht billiche satisfaction beschehen, so lang müßten die stände in armis und in eufferster wagnuß aller ihrer wohlfahrt bleiben oder sich eines künftigen disputats, wo nicht gänzlicher trennung mit Schweden besorgen.

6. Alle evangelische consequenter auch Pfalz sollten ganz restituirt werden und alles wider haben. Diese generalität scheint sehr schwer, weil offenbar, daß dennoch etliche evangelische und sonderlich Pfalz am oberhaupt, an catholischen und evangelischen, auch an ganz unschulbigen sich sehr vergangen. Mit was für tug kann allen solchen thaten impunitas versprochen und einem jeden, der da unschulblig gelitten, seine rechtliche anspruch getilgt werden?

7. Im bund würd Pfalz in effecta vor einen churfürsten erklärt, da doch alle conföderirte reichsstände vorhin Bayern auf sein leibtag darvor erlanbt. Würd sich also unternommen, so ipso Bayern zu degradiren, welches von solchen ständen viel ist.

8. Eben hircdurch gibt man zu erkennen, wan der allmächtige vor reducirung eines allgemeinen deutschen fribens über die röm. kat. maß. gebieten solte, daß sie keinen, den Pfalz nicht miterröhlen helfen, pro caesare agnosceiren wolten. Die catholische aber wolten zu verstoßung Bayerns und zu einnehmung der Pfalz doch nicht gehölen, so könnte man gar zu keiner wahl kommen, würde eine mora dissolutio und anarchia entstehen.

9. Der churf. dhlt. zu Sachsen würd durch den hailbronnischen schluß die direction under den evangelischen churf., fürsten und ständen entzogen, dan Pfalz würd nunmehr dirigiren oder doch Chursachsens direction in disputat ziehen wollen.

10. Weil die churf. dhlt. zu Sachsen und vielleicht auch andere evangelische fürsten zu solcher union und allen darin führenden assertionen schwerlich verstehen möchten, ist zu bedenken, ob nicht in effecta durch die neue confederation eine separation und trennung im evangelischen wesen werde eingeführt?

11. Vermög diser confederation kann der schwedische herr reichskanzler vollends alle der evangelischen festungen in denen die kaisern in seine hand bekommen, dan der hailbronnische abschied gibts ihm in sein arbitrium, in der stände festungen kriegsvoll zu legen, wan und wie oft er selbst will.

12. Die deutsche nation hat dero hohe praeminenz, ehr und würdigkeit halber sonst niemals einigem ausländischen eingeräumt die macht, versammlungen im reich anzukündigen und auszusprechen, ja dero höchsten oberhaupts des römischen kaisers macht selbst würd in der kaiserlichen capitulation auf der herren churfürsten consens restringirt und mit gewisser maß gemildert; jcho raumt mans fremdden in die hand, oder soll doch ein stand von dem andern seinem mitstand indictiones annehmen.

13. Die Römer haben das jus belli so hoch acrimirt, daß sie es niemanden mitgetheilt. Da auch die höchste gefahr erfordert, einen dictatorem zu eligiren, ist dessen potestas nur auf sechs monat restringirt worden. Mühe ist am neuen generalissimo keine zeit bestimbt.

14. Indeme der herr reichskanzler die direction in fridens- und kriegs- sachen, ja in militaribus gar die endliche resolution in handen haben soll, kann ja nicht geleugnet werden, es stehe jux belli & pacis und das höchste regale in seinen handen.

15. Daß der herr reichskanzler die direction nicht nur über die vier vereinigte craise, sondern auch über alle andere in dem hailbronnischen bund nicht begriffene evangelische chur-, fürsten und stände führen solle, solche und keine andere meinung muß es in praecordiis haben, sonst würde es ja einer distraction oder absonderung von den andern evangelischen ständen gleich scheinen und müßte es verschiedene directoria geben, nicht ohne große gefahr.

16. Was die churf. dhlt. zu Sachsen beim evangelischen wesen gethan, ist weltkundig; darvon aber wie auch von einigen andern deutschen fürsten meritis ist in der zu Hailbronn gehaltenen proposition und gemachtem abschied hohes stillschweigen, und würd der deutschen nation nicht das wenigste, sondern alles Schweden beigelegt.

17. Die vier craise sollen notdürftige armeen halten und die guarnisonen besetzen, auch darzu contribuiren. Was aber die cron Schweden aus ihren eigenen und nicht aus des röm. reichs patrimonio nehmenden mitteln vor hülff leisten solle, würd nirgend gemeldet.

18. Wan mehr auf disen krieg gehet, als die zu Hailbronn schon bewilligte, an sich selbst fast unerischwungliche contributiones auswerfen, wer würd die weitere bedörfung herschaffen und nachtragen oder auszustehen und nachzutragen vermögen?

19. Wan hirnecht die stände wegen ihrer laube und leute höchster erschöpfung mit den contributionen nicht mehr folgen oder eintreffen könnten, die cron Schweden aber sich inmittelst im reich noch fester gemacht und mit andern potentaten conföderirt hette, möchte alsdan eingewandt werden, weil die stände nicht länger den bund hielten, so sei die cron Schweden auch unobligirt zu halten, dörfte darüber starke antheil am röm. reich in fremdde ausländische hände liefern.

20. Der evangelischen craisarmeen sollen dem schwedischen herrn directori mitschwören, aber die schwedische soldatesca im reich bleibt in der cron Schweden pflichten allein.

21. Vor 130 jahren ist von kaiser Maximiliano primo und von den ständen des reichs ein feldhauptman bestellt und ihm ein consilium formatum beigeordnet worden. Solcher generalissimo ware damals ein pfalzgraf, hatte sich neben seinem consilio dem heiligen reich mit teuren pflichten obligiren, auch ex praescripto handeln müssen, welches in hoc foedere mangelt.

22. Es ist ein römischer kaiser und ein jeder churfürst, der anderen stände zu geschweigen, dem heiligen römischen reich mit teuren pflichten zugethan und geschworen. Jeko hat der director, herr Dänenstirn, ver-

mög neuer confederation weit mehr gewalts als einiger churfürst je gehabt, ja braucht nicht weniger sondern noch fast mehrere macht als der röm. kaiser selbst, und ist dennoch dem röm. reich mit keinem eid verwandt.

23. Wan das consilium formatum macht haben soll, in allen hochwichtigen sachen zu statuiren, so würd es besorglich auch auf causas contentiosae jurisdictionis hinanslaufen. Wo würd dan das kaiserliche kammergericht, die verfassung der austräge und andere reichsimmunität verbleiben?

24. Im bund würd die ganze verfassung genannt defensiva. Wan man aber darmit umgeheth, noch mehr lande zu erobern, wie dann in der notula confederationis von administration und genos der künftigen acquirendorum disponirt, auch von angreif- und gewinnung des erzkistz Cöln gesagt würd, so ist es nicht mehr defensivum, sondern erwachset in offensivum.

25. Im ersten bundarticul stehet, es sei ein wohlbedächtlicher freiwilllicher bund, und doch will man andere zwingen hineinzutreten: zwang ist keine freie willkur.

26. Den catholischen ist vor diesem nie passirt noch gutgeheißen worden, wan sie einen schluß zu anderer stände beschwerung gemacht und denen vom schluß gebliebenen gleichsam pro lege dictiren wollen. Jezzo thut ein evangelischer am andern, ein stärkerer an den schwächern, ja wohl in bloßer verlassung auf den bund der geringere an dem höheren das blatte gegenpiel.

27. Man hat evangelischen theils vorhin beständig asserirt, auch in den größten nöthen solten die reichslagungen nicht überschritten werden. Nun lauft ja bis den reichslagungen zuwider, einen fridfertigen fürsten des reichs mit feindsgewalt zu bedrohen, wan er nicht zu dem verstehen wolle, was seine mißstände, die ihm doch nichts zu gebieten haben, gern hetten, wan einer dem andern contributiones und einquartirungen dictirt, wan die evangelische und protestirende jezo selbst thun wolten, was sie noch kaum vor zwalen jahren in ihren aus Leipzig ergangenen schreiben an der andern krigspartei so hoch geunbissiget.

28. Es sind viel confederirte dergestalt beneficirt oder doch sonst so hoch interessirt gemacht, daß zum friden ihrer wenige werden recht frei mehr rathen oder reden können.

29. Die bewilligung eines gültlichen fridentractats ist auf sogar viel verschiedene capita und consensus gesetzt, daß man umb der darbei besorgender difficultäten und zeit willen, auch in ansehung daß immittelt die occasiones entgehen, wohl nimmer darzu gelangen dürfte.

30. Es soll die confederation und consequenter der krig so lang wehren, bis die restitution der evangelischen stände erlangt. Verstehet sich die vocula stände nicht nur auf reichs- sondern auch auf andere stände, wie dan vermög der reichstagacten de anno 1555 solche vocula generaliter

posita auch von Landständen und von böhmischen Ständen genommen worden, so würde der Friede desto langsamer zu hoffen sein.

31. Ist kein gewisser termin diesem foederi präfigirt, und weil die catholische den Krieg noch lang continuiren und so bald nicht ausgekriegt werden können, müßte man immittelst außer aller Friedenshoffnung in stätiger Gefahr und Wafen leben.

32. Erscheinet fast aus des schwedischen reichstages noch gar neulich, am 14. Martij gemachtem schluß, daß die cron Schweden zu keinem deutschen Frieden gehölen werde, es gehe dan zwischen Schweden und Polen zugleich ein Friede mitdurch, die wort des schwedischen reichsabschieds lauten also: „Demnach unser vaterland (Schweden) anjeto begriffen ist in öffentlchen Krieg wider den römischen Kaiser und die päpstliche liga in Deutschland, wir auch gedachten solchen Krieg bis zur zeit, da Gott der herr desselben einen guten ausgang und unserm vaterland (Schweden) einen sichern, aufrichtigen und annehmlichen Frieden genädiglich verleihen möchte, mit äußerster macht vermittelst der hilfe Gottes willig und bereit seind auszuführen . . .“

6.

Frankfurt a. M., . August 1633.

Gutachten der vier oberen Kreise

über die

Friedensbedingungen.

Hauptstadtarchiv Dresden No. 8100. 7. B. Friedenstractaten p. 551–558. 64 bildet einen Theil des „Bedenkens der gesandten Stände und Gesandten über den ersten Propositionspunkten, von den Friedenstractaten im römischen Reich.“ — Abschrift.

Was aber die conföderirte stände und andere im reich beleidigte evangelische mitglieder anlangt, vermelden sie, daß folgende sowohl ecclesiasticum als politicum statum concernirende postulata einzubringen.

Ratione status ecclesiastici.

1. Daß das jus reformandi einig und allein von jeder orts hoher obrigkeit, darunter auch des h. reichs freie ritterschaft begriffen, dependiren solle.

2. Der geistliche vorbehalt durchaus gefallen, und jeder catholischer hursfürst, erzbischof, praelat und andere canonici und geistliche, darunter auch beide ritterliche der teutsch- und St. Johann-orben begriffen, macht haben und befreiet sein solle, zu der evangelischen religion zu treten, daß

auch solches dero staat und dignitäten keineswegs praejudiciren, sondern sie nichts desto weniger bei ihren erzbischofthum, praelaturen, canonicaten, ritterlichen orden, zu andern praebenden gelassen, darzu auch nicht weniger die evangelische als röm. catholische auf- und angenommen werden sollen.

3. Alle und jede evangelische under päpstlicher obrigkeit wohnende underthanen, so der evangelischen religion seind oder sich künfftig zu derselben begeben werden, der evangelischen confession halber unangefochten, sondern auch bei der gewissenfreyheit verbleiben, auch das jus emigrandi, ob sie sich dessen gebrauchen wollen oder nicht, zu ihrem beliben gestellt sein solle.

4. Ein sicheren klaren religionsfrieden, darinnen alle und jede confederirte und allirte ohne unterscheid begriffen, zu verassen und aufzurichten.

5. Daß, welcher berürten religionsfrieden fähig oder nicht, garnicht bei der röm. catholischen, sondern der gesambten evangelischen chur-, fürsten und stände des reichs erkundus und ausschlag gestellt sein solle.

6. Daß alles in der evangelischen chur-, fürsten und stände, darunter des reichs freie unmittelbare ritterschaft auch begriffen, territoris und obrigkeiten gelegener geistliche güter, clöster, stifter, hospitalien, praebenden, beneficien und alle andere geföll und intraden, auch jara, wie die immer namen haben mögen, ohne unterscheid jeber art stand und obrigkeit eigenthum- und völlig verbleiben und zustehen solle.

7. Daß auch berührte catholische sich aller jurisdiction ecclesiasticae mit allen und jeden ihren specialibus plenissimo und totaliter in der evangelischen stand und gebiet gänzlich begeben und sich deren zu ewigen zeiten nimmer anmaßen sollen.

8. In denjenigen römisch catholisch religion zugethanen reichsstätten, darin sich evangelische bürger befinden, solle solchen bürgern, ungeachtet der magistratus der römisch catholischen religion zugethan, das freie exercitium ihrer religion nicht verwehret, sondern zugelassen werden.

9. Zu solchem allem nicht allein bei den friedenstractaten anwesende, sondern auch alle abwesende geist- und weltliche uneracht aller exceptionen und protestationen, so dargegen eingewendet oder künfftig eingewendet werden möchten, nicht desto weniger kräftig obligirt und verbunden sein sollen.

Ratione status politici.

Alhie hette zwar de statu imperii fundamentali & regimine auch etwas inferirt werden mögen, bennach aber des herrn reichscanzlers excell. intention, dergleichen weitstehende quæstiones nach der zeit und zugleich mit bevorstehenden friedenstractaten zu erledigen, die anwesende stände und abgesandten nicht eingenommen, als ist ein solches wissenb

übergangen und in seinen ort gestellt verblieben, sonst aber auf vorgehende puncten berathschlaget worden.

1. Daß der beleidigten cron Schweden und den conföderirten und alliirten evangelischen chur-, fürsten und ständen, was sie mit ihren vom gegentheile abgebrungenen waffen durch Gottes gnädigen beistand haben erhalten, auch sonst bei zeiten dieses frigs durch donationen oder andere wege inbekommen an chur- und fürstenthumb, erz- und bisthumben, grave-, herrschaft und andern geist- und weltlichen gütern sambt allen intraden und gesällen, (jedoch, was ein oder der ander conföderirter und alliirter daran vor spruch und förderung gehabt oder noch haben möchte, unbenommen und vorbehalten), entweder in händen verbleiben, oder aber den possessoribus und inhabern deswegen mit geld oder sonst gebührende abtrag beschehen soll.

2. Daß alle evangelische vertriebene und egulanten im ganzen heil. reich so wol in Böhmen, Österreich, Schlesien, Mähren, Lausitz, Märenten, Steyer, Crayn und anderswo plenarie zu restituiren und bei dem ihrigen der evangelischen religion halben unperturbirt zu lassen.

3. Daß sowohl ständen als privatis, welche der religion und frigs-gefahr halben ausziehen und das ihrige verkaufen müssen, solches gegen dem empfang und abstattung befindender verbesserung widerumb an sich zu nehmen befugt sein sollen.

4. Im reich sowohl am kaiserl. hof als am kai. und des reichs cammergericht alle officia der reichshofräthe, cammergerichtspræsidenten, assessoren, procuratoren, advocaten und agenten wie mit wenigstens belbe consilien also zu bestellen, daß der evangelischen zum wenigsten der halbe theil, die übrige aber von den römisch catholischen angenommen, auch beim cammergericht und reichshofrath mit cammerrichtern und præsidenten alternirt werden solle.

5. Daß diejenige sachen, welche der chur-, fürsten und stände dignität, regalia und land und leut betreffen, nicht vor dem kai. hofrath, sondern an gehörigen orten ventilirt werden sollen.

6. Wenigers die am kai. und des h. reichs cammergericht angehörige sachen advocirt werden mögen.

7. Dem cammergericht auch vom kai. hof nicht inhibiret, auch sonst den austrägen, beneficia primae instantiae et appellationis wie auch revisionis sein völliger lauff gelassen werden soll. Damit auch des cammergerichts gemeiner gebrechen und die ufgeschwollene revisionssachen nach notturft bedacht und abgeholfen werden möge, solle gleich wie in anno 1600 beschehen ein deputation, doch wie geregt zum wenigstens die halbe anzahl von evangelischen, die übrige römisch catholischer religion zugethan, angestellt, darbei des cammergerichts mangel erkundiget, wie demselben neben den revisionssachen abzuhelpen, deliberirt, darüber auch bei nachst-

folgenden reichstagen referirt und ein gemeiner schluß gefaßt, inzwilchen aber, dergleichen imperfection und ushausung vorzukommen, mit den jährlichen visitationen verfahren werden.

8. Zu besserer und bequemer administration der justitien an vicariaten, an gehörigen crassen und lauden noch zwei cammergericht angestellt werden möchten.

9. Dagegen das hofgericht zu Rotweil, landgericht in Schwaben und andere gericht, so sich papistischen theils dergleichen angemacht, gänzlich abgestellt und verbleiben sollen.

10. Weibes den kaiserl. hofrath und das cammergericht mit wohlqualificirten under jedes cammergerichts angehörigen creiß gebornen personen zu versehen und von solchen officis die geistliche auszuschließen.

11. Das haus Osterreich und dero lande nit weniger als andere chur-, fürsten und stände des reichs solchen cammergerichten unterworfen sein sollen.

12. Daß kein stand des reichs ohne der andern stände zuthun und rechthlich erkundnus in einigen weg, auch eingetwandter notorietät ungeachtet, seiner ehr, dignität, land und leut entsetzt oder sonst in die acht erklaret werde.

13. Ingleichen soll kein eigene kriegsverfassung in künftigen zeiten in dem heil. röm. reich weder vom haubt noch den ständen, es geschehe den mit gesampter stände vorwissen, einwilligen und zuthun, vorgenommen werden, viel weniger die chur-, fürsten und stände, wie ein zeit lang beschehen, wider die offenbare reichsgesäß mit einquartirung, sammel- und musterplatz, kriegsteuern und andern instkünftig nimmermehr belegt, beschweret und sich bereu angemacht werden, daß auch auf den widerigen fall die stände sich nicht allein wider solche gewalt schlugen, sondern auch, da man darauf beharren wolte, aller pflicht los sein, und die herren churfürsten ihres churfürstlichen ampts sich zu gebrauchen befugt sein sollen.

14. Ebenmäßig sollen in keines staats jurisdiction und hoher obrigkeit kein confiscationes statthaben oder attentiret werden, und uf den fall je güter zu confisciren sein würden, solche dem domino territorii zugewachsen, die lehen aber nach ausweisungen der lehenrecht dem domino directo heimgefallen, was auch solchem zuwider bei jetziger unruhe confiscirt und albereit andern verlehren worden, solches durchaus cassirt und aufgehoben sein soll.

15. Daß die ligisten gegen den evangelischen verübter hostilitäten und zugefügter schäden halber bei denjenigen lehen, welche die evangelischen von denselben haben, des dominii directi verlustigt, demjenigen auch, welche unter den ständen in wehrendem bitem hochbeschwerlichen kriegswesen von dem römischen kaiser oder römisch catholischen geist- oder

weltlichen chur-, fürsten und ständen lehen zu empfangen gehabt und die renovatur noch nicht gesucht, solche mora ohnpraejudicial sein und das in den lehenrechten angeführte fatale von dato dieses friedens schlichtung zu laufen erst anfangen solle.

16. Die geistliche, doch chur- und fürsten ausgenommen, sollten inskünftig zu berathschlagung der reichssachen nicht admittirt, sondern davon allerdinge ausgeschlossen werden.

17. Es soll auch keinem geistlichen erlaubt oder zugelassen sein, einige liggende güter durch lehen willens disposition oder andere mittel zu präjudiz der evangelischen stände, dero erben oder freundschaft an sich zu erpracteliren.

18. Auch soll weder pabst noch jemand anders macht haben, in praejudiz der evangelischen hohen oder ildern standspersonen einige dispensation zu ertheilen.

19. Daß allen übrigen hircunen nicht begriffen reichs-gravaminibus ingleichem abgeholfen werden solle.

20. Ingleichem soll ein allgemeine amnistia und beilegung alles unwillens sowohl hoher häubter, allerseits land und leut, darunter auch königreich und republikuen, die sich dieses kriegs interessirt gemacht, hohe und niedere officirer, rath, diener und underthanen, wie die namen haben mögen, sie seind under kai. walt in dero erb- und andern landen oder auch andern obrigkeiten geseßen, daß dieselbe geleisteter kriegsdinst, der religion oder anderer aus vorgewesenem kriegswesen entsprungener ursachen wegen jezt oder inskünftig, auch im fall deswegen einig urtheil ertheilt werre, weder an leib, ehr, gut oder hab, in oder außershalb rechts molestirt werden sollen, geschlossen und verglichen werden.

Die securität belangend, wie man nemlich, im fall der allmächtige Gott durch annehmbliche mittel frieden verleihen wird, deroelben gesichert sein mögen, dachei verneinen herrn stände und gesandten nachfolgendes in acht zu nehmen.

1. Die friedenspacen in pragmaticam sanctionem zu bringen, der kai. capitulation und churfürst. verein zu inseriren, auf den kai. hofrath und cammergericht, danach haben zu sprechen, zu insinuiren, und daß darauf kaiser, könig, chur-, fürsten und stände, auch kai. hof- und cammergerichtsrichter, praesidenten und räthe schwören sollen.

2. Darnach Frankreich, Engelland, die herren Staaden und andere, so zu interponenten mögen gebraucht werden, vor sich, dero erben und nachkommen zu sponsorn zu nehmen, welche schuldig sein sollen, uf des römischcatholischen theils nichthalten wider dieselbe den evangelischen chur-, fürsten und ständen assistenz zu leisten.

3. Damit Spanien und das haus Osterreich umb so viel weniger die alle, allen andern christlichen potentaten, republikuen und ständen be-

konnte, so gefährliche consilia reassumiren können, den ständen des königreichs Böhmen die freie wahl, ihrem belieben nach einen könig zu erwählen, zu bedingen und zu reserviren.

4. Sich von den röm. catholischen reichsständen mit einräumung eillicher vester plätz versichern zu lassen, deren garnison in der evangelischen stände pflicht, von denselbigen auch uf und angenommen, aber von den sämmtlichen reichsständen besoldet werden sollen.

5. Keine neue geistliche orden in reich einkommen zu lassen, diejenige orden, so keiner weltlichen oberkeit unterworfen sein wollen, nicht zu dulden. Sogar, wo nicht beides cappuciner und jesuiten, jedoch zum wenigsten die jesuiten aus dem reich zu schaffen, als welche ohne respect aller weltlichen obrigkeit einig und allein uf ihren generaln sehen und die catholische stände wider die evangelischen anhegen und alles übel verursachen.

6. Wer wider die friedenspacta thun oder handeln würd, der soll als ein friedensstörer von den sämmtlichen ständen angegriffen und verfolgt, auch in casu contraventionis nicht allein die geistliche stände und personen, sondern auch dero angehörige capitul, weil sie dieselbe nicht verbindert, land, leut und alles verlustiget sein sollen.

7. Alle reichsstatuten, abschied, mandata, decreta, eblit, urtheil, verträg und insgemein alle andere verschiedene handlungen, sonderlich aber das in anno 1629 ausgelassene eblit sollen, sofern sie den abgerebeten friedenspunkten zuwider oder hinderlich sein mögen, per clausulam cassatoriam aufgehoben und vernichtet werden.

8. Das gefährliche dogma, dessen sich auch die halben schämen, die jesuiten und andere dergleichen friedhäßige röm. catholische einzuwenden nicht gescheut, daß man keinem, so nicht ihrer religion, glauben zu halten schuldig, dammirt, auch alle schriften, so zu dessen behauptung ausgegangen, und in specie die zu Dillingen getruckte compositio pacis verboten werden solle. Fals auch inskünftig ein oder der ander dergleichen den friedenspacten widrige bücher schreiben oder publiciren würd, derselb soll an leib und gut verfallen und ipso facto in des heiligen reichs acht declarirt und verfallen sein.

Und dieses ist also, was anwesende stände und gesandten bei den friedenstractaten in acht zu nehmen, rathsam befinden, welches alles jedoch sie zu des herren reichskanzlers excellenz und consilii formati hochvernünftigem mehrerm nachdenken anheimb wollen gestellt haben.



Namen-Verzeichniß.

- | | |
|--|---|
| <p>Adolf Friedrich, Herzog von Mecklenburg-Schwerin. 56—57, 148.</p> <p>Anstruther, Robert, englischer Gesandter. 81, 87, 134, 146, 197—198, 226.</p> <p>Anton, Abt von Kremsmünster, Bischof von Wien. 116—120, 205, 237—238.</p> <p>Arnim, Hans Georg v., sursächsischer General. 22—27, 29, 32, 38—41, 45, 46, 49, 51—53, 62—64, 67—71, 78, 83, 94, 112, 132, 199—222, 224—225, 236, 242.</p> <p>August, Fürst von Anhalt. 59, 60, 148, 190, 230.</p> <p>d'Avaugour, französischer Gesandter. 234.</p> <p>Bernhard, Herzog von Weimar, schwedischer General über die Infanterie. 19—23, 27—30, 52—53, 77, 152, 224.</p> <p>Bodenhausen, Bodo v., schwedischer Rittmeister. 20—21.</p> <p>Bodenhausen v., sursächsischer Offizier. 224.</p> <p>Bogislav, Herzog von Pommern. 56—57.</p> <p>Bouthillier, französischer Minister. 193.</p> | <p>Brahe, Graf Nils, schwedischer General. 52.</p> <p>Braun, Dr., weimariſcher Rath. 84, 135, 142.</p> <p>Bubna, von, schwedischer Generalmajor. 217.</p> <p>Bulach, Claus Conrad Jörn v., schwedischer Generalmajor über die Cavallerie. 52.</p> <p>Burgsdorf, Conrad v., brandenburgischer Oberst. 201, 203, 204, 213, 218—219.</p> <p>Bupſed. v., heſſiſch-darmſtädtiſcher Rath. 112, 179—182.</p> <p>Christian, Fürst von Anhalt. 58—59, 148, 190, 230.</p> <p>Christian, Markgraf von Brandenburg-Baireuth. 25, 56, 71, 168.</p> <p>Christian, Herzog von Braunschweig-Lüneburg. 55, 149.</p> <p>Christian, König von Dänemark. 64—69, 186, 236, 238—244, 247—248.</p> <p>Christina, Königin von Schweden. 83, 86, 87.</p> <p>Dönhoff, Magnus Ernst v., polnischer Gesandter. 186, 187.</p> <p>Einfiedel, Heinrich Hildebrand v., sursächsischer Rath. 88.</p> |
|--|---|

- Ernst, Fürst von Anhalt, schwedischer Oberst. 21.
- Fels, Caspar Colonna v., schwedischer Oberst. 201, 203, 204.
- Ferdinand II., römischer Kaiser. 44, 81, 95, 105, 106, 111, 114, 117—122, 139, 186, 216, 237—240, 243, 246, 252, 253.
- Feuquières, Marquis v., französischer Gesandter. 68, 105, 131, 132, 134, 141, 142, 149, 151—163, 165—166, 170—174, 193—197, 202, 220—223, 225—231, 234, 249.
- Franz Albrecht, Herzog von Sachsen-Lauenburg, kurfürstlicher Feldmarschall. 222—225.
- Friedrich, Markgraf von Baden. 55, 141, 147, 148, 190.
- Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein-Goltorp. 148, 149, 189.
- Friedrich Ulrich, Herzog v. Braunschweig-Wolfenbüttel. 25, 58, 75, 148, 189, 248.
- Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg. 83, 85—87.
- Gallas, Graf Matthias, kaiserlicher Feldmarschall. 201.
- Georg, Landgraf von Hessen-Darmstadt. 71, 74, 98—99, 103—125, 131, 148, 159, 168—184, 189, 192, 211, 237—239.
- Georg, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, schwed. General. 19, 52—53.
- Georg Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg. 25, 33, 46, 62, 69—72, 78—79, 81—88, 90, 92—93, 95, 96, 99—101, 109, 111—113, 116, 132, 148, 154, 168, 186—188, 202, 203, 212, 217—219, 221, 222, 225—235.
- Göke, Siegmund v., kurbrandenburgischer Kanzler. 84.
- la Grange, französischer Gesandter. 83, 153—155, 158—159, 171, 178, 180—182, 187, 249.
- Gustav Adolf, König von Schweden. 17—22, 30—32, 35, 43—45, 50, 65, 66, 75, 76, 79—80, 82, 85—86, 103—104, 119, 137, 139, 142, 147, 151, 153, 162, 163, 168, 169, 179—181.
- du Hamel, franzöf. Gesandter. 222—223.
- Hans Albrecht, Herzog von Mecklenburg-Güstrow. 56—57, 149.
- Helbe, von der, schwedischer Oberst und Kriegsrath. 78.
- Heusner von Wandersleben, Sigismund, schwedischer Generalkommissar. 20—21.
- Hold, Heinrich, kaiserlicher Feldmarschall. 216.
- Ilow, kaiserlicher Feldmarschalllieutenant. 203.
- Johann, Pfalzgraf von Pfalz-Zweibrücken. 148, 189.
- Johann Ernst, Herzog von Eisenach. 55.
- Johann Friedrich, Administrator des Erzbisthums Bremen. 57, 148.
- Johann Georg, Kurfürst von Sachsen. 18—20, 22—24, 29, 33, 35—39, 43—44, 48—51, 53—56, 58—62, 65, 69—75, 78, 80, 82, 84, 89, 92—103, 107—109, 113—116, 119, 120, 121, 123, 124—127, 144—148, 151, 154, 159, 160—162, 165, 169, 185—188, 191, 192, 195—199, 202, 208, 210, 215, 224, 225, 228, 230—234, 241, 247—249, 252.

- Johann Georg, Kurfürst von Sachsen. 24.
- Johann Philipp, Herzog von Altenburg. 25, 56, 148, 189.
- Joseph, Kapuziner. 132.
- Julius Friedrich, Herzog und Administrator von Württemberg. 56, 57, 148.
- Kaldstein, von, kurfürstlicher Oberst. 224, 225.
- Kinsky, Graf Wilhelm von. 227.
- Knesbeck, Levin von dem, kurbrandenburgischer Rath. 92.
- Kunpphausen, Dodo v., schwedischer Feldmarschall. 21, 52, 53.
- Lebzelter, kurfürstlicher Kammerdiener. 241—242.
- Leuchtmann, Gerhard Romilian v. Kaldhungen. 231—234.
- Lohausen, Wilhelm v., schwedischer Generalmajor über die Infanterie. 52.
- Löser, H. v., kurfürstlicher Oberst. 38.
- Ludwig, Fürst von Anhalt 59, 60, 148, 190, 230.
- Ludwig, König von Frankreich. 162, 193.
- Ludwig Philipp, Pfalzgraf und Administrator der Kurpfalz. 55, 76, 133, 134, 141, 146—148, 179, 189.
- Lüttichau, Wolf v., kurfürstlicher Kanzler. 38.
- Mittig, Nikol. Gebhard v., kurfürstlicher geheimer Rath. 68, 202, 203.
- Nikolai, Laurentius, schwedischer Resident in Dresden. 49, 105, 174, 204.
- Oxenstierna, Axel, schwedischer Reichskanzler. 17—19, 22, 23, 27—37, 39—43, 45—48, 50, 58, 62, 71—83, 85—92, 104, 111—113, 125—141, 143, 144, 146—149, 153—159, 161—164, 166, 168, 169, 179—185, 190, 191, 195, 220—222, 241, 245—254.
- Plessen, Dietrich Barthold v., hessisch-darmstädtischer Rath. 112, 168, 179—182.
- Ponickau, Hans v., kurfürstlicher Appellationsrath. 38.
- Questenberg, Freiherr Hermann v., kaiserlicher Reichshofrath. 116—120, 205, 237—238.
- Reventlow, Detlev v., dänischer Gesandter. 28, 67—69, 95, 237—239.
- Richelieu, Cardinal. 150—151.
- Rorté, de, französischer Gesandter. 234—235.
- Salvius, Adler, schwedischer Resident im niedersächsischen Kreise. 33.
- Schleinitz, Joachim v., kurfürstlicher General-Kriegs-Kommissar. 208—209.
- Schüb, Kuno Quirin Schüb von Holzhausen, hessisch-darmstädtischer Marschall. 116, 205.
- Schwalbach, Joh. Melchior v., kurfürstlicher Feldzeugmeister. 201.
- Sebottendorf, Abraham v., kurfürstlicher Hofrath. 38.
- Serot, Baron. 223.
- Solms, Graf Philipp Reinhard v. 43.
- Sparr, Ernst Georg v., kaiserlicher Oberst. 217.
- Steinäder, v., Oberst. 223.
- Taube, Dietrich v., kurfürstlicher Oberst und Oberstallmeister. 73, 208, 224.
- Thurn, Heinrich Matthias Graf v., schwedischer General. 203, 220—222, 224.
- Timäus, Dr., kurfürstlicher geheimer Rath. 61, 149, 202, 203.

- Tott, Ale. schwedischer Feldmarschall. 78.
 Tryla, Graf Adam Erdmann, kaiserlicher
 Oberst. 201, 203, 204, 217.
 Tünkel, Dr., Gabriel, kursächsischer Hof-
 rath. 38.
 Uslar, Georg v., schwedischer General-
 major. 52.
 Wigthum, Friedrich Wilhelm, v. Göttsch, kur-
 sächsischer Oberst. 199, 202—204,
 209.
 Wallenstein, Albrecht v., 29, 95, 199—
 219, 227, 237, 238, 240, 242—
 244.
 Wartenleben, v., dänischer Gesandter.
 67, 95.
 Berthern, Georg v., kursächsischer ge-
 heimer Rath. 61.
 Wilhelm, Landgraf von Hessen-Kassel.
 54—55, 76, 140, 148, 152, 189
 Wilhelm, Herzog von Weimar, schwed.
 Generallieutenant 21, 60, 77, 82,
 132, 148, 190—191, 208, 210.
 Woll, Dr. Anton, hessisch-darmstädtischer
 Kanzler. 105, 116, 173, 176—
 177.
 Zamasko, polnischer Gesandter. 187.



Johann Georg und Orenstierna.

Von dem Tode Gustav Adolfs
(November 1632) bis zum Schluß des ersten Frankfurter
Konvents (Herbst 1633.)



Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges

von

Dr. Walter Struck.



Stralsund.

Verlag der Königl.ichen Regierungs-Buchdruckerei.

1899.

SPL



In unterzeichnetem Verlage erschienen
ferner:

**Die Schlacht bei Nördlingen im Jahre
1634.** Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißig-
jährigen Krieges von Dr. **Walter Struck.**
(Mit einem Uebersichtskärtchen und einer Karte
von Nördlingen und Umgegend.) Mf. 3.—

**Das Bündniß Wilhelms von Weimar
mit Gustav Adolf.** Ein Beitrag zur
Geschichte des Dreißigjährigen Krieges von
Dr. **Walter Struck.** Mf. 4.50

**Die ältesten Zeiten des Theaters zu
Stralsund (1697—1834).** Ein Beitrag
zur Geschichte des Deutschen Theaters von
Dr. **Ferdinand Struck.** (Mit einem
Situations-Plan des alten Stralsunder Schauspiel-
hauses und der genauen Nachbildung eines
Stralsunder Theater-Zettels aus dem Jahre 1731.)
Mf. 3.—

Königliche Regierungs-Buchdruckerei
Stralsund, Mönchstraße 57.

SPL

